

ARCHIV MITTEILUNGEN

Zeitschrift für Archivwesen
archivalische Quellenkunde und
historische Hilfswissenschaften

Aus dem Inhalt:

Quellen zur Geschichte der sowjetischen
Besatzungszone Deutschlands 1945-1949

Liegenschaftskarten in staatlichen Archiven

Beiträge zur Diplomatik böhmischer Urkunden
des 12. und 13. Jhs.

Einzelheft 9,50 DM · AM · POTSDAM · 41 (1991) 4 · S.151-200 · ISSN 004-038X

4/91

INHALT

Quellen zur Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. Erster Überblick über die Bestände im Bundesarchiv, Abt. Potsdam und in den Staatsarchiven der neuen Bundesländer	151
MERKER, W.: Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und ihr Archivgutverbleib	151-156
HASSEL, W.: Analyse der Quellengruppe Niederschriften über die Sitzungen des Kabinetts der Landesregierung Sachsen-Anhalt in den Jahren 1946-1949	156-158
MERKER, W.: Überblick über die Bestände der Landtage (1946-1952) und der Landesregierungen sowie ihrer Vorgänger (1945/46-1952) in den Landeshauptarchiven Dresden, Magdeburg, Potsdam, Schwerin und Weimar	158-162
SCHRECKENBACH, H.-J.: Die Bestände der Kreisverwaltungen als Quelle für Forschungen zur Regional- und Heimatgeschichte für 1945-1949	162-164
FRITZLAR, S.: Quellen im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv Schwerin zur Entwicklung der Landwirtschaft in Mecklenburg 1945-1949. Unter besonderer Berücksichtigung der Kreis- und Gemeindebestände ..	164-165
MERKER, W.: Überblick über die Bestände der Kreistage und Kreisverwaltungen 1945/46-1952 in den Staatsarchiven Dresden, Leipzig, Magdeburg, Potsdam, Schwerin und Weimar	165-167
HORN, A.: Die Protokolle des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates 1948/49. Anmerkungen zur archivalischen Quellenlage	167-169
MERKER, W.: Überblick über die im Bundesarchiv, Abt. Potsdam verwahrten Akten des Deutschen Volksrates und seiner Beratungsgremien (1948/49)	169-172
Abschlussarbeiten an der Fachschule für Archivwesen in Potsdam seit 1970 zur archivalischen Quellenlage und zur Aufbereitung von Archivgut für den Zeitraum 1945-1949 (Auswahl, zusammengestellt von W. MERKER und E. VOGEL)	172-173
RICKMERS, E.; SPARENBERG, J.: Liegenschaftskarten in staatlichen Archiven	173-179
DUSKOVA, S.: Zur Problematik der vermeintlich aus dem 13. Jahrhundert stammenden Urkundenfälschungen in den böhmischen Ländern	179-185
BISTRICKY, J.: Über Fälschungen böhmischer Gründungs-urkunden bis zum Ende des 12. Jahrhunderts	186-189
Berichte	
Grenzüberschreitende Unternehmenstätigkeit und ihre historische Überlieferung in den Wirtschaftsarchiven (D. HEBIG)	190
Sammlungsgut und Öffentlichkeitsarbeit. Aufbaulehrgang der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare (J. JACHE)	190-191
Literaturbesprechungen	
Izvestiâ na dîrzavnite arhivi. – Sofia 59(1990)-60(1990) (G. GRAHN)	191-192
Bräuer, Helmut: Gesellen im sächsischen Zunft Handwerk des 15. und 16. Jahrhunderts (E. LEISERING)	192
Struktur und Arbeitsweise eines Verlages der deutschen Aufklärung (M. LEHMSTEDT)	192-193
Archivum coronae regni Bohemiae	193
Bibliographie	
Amtliche Druckschriften deutscher militärischer Okkupationsorgane während des ersten und zweiten Weltkrieges im Bestand des Bundesarchivs, Abt. Potsdam (K. METSCHIES)	193-197
Zum Problem der Zuständigkeit für das Archivgut der volkseigenen Wirtschaft der DDR (Leserzuschrift)	197-198
Informationen	198

Der thematische Schwerpunkt dieses Heftes der ARCHIVMITTEILUNGEN liegt in der Zeit von 1945-1949, als das Gebiet der jetzigen neuen Bundesländer sowjetisch besetzt war. Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde in der DDR sehr einseitig beleuchtet; die Quellen lagen weitgehend im Dunkeln. Erstmals wird hier der Versuch unternommen, einen Überblick über die in Archiven der neuen Bundesländer vorhandene archivalische Überlieferung zu diesem Abschnitt der deutschen Geschichte zu veröffentlichen. Dabei ist sich die Redaktion über den provisorischen Charakter dieser Veröffentlichung im Klaren, denn durch die Auflösung der Behörden der ehem. DDR ist auch dieser Bereich wieder in Bewegung geraten. Gerade auf der zentralen Ebene konnten zahlreiche bisher unbekannte Dokumente erfaßt und übernommen werden, ein Prozeß, der noch nicht abgeschlossen ist. Sobald hier ein gewisser Abschluß erreicht ist, werden wir uns darum bemühen, Ihnen den aktuellen Stand vermitteln zu können. Daneben werden wir versuchen, über die in sowjetischen Archiven verwahrten Quellen zu informieren. Die Überlieferung der Grundstücksdokumentation steht gegenwärtig ebenfalls im Zentrum des öffentlichen Interesses. Nachdem bereits in früheren Heften Beiträge über Grundakten, Katasterunterlagen usw. veröffentlicht wurden, lesen Sie hier einen Aufsatz über Liegenschaftskarten in staatlichen Archiven der neuen Länder. Schließlich bringen wir zwei Beiträge aus dem Bereich der Diplomatie, die sich speziell mit der Fälschungsproblematik an Hand von Beispielen aus Böhmen beschäftigen.

Redaktionsschluß: 30. August 1991

Die Beiträge geben die Ansichten ihrer Verfasser wieder und müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Die Zeitschrift ARCHIVMITTEILUNGEN wird von der Redaktion im Eigenverlag herausgegeben.

REDAKTION

Dieter Hebig (Chefredakteur)
Horst L. Petrak (Redakteur)
Ursula Richter (Redaktionsassistentin)

REDAKTIONSBEIRAT

Botho Brachmann, Gertraude Gebauer, Erhard Hartstock, Peter Langhof, Isolde Scharf, Eberhard Schetelich, Werner Vogel, Volker Wahl

Anschrift der Redaktion:

Redaktion ARCHIVMITTEILUNGEN, Heckenstr. 5
O-1572 Potsdam-Bornim

Die Zeitschrift erscheint zweimonatlich.

Bestellungen sind beim AM-Leserservice (PF 208, O-1563 Potsdam) und beim örtlichen Buchhandel möglich. Interessenten im Ausland wenden sich an den internationalen Buch- und Zeitschriftenhandel des jeweiligen Landes oder direkt an den AM-Leserservice (PF 208, O-1563 Potsdam, Bundesrepublik Deutschland).

Preise: Jahresabonnement 54,-DM

(Bei Bezug durch den Postzeitungsvertrieb in den neuen Bundesländern für 1991: 42,-DM)

Einzelverkaufspreis: 9,50 DM

Anzeigen können direkt bei der Redaktion aufgegeben werden. Z.Zt. gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.3.1991 (bitte anfordern).

Herstellung: SYNANON INTERNATIONAL, Bernburger Str. 10, PF 61 02 44, D-1000 Berlin 61

In nomine patris et filii et spiritus sancti. Lambertus comes de Belchen. Tidicus medius de dyppode
 et fridicus sculterus. iudex et unicus burgenses de Euphodia. omnibus ad quos hoc scriptum pervenire salu-
 mperuenit. honestis ac pndis ednacionib' scriptis. testimonia aucte ac salubere adhibent. que
 seriem possis cui tanta integritate venient. et humane noticie respiciant. ut nichil in eis homi-
 nu' malignitas. ul' obliuionis surrepens obscuritas ualeat immutare. Forum q' fieri uolum' emul-
 ones p'sentis fidelib' et futuris. quod Eberhardus. uenabilis abbas de ualle sancti Georgii. de con-
 uentus sui consilio. et nro consensu et auxilio. et q' in nra ciuitate. consiliari uocant. omni iustici-
 dine seruu' obseruato. curiam unam adusus eorum fuit apud nos emi. aquidam boldo sweno. sum-
 in ea parte ciuitatis q' dicitur in brulo. ut aut' faceret nra diligencia iudicio sbacueret. et ut ma-
 gdes facto suo posset imposturam adhiberi. p'sentis cartulam exostia ednacione conscripserunt. et
 illos nros impressiomb' curiam uobozare. Testes aut' qui eidem facto interunt sunt hi. Vricus
 de cullestere. Sibold' gure filius. Cunrad' de pota. Tidie' de passio suo. h'oric' magist' seu. hartmann'
 de guttingen. Gersale' d'nes. h'uium' moneratus seu. frico. Tidie' de guttingen. Ehard' gemethle
 Tidie' d'ne' breud'. hildeb'nd' gen' mediu'. harthey' seu. Cunrad' de lapidea uia. deu' con' de wo-
 hmare. Reinold'. Hertricus de pota. Berthar' b'nd' b'nd' st'ukelere Gersale' long'. Vric' quademus
 Ehard' unicus. deu' con'. Kedingere. et alii plures. Dat' Euphodie. iiii. kal' septembris. Anno do-
 minice incarnationis. m. ccc. lxxviii.



Schätze aus deutschen Archiven

Ersterwähnung des Rates der Stadt Erfurt, Pergamenturkunde, 210 x 250 mm

Thüringisches Landeshauptarchiv Weimar, QQ 1d, 15.

Die Urkunde vom 29. August 1217 enthält die erste bekannte Erwähnung des Rates der Stadt Erfurt, der hier dem Kauf eines Hofes in Erfurt durch das Kloster Georgenthal zustimmt. Neben dem Siegel des Stadtvogtes Graf Lambert v. Gleichen ist die Urkunde mit dem großen Stadtsiegel von Erfurt besiegelt. Es gehört zu den ältesten deutschen Stadtsiegeln und zeigt unter romanischer Architektur den Stadtpatron Erfurts, den hl. Martin.

* *

*

Lit.: F. Beck, R. Groß, M. Unger, Aus tausend Jahren deutscher Geschichte. Dokumente aus Archiven der DDR, Berlin 1989, S. 36 1000 Jahre deutsche Geschichte. Dokumente aus Archiven der DDR. Ausstellungskatalog Nr. 54

ARCHIV MITTEILUNGEN

Zeitschrift für Archivwesen, archivalische Quellenkunde
und historische Hilfswissenschaften

41. Jahrgang

ISSN 004-038X

Heft 4/1991

Quellen zur Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949

Erster Überblick über die Bestände im Bundesarchiv, Abt. Potsdam und in den Staatsarchiven der neuen Bundesländer

Vorbemerkung

Im November (20.-22.) 1989 trafen sich Archivare, Historiker und andere Interessenten, die sich mit Fragen der deutschen Nachkriegsgeschichte von 1945 bis 1949 befaßt haben oder sich dazu Informationen einholen wollten, zu einer gemeinsamen Tagung in Schwerin. Eingeladen hatten die Fachkommissionen Neueste Geschichte nach 1945 sowie Quellenkunde und Historische Hilfswissenschaften der Historikergesellschaft der DDR. Auf dieser Tagung informierten auch Archivare in einigen Beiträgen über die archivalische Quellenlage für den Zeitraum von 1945 bis 1949 im damaligen Zentralen Staatsarchiv und in einigen Staatsarchiven sowie Stadtarchiven, um zu einem Informationsaustausch zwischen Archivaren und Historikern anzuregen. Dabei zeigte sich erneut mit besonderer Deutlichkeit, daß die bislang publizierten spärlichen Bestandsinformationen für eine gründliche, quellengestützte Aufarbeitung der Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der unmittelbaren Vorgeschichte der DDR in keiner Weise ausreichen. Obgleich die Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über das staatliche Archivwesen – Benutzungsordnung – vom 19. Februar 1976 (GBl. DDR I Nr. 10 S. 173) keine Schutzfristen für die Archivbenutzung festgelegt hatte und dies auch in ihrer neuen Fassung vom 16. März 1990 (GBl. DDR I Nr. 21 S. 193) nicht geregelt hat, stand Archivgut aus der Zeit nach 1945 in staatlichen Archiven vor 1990 im wesentlichen nur Forschern aus der DDR zur Einsichtnahme bereit. Erst seit dem gesellschaftlichen Umbruch vom Herbst 1989 in der DDR wurde dieser Zugang auch anderen Nutzern gewährt.

Das Bundesarchivgesetz vom 6. Januar 1988 (BGBl. I Nr. 2 S. 62) geht davon aus, daß Archivgut aus einer Entstehungszeit von mehr als dreißig Jahren von jedermann auf Antrag benutzt werden kann.

Benutzungsbeschränkungen gelten für personenbezogene Dokumente, wenn der Betroffene noch nicht 30 Jahre tot ist oder sein Geburtsdatum noch keine 110 Jahre zurückliegt.

Das Archivgut aus den Jahren von 1945 bis 1949 wird somit in die in- und ausländische Archivbenutzung voll einbezogen. Den Archiven stellt sich die Aufgabe, dafür Bestandsübersichten zu erarbeiten und herauszugeben. Mit den nachfolgenden Beiträgen, die teils auf der Schweriner Tagung gehalten, teils zusätzlich mit aufgenommen worden sind, wird ein erster Überblick über die archivalische Quellenlage zur Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der unmittelbaren Vorgeschichte der DDR vorgelegt. Dieser Überblick bezieht sich auf das frühere

Zentrale Staatsarchiv und die ehemaligen Staatsarchive zum Zeitpunkt 1988/89. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, berücksichtigt nicht die nachfolgenden Bestandsergänzungen und kann die mit neuen Bestandsübersichten zu leistende Arbeit nicht vorwegnehmen.

Der Herausgeber möchte auf diesem Wege vor allem der historischen Forschung ein erstes Informationsangebot unterbreiten, obgleich ihm bewußt ist, daß mit den anstehenden Aufgaben bei der Sicherung von Archivgut auf allen Verwaltungsebenen auch für die Überlieferungslage von 1945 bis 1949 weitere Veränderungen eintreten werden.

Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und ihr Archivgutverbleib

Wolfgang Merker

Die nachfolgenden Überblicksangaben beziehen sich auf die im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, aufbewahrten Aktenbestände aus der Tätigkeit der Deutschen Zentralverwaltungen in der SBZ (1945-1948/49) mit Verweisen auf den Aktenverbleib ihrer Nachfolgebehörden. Sie geben weitgehend den Stand wieder, wie er vor dem 3. Oktober 1990 bestand. Die danach in großem Umfang weitergeführten Bestandsergänzungen veränderten vielfach das bisherige Überlieferungsprofil. Darauf wird nur gelegentlich verwiesen. Die 1990/91 eingetretenen Veränderungen in der zentralen Aktenüberlieferung der SBZ (1945-1949) können erst zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgemacht werden. Das trifft vor allem für die Akten der Deutschen Wirtschaftskommission (1947-1949) zu.

1. Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge

Tätigkeitsdauer: Juli 1945 – April 1948.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

- Jugendarbeitsschutzkommission bei der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ab Oktober 1947),
- Druckgaskommission bei der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ab Oktober 1947),
- Dampfkesselkommission bei der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ab Oktober 1947),
- Azetylenkommission bei der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ab Dezember 1947),
- Kommission für brennbare Flüssigkeiten bei der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ab Dezember 1947),
- Vorläufige Aufzugskommission bei der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ab März 1948),

– Zentralaussschuß für Berufsbildung bei der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ab März 1947).

Unter fachlicher Aufsicht der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge:

– Sozialversicherungsanstalten der Länder (ab Januar 1946),

– Landesarbeitsämter (ab November 1945).

Nachfolger:

Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (April 1948 - Oktober 1949).

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Ministerium für Arbeit und Berufsbildung (1945-1958).

Die Akten aus der Tätigkeit der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge sowie der Hauptverwaltung Arbeit und Sozialfürsorge bei der Deutschen Wirtschaftskommission wurden diesem Bestand zugeordnet, soweit sie vor 1989 in das frühere Zentrale Staatsarchiv gelangt sind. Es handelt sich dabei vornehmlich um Dokumente aus den Registraturen der Arbeitskräfteleitung, des Arbeitsrechts, des Lohn- und Tarifwesens, des Wohnungswesens, der Sozialversicherung und der Sozialfürsorge.

2. Deutsche Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie und Energie

Tätigkeitsdauer: Juli 1945 - April 1948.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

– Mineralöl-Verrechnungsstelle (ab Januar 1946 als ausführendes Organ des Arbeitsausschusses für den Mineralölvertrieb bei der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie und Energie tätig; darunter wirkten 5 Mineralölversorgungsstellen der Länder),

– Technische Bergbauinspektion bei der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie und Energie (ab Januar 1947 eingerichtet, um die Tätigkeit der zum Dezember 1946 aufgelösten Oberbergämter Halle/Saale und Freiberg/Sachsen fortzuführen, die zunächst ab Juli 1945 der Provinzialverwaltung Sachsen sowie der Landesverwaltung Sachsen unterstellt worden waren),

– Verkaufskontore für feste Brennstoffe (ab Mai 1946 tätig nach Auflösung der zunächst unter der Leitung der Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie und Energie zugelassenen Kohlen-syndikate; darunter wirkten 5 landeseigene Kohlenkontore und das Braunkohlenkontor Berlin),

– Spruchstelle der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie und Energie zur Schlichtung von Tarif- und Vertragstreitigkeiten zwischen Elektrizitätsversorgungsbetrieben (August 1947 - Juli 1949),

– Bergakademie Freiberg/Sachsen (ab Februar 1946 wiedereröffnet; ab 1948 der Deutschen Verwaltung für Volksbildung unterstellt),

– Deutsche Geologische Landesanstalt (ab November 1945 tätig in Anknüpfung an die 1873 gegründete Preußische Landesanstalt, die 1939 im Reichsamts für Bodenforschung aufgegangen war; ihr waren 3 Zweigstellen und 2 Forschungsinstitute nachgeordnet).

Nachfolger:

– Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Kohle (April 1948 - Oktober 1949),

– Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Energie (April 1948 - Oktober 1949).

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Ministerium für Schwerindustrie (1945-1958).

Aus der Tätigkeit der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie und Energie sind nur wenige Fragmente überliefert. Diese wurden den Aktengruppen des vorgenannten Bestandes zugeordnet.

3. Deutsche Zentralfinanzverwaltung

Tätigkeitsdauer: Juli 1945 - April 1948.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

– Spiritusinspektion Berlin (ab Oktober 1945 tätig),

– Kommission der Deutschen Zentralfinanzverwaltung zur Sicher-

stellung der Geschäftsunterlagen und Wertpapiere der Hauptsitze geschlossener deutscher Banken (mit der Kurzbezeichnung Bankenkommission; Dezember 1946 errichtet),

– Kommission zur Vorbereitung der Wiederaufnahme der Realkreditgewährung bei der Deutschen Zentralfinanzverwaltung (ab Juli 1946 eingerichtet),

– Zentralfinanzschulen (ab 1946/47 aufgebaut),

– Treuhandstelle für die Verwaltung der alten Wohnungsbau- und Siedlungsdarlehen in der sowjetischen Besatzungszone bei der Deutschen Zentralfinanzverwaltung (Juli 1947 gebildet),

– Beratungsausschuß für Preisfragen bei der Deutschen Zentralfinanzverwaltung (Preispolitischer Ausschuß; August 1947 gegründet),

– Zentralfinanzkasse (1946/47).

Unter fachlicher Aufsicht der Deutschen Zentralfinanzverwaltung standen:

– Landesversicherungsanstalten (ohne Sozialversicherung; ab 1945 aufgebaut),

– Landesgenossenschaftsbanken (ab November 1945 eingerichtet).

Nachfolger:

Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Finanzen (April 1948 - Oktober 1949).

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Ministerium der Finanzen (ab 1945).

Akten aus der Tätigkeit der Zentralfinanzverwaltung kamen vor 1989 nur in einem recht geringen Umfang in das frühere Zentrale Staatsarchiv. Sie wurden dem vorgenannten Bestand zugeordnet. Es ist damit zu rechnen, daß unter den 1990/91 zu sichernden Akten des Ministeriums der Finanzen sich noch Schriftgut aus mehreren Registraturen der Zentralfinanzverwaltung befindet.

4. Deutsche Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen

Tätigkeitsdauer: Juli 1945 - November 1948.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

– Hygiene-Museum Dresden (1945 wiedereröffnet; seit 1946 der Deutschen Zentralverwaltung für Gesundheitswesen direkt unterstellt),

– Sanitätsabteilung in der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (1946/47 doppelt unterstellt),

– Wissenschaftlicher Senat bei der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen (ab Oktober 1946),

– Zentrales Opiumbüro (ab September 1947),

– Fachausschuß zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bei der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen (ab November 1947),

– Zentralinstitut für Sozialhygiene und Gewerbehygiene (ab April 1948).

Unter fachlicher Aufsicht:

– 5 Landesgesundheitsämter mit den nachgeordneten Kreisgesundheitsämtern (ab September 1945),

– Wissenschaftliche medizinische Gesellschaften (ab Mai 1947),

– Tuberkulosefürsorge- und -beratungsstellen in den Kreisen (1946/47).

Nachfolger:

Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Gesundheitswesen (November 1948 - Oktober 1949).

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Ministerium für Gesundheitswesen (ab 1945).

Die relativ ausgewogen überlieferten Akten der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen sind dem vorgenannten Bestand zugeordnet worden. Den Akten sind Fragmente aus der Tätigkeit des 1. Vizepräsidenten, Prof. Dr. Maxim Zetkin, (November 1945 - November 1948) angeschlossen worden.

5. Deutsche Verwaltung für Handel und Versorgung

Tätigkeitsdauer: Juli 1945 - April 1948.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

– Deutsches Amt für Maß und Gewicht (ab Mai 1946) mit den un-

- terstellten Eichdirektionen und Eichämtern der Länder (ab Januar 1947),
- Wissenschaftliche Institute:
 - Versuchsanstalt für Getreideverwertung, Berlin (ab Januar 1946),
 - Deutsche Forschungsanstalt für Fischerei, Berlin-Friedrichshagen (ab Januar 1946),
 - Institut für Zuckerindustrie, Berlin (ab Januar 1946),
 - Institut für Stärkefabrikation, Berlin (ab Januar 1946),
 - Institut für Ernährungs- und Verpflegungswissenschaft, Potsdam-Rehbrücke (ab Oktober 1946),
 - Forschungsinstitut für Kühlung von Gemüse und Obst, Magdeburg (ab Januar 1947),
 - Institut für Gärungsgewerbe (ab 1947),
 - Forschungsinstitut für Fleisch (ab 1947/48).

Unter fachlicher Aufsicht:

- Konsumgenossenschaften und Konsumgenossenschaftsverbände in den Ländern bzw. Provinzen (ab Dezember 1945) sowie Konsum-Hauptsekretariat für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands (ab Mai 1947),
- Fachschulen des Fischereiwesens (ab 1947),
- Landesverbände der Fischereigenossenschaften (ab Oktober 1947),
- Verwaltung der Lebensmittelindustrie in den Ländern bzw. Provinzen (über die Landes- und Provinzialverwaltungen/-regierungen, ab April 1946).

Nachfolger:

Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Handel und Versorgung (April 1948 - Oktober 1949),

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Ministerium für Handel und Versorgung (ab 1945).

Die relativ ausgewogen überlieferten Akten der Deutschen Verwaltung für Handel und Versorgung sind dem vorgenannten Bestand zugeordnet worden. Überlieferungslücken gibt es u.a. für den Leitungsbereich (Präsident Dr. Hugo Buschmann, August 1945 - September 1946).

6. Deutsche Zentralverwaltung der Industrie

Tätigkeitsdauer: Juli 1945 - April 1948.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen: keine.

Unter fachlicher Aufsicht:

- 5 Handwerkskammern in den Ländern bzw. Provinzen (ab Juli 1946).

Nachfolger:

Deutsche Wirtschaftskommission

- Hauptverwaltung Metallurgie (April 1948 - Oktober 1949),
- Hauptverwaltung Chemie (April 1948 - Oktober 1949),
- Hauptverwaltung Maschinenbau und Elektrotechnik (April 1948 - Oktober 1949),
- Hauptverwaltung Leichtindustrie (April 1948 - Oktober 1949)
- Hauptverwaltung Materialversorgung (April 1948 - Oktober 1949)

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Ministerium für Schwerindustrie (1945-1958).

Aus der Tätigkeit der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie sind nur wenige Akten erhalten geblieben. Sie stammen vor allem aus den Verantwortungsbereichen der Hauptabteilungen IV Operative Lenkung der Industrie (insbesondere des Hauptabteilungsleiters Dr. Kraemer), II Planung und Statistik/Koordinierung sowie VI Organisation von Industrie und Handwerk. Sie wurden dem vorgenannten Bestand zugeordnet und sind in der Findkartei als eigenständige Gruppe ausgewiesen. Die Überlieferungslücken bestehen in erster Linie für den Leitungsbereich (Präsident Leo Skrzypczynski, August 1945 - April 1948), für die Querschnittsabteilungen Personal und Verwaltung, für die technisch-konstruktive Lenkung der Industrie, für den Interzonenverkehr, für die Betriebswirtschafts- und Preiskontrolle sowie für den größten Teil der Industriezweige.

7. Deutsche Verwaltung des Innern

Tätigkeitsdauer: Juni/Juli 1946 - Oktober 1949.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

- Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme (unterstellt von Juni 1946 - März 1948); die Kommission wurde von der SMAD und den deutschen Stellen faktisch wie eine eigenständige Verwaltung behandelt),
- 8 Bahnpolizeiämter (ab Januar 1947),
- Suchdienst für vermißte Deutsche (ab April 1948),
- Eisenbahnpolizeischule Lützow/Mecklenburg (ab 1948),
- Höhere Polizeischule (HPS, ab 1948),
- Polizeiinstitut für Technik und Verkehr (ab 1949),
- Deutsches Zentralarchiv (ab August 1949).

Unter fachlicher Aufsicht:

- Landesämter/Abteilungen des Innern bei den Landes- und Provinzialverwaltungen, Ministerien des Innern und Landespolizeibehörden bei den Landesregierungen (ab Herbst 1946 bzw. ab Frühjahr 1948),
- Landesbodenkommissionen (über die Innenministerien der Länder),
- Landeskommissionen für die Entnazifizierung (über die Innenministerien der Länder).

Nachfolger:

Provisorische Regierung der DDR, Ministerium des Innern (Oktober 1949 - November 1959).

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam,

Die Akten der Deutschen Verwaltung des Innern sind in dem Zentralen Archiv des Ministeriums des Innern der DDR als eigenständiger Bestand aufgestellt worden. Sie wurden 1990/91 dem Bundesarchiv übergeben.

8. Deutsche Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel

Tätigkeitsdauer: Juli 1947 - April 1948.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

- Außenhandelsbeirat bei der Deutschen Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel (ab September 1947).

Vorgänger:

- Deutsche Verwaltung für Handel und Versorgung (Juli 1945 - Juli 1947).

Nachfolger:

Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel (April 1948 - Oktober 1949).

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Ministerium für Außenhandel (ab 1945).

Die relativ ausgewogen überlieferten Akten der Deutschen Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel sind in den vorgenannten Bestand eingeordnet worden. Überlieferungslücken gibt es vor allem für den Leitungsbereich (Präsident Josef Orlopp, Juli 1947 - April 1948).

9. Deutsche Justizverwaltung

Tätigkeitsdauer: Juli 1945 - Oktober 1949.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen: keine.

Unter fachlicher Aufsicht:

- Abteilungen für Justiz der Landes- und Provinzialverwaltungen, Justizministerien bzw. Justizstrukturteile der Landesregierungen.

Nachfolger:

Provisorische Regierung der DDR, Ministerium der Justiz (Oktober 1949 - November 1950).

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Ministerium der Justiz der DDR.

Aus der Tätigkeit der Strafvollzugsabteilung der Deutschen Justizverwaltung hervorgegangene Akten wurden bereits vor 1989 im früheren Zentralen Staatsarchiv, aufbewahrt. Sie sind dort dem Bestand P-1 Ministerium der Justiz zugeordnet worden. Ihr Überlieferungsschwerpunkt ist der Strafvollzug in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der DDR (1945-1952).

10. Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft

Tätigkeitsdauer: Juli 1945 - April 1948.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

- Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft (Dezember 1945 -März 1949, dann in die Zentrale für Landtechnik umgebildet),
- Biologische Zentralanstalt (ab Januar 1946) mit allen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gelegenen Zweig- und Außenstellen,
- Zentral-Forschungsanstalt für Tierzucht, Rostock-Dummerstorf (ab 1946),
- Institut zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, Insel Riems (ab September 1946),
- Versuchs- und Forschungsanstalt für Schweinehaltung, Ruhlsdorf/Kreis Teltow (ab 1947),
- Zentralstelle für forstliches Versuchswesen, Berlin mit 16 forstlichen Versuchsabteilungen (ab 1947),
- Ausschuß für Forstsaamen und -pflanzen (ab August 1947),
- Generalinspektion Wasserwirtschaft (Februar 1947 - April 1948; danach als Hauptabteilung X Wasserwirtschaft in die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der DWK eingegliedert),
- Moorkommission bei der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (ab Oktober 1947),
- Zentralamt für Vermessungswesen (ab Oktober 1947 als eigenständiger Strukturteil in der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft),
- Zentralforstamt (ab Oktober 1947, identisch mit der Hauptabteilung VIII Forstwirtschaft der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft),
- Verwaltungsschule der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (ab September 1947),
- Zentral-Kontrollinstitut für Veterinär-Impfstoffe, Berlin (ab April 1948),
- Agrarwissenschaftliche Institute:
 - Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau, Berlin (ab Januar 1947) mit Außenstelle für Gemüseanbau, Großbeeren/Kreis Teltow,
 - Zentral-Forschungsanstalt für Pflanzenzucht, Müncheberg (ab Januar 1947) mit Außenstelle für Süßlupinenforschung, Lükkenwalde,
 - Institut für Pflanzenzüchtung, Bernburg (ab April 1948),
 - Institut für praktische Pflanzenzüchtung, Quedlinburg (ab Juni 1947),
 - Institut für Bodenkartierung (ab 1947),
 - Sortenamts für Nutzpflanzen, Nossen (ab 1947) mit Zweigstellen für Kartoffelbau, Getreidebau, Gemüse, Hülsenfrüchte, Heil- und Gewürzpflanzen, Obst.

Unter fachlicher Aufsicht:

- Deutsche Saatzucht-Gesellschaft m.b.H., Berlin (ab März 1946),
- Deutsche Düngerezentrale GmbH, Berlin (ab Februar 1946),
- Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e.V., Berlin (ab Februar 1947),
- Landwirtschaftliche Betriebsberufsschulen, Landwirtschaftsschulen, landwirtschaftliche Fachschulen in den Ländern bzw. Provinzen,
- Landwirtschaftliche Versuchs- und Forschungsinstitute der Länder bzw. Provinzen,
- Tierzuchtverbände,
- Tierzuchthauptgüter der Länder.

Nachfolger:

Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft (April 1948 - Oktober 1949).

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft (ab 1945). Die Akten der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft bilden mit den Dokumenten aus der Tätigkeit der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der DWK einen Teilbestand innerhalb des vorgenannten Bestandes. Dabei handelt es sich um eine rela-

tiv geschlossene Gesamtüberlieferung sowohl der Leitungs- und Querschnittsbereiche als auch der einzelnen Fachbereiche einschließlich ihrer Verbindungen zur SMAD.

11. Deutsche Zentralverwaltung für Post- und Fernmeldewesen

Tätigkeitsdauer: Juli 1945 - April 1948.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

1. zentrale Ebene:

- Beschaffungsamt der Deutschen Post (ab Oktober 1945),
- Kontrollkammer der Deutschen Post (ab August 1946),
- Postsparkassenamt, Berlin (ab September 1946),
- Oberprüfungsrat bei der Deutschen Zentralverwaltung für Post- und Fernmeldewesen (ab Juli 1947).

2. Länderebene:

- Oberpostdirektionen (ab Oktober 1945),
- nachgeordnete Dienststellen der Oberpostdirektionen:
 - Postämter,
 - Bahnpostämter,
 - Postscheckämter,
 - Telegraf- und Fernsprechämter,
 - Telegrafbauämter,
 - Telegrafenzugämter,
 - Werkstätten für Kraftfahrzeuge,
 - Zweigpostämter,
 - Poststellen,
 - Posthilfsstellen,
 - Öffentliche Sprechstellen,
 - Überwachungsstellen.

Nachfolger:

Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Post- und Fernmeldewesen (April 1948 - Oktober 1949).

Archivgutverbleib:

Die Akten der Deutschen Zentralverwaltung für Post- und Fernmeldewesen wurden 1990/91 im Verbund mit den Unterlagen der Nachfolger für die Übergabe an das Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, vorbereitet. Sie enthalten auch Schriftgut des vom Magistrat der Stadt Berlin im Mai 1945 eingesetzten Sonderbeauftragten für die Abwicklung des Reichspostministeriums, des Reichspostzentralamts, der Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost und der Reichsdruckerei, der diese Aufgabe im August 1945 an die Deutsche Zentralverwaltung für Post- und Fernmeldewesen überleitete.

12. Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme

Tätigkeitsdauer: März 1946 - März 1948.

Die Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung, die unmittelbar der SMAD-Sequesterkommission unterstand, arbeitete faktisch im Range einer Zentralverwaltung. Ihre Aufgaben gingen im April 1948 auf den Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums bei der Deutschen Wirtschaftskommission über.

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme/Ausschuß zum Schutze des Volkseigentums bei der DWK (1946-1948/49). Überlieferungsschwerpunkte sind die aus den Fachstruktureinheiten hervorgegangenen Akten zur Vermögenserfassung und -verwertung und zur einschlägigen Entscheidung und Koordinierung mit der SMAD und den zuständigen Länderorganen. Die Akten korrespondieren recht eng mit den in den Staatsarchiven überlieferten Materialien der Ländersequestereinrichtungen und der Länderhauptabteilungen/Ämter zum Schutze des Volkseigentums. Die überlieferten Akten sind teilweise bis 1950 in der HA Schutz des Volkseigentums beim Ministerium des Innern der DDR weitergeführt worden.

13. Deutsche Zentralverwaltung für Statistik/Statistisches Zentralamt

Tätigkeitsdauer: Oktober 1945 - April 1948/Oktober 1949.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

- Statistischer Zentralausschuß beim Statistischen Zentralamt (ab 1946),

- Anmeldestelle für statistische Erhebungen beim Statistischen Zentralamt (ab Juli 1948).
- Prüfungskommission für die Vereinheitlichung und Vereinfachung des Erhebungs-, Berichts-, Melde- und Abrechnungswesens beim Statistischen Zentralamt (ab Mai 1949) mit nachgeordneten Prüfungskommissionen bei den statistischen Landes- und Kreisämtern (ab Juli 1949).

Unter fachlicher Aufsicht:

5 Statistische Landesämter bei den Landes- und Provinzialverwaltungen/Landesregierungen (ab Oktober 1945).

Nachfolger:

- Statistisches Zentralamt bei der Deutschen Wirtschaftskommission (April 1948 - Oktober 1949),
- Provisorische Regierung der DDR, Ministerium für Planung, Statistisches Zentralamt (Oktober 1949 - November 1950).

Archivgutverbleib:

- Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand E-2 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (seit 1945). Aus der Tätigkeit der Deutschen Verwaltung für Statistik/Statistisches Zentralamt (1945-1949) sind nur Fragmente im vorgenannten Bestand überliefert;

- Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Staatliche Plankommission, Sammlung Statistik (1946/47-1965).

Nicht für die Öffentlichkeit bestimmte statistische Monats-, Dekaden-, Quartals-, Halbjahres-, Jahres- und Mehrjahres-Berichte der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und ihrer Vorgänger reichen vereinzelt bis 1946/47 zurück. Diese Berichte sind aus den Beständen Staatliche Plankommission, Volkswirtschaftsrat und Industrieministerien (1949-1958) sowie aus deren Vorakten zu einer nach der Systematik der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR aufgebauten Sammlung innerhalb des Bestands E-1 Staatliche Plankommission zusammengestellt worden. Die Akten aus der Tätigkeit der Deutschen Verwaltung für Statistik/Statistisches Zentralamt (1945-1949) sind noch nicht im Bundesarchiv.

14. Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler

Tätigkeitsdauer: September 1945 - April 1948.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

Suchdienst für vermißte Deutsche in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (ab August 1946 durch Zusammenfassung aller Suchdienststellen, ab April 1948 der Deutschen Verwaltung des Innern unterstellt).

Nachfolger:

Deutsche Verwaltung des Innern, Hauptabteilung Umsiedler (April 1948 - Oktober 1949).

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam

15. Deutsche Zentralverwaltung des Verkehrs

Tätigkeitsdauer: Juli 1945 - April 1948.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

- Hauptverwaltung Deutsche Reichsbahn (ab September 1945, ab April 1948 in Generaldirektion Reichsbahn umbenannt) mit den unterstellten Reichsbahndirektionen (ab Juli/September 1945) Berlin, Dresden, Erfurt, Halle, Schwerin, Greifswald, Cottbus, Magdeburg.

- Generaldirektion Schifffahrt (ab Juni 1945; die Zuständigkeit für die Wasserwirtschaft ging ab Februar 1947 an die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft über), ihr unterstellt:

- Deutsche Schifffahrts- und Umschlagsbetriebszentrale (DSU, ab Juli 1949),
- Wasserstraßenverwaltung (ab Juli 1945) mit Wasserstraßendirektion Berlin, Dresden, Magdeburg, Schwerin,
- Seehäfen Wismar, Rostock-Warnemünde, Stralsund (ab Mai 1947 betrieblich der Deutschen Zentralverwaltung des Verkehrs unterstellt),
- Schiffseichämter (ab Juli 1947 bestimmten Wasserstraßenämtern übertragen),
- Forschungsanstalt bzw. -institut für Schifffahrt, Gewässer- und Bodenkunde (ab August 1945),
- Ständige Hochwasserkommission (ab April 1947),

- Technisches Büro, ab 1947 Verkehrs- und Überwachungsbüro,
- Arbeitsgemeinschaft Binnenschifffahrt (Februar 1946 - Juli 1949),

- Generaldirektion Kraftverkehr und Straßenwesen (ab September 1945, ohne eigenen nachgeordneten Verwaltungsapparat, stützte sich auf die entsprechenden Ressorts in den Landes- und Provinzialverwaltungen bzw. Landesregierungen),

- Zentralbeschaffungsamt der Deutschen Zentralverwaltung des Verkehrs (ab April 1946),

- Technisches Amt der Deutschen Zentralverwaltung des Verkehrs (Januar 1947 - Mai 1948),

- Planungsausschuß der Deutschen Zentralverwaltung des Verkehrs (1946/47),

- Zentralpolizeiamt des Verkehrs der Deutschen Zentralverwaltung des Verkehrs (1946 bis Januar 1947).

Nachfolger:

Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Verkehr (April 1948 - Oktober 1949).

Archivgutverbleib:

- Ministerium für Verkehrswesen der DDR, Verwaltungsarchiv (Stand: Juli 1990).

Die Akten der Deutschen Zentralverwaltung des Verkehrs sind mit den Akten der Nachfolgebehörden ein zusammengefaßter Bestand im o.a. Verwaltungsarchiv. Über Überlieferungslücken können keine Angaben gemacht werden;

- Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Ministerium für Verkehrswesen.

Einige Fragmente aus der Tätigkeit der Deutschen Zentralverwaltung für Verkehr, der Hauptverwaltung Verkehr der DWK und des Ministeriums für Verkehr bzw. Nachfolger in der Zeit von 1945 bis 1946 gelangten in den o.a. Bestand. Die Mehrzahl der überlieferten Akten befindet sich noch nicht im Bundesarchiv.

16. Deutsche Verwaltung für Volksbildung

Tätigkeitsdauer: Juli 1945 - Oktober 1949.

Zugeordnete bzw. nachgeordnete Institutionen:

- Universität Berlin (ab Januar 1946, ab Februar 1949 Humboldt-Universität),

- Vorstudienanstalt an der Universität Berlin (ab Mai 1946) bzw. Arbeiter- und Bauernfakultät der Humboldt-Universität zu Berlin (ab Oktober 1949),

- Charité-Krankenhaus Berlin,

- Deutsche Verwaltungsakademie in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands Forst-Zinna (ab November 1947),

- Bergakademie Freiberg (1948 von der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie und Energie übernommen),

- Deutsche Akademie der Wissenschaften mit ihren Instituten in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (ab August 1946),

- Öffentliche Wissenschaftliche Bibliothek zu Berlin (die ab Juni 1945 wieder tätige ehemalige Preußische Staatsbibliothek wurde im Juni 1946 aus der Unterstellung unter den Berliner Magistrat herausgelöst, der Deutschen Verwaltung für Volksbildung unmittelbar nachgeordnet und in Öffentliche Wissenschaftliche Bibliothek umbenannt),

- Deutsche Bücherei Leipzig (nach Unterstellung unter die Landesverwaltung Sachsen/Landesregierung Sachsen ab 1947 der Deutschen Verwaltung für Volksbildung direkt nachgeordnet),

- Zentralarchiv in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (mit Sitz in Potsdam, tätig ab Juni 1946, im August 1949 als Deutsches Zentralarchiv Potsdam der Deutschen Verwaltung des Innern unterstellt),

- Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut Berlin (ab September 1949) mit 5 Landeszeigstellen,

- Lehrmittelinstitut bei der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (1945/46, ab 1946 als Institut für Lehrmittelforschung in die Pädagogische Fakultät der Universität Berlin eingegliedert),

- Lehrmittel-Zentrale GmbH Berlin (ab Dezember 1947, unter Anleitung der Zentralschulbildstelle in der Deutschen Verwaltung

für Volksbildung, die ab März 1948 als Zentralbild- und Lehrmittelstelle tätig war),

- Generalintendanz der Rundfunksender in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (ab Herbst 1946, entstanden aus dem Rundfunkbereich der Deutschen Verwaltung für Volksbildung zur inhaltlichen und technischen Leitung des Rundfunks sowie zur Lenkung des Rundfunkzentrallagers für die 1945/46 in Betrieb genommenen landesgeleiteten Sendeanstalten sowie für Landessender Leipzig, Berliner Rundfunk und Deutschlandsender),
- Verlag Volk und Wissen GmbH Berlin und Leipzig (ab September 1945),
- Zentralstelle für Zeitgeschichte Berlin-Lichtenberg (ab März 1946, seit 1949 Deutsches Institut für Zeitgeschichte Berlin),
- Hochschule für angewandte Kunst Berlin-Weißensee (ab August 1946 der Deutschen Verwaltung für Volksbildung unterstellt),
- ehemaliges Zeughaus Berlin (ab 1948 der Deutschen Verwaltung für Volksbildung nachgeordnet),
- Deutsche Film AG (DEFA) Potsdam-Babelsberg (ab Mai 1946),
- Berliner Theater,
- Beratungsgremien bei der Deutschen Verwaltung für Volksbildung:
 - Wissenschaftlicher Senat bei der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (ab März 1949),
 - Pädagogischer Beirat bei der Schulabteilung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (ab August 1946) sowie Lehrfachkommissionen bei der Schulabteilung (ab 1946),
 - Kuratorium für Jugendfragen (ab 1947),
 - Beirat beim Zentraljugendamt (ab 1947),
 - Kultureller Beirat (Rat für ideologische Fragen) des Verlagswesens bei der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (ab 1946),
 - Kuratorium des Kulturfonds (ab September 1949).

Unter fachlicher Aufsicht:

- Universitäten Rostock, Greifswald, Halle, Leipzig (alle ab Februar 1946), Jena (ab Oktober 1945) mit Vorstudienanstalten, die im Oktober 1949 in die Arbeiter- und Bauernfakultäten übergingen,
- Technische Hochschule Dresden (ab Oktober 1946),
- Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig (ab Dezember 1948),
- Brandenburgische Landeshochschule Potsdam (ab Oktober 1948) mit Vorstudienanstalt bzw. Arbeiter- und Bauernfakultät,
- Pädagogische Hochschule Berlin (ab November 1946),
- Landesbildstellen bei den Landes- und Provinzialverwaltungen/-regierungen (ab Juni 1946) mit den Kreisbildstellen und Schulbildstellen,
- Vorschuleinrichtungen (Kinderheime, Kindergärten, vereinheitlicht ab Juli 1946),
- Landesjugendämter bei den Landes- und Provinzialverwaltungen/-regierungen (ab September 1945),
- Bibliotheksreferat in den Volksbildungsressorts der Länder mit den Landesstellen für Bibliothekswesen (1946-1948),
- Kunsthochschulen der Länder,
- Theater- und Musikhochschulen der Länder.

Nachfolger:

Provisorische Regierung der DDR, Ministerium für Volksbildung (Oktober 1949 - November 1950).

Archivgutverbleib:

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Bestand Ministerium für Volksbildung. Die Akten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung bilden mit der Überlieferung des Ministeriums für Volksbildung der DDR im Zentralen Staatsarchiv einen zusammengefaßten Bestand. Relativ geschlossen liegen die Unterlagen der Schulabteilung vor. Die Überlieferung aus den anderen Strukturteilen befindet sich nur lückenhaft im o.a. Bestand. Besonders groß sind die Überlieferungslücken auf den Gebieten der Wissenschaftslenkung, der Hochschulkoordinierung, ferner in den Bereichen Theater, Film, Funk und Kunst.

*

Analyse der Quellengruppe Niederschriften über die Sitzungen des Kabinetts der Landesregierung Sachsen-Anhalt in den Jahren 1946-1949

Wolfgang Hassel

Im folgenden Beitrag soll die Quellengruppe Niederschriften über die Sitzungen des Kabinetts des Landes Sachsen-Anhalt in den Jahren 1946-1949 hinsichtlich ihres Aussagewertes analysiert werden. Dafür ist der Bestand Rep. K Ministerpräsident Sachsen-Anhalt des Landeshauptarchivs Magdeburg, Arbeitsgebiet II, Angelegenheiten des Gesamtministeriums und des Kabinetts relevant. Von besonderer Bedeutung sind hierbei folgende Aktengruppen: II.1.a. Ministerratsprotokolle, II. 2. Ministerratsbeschlüsse im Umlaufverfahren, II. 4. Gesetzesvorlagen und II. 5. Landtagsangelegenheiten.

Für den Zeitraum 1946-1949 liegen davon folgende Arten von Akteneinheiten vor: 170 Bde mit Niederschriften über Kabinettsitzungen, dabei in zwei Fällen nur Auszüge und Doppel Exemplare, eine Akteneinheit mit Einladungen und Tagesordnung, zwei Akten mit Sachregister und vier Beschlußakten. Letztere enthalten Beschlüsse, Verordnungen, Bekanntmachungen und Aufrufe aus dem Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten. Ein Band der Niederschriften enthält vielfach mehrere Akteneinheiten. Damit kommen 177 Akten im engeren Sinne für die Untersuchung in Betracht. Ferner sind aus diesem Aufgabenbereich des Ministerpräsidenten noch zwei Akten über Gesetzentwürfe und zwei Akten über Landtagsangelegenheiten für unsere Fragestellung relevant. Welches Spektrum an Quellenarten bieten nun diese Akten und wie sind sie strukturiert? Die Akteneinheit Einladungen und Tagesordnungen zu den Kabinettsitzungen (Rep. K MinPräs Nr. 319) enthält auch Arbeitspläne des Kabinetts für bestimmte Monate mit Tagesangaben. Die beiden Akten Sachregister zu den auf den Kabinettsitzungen behandelten Angelegenheiten bzw. zu den Protokollen der Kabinettsitzungen, sind gegliedert nach Ministerpräsident, Ministerien, ihren Abteilungen, Ämtern, Büros, Hauptabteilungen, Direktionen, Landtag, SMA, BGL und DDR-Berlin, Begriffen und Buchstaben und enthalten Angaben des jeweiligen Sachbetreffes, der entsprechenden Protokollnummer, der Sitzungsnummer und des Datums der Kabinettsitzung. Die Vermerke wurden handschriftlich oder maschinenschriftlich vorgenommen.

Wie sind nun die Aktenbände über die Niederschriften der Kabinettsitzungen strukturiert? Als erstes finden wir Listen über die Tagesordnungspunkte. Es folgen Konzepte von Schreiben des Ministerpräsidenten bzw. der Präsidialkanzlei an den Präsidenten des Landtages und die SMA Sachsen-Anhalt mit Informationen zur Übersendung von beglaubigten Abschriften der Niederschriften der Kabinettsitzungen. Es folgen dann die Niederschriften selbst. Sie tragen die Unterschriften des Ministerpräsidenten Dr. Erhard Huebener. Sie enthalten in numerischer Gliederung die auf den Kabinettsitzungen behandelten Sachpunkte, die in der Regel in Kurzform fixiert sind. Einzelne Punkte enthalten längere Angaben, verweisen auf gesetzliche Regelungen und enthalten auch statistische Nachweise.

Den Niederschriften folgen Auszüge zu den Tagesordnungspunkten, die dem Landesnachrichtenamt zur Veröffentlichung übermittelt wurden. Ihnen folgen die Auszüge aus den Niederschriften zu jeweils einem bestimmten Tagesordnungspunkt. Sie erfolgten auf hektographierten, später – ab der 48. Sitzung vom 2. Oktober 1947 – auf gedruckten Formblättern und in Gestalt von beglaubigten Abschriften bzw. Abschriften und sind vom Leiter der Präsidialkanzlei, in der Regel von Dr. Kunisch im Auftrag, unterzeichnet. Auf ihnen ist auch vermerkt, welche Ministerien diese Abschriften erhielten. Letztere werden darin auf Kenntnisnahme und weitere Veranlassung orientiert.

Des Weiteren enthalten die Akten eine Reihe von Anlagen in Gestalt von Vorlagen zu den einzelnen behandelten Punkten. Sie sind in den Anfangsjahren in die Auszüge aus den Niederschriften integriert. Später nehmen sie an Umfang zu und bilden nach den Auszügen einen besonderen Bestandteil der Akteneinheit.

Seit der 40. Sitzung vom 7. August 1947 sind die Anlagen oben in roter Schrift mit den entsprechenden Tagesordnungspunkten gekennzeichnet.

Nun zum Inhalt der in den Punkten der Niederschriften fixierten Sachverhalte: In numerischer Folge können wir dort Angaben zu den verschiedensten Anlässen und unterschiedlichster Bedeutung verfolgen, ohne daß sich hier eine Logik oder Rang bzw. Wertigkeit ergibt. Folgende Beispiele seien hier aufgeführt.

- Beschlüsse des Kabinetts, unter anderem ihre Aufhebung und Berichtigung, Entschließungen, Bekanntmachungen, Informationen und Presse-notizen, Stellungnahmen, Zustimmungen zu Vorlagen und Vorschlägen der Minister, z.B. auch mit Maßgaben, Ablehnungen und Bedenken, u.a. zu Vorschlägen und Entscheidungen der Deutschen Zentralverwaltungen, Einsprüche bei der SMAD und dort Vorstelligwerden hinsichtlich der Durchführung von im Kabinett gewünschten Maßnahmen;
- Zurückstellung der Erörterung von Fragen und von Entscheidungen;
- Bestimmung von Mitgliedern der Regierung als Vertreter in Gremien;
- Festlegung federführender Ministerien in Sachfragen;
- Aufträge und Orientierungen an Minister und Referenten zur Unterbreitung von Vorschlägen;
- Ausarbeitung von Rechtsnormen;
- Prüfung von Sachverhalten und Veranlassung zur Erledigung bei der DWK;
- Einholung von Gutachten;
- Berichte von Ministerien zu verschiedenen Sachfragen.

Ferner wurden in den Kabinettsitzungen Fragen der Änderung der Geschäftsordnung, Festlegung von Zuständigkeit und Befugnissen, die Unterstellung und Eingliederung von Strukturteilen, die Bildung und Zusammensetzung von Kommissionen, die Vornahme von Ortsbesichtigungen, die Anberaumung von Kabinettsitzungen in anderen Orten, die Genehmigung für die überplanmäßige Ausgabe von Geldern, die Ermächtigung für die Übernahme von Bürgschaften und die Verbürgung von Krediten behandelt. Auch eine breite Skala der Beratung von Personalfragen spiegelt sich in den Niederschriften des Kabinetts wider, wie z.B. Ernennungen, Einstellungen, Berufungen, Dienstbezeichnungen, Disziplinarmaßnahmen, Verfehlungen leitender Beamter, Aufhebung der Immunität von Abgeordneten, Gnadengesuche bei Todesurteilen, Kassation von Urteilen. In diesen Dokumenten werden auch die Genese und der Lauf von Entwürfen von Gesetzen und anderen Rechtsnormen sowie die Querverbindungen zwischen Ministern, Kabinett, Landtag, SMA und deutschen Zentralverwaltungen sichtbar.

Dokumentiert werden auch solche Fragen wie das Verfahren der Gesetzgebung, die verfassungsmäßige Berechtigung der Regierung zum Erlaß von Rechtsverordnungen, die Veröffentlichung von Anordnungen im Gesetzblatt des Landes Sachsen-Anhalt, die Zustimmung und Vorbehalte des Kabinetts zu Gesetzesvorlagen, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen (u.a. unter Maßgabe von Änderungsvorschlägen), die Orientierung auf beschleunigte Einbringung der Gesetzesentwürfe in den Landtag, die Aufträge an die Fachminister, Entwürfe für Rechtsnormen einzubringen, Bestimmungen in Einzelfragen zu erlassen oder Stellungnahmen zu den Entwürfen abzugeben. Ferner sei hingewiesen auf Berichte von Leitern von Strukturteilen über die Beratung von Gesetzesentwürfen in Ausschüssen des Landtages über ihre Änderung auf Grund der Ergebnisse von Ausschusssitzungen dieser parlamentarischen Körperschaft, schließlich auf Zustimmung, Ablehnung und Bedenken gegen den Inhalt von SMAD-Befehlen sowie gegen Verordnungen und Satzungen Deutscher Zentralverwaltungen und der DWK.

Die enge Wechselwirkung zwischen Landtag und Regierung im damaligen Land Sachsen-Anhalt spiegelt sich z.B. in der Beratung folgender Punkte wider:

- Kontaktaufnahme mit dem Präsidenten des Landtages wegen der Einberufung des letzteren;
- Bitte an ihn, Beschlüsse des Ältestenrates herbeizuführen;

- das Ersuchen an den Landtagspräsidenten, der Regierung Gelegenheit zur Begründung der Gesetzesentwürfe in erster Lesung zu geben;
- Einbringung von zusätzlichen Regierungsanträgen im Landtag;
- Anwesenheit von Abteilungsleitern und Referenten auf Landtagssitzungen;
- Aufträge an die Minister zur Berichterstattung während der Aussprachen im Parlament und Aufträge zu Stellungnahmen zu den Reden der Fraktionssprecher;
- Beauftragung von Ministerialdirektoren zur Stellungnahme bei großen Anfragen im Landtag;
- schriftliche Beantwortung aller dortigen kleinen und großen Anfragen über das Kabinett;
- zentrale Erfassung aller vom Landtag eingehenden Vorgänge und die rechtzeitige Information des Innenministers an die Fachminister;
- die Erarbeitung von Standpunkten auf gemeinsamen Sitzungen von Landtagspräsidium, Ältestenrat und Kabinett.

Die hier angeführten Sachverhalte spiegeln zugleich die Informationsflüsse zwischen den Registraturbildnern des Landtages und des Ministerpräsidenten wider, die bei beiden eine gleichartige Überlieferung an Archivadokumenten erzeugt haben.

Beachtenswert sind die Anlagen, die wichtige Vorlagen für die auf den Kabinettsitzungen behandelten Sachfragen darstellen und die die in den Niederschriften vermerkten kurzen Informationen in größere Zusammenhänge einbetten, die somit auch die Genesis und Zielsetzung eines Sachverhalts mit größerer Aussage veranschaulichen. Dafür soll eine ganze Reihe von Kategorien von Dokumenten angeführt werden. Der Trend zu den Anlagen nimmt ab 1947 immer stärkere Konturen an. Solche Anlagen sind:

- Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen, ersten Durchführungsbestimmungen, Runderlassen, z.T. ausführliche Erläuterungen und Begründungen;
- Motivberichte zu Gesetzesvorlagen;
- Protokolle über die Beratung von Gesetzen und Übergangsbestimmungen;
- Beschlüsse der Landesregierung einschließlich Vorlagen, Aktionsprogramme, Entschließungen und Aufrufe;
- Rundschreiben und Schreiben des Ministerpräsidenten an Minister;
- Vorlagen der Präsidialkanzlei zu Einzelfragen;
- Vorlagen von Ministerien und ihrer Strukturteile an den Ministerpräsidenten bzw. die Präsidialkanzlei und andere Minister, unter anderem mit Schlußbemerkungen der zuständigen Minister;
- Vorlagen von Abteilungen an die Allgemeine Abteilung, die dann zu Vorlagen des Ministerpräsidenten an das Kabinett verdichtet wurden;
- Schreiben von Ministern und ihrer Strukturteile über sie oder ohne eine solche Überleitung an den Ministerpräsidenten bzw. die Präsidialkanzlei zur Erwirkung von Kabinettsbeschlüssen oder zwecks Ersuchen, Einzelpunkte bzw. die Diskussion von Gesetzen auf die Tagesordnung der Kabinettsitzungen zu setzen;
- Schreiben von Strukturteilen von Ministerien an den Ministerpräsidenten bzw. Schriftwechsel zwischen Abteilungen, Schreiben von Ministern an andere Minister und Behörden zur Erläuterung von einzelnen Sachfragen;
- Berichte von Abteilungen über Sitzungen;
- Stellungnahmen von Ministern und Strukturteilen u.a. an die Präsidialkanzlei in solchen Angelegenheiten, gemeinsam Stellungnahmen mehrerer Minister zu einer Sachentscheidung mit genauer Angabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Ferner finden sich unter den Anlagen Schreiben des Ministerpräsidenten an die SMA in Halle, Schreiben von ihr an Minister, Niederschriften über Vorsprachen bei Vertretern dieser sowjetischen Militärbehörde, die in Deutsch und Russisch vorliegen. Hervorzuheben ist auch der Schriftwechsel von Parteien (einschließlich ihrer Fraktionen) und von gesellschaftlichen Organisationen in konkreten Fällen. In Bezug auf den Landtag sind vereinzelt Schrift-

wechsel zwischen dem Präsidenten des Landtages und dem Ministerpräsidenten bzw. der Präsidialkanzlei, Beschlüsse dieser Körperschaft sowie Protokolle von Sitzungen ihres Ältestenrates überliefert.

Außerdem finden sich in den Anlagen solche aussagekräftigen Dokumente wie Satzungen, Haushaltspläne, Verzeichnisse von Unternehmen in Sachsen-Anhalt, Pläne und Verzeichnisse über Kredite, Übersichten, Zusammenstellungen, Nachweisungen und Listen zu Sachbetreffen mit ausführlichen Zahlenangaben, Presse-notizen, Beiträge des Landesnachrichtenamtes, Gutachten, Betriebsvereinbarungen, Vorlagen für Stadtverordnetenversammlungen, Stellungnahmen von Räten der Städte und von Instituten, Niederschriften und Protokolle zu Einzelfragen, Anordnungen und Richtlinien der Deutschen Zentralverwaltungen.

Als Beispiele für den Inhalt dieser Dokumente seien folgende Sachverhalte angeführt:

- Rechtsstellung von Sachsen-Anhalt,
- Zusammenarbeit deutscher Behörden mit Dienststellen der SMA,
- Wahlordnung,
- Sequestrierung von Vermögen,
- Übereignung früheren Partei- und Gewerkschaftseigentums,
- Finanzausgaben des Landes,
- Durchführung der Währungsreform,
- Haushaltspläne der Industrierwerke Sachsen-Anhalt,
- Regelung volkseigener Vermögenswerte,
- Aktionsprogramm zum SMAD-Befehl Nr. 234 von 1947,
- Unterstützung von Belegschaften bei der Erfüllung von Plänen,
- Einführung des Streikrechts,
- Zusammensetzung der Provinzialbodenkommission,
- Landverteilungen im Rahmen der Bodenreform,
- Pflichtabgaben von Getreide,
- Unterstützung des Aufbauwerkes in der Landwirtschaft,
- Rechtsformen für landeseigene Güter,
- Bekämpfung von Schiefern und Schwarzhändlern sowie Zuweisung von Umsiedlern.

Verschiedene Vorlagen der Ministerien und Strukturteile sind bei diesen Registraturbildnern noch einmal überliefert. Der sich in der Sachgruppe II 5 Landtagsangelegenheiten von Rep. K. Ministerpräsident dokumentierende Schriftwechsel mit dem Landtag hat die entsprechende Gegenüberlieferung bei der letztgenannten Körperschaft. Das betrifft unter anderem entsprechende Landtagsdrucksachen, Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten, Arbeitspläne des Landtages, Niederschriften von Kabinettsitzungen einschließlich von Auszügen. Dies bezieht sich aber auch auf solche Sachfragen wie Stellungnahmen zu Entwürfen von Gesetzen, Einsprüche gegen Beschlüsse von Ausschüssen des Landtages, strittige Fragen der Gesetzesbefugnisse, die Einrichtung der Präsidialkanzlei als Vermittlungsstelle aller eingehenden Anliegen des Landtages sowie die Forderung des Ältestenausschusses, Runderlasse der einzelnen Fachminister durch die Ressortminister abschließend zeichnen zu lassen. Auch solche kontroversen Fragen und sich nicht immer reibungslos entwickelnde Felder der Zusammenarbeit von Landtag und Landesregierung wie Erklärungen von Ministerien vor dem Landtag, Gegenvorstellungen der Regierung gegen Landtagsbeschlüsse, Orientierung auf die umgehende Beantwortung von Anfragen im Parlament, die Behandlung von Anträgen von Fraktionen als Aufträge an die Regierung, die Pflicht der Minister zur Übersendung von Verordnungen, Durchführungsbestimmungen und Runderlassen an den Landtag schlagen sich in den Akten des Bestandes des Ministerpräsidenten über diese parlamentarische Körperschaft im Lande Sachsen-Anhalt nieder.

Die verschiedenen Rechtsnormen, Beschlüsse und Bekanntmachungen sind im „Gesetzblatt des Landes Sachsen-Anhalt“ in den Jahrgängen 1947-1952 in Gestalt von 8 Bänden veröffentlicht. So finden wir im 1. Teil u.a. Gesetze und Beschlüsse des Landtages und grundsätzliche Beschlüsse seines Ausschusses für Kreis- und Gemeindeangelegenheiten sowie vereinzelt Beschlüsse, Verordnungen und Bekanntmachungen der Regierung

und von Ministerien. Im 2. Teil wurden unter der Rubrik „1. Amtliche Bekanntmachungen“ Verordnungen, Anordnungen, Durchführungs-, Ausführungs- und Übergangsbestimmungen, Erlasse, Bekanntmachungen und Aufrufe der Landesregierung, des Ministerpräsidenten und einzelner Ministerien publiziert. Beide Teile sind jeweils nach zeitlichen Übersichten nach Dienststellen gegliedert und nach einem alphabetischen Schlagwörterverzeichnis angeordnet. Für die Jahre 1948 und 1949 wurde für jeden Teil je ein Band angelegt.

Die Beschlüsse des Kabinetts wurden bereits durch die Behörde des Ministerpräsidenten über Karteien im Umfang von zwei Karteikästen erschlossen. Die Karteikarten enthalten folgende Angaben: Zahl und Datum der Kabinettsitzung, Ordnungszahl, Kurzrezept und Wortlaut des relevanten Punktes, der dort beraten wurde. Allerdings findet sich kein Vermerk über die jeweilige Aktensignatur.

*

Überblick über die Bestände der Landtage (1946 - 1952) und der Landesregierungen sowie ihrer Vorgänger (1945/46 - 1952) in den Staatsarchiven Dresden, Magdeburg, Potsdam, Schwerin und Weimar

Zusammengestellt von Wolfgang Merker

Nach der territorialen Neugliederung der DDR vom Juli 1952 gelangten die Akten der aufgelösten Landtage und Landesregierungen in die zuständigen Landeshauptarchive. Ihre Überlieferung, die auch die Dokumente aus der Tätigkeit der Vorgänger seit 1945/46 mit umfaßt (die der Beratenden Versammlungen bei den Landes- und Provinzialverwaltungen vom Sommer 1946 wie auch die der Landes- und Provinzialverwaltungen mit den Sitzungsmaterialien ihrer Präsidien von Juli 1945 bis Dezember 1946), wurde in den nachfolgenden Jahren zu Beständen formiert sowie durch Findmittel erschlossen und nutzbar gemacht.

Die inzwischen von den meisten Landeshauptarchiven publizierten Bestandsübersichten enthalten keine Angaben über die Bestände der Landtage und der Landesregierungen sowie ihrer Vorgänger seit 1945.

Die nachfolgende erste summarische Übersicht über diese für die deutsche Nachkriegsgeschichte unverzichtbare regionale archivalische Quellenüberlieferung stützt sich auf Informationen, die seit 1965 in dem bei der Staatlichen Archivverwaltung der DDR geführten Zentralen Bestandsnachweis registriert worden sind. Die Angaben zu den Beständen sind nach den aufbewahrenden Archiven sowie nach ihrer tektonischen Folge in den einzelnen Archiven gegliedert. Die Daten werden hier nach folgendem Schema zusammengestellt:

- *Bezeichnung des Bestandes* (Überlieferungszeitraum) - Signatur
- Registraturbildende Institutionen im Bestand (Zeitraum) Findmittel.

1. Provinz Mark Brandenburg (1945-1947) und Land Brandenburg (1947-1952)

Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam

- *Landtag der Provinz / des Landes Brandenburg* (1946-1952) - Ld.Br.Rep.201
 - Landtag: Plenum, Präsidium, Ältestenrat, Ausschüsse, Kommissionen (Nov. 1946 - Juli 1952) Findbuch.
- *Büro des Ministerpräsidenten, Land Brandenburg* (1945-1952) - Ld.Br.Rep.202 A
 - Präsidialkanzlei des Präsidenten der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg einschließlich Präsidium (Juli 1945 - Dez. 1946) sowie Beratende Versammlung bei der Provinzialverwaltung (Juni-August 1946)
 - Kanzlei/Büro des Ministerpräsidenten einschließlich Kabinett der Provinzial-/Landesregierung (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch.
- *Ministerpräsident Land Brandenburg, Hauptabt. Innerdeutscher/Außenhandel, Materialversorgung* (1945-1952) -Ld.Br.Rep.202 B

- Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Teile der Abt. II Industrie und XI Handel und Versorgung (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, davon: HA Materialversorgung und Vorgänger (Nov. 1948 - Jan. 1950) HA Interzonen- und Außenhandel und Vorgänger (Jan. 1949 - Jan. 1950) HA Innerdeutscher/Außenhandel und Materialversorgung (Jan. 1950 - Juli 1952) Findbuch.
 - *Ministerpräsident Land Brandenburg, Hauptabt. Wirtschaftsplanung (1945-1952)* – Ld.Br.Rep.202 C
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Teile der Abt. II Industrie und XII Planung (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, davon: Ministerium für Wirtschaftsplanung/Abt. für Wirtschaftsplanung (Dez. 1946 - Jan. 1949) HA Wirtschaftsplanung (Jan. 1949 - Juli 1952) Findkartel.
 - *Ministerpräsident Land Brandenburg, Hauptab. Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (1945-1952)* – Ld.Br.Rep.202 D
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Teile der Abt. XI Handel und Versorgung (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg (Dez. 1946 - Juli 1952), davon HA Erfassung und Aufkauf im Ministerium für Wirtschaft bzw. im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft Findbuch.
 - *Ministerpräsident Land Brandenburg, Hauptabteilung Statistisches Landesamt (1945-1952)* – Ld.Br.Rep.202 E
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Teile der Abt. I Inneres (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, Statistisches Landesamt/HA Statistisches Landesamt beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch.
 - *Ministerpräsident Land Brandenburg, Amt für Reparationen (1950-1952)* Ld.Br.Rep.202 F
 - Landesregierung Brandenburg, Amt für Reparationen beim Ministerpräsidenten (1949 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerpräsident Land Brandenburg, Amt für Information (1945-1952)* Ld.Br.Rep.202 G
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. IV Volksbildung, Amt für Information (Dez. 1945 - Nov. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, Ministerium des Innern, Informationsamt/Abt. Information (1950 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerium des Innern, Land Brandenburg (1945-1952)* Ld.Br.Rep.203
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. Inneres (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, Ministerium des Innern (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch mit Register
 - *Ministerium des Innern, Land Brandenburg, Entnazifizierungskommission (1947-1948)* Ld.Br.Rep. 203
 - Entnazifizierungskommission der Provinzial-/Landesregierung Brandenburg (Aug. 1947 - März 1948) Findkartel
 - *Ministerium des Innern, Land Brandenburg, Amt zum Schutze des Volkseigentums (1945-1952)* Ld.Br.Rep.203
 - Sequesterkommission und Amt für Angelegenheiten der Sequestrierung und Beschlagnahme bei der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg (Mai 1946 - Dez. 1946)
 - Sequesterkommission und Abteilung Sequestrierung und Beschlagnahme beim Ministerium für Wirtschaftsplanung bzw. beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - März 1948)
 - Landesregierung Brandenburg, Amt zum Schutze des Volkseigentums beim Ministerium des Innern (März 1948 - Juli 1952) Findkartel
 - *Ministerium der Finanzen, Land Brandenburg (1945-1952)* Ld.Br.Rep.204 A
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. V Finanzen (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, Ministerium der Finanzen (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerium für Volksbildung, Land Brandenburg (1945-1952)* Ld.Br.Rep.205 A
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. IV Volksbildung (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, Ministerium für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst/ ab Juli 1951 Ministerium für Volksbildung (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Landesverwaltung für Kunstangelegenheiten, Land Brandenburg (1951-1952)* Ld.Br.Rep.205 B
 - Landesregierung Brandenburg, Landesverwaltung für Kunstangelegenheiten (Juli 1951 - Juli 1952) Findbuch
 - *Landesstelle für Naturschutz, Land Brandenburg (1946-1952)* Ld.Br.Rep.205 D Findbuch
 - *Wirtschaftsministerium, Land Brandenburg (1945-1952)* Ld.Br.Rep.206
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. II Wirtschaft und Verkehr/ab Mai 1946 Industrie, VII Arbeit und Sozialwesen, X Verkehr (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, Ministerium für Wirtschaftsplanung/ab Jan. 1949 Ministerium für Wirtschaft/ab Nov. 1950 Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch mit Register
 - *Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Land Brandenburg(1945-1952)* Ld.Br.Rep.208
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. III Landwirtschaft und Forsten, ferner Provinzialbodenkommission (ab Sept. 1945) (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, Ministerium für Wirtschaftsplanung/ab Jan. 1949 Ministerium für Wirtschaft (Abteilung Land- und Forstwirtschaft)/ab Nov. 1950 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerium für Handel und Versorgung, Land Brandenburg(1945-1952)* Ld.Br.Rep.209
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. XI Handel und Versorgung (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, Ministerium für Wirtschaftsplanung/ab Jan. 1949 Ministerium für Wirtschaft (Abt./HA Handel und Versorgung)/ab Nov. 1950 Ministerium für Handel und Versorgung (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerium für Gesundheitswesen, Land Brandenburg(1945-1952)* Ld.Br.Rep.211
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. VIII Gesundheitswesen (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, Ministerium für Arbeit und Sozialwesen/ab Juli 1950 Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen (Abt./HA Gesundheitswesen)/ab Nov. 1950 Ministerium für Gesundheitswesen Findbuch
 - *Ministerium der Justiz, Land Brandenburg(1945-1952)* Ld.Br.Rep.212
 - Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. VI Justiz (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Brandenburg, Ministerium der Justiz/ab Nov. 1950 HA Justiz beim Ministerpräsidenten Findbuch
- 2. Land Mecklenburg-Vorpommern (1945-1947) und Land Mecklenburg (1947-1952)**
- Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin
- *Landtag des Landes Mecklenburg(1946-1952)*
 - Landtag, Plenum, Präsidium, Ältestenrat, Ausschüsse, Kommissionen (Nov. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerpräsident Land Mecklenburg(1945-1952)*
 - Büro des Präsidenten der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Präsidium (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Ministerpräsidium/ab Sept. 1950 bzw. Nov. 1950 Büro des Ministerpräsidenten einschließlich Kabinett der Landesregierung (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerpräsident Land Mecklenburg, Hauptabteilung Wirtschaftsplanung(1945-1952)*
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Teile der Abt. Wirtschaft (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Amt für Wirtschaftsplanung/HA Wirtschaftsplanung beim Ministerium für Innere Verwaltung und

- Planung/ab Juni 1948 beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
- *Ministerpräsident Land Mecklenburg, Hauptabteilung Materialversorgung und Innerdeutscher Handel*(1945-1952)
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Teile der Abteilungen Wirtschaft/Industrie, Handel und Versorgung (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Teile des Amtes für Wirtschaftsplanung/ab März 1949 HA Materialversorgung sowie HA Interzonen- und Außenhandel/ab Sept. 1950 HA Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Materialversorgung beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerpräsident Land Mecklenburg, Hauptabteilung Statistik*(1945-1952)
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Teile der Allgemeinen Verwaltung und der Abt. Wirtschaft (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Statistisches Landesamt/HA Statistik beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerpräsident Land Mecklenburg, Hauptabteilung Justiz*(1945-1952)
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Justiz (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Justizverwaltung beim Ministerpräsidenten/ab Sept. 1950 Ministerium der Justiz/ab Nov. 1950 HA Justiz beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerpräsident Land Mecklenburg, Hauptabteilung Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse*(1945-1952)
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Teile der Abt. Handel und Versorgung (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Abteilung/HA Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Ministerium für Versorgung/ab Febr. 1947 im Ministerium für Handel und Versorgung/ab Aug. 1949 beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerium des Innern, Land Mecklenburg*(1945-1952)
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Inneres mit Landesauschuß zur Bereinigung der Wirtschaft/ab Nov. 1945 Landessequesterkommission/ab Frühjahr 1946 Amt für Sequestrierung und Beschlagnahme (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Innere Verwaltung und Planung/ab Juli 1948 Ministerium für Innere Verwaltung/ab März 1949 Ministerium des Innern mit Amt zum Schutze des Volkseigentums (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerium für Wirtschaft, Land Mecklenburg*(1945-1952)
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Industrie, Handel und Versorgung/ab Sept. 1945 Abt. Wirtschaft und Abt. Verkehr/ab Sept. 1946 Abt. Wirtschaft und Verkehr (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Wirtschaft/ab Sept. 1950 Ministerium für Industrie und Aufbau/ab Apr. 1951 Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (ferner: HA Landeseigene Betriebe, Dez. 1946 - März 1949) (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Land Mecklenburg*(1945-1952)
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Landwirtschaft und Forsten sowie Landesbodenreformkommission (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Landwirtschaft/ab März 1949 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft/ab Nov. 1950 Ministerium für Landwirtschaft/ab 1952 Ministerium für Landwirtschaft und Forsten sowie Landesbodenkommission (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerium für Handel und Versorgung, Land Mecklenburg*(1945-1952)
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Industrie, Handel und Versorgung/ab Sept. 1945 Abt. Handel und Versorgung (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Versorgung/ab Febr. 1947 Ministerium für Handel und Versorgung (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei
 - *Ministerium der Finanzen, Land Mecklenburg*(1945-1952)
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Finanzen (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Finanzen (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei
 - *Ministerium für Sozialwesen, Land Mecklenburg*(1945-1952)
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Arbeit und Sozialfürsorge (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Sozialwesen/ab Sept. 1950 Ministerium für Arbeit und Sozialwesen und Ministerium für Gesundheitswesen/ab Nov. 1950 Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen/ab Apr. 1951 Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und Ministerium für Gesundheitswesen (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Ministerium für Volksbildung, Land Mecklenburg*(1945-1952)
 - Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Kultur und Volksbildung (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Volksbildung sowie Verwaltung für Kunstangelegenheiten beim Ministerpräsidenten ab Juli 1951) (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
- ### 3. Land Sachsen (1945-1952)
- Sächsisches Landesarchiv Dresden
- *Sächsischer Landtag*(1946-1952)
 - Landtag, Plenum, Präsidium, Ältestenrat, Ausschüsse, Kommissionen (Nov. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Landesregierung Sachsen, Ministerpräsident*(1945-1952)
 - Büro des Präsidenten der Landesverwaltung Sachsen einschließlich Präsidium der Landesverwaltung Sachsen/Büro des Ministerpräsidenten einschließlich Kabinett der Landesregierung (Juli 1945 - Juli 1952)
 - Landesnachrichtenamt/HA Amt für Information (1945-1952)
 - HA Reparationen (1946-1950)
 - HA Wirtschaftsplanung (1948-1952)
 - HA Innerdeutscher Handel und Außenhandel (1948-1950)
 - HA Materialversorgung (1949-1952) Findbuch
 - *Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern* (1945-1952)
 - Landesverwaltung Sachsen, Ressort Inneres und Volksbildung/ab Jan. 1946 Ressort Inneres (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Sachsen, Ministerium des Innern (Dez. 1946 - Juli 1952)
 - Landesbodenkommission (1945-1950)
 - Abt. für sequestrierte Vermögenswerte (Okt. 1946 - März 1948)
 - HA Amt zum Schutze des Volkseigentums (Apr. 1948 - Juli 1952) Findbuch
 - *Landesregierung Sachsen, Ministerium der Justiz* (1945-1952)
 - Landesverwaltung Sachsen, Ressort Justiz/ab Sept. 1945 Ressort Justiz und Gesundheitswesen (Juli 1945 - Nov. 1946)
 - Landesregierung Sachsen, Ministerium der Justiz/ab Nov. 1950 HA Justiz beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Landesregierung Sachsen, Ministerium der Finanzen* (1945-1952)
 - Landesverwaltung Sachsen, Ressort Finanzen und Steuern (Juli 1945 - Nov. 1946)
 - Landesregierung Sachsen, Ministerium der Finanzen (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Landesregierung Sachsen, Ministerium für Wirtschaft* (1945-1952)
 - Landesverwaltung Sachsen, Ressort Wirtschaft, Arbeit und Verkehr/ab Nov. 1945 Ressort Wirtschaft und Arbeit (Juli 1945 - Nov. 1946)
 - Landesregierung Sachsen, Ministerium für Wirtschaft und Wirtschaftsplanung/ab Aug. 1948 Ministerium für Industrie und Verkehr/ab Nov. 1950 Ministerium für Industrie und Verkehr/ab Mai 1951 Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - *Landesregierung Sachsen, Ministerium für Handel und Versorgung* (1945-1952)

- Landesverwaltung Sachsen, Ressort Ernährung und Landwirtschaft/ab Dez. 1945 Ressort Landwirtschaft, Handel und Versorgung, Verkehr (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Landesregierung Sachsen, Ministerium für Handel und Versorgung (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - Landesregierung Sachsen, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft(1945-1952)
 - Landesverwaltung Sachsen, Ressort Ernährung und Landwirtschaft/ab Dez. 1945 Ressort Landwirtschaft, Handel und Versorgung, Verkehr (Juli 1945 - Nov. 1946)
 - Landesregierung Sachsen, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (Dez. 1946 - Juli 1952)
 - Referat/Abt./HA Wasserwirtschaft (Juli 1945 - Juli 1952) Findkartei
 - Landesregierung Sachsen, Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge(1945-1952)
 - Landesverwaltung Sachsen, Ressort Wirtschaft und Arbeit (Juli 1945 - Nov. 1946)
 - Landesregierung Sachsen, Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge/ab Febr. 1949 Ministerium für Arbeit und Sozialwesen (Dez. 1946 - Nov. 1950)
 - Landesverwaltung Sachsen, Ressort Inneres und Volksbildung/ Abt. Gesundheitswesen/ab Sept. 1945 Ressort Justiz und Gesundheitswesen (Juli 1945 - Nov. 1946)
 - Landesregierung Sachsen, HA Gesundheitswesen im Ministerium für Arbeit und Sozialwesen (Dez. 1946 - Mai 1950)
 - Landesregierung Sachsen, Ministerium für Gesundheitswesen (Mai 1950 - Juli 1952) Findbuch
 - Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung(1945-1952)
 - Landesverwaltung Sachsen, Ressort Inneres und Volksbildung, Zentralverwaltung für Wissenschaft, Kunst und Erziehung beim Präsidenten der Landesverwaltung Sachsen, Landesnachrichtenamt (Juli 1945 - Dez. 1945)
 - Landesverwaltung Sachsen, Ressort Volksbildung (Jan.-Nov. 1946), Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung (Dez. 1946-Juli 1952), Landesregierung Sachsen, HA Kunst und Literatur / ab Juli 1951 Verwaltung für Kunstangelegenheiten (Dez. 1946 - Juli 1952)
- 4. Provinz Sachsen (1945-1946), Provinz Sachsen-Anhalt (1946-1947) und Land Sachsen-Anhalt (1947-1952)**
- Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Magdeburg
- Landtag des Landes Sachsen-Anhalt (Rep. K Landtag), Landtag Plenum, Präsidium, Ältestenrat, Ausschüsse, Kommissionen (Nov. 1946 - Juli 1952) Findbuch
 - Ministerpräsident Land Sachsen-Anhalt (Rep. K MinPräs), Provinzialverwaltung Sachsen: Abteilung Behörden- und Verwaltungsorganisation / ab Nov. 1945 Zentralabteilung / ab September 1946 Allgemeine Abt. des Präsidenten der Provinzialverwaltung Sachsen mit dem Präsidium (Jan. 1946 - Nov. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Sachsen-Anhalt: Präsidialkanzlei des Ministerpräsidenten einschließlich des Kabinetts der Regierung, ferner folgende Strukturteile der Regierung: Kirchenwesen, Stiftungswesen, Förderungsausschuß für die deutsche Intelligenz, Statistisches Landesamt, Informationen, Jugendfragen und Leibesübungen, Innerdeutscher Handel und Außenhandel, Wirtschaftsplanung, Reparationen sowie Justiz mit den jeweiligen Vorgängern (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei
 - Ministerium des Innern, Land Sachsen-Anhalt (1945-1952) Rep.K Mdl
 - Provinzialverwaltung Sachsen: Abt. Behörden- und Verwaltungsorganisation/ab Nov. 1945 Zentralabt./ab Sept. 1946 Allgemeine Abt., Personalabt., Polizeiabt., Abt. Kommunalaufsicht und Kommunalwirtschaft, Abt. Post- und Nachrichtenwesen, Flüchtlingskommissar/ab Sept. 1945 Flüchtlingsabt./ab Dez. 1945 Umsiedlungsfürsorge/ab Apr. 1946 Umsiedlerabt., Abt. Neuordnung der Wirtschaft bei der HA Wirtschaft, Abt. Sequester einschließlich Treuhandamt Halle bei der HA Wirtschaft, Verwertungsabt. der Industrierwerke Sachsen-Anhalt (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Sachsen-Anhalt, Ministerium des Innern mit Entnazifizierungskommission sowie ab 1949 mit HA zum Schutze des Volkseigentums (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei
 - Ministerium für Wirtschaft, Land Sachsen-Anhalt (1945-1952) Rep.K MW
 - Provinzialverwaltung Sachsen: HA Wirtschaft, Abt. Industrie, Abt. Technik, Abt. Brennstoff- und Energiewirtschaft, Amt zur Sicherung der Wirtschaft/ab Apr. 1946 Abt. Sicherung der Wirtschaft, Abt. Verkehr, Direktion für Kraftverkehr und Straßenwesen, Abt. Ingenieurbau, Abt. Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, Abt. Arbeit und Sozialfürsorge (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Sachsen-Anhalt, Ministerium für Wirtschaft und Verkehr (Dez. 1946 - Okt. 1949)
 - Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik (Dez. 1946 - Sept. 1949)
 - Ministerium für Arbeit und Sozialwesen (Sept. 1949 - Dez. 1949)
 - Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen (Dez. 1949 - Nov. 1950)
 - Ministerium für Industrie/später für Industrie und Aufbau (Okt. 1949 - Nov. 1950)
 - Ministerium für Verkehr (Okt. 1949 - Nov. 1950)
 - Ministerium für Industrie, Verkehr, Aufbau und Arbeit (Nov. 1950 - 1951)
 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (Febr. 1952 - Juli 1952) Findbuch
 - Ministerium für Volksbildung, Land Sachsen-Anhalt (1945-1952) Rep.K MVB
 - Provinzialverwaltung Sachsen, Abt. Volksbildung, Abt. Presse, Funk, Film/ab Jan. 1946 Abt. Presse und Propaganda (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Sachsen-Anhalt, Ministerium für Volksbildung, Kust und Wissenschaft/ab 1950 Ministerium für Volksbildung (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei
 - Ministerium der Justiz, Land Sachsen-Anhalt(1945-1952) Rep.K MJ
 - Provinzialverwaltung Sachsen, Justizabt. /Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Sachsen-Anhalt, Ministerium der Justiz/ab Nov. 1950 HA Justiz beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei
 - Ministerium für Handel und Versorgung, Land Sachsen-Anhalt(1945-1952) Re.K MHV
 - Provinzialverwaltung Sachsen, Abt. Ernährung und Landwirtschaft, Abt. Handel und Gewerbe/ab Nov. 1945 Abt. Handel und Versorgung (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Sachsen-Anhalt, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Handel und Versorgung/ab Juni 1948 Ministerium für Handel und Versorgung (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei
 - Ministerium für Land und Forstwirtschaft, Land Sachsen-Anhalt(1945-1952) Rep.K MLF
 - Provinzialverwaltung Sachsen, Abt. Land- und Forstwirtschaft (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Abt. Ingenieurbau (Juli 1945 - Jan. 1946)
 - Abt. Wasserwesen/später Wasserwirtschaft (Juli 1945 - Okt. 1946)
 - Provinzialbodenkommission (Sept. 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Sachsen-Anhalt, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Handel und Versorgung/ab Juni 1948 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei
 - Ministerium der Finanzen, Land Sachsen-Anhalt(1945-1952) Rep. K MdF
 - Provinzialverwaltung Sachsen, Finanzabt. (Aug. 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Sachsen-Anhalt, Ministerium der Finanzen (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei
 - Ministerium für Gesundheitswesen, Land Sachsen-Anhalt(1945-1952) Rep.K. MGw
 - Provinzialverwaltung Sachsen, Abteilung Gesundheitswesen (Juli 1945 - Dez. 1946)
 - Provinzial-/Landesregierung Sachsen-Anhalt, Ministerium für Ar-

beit und Sozialpolitik/ab Sept. 1949 Ministerium für Arbeit und Sozialwesen/ab Dez. 1949 Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen/ab Nov. 1950 Ministerium für Gesundheitswesen (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei

5. Land Thüringen (1945-1952)

Thüringisches Hauptstaatsarchiv

– Landtag des Landes Thüringen(1946 -1952)

• Landtag, Plenum, Präsidium, Ältestenrat, Ausschüsse, Kommissionen (Nov. 1946 - Juli 1952)

– Ministerpräsident Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten(1945-1952)

• Präsidialkanzlei der Landesverwaltung Thüringen einschließlich Präsidium der Landesverwaltung (Juli 1945 - Dez. 1946)

• Präsidialamt der Landesregierung Thüringen/ab Dez. 1949 Büro des Ministerpräsidenten der Landesregierung Thüringen einschließlich Kabinett der Landesregierung (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch

– Ministerpräsident Land Thüringen, Hauptabteilung Gesundheitswesen(1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Landesgesundheitsamt (Juli 1945 - Dez. 1946)

• Landesregierung Thüringen, HA Gesundheits- und Umsiedlerwesen/ab Jan. 1947 HA Gesundheitswesen im Ministerium des Innern/ab Okt. 1947 im Ministerium für Arbeit und Sozialwesen/ab Dez. 1950 beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei

– Ministerpräsident Land Thüringen, Hauptabteilung Wirtschaftsplanung(1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Abt. Landesplanung (Wirtschaftsstab) beim Präsidialamt (Juli 1945 - Dez. 1946)

• Landesregierung Thüringen, HA Wirtschaftsplanung im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr/ab Okt. 1947 beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei

– Ministerpräsident Land Thüringen, Hauptabteilung Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Materialversorgung(1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Teile des Landesamtes für Handel und Versorgung (Juli 1945 - Dez. 1946)

• Landesregierung Thüringen, HA Interzonen- und Außenhandel/ ab Febr. 1950 HA Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Materialversorgung im Ministerium des Innern/ab Okt. 1947 im Ministerium für Wirtschaft/ab Okt. 1948 beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei

– Ministerpräsident Land Thüringen, Hauptabteilung Erfassung und Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse(1949-1952)

• Landesregierung Thüringen, HA Erfassung und Ankauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse beim Ministerpräsidenten/ab Febr. 1950 im Ministerium für Handel und Versorgung/ab Juli 1951 wieder beim Ministerpräsidenten (Mai 1949 - Juli 1952) Findkartei

– Ministerium des Innern, Land Thüringen (1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Landesamt des Innern/ab Nov. 1945 Landesamt für Kommunalwesen/ab Okt. 1946 Landesamt für allgemeine und innere Verwaltung sowie Landeskommission zur Durchführung der Befehle 124/126 der SMAD beim 1. Vizepräsidenten (Juli/Juli 1945 - Dez. 1946)

• Landesregierung Thüringen, Ministerium des Innern (Dez. 1946 - Juli 1952)

• HA Amt zum Schutze des Volkseigentums beim Ministerium des Innern (Okt. 1948 - Juli 1952) Findkartei

– Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Land Thüringen(1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Landesamt für Land- und Forstwirtschaft (Juni/Juli 1945 - Dez. 1946)

• Landesregierung Thüringen, HA Landwirtschaft im Ministerium für Versorgung/ab Febr. 1950 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei

– Ministerium der Justiz, Land Thüringen (1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Landesamt für Justiz (Juni/Juli 1945 - Dez. 1946)

• Landesregierung Thüringen, Ministerium für Justiz (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei

– Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Land Thüringen (1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Landesamt für Industrie, Handel und Gewerbe (Juni 1945), Landesamt für Wirtschaft Landesverkehrsamt (Juni 1945), Landesamt für Verkehr, Landesarbeitsamt (Juni 1945), Landesamt für Arbeit und Sozialfürsorge (Juni/Juli 1945 - Dez. 1946)

• Landesregierung Thüringen, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr/ab Okt. 1947 Ministerium für Wirtschaft/ab Mai 1951 Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (mit folgenden Vorgängern: Ministerium für Arbeit und Sozialwesen, Okt. 1947 - Nov. 1950; Ministerium für Verkehr, Okt. 1947 - Nov. 1950; Ministerium für Industrie und Aufbau, Nov. 1950 - Mai 1951) (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei

– Ministerium für Handel und Versorgung, Land Thüringen(1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Landesamt für Wirtschaft/ab Jan. 1946 Landesamt für Handel und Versorgung (Juni/Juli 1945 - Dez. 1946)

• Landesregierung Thüringen, Ministerium für Versorgung/ab Febr. 1950 Ministerium für Handel und Versorgung (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei

– Ministerium der Finanzen, Land Thüringen (1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Landesamt für Finanzen (Juni/Juli 1945 - Dez. 1946)

• Landesregierung Thüringen, Ministerium der Finanzen (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei

– Ministerium für Volksbildung, Land Thüringen(1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Landesamt für Volksbildung (Juni/Juli 1945 - Dez. 1946)

• Landesregierung Thüringen, Ministerium für Volksbildung (Dez. 1946 - Juli 1952)

• Landesverwaltung für Kunstangelegenheiten (Sept. 1951 - Juli 1952) Findkartei

– Statistisches Landesamt, Land Thüringen(1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Statistisches Amt bei der Präsidialkanzlei bzw. beim Präsidialamt

• Landesregierung Thüringen, Statistisches Landesamt beim Ministerpräsidenten (Dez. 1946 - Juli 1952) Findkartei

– Landesbodenkommission, Land Thüringen(1945-1952)

• Landesverwaltung Thüringen, Landeskommission zur Durchführung der Bodenreform beim 1. Vizepräsidenten (Sept. 1945 - Dez. 1946)

• Landesregierung Thüringen, Landeskommission zur Durchführung der Bodenreform/ab Dez. 1948 Landesbodenkommission (Dez. 1946 - Juli 1952) Findbuch

*

Die Bestände der Kreisverwaltung als Quelle für Forschungen zur Regional- und Heimatgeschichte 1945-1949 *

Hans-Joachim Schreckenbach

Gerade in unseren Tagen spielen Fragen von Geschichte und Geschichtsbewußtsein eine wachsende Rolle. Verbundenheit mit der Heimat, mit dem Ort, der Region, in der ein Bürger wohnt, und Verantwortung für deren Pflege und Weiterentwicklung werden nicht zuletzt davon beeinflußt, welche geschichtlichen Kenntnisse vorhanden sind, welche Traditionen gepflegt werden, und zwar sehr konkrete, nicht allgemeine.

Notwendig ist es jetzt, sich stärker mit der Geschichte der DDR – und zwar auch und im besonderen auf der Ebene von Orten und Kreisen – zu befassen, „weiße Flecke“ aufzuhellen, Verzerrungen zu berichtigen, die Darstellung stärker zu differenzieren, positive und negative Entwicklung deutlicher zu machen.

Diese Forderungen sind jedoch nur zu realisieren, wenn mehr als bisher regionale Quellen für die Forschung und Darstellung heran-

gezogen und regionale Entwicklungen herausgearbeitet werden. Diese Quellen finden sich nicht nur in den Archiven von Städten und Kreisen – wie vielfach von Regional- und Heimatgeschichtsforschern angenommen wird –, sondern auch in anderen Archiven, vor allem in den Landeshauptarchiven.

Gemäß ihrer Zuständigkeit verwahren die Landesarchive für den hier interessierenden Zeitraum 1945-1949 das Archivgut der zentralen, regionalen und örtlichen Organe der damaligen Länder sowie das Archivgut von Betrieben und Einrichtungen der Wirtschaft. Dazu gehören in erster Linie folgende:

- der Landtag (ab 1946);
- der Präsident bzw. Ministerpräsident;
- die Ministerien und Ämter der Landesregierung und deren Vorgänger 1945/46;
- die Landratsämter/Kreisverwaltungen;
- andere regionale Organe (in Brandenburg z.B. die von 1945 bis Anfang 1947 bestehenden Oberlandratsämter, die bis 1948 bestehenden Amtsbezirke, Bodenkulturämter, Wasserstraßenbehörden);
- Gerichte und Staatsanwaltschaften;
- wirtschaftliche Leitungsorgane und einzelne Betriebe.

Mein Anliegen ist es, etwas näher auf die Überlieferung der Kreisverwaltungen/Landratsämter im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam einzugehen. Diese Kreisverwaltungen haben einen entscheidenden Anteil am Neuaufbau und der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in den Jahren nach 1945 gehabt, waren sie doch das Bindeglied und der Vermittler zwischen den Verwaltungsorganen auf örtlicher Ebene und den zentralen Organen der fünf Länder und Provinzen der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Die 1945 geschaffenen und Anfang 1947 wieder aufgehobenen Bezirksverwaltungen, die real nur in Sachsen-Anhalt und Brandenburg (hier auch als Oberlandratsämter bezeichnet) existiert haben, sollen hier unberücksichtigt bleiben.

Wie in den anderen Ländern so endete auch in Brandenburg mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen die Tätigkeit des faschistischen Staatsapparates und begann der Aufbau der deutschen Verwaltung in der SBZ, ein Prozeß, der sich auf einen längeren Zeitraum erstreckte und mit der Einsetzung von Bürgermeistern und Landräten in den letzten April- und ersten Maitagen des Jahres 1945 begann.

So heißt es z.B. in einem politischen Bericht des Landrats von Ruppin an die Provinzialverwaltungen Mark Brandenburg vom 1.9. 1945 rückblickend: „Der Einmarsch der Russen erfolgte am 1. Mai ohne Kampfhandlungen und ohne Kriegsschäden. Die Verwaltungen des Kreises und der Stadt wurden nach wenigen Tagen in vollem Umfang weitergeführt . . . von den 7 Städten und 128 Landgemeinden sind sämtliche Städte und 103 Landgemeinden mit neuen Bürgermeistern gesetzt worden“ (1) Mit Rundschreiben von 10. Mai 1945 teilt der Landrat von Ruppin seine Einsetzung durch den zuständigen sowjetischen Kommandanten mit (2). Es sei hier deutlich hingewiesen, daß die vor dem 8. Mai 1945 bestehende Verwaltungsorganisation zunächst weitgehend weitergeführt wurde, d.h. neben der Kreisverwaltung (Landratsamt) existierten noch zahlreiche weitere Staatsorgane auf Kreisebene: Kreiskommunalkasse, Finanzamt, Staatshochbauamt, Staatliches Gesundheitsamt (Kreismedizinrat), Katasteramt, Wasserwirtschaftsamt, Organe der Zollverwaltung, Arbeitsamt, Regierungshauptkasse, Eichamt, Forstamt, Wasserstraßenamt, Wasserbauamt, Kulturbauamt, Kreistierarzt, Kreisschulrat, Gewerbeaufsichtsamt. Alle diese Behörden knüpften an die Behördenorganisation aus den Jahren vor 1933 an und arbeiteten – z.T. mit neuen Leitern und Mitarbeitern – mit bisherigen Befugnissen und Zuständigkeiten weiter. Erst allmählich wurde der Staatsapparat den veränderten Bedingungen in der SBZ angepaßt. Die beginnende Planwirtschaft, die Entstehung von Volkseigentum, die Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft verursachten tiefgreifende Veränderungen in allen Verwaltungsebenen, auch im Bereich der Kreisverwaltung. Die Mehrzahl der o.a. Sonderbehörden wurde in den Jahren 1945-1952 in die Kreisverwaltungen eingegliedert, verstärkte deren Autorität und erhöhte den Verantwortungsbereich der in der demokratischen Kreisordnung für die

Mark Brandenburg vom 19.12. 1946 proklamierten Selbstverwaltung der Kreise.

Auf Grund der Zuständigkeit der Kreisverwaltungen für alle Lebensgebiete – insbesondere hinsichtlich der Durchführung der Bodenreform, der Entnazifizierung, der Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, der Beseitigung der Kriegsfolgen, der Eingliederung der Umsiedler und Heimkehrer usw. – besitzt deren archivalische Überlieferung einen hohen Quellenwert. Die im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam gebildeten Bestände der Kreisverwaltungen enthalten nicht nur das überlieferte Schriftgut der Landratsämter, sondern auch das der in den Jahren 1945 bis 1952 eingegliederten Sonderbehörden, von denen oben die Rede war. Das LHA Potsdam verwahrt die Bestände von 21 Kreisverwaltungen im Umfang von 20.230 Akteneinheiten. Der Umfang der Überlieferung für die einzelnen Kreise ist sehr unterschiedlich und hängt von der damaligen Form der Schriftgutverwaltung, der sachgemäßen oder unsachgemäßen Behandlung und Lagerung, dem Umfang der durchgeführten Kassationen und von Verlusten durch Brand oder Wasserschäden ab. Er schwankt zwischen 383 AE (Landeratsamt Westhavelland) und 2.677 AE (Landratsamt Ruppin). Sehr umfangreiche Bestände liegen auch aus den Kreisen Beeskow-Storkow (1.999 AE), Cottbus (1.926), Osthavelland (1.317), Oberbarnim (1.068), Lübben (1.054) und Angermünde (1.006 AE) vor.

Alle diese Bestände sind gemäß den Aufgaben der Kreisverwaltung und in Anlehnung an die Verwaltungsstruktur nach einem einheitlichen Ordnungsschema gegliedert, intensiv erschlossen und mit Findbüchern versehen. Dabei gibt es folgende Gruppen:

1. Kreistag,
2. Landrat (einschl. Rat des Kreises, Polizeiwesen, Organisations-Instrukteur, Information, Planung, Statistik u.a. allgemeine Aufgaben),
3. Inneres (einschl. allgemeine Verwaltung, Personal, Schulung, Gemeindeangelegenheiten, Wahlen, Personenstandswesen, Bevölkerungspolitik, Schutz des Volkseigentums, Gewerbeaufsicht, Vermessung),
4. Finanzen,
5. Wirtschaft und Arbeit (einschl. Verkehr, Aufbau, Sozial- und Wohnungswesen),
6. Land- und Forstwirtschaft (einschl. Bodenreform),
7. Handel und Versorgung,
8. Gesundheitswesen,
9. Volksbildung (einschl. Kunst und Kultur).

Bei einzelnen Kreisen gibt es noch einige Akten von gesellschaftlichen Organisationen sowie Personalakten.

Die Überlieferung für diese einzelnen Gruppen ist sehr unterschiedlich. Teilt man die o.a. 20.230 AE auf diese Gruppen auf, so zeigt sich – in Prozenten ausgedrückt – folgendes aufschlußreiches Bild:

1. Kreistag 4,2%
2. Landrat 17,3%
3. Inneres 14,1%
4. Finanzen 8,3%
5. Wirtschaft und Arbeit 14,2%
6. Land- und Forstwirtschaft 31,3%
7. Handel und Versorgung 1,1%
8. Gesundheitswesen 2,8%
9. Volksbildung 4,6%
- 10./11. Gesellschaftl. Org., Personal, Nachträge 2,1%

Die vier Gruppen Landrat, Inneres, Wirtschaft und Arbeit sowie Land- und Forstwirtschaft umfassen also 76,9%, d.h. mehr als drei Viertel der Gesamtüberlieferung, davon Land- und Forstwirtschaft (insbesondere Bodenreform) allein fast ein Drittel! Schon allein diese Tatsache deutet darauf hin, welche Schwerpunkte die Kreisverwaltungen in ihrer Tätigkeit zu erfüllen hatten.

Sicherlich darf man dabei nicht außer acht lassen, daß die Kassationsrate in manchen Komplexen, wie z.B. Finanzen, Handel und Versorgung, Erfassung und Aufkauf, besonders hoch und deshalb die Überlieferung geringer ist.

Trotz mancher Verluste, unterschiedlicher Überlieferungsdichte und schlechter Aktenführung stellen die Bestände der Kreisverwaltungen eine wertvolle Quelle für alle regional-, orts- und heimatge-

schichtlichen Forschungen für die Jahre 1945-52 dar. Sie zeigen die Entwicklung von Städten, Gemeinden und Kreisen, lassen sehr konkret die ungeheuren Schwierigkeiten und Probleme erkennen, die in dieser Zeit zu überwinden waren. Es ist natürlich hier unmöglich, eine eingehende Analyse der Bestände vorzunehmen. Lediglich einige Hinweise auf wenige Quellengruppen können gegeben werden, und zwar insbesondere zu den o.a. vier besonders umfangreichen Bestandsgruppen.

In den Akten des Landrats finden sich zusammenfassende Berichte über die Entwicklung im Kreis, Unterlagen über die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Kommandaten sowie den Blockparteien und Massenorganisationen, über Planung und Statistik, Rechtswesen und Polizei. Besonders instruktiv und faktenreich sind die Informationsberichte, die die Landräte ab Herbst 1945 zunächst aller zwei Wochen, ab Juni 1946 einmal im Monat an die brandenburgische Provinzialverwaltung bzw. Landesregierung zu senden hatten. Folgende 11 Punkte mußten dabei in jedem Bericht beantwortet werden (3):

1. Politische Stimmung der Bevölkerung,
2. Zusammenarbeit der Parteien,
3. Anzahl der Mitglieder und Ortsgruppen der Parteien,
4. Versammlungen der Parteien und des antifaschistischen Blocks,
5. Arbeit des FDGB,
6. Versammlungen mit Rechenschaftsberichten,
7. Jugendausschüsse, Frauenausschüsse, FDJ, VdGB,
8. Zusammenarbeit mit den Kommandanturen,
9. Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee,
10. Illegale Tätigkeit faschistischer und reaktionärer Elemente,
11. Gerüchte.

Außer der Aufzählung der 11 Punkte läßt den Inhaltsreichtum und den Wert dieser Informationsberichte für die verschiedenartigsten Fragestellungen erkennen. Leider gibt es hier bei einzelnen Kreisbeständen Lücken.

Im Bestandskomplex Inneres sind von besonderem Interesse Akten über die Durchführung der Wahlen vom Herbst 1946 und über die Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß, über die Tätigkeit von Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Bürgermeister, die Entnazifizierung und – nicht zuletzt – die Personalpolitik im Kreisgebiet. Aber auch Personenstandswesen, Bevölkerungspolitik und Brandschutz gehören hierher.

Der Bestandskomplex Wirtschaft und Arbeit enthält zum einen Quellen zur Ingangsetzung und Entwicklung von Industrie und Gewerbe, zur Enteignung einzelner Betriebe, zum Entstehen des Volkseigentums sowie zu Problemen von Post, Verkehr und Bauwesen. Zum anderen sind umfangreiche Aktengruppen über Arbeitsverhältnisse, Sozial- und Wohnungswesen, vor allem aber über die Betreuung und Eingliederung der Umsiedler zu nennen, die zu Millionen durch Brandenburg gezogen sind. So heißt es in einer Denkschrift des Kreises Cottbus vom Sommer 1946 mit dem Titel „Ein Jahr nach dem Zusammenbruch“, daß im Zeitraum von Mai 1945 bis Mai 1946 weit über zwei Millionen Flüchtlinge Stadt- und Landkreis Cottbus passierten. 25.000 von ihnen wurden im Kreisgebiet angesiedelt, das war ein Drittel der Bevölkerung(4).

Die größte Bestandsgruppe Land- und Forstwirtschaft beinhaltet zwei Schwerpunkte: Durchführung der demokratischen Bodenreform sowie die Sicherung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Tätigkeit der Kreis- und Gemeindebodenkommissionen, die konkrete Aufteilung der enteigneten Güter, die Eintragung des Neubauernlandes in die Grundbücher, Unterstützung der Neubauern und Neubauernbauprogramm spiegeln sich sehr detailliert in den Akten wider und lassen deutlich die Veränderungen auf dem Lande erkennen.

* Diskussionsbeitrag auf der Tagung der Fachkommission Quellenkunde und Historische Hilfswissenschaften der Historiker-Gesellschaft der DDR in Schwerin am 21.11. 1989.

(1)Staatsarchiv Potsdam, Ld.Br.Rep.250 Ruppin, Nr. 212, Bl. 1.

(2)A.a.O.Nr. 68, Bl. 5. Bereits am 18.5. 1945 wurde der Landrat wieder abgelöst und durch einen neuen ersetzt.

(3)Staatsarchiv Potsdam, Ld.Br.Rep.250 Cottbus, Nr. 196, Bl. 18. Vgl. auch Ld.Br.Rep.250 Ruppin, Nr. 212, Bl. 31 u. 78.

(4)Staatsarchiv Potsdam, Ld.Br.Rep.250 Ruppin, Nr. 73, Bl. 221.

*

Quellen im Staatsarchiv Schwerin zur Entwicklung der Landwirtschaft in Mecklenburg 1945-1949

Unter besonderer Berücksichtigung der Kreis- und Gemeindebestände

Sigrid Fritzlär

Das Profil des Staatsarchivs Schwerin wird aus seiner Zuständigkeit heraus vor allem geprägt von archivalischen Quellen zur Entwicklung der Landwirtschaft, begründet im Charakter Mecklenburgs als Agrarland und vom hohen Stellenwert der Agrarproduktion in den 1952 gebildeten Bezirken Schwerin und Neubrandenburg. Für den ebenfalls auf dem Territorium des ehemaligen Landes Mecklenburg gebildeten Bezirk Rostock ist das Staatsarchiv Greifswald das zuständige Endarchiv.

54% der Gesamtfläche und 46% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, vorwiegend aus Flächen der Gutsbetriebe und Domänen, unterlagen der Aufteilung. Das entspricht fast einem Drittel des gesamten Bodens, der in der Sowjetischen Besatzungszone bis zum Januar 1950 in den Fonds der Bodenreform gelangte. 67,4% der Bodenempfänger waren Neubauern, davon wiederum 50,3% Umgesiedelte.

Die historisch-relevanten Bestände der Landesverwaltung bzw. -regierung sowie der Einrichtung, die im Zusammenhang mit der Durchführung, Festigung und Sicherung der demokratischen Bodenreform spezifische Aufgaben zu verwirklichen hatten, sind der Forschung in Form der „Archivalischen Quellennachweise“ des Staatsarchivs Schwerin zur Geschichte der demokratischen Bodenreform zugänglich. Erarbeitet wurden diese Quellennachweise 1970 unter Leitung von Siegfried Kuntsche und von ihm im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972 vorgestellt.

Aus diesem Grund wird an dieser Stelle auf eine konkrete Aufzählung dieser Bestände verzichtet, nicht aber auf den Verweis zum Bestand der Landeskommission für Bodenreform als wertvollste Quelle bei der Erforschung der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung auf dem Lande.

Diese Quellen sind mehrfach und vielfältig genutzt und wissenschaftlich ausgewertet in Form von Publikationen, Dissertationen, Diplomarbeiten, Studien u.a.m. Es stellt sich gegenwärtig jedoch nachdrücklich die Forderung nach konkreten, differenzierten, Entscheidungssituationen aufzeigenden Spezialuntersuchungen neben umfassenden historischen Forschungsergebnissen und Darstellungen. Neue Fragen an die Geschichte, im Zusammenhang mit der Aufarbeitung weißer Flecken, erfordern eine Neubefragung und -interpretation der archivalischen Quellen unter Aspekten der alternierenden Geschichtsbetrachtung, der Darstellung nicht nur des Ausmaßes der Reformen, sondern auch ihrer Grenzen. Eine Quellenbasis für Spezialuntersuchungen, für die eine umfassende wissenschaftliche Auswertung noch aussteht und die detaillierte Antworten auf derartige Fragestellungen geben kann, ist die Bestandsgruppe Kreistage/Räte der Kreise 1945-52, einschließlich der unmittelbar nach Kriegsende gebildeten Kreisverwaltungen, deren Überlieferung hier eingeordnet ist. Die Überlieferung dieser Verwaltungsorgane setzt sich zusammen aus der Überlieferung von 21 Kreisen des ehemaligen Landes Mecklenburg, einschließlich Vorpommern; sie entstand im Zeitraum 1945-1952. Die Überlieferungslage der einzelnen Kreise in dieser Bestandsgruppe ist sehr differenziert. Die umfangreichste Dokumentation liegt für die Kreise Greifswald, Parchim, Ludwigslust, Rostock, Güstrow und Hagenow vor. Sehr lückenhaft sind die Überlieferungen der Kreise Randow, Waren und Malchin. Die Bestandsgruppe ist über Findbücher der Benutzung und Auswertung zugänglich. Die Kreistage / Räte der Kreise waren staatliche Organe auf regionaler Leitungsebene, die beim Neuaufbau nach 1945 von unten nach oben gebildet worden sind. Die Bodenreform war in diesem Prozeß eine der vordringlichsten Aufgaben. In den Quellen des Bereiches Land- und Forstwirtschaft, insbesondere der Kreiskommissionen für Bodenreform der Räte der Kreise widerspiegelt sich diese Aufgabe umfangreich. Monatliche Berichte an die sowjetischen Kreiskommandanturen, Berichte an Parteien und Massenorganisationen, Protokolle, Anwei-

sungen und Rundschreiben der Kreiskommissionen sind hier überliefert.

Aufstellungen über enteignete Gutsbetriebe und Herrenhäuser mit ihren ehemaligen Eigentümern, des Flächenumfangs und der Bodennutzungsart, Statistiken über gebildete Neubauernwirtschaften, über die Zahl der Neu- und Altbauernwirtschaften mit Angaben zum Viehbestand und toten Inventar sowie Statistiken über Ergebnisse der Bodenreform dokumentieren sehr detailliert die Vorgänge der Enteignung und Neuverteilung des Bodens. Die Überlieferung der Kreiskommissionen für Bodenreform enthält weiterhin sehr aussagekräftige Quellen zur Bildung und Tätigkeit der Gemeindekommissionen für Bodenreform, wie sie bei keinem anderen Bestandsbildner im Staatsarchiv dokumentiert sind. So sind hier Protokolle von Gründungsversammlungen und Sitzungen der Gemeindekommissionen einschließlich Personalbögen ihrer Mitglieder, die überwiegend Umgesiedelte, Landarbeiter, Häusler und Büdner waren, namentliche Aufstellungen der Mitglieder sowie Aufstellungen über die im Kreisgebiet gebildeten Gemeindekommissionen insgesamt vorhanden.

Zahlreich überliefert sind bei den Kreis- und Gemeindekommissionen Anträge auf Zuteilung von Bodenreformland sowie Bewerbungen um Neubauernstellen, denen oft ausführliche Lebensläufe der Antragsteller bzw. Bewerber beigelegt sind. Diese Lebensläufe sind vor allem unter sozialgeschichtlichem Aspekt interessant, lassen sie doch Rückschlüsse auf Lebensumstände, Familienverhältnisse, berufliche Qualifizierung und Motive der Antragstellung, insbesondere von Umgesiedelten, vor. Die Überlieferung der Kreiskommissionen für Bodenreform sowie der Bereiche Land- und Forstwirtschaft der Räte der Kreise insgesamt weisen einen eigenständigen Quellenwert vornehmlich unter regionalgeschichtlichem Aspekt auf. Konkrete Untersuchungen unter anderem über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion im Ergebnis der Bodenreform, über gemeinwirtschaftliche Tendenzen und den Alltag der Neubauern, über die Haltung der im demokratischen Block mit der SED zusammenarbeitenden Parteien zur demokratischen Bodenreform (Anträge der CDU und SPD auf Mitarbeit in der Kreiskommission für Bodenreform, KT/RdK Güstrow, 526) sind möglich. Der Spezifische Quellenwert der Bestandsgruppe Kreistage/Räte der Kreise konstituiert sich – neben ihrer Bedeutung für sozial- und regionalgeschichtliche Untersuchungen – v.a. auch aus der Detailliertheit und Konkretion dieser Quelle. Weitere Quellen, die noch nicht in den archivalischen Quellennachweisen erfaßt sind und ihrer wissenschaftlichen Auswertung harren, sind die Bestände der Landesverwaltung MAS / Vereinigung Volkseigener MAS (1948-52) sowie die VdgB/BHG-Kreisverbände (1946-52).

Mit dem Abschluß der Erschließungsarbeiten an den Beständen der Kreistage / Räte der Kreise, der Landesverwaltung/Vereinigung Volkseigener MAS und zum großen Teil VdgB/BHG-Kreisverbände in den vergangenen Jahren sind nahezu alle Quellen des Staatsarchivs Schwerin zur Veränderung der Agrarverhältnisse in Mecklenburg nach 1945 der Benutzung und wissenschaftlichen Auswertung zugänglich.

*

Überblick über die Bestände der Kreistage und Kreisverwaltungen 1945/46-1952 in den Staatsarchiven Dresden, Leipzig, Magdeburg, Potsdam, Schwerin und Weimar

Zusammengestellt von Wolfgang Merker

Nach Archivierung der Akten der im Juli 1952 aufgelösten Landtage und Landesregierungen einschließlich ihrer seit 1945/46 tätig gewesenen Vorgänger gingen die fünf zuständigen Landeshauptarchive Dresden, Magdeburg, Potsdam, Schwerin und Weimar, die 1945

in Staatsarchiv umbenannt wurden, sowie die neu gebildeten Staatsarchive Greifswald, Leipzig, Meiningen und Rudolstadt dazu über, das Schriftgut der regionalen und lokalen Institutionen ihres Sprengels aus dem Zeitraum von 1945 bis 1952 zu übernehmen und nutzbar zu machen (1). Bis 1965 waren die im Jahre 1951 neu errichteten Kreisarchive als Verwaltungsarchive sowohl für die Kreistage (vor und auch nach Juli 1952) als auch für die Kreisverwaltungen (1952-1990 einheitlich als Räte der Kreise bezeichnet) verantwortlich (2). Die Kreisarchive hatten deshalb bei ihren Aktenübernahmen auch bei der Bestandsbildung und -abgrenzung 1952 keinen Einschnitt festgelegt und das seit 1945/46 entstandene Schriftgut der Kreistage und Kreisverwaltungen in den überlieferten Zusammenhängen belassen.

Mit der Verordnung über das staatliche Archivwesen vom 17. Juni 1965 (GBl. II Nr. 75 S. 567) erhielten die Kreisarchive den Status eines Endarchivs für die Akten der Kreistage und der Räte der Kreise ab Juli 1952, d. h. für die Überlieferung der Landkreise in der DDR (3). Für die Staatsarchive, die bislang diese Funktion wahrgenommen hatten, und für die Kreisarchive ergab sich daraus die Aufgabe, die Überlieferung der Landkreise vor und nach Juli 1952 eindeutig voneinander abzugrenzen und getrennt zu archivieren.

Seit den sechziger Jahren gelangten daraufhin die Bestände der Kreistage und Kreisverwaltungen aus dem Zeitraum von 1945 bis 1952 in mehreren Etappen in die zuständigen Staatsarchive (4). In den achtziger Jahren begann man diese Bestände mit Ausnahme des Staatsarchivs Leipzig in den früheren fünf Landeshauptarchiven Dresden (sächsische Kreise), Magdeburg (sachsen-anhaltinische Kreise), Potsdam (brandenburgische Kreise), Schwerin (mecklenburgische Kreise) und Weimar (thüringische Kreise) zu konzentrieren, um sie mit den dort verwahrten Akten der Landesorgane von 1945 bis 1952 in engere Verbindung zu bringen (5). Lediglich die Bestände aus dem sächsischen Sprengel des Staatsarchivs Leipzig (Landkreis Borna, Döbeln, Grimma, Leipzig und Oschatz) wurden nicht an das Staatsarchiv Dresden zurückgeführt und verblieben im Staatsarchiv Leipzig.

Aus der Durchsicht des bei der Staatlichen Archivverwaltung der DDR seit 1965 geführten Zentralen Bestandsnachweises (ZBN) für den Staatlichen Archivfonds der DDR wird ersichtlich, daß in einigen Kreisarchiven die Bestandsabgrenzung vor und nach 1952 noch nicht abgeschlossen ist und deshalb für die Staatsarchive mit weiteren Aktenzugängen gerechnet werden kann.

Die Landeshauptarchive verwahrten bis Juli 1952 nicht nur die Kreistags- und Kreisverwaltungsdokumente in der bis dahin gültigen Kreisgebietsgliederung, sondern auch die Unterlagen aus den Institutionen, die auf Kreisebene in den Jahren von 1945 bis 1952 entweder insgesamt bzw. in unterschiedlicher Weise zugeordnet worden waren. So arbeiteten z.B. im September 1945 in der Provinz Mark Brandenburg neben dem Landratsamt, der Polizei und den Gerichten noch folgende Verwaltungen auf Kreisebene: Kreiskommunalkasse, Finanzamt, Staatshochbauamt, Staatliches Gesundheitsamt, Katasteramt, Wasserwirtschaftsamt, Dienststellen der Zollverwaltung, Arbeitsamt mit Nebenstellen, Regierungshauptkasse, Forstkasse, Eichamt, Forstämter, Wasserstraßenamt, Wasserbauamt, Kulturbauamt, Kreistierarzt (Regierungsveterinärarzt), Kreisschulrat, Gewerbeaufsichtsamt (6). Die Kreisverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durchliefen im Zeitraum von 1945 bis 1952 eine bewegte Entwicklung. In dem Bestreben, die Struktur der Landes- und Provinzialverwaltungen (1945/46) bzw. der Landesregierungen (1946-1952) und der Kreisverwaltungen einander anzugleichen, sowie unter dem wachsenden Einfluß zentraler Verwaltungen (v.a. der DWK von 1948/49) ergaben sich vielfältige Funktions- und Strukturveränderungen auf Kreisebene. Bereits im Herbst 1945 begannen die für die Kommunalaufsicht zuständigen Ressorts Inneres bei den Landes- und Provinzialverwaltungen schrittweise die Aufgabengebiete der Bezirks-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen entsprechend ihrer Strukturierung auf Landes- bzw. Provinzebene abzugrenzen. Einen deutlichen Einschnitt bewirkten die von der Deutschen Verwaltung des Innern und den Landesregierungen vorbereiteten und dann unter der Regie der Deutschen Wirtschaftskommission ab Sommer 1948

eingeführten Normalstrukturpläne für die Landesregierungen an, die eingeführten Kreisverwaltungen, die kreisfreien und die kreisangehörigen Städte. (7). Ab 1949 stellten sich die Kreisverwaltungen allmählich auf diese Struktur- und Organisationsvorgaben ein. In den Jahren von 1949 bis 1952 wurden beispielsweise folgende Institutionen, die auf Kreisebene bestanden hatten, in die thüringischen Kreisverwaltungen ein- bzw. aus ihnen ausgegliedert:

- Gesundheitsamt (Sept. 1945 eingegliedert),
- Landwirtschaftsamt (Jan. 1946 eingegliedert),
- Finanzamt (Mai 1946 eingegliedert, April 1948 ausgegliedert, Aug. 1952 erneut eingegliedert),
- Zollamt (Mai 1946 eingegliedert, Aug. 1947 ausgegliedert),
- Straßenverkehrsamt (Mitte 1946 eingegliedert),
- Industrieamt/Wirtschaftsamt (Mai 1946 eingegliedert)
- Staatshochbauamt (Sept. 1949 eingegliedert),
- Katasteramt (Jan. 1950 eingegliedert),
- Pflanzenschulstelle (Jan. 1950 eingegliedert),
- Veterinäramt (Sept. 1950 eingegliedert),
- Amt für Arbeit und Sozialfürsorge (Sept. 1951 eingegliedert),
- Teile der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Grundbuch- und Registerwesen; Okt. 1952 eingegliedert) (8).

Dieser Ein- und Ausgliederungsvorgang lief in allen Ländern der SBZ/DDR organisatorisch und zeitlich nahezu einheitlich ab.

Die vorgenannten eingegliederten Strukturen finden sich in der von den Landeshauptarchiven aufgenommenen Überlieferung aus den Kreisverwaltungen der Jahre von 1945 bis 1952.

Dagegen wird das von den Landeshauptarchiven übernommene Schriftgut von Institutionen, die bis 1952 außerhalb der Kreisverwaltungen auf Kreisebene wirkten, in selbständigen, von den Kreisverwaltungsakten abgegrenzten Beständen aufbewahrt. Insofern ist zu beachten, daß in den Landeshauptarchiven entsprechend ihrer für 1945 bis 1952 festgelegten Zuständigkeitsabgrenzung neben den Beständen der Kreistage und Kreisverwaltungen sowie der Gerichte unter anderem folgende Bestände eigenständig gebliebener unterer Verwaltungsbehörden überliefert sind:

- Forstämter (Kreisforstämter),
- Bergämter (kreisübergreifend; seit 1947 zur Technischen Bezirks-Bergbauinspektion zusammengefaßt),
- Eichämter,
- Polizeiämter (selbständig seit 1947/48); die Akten wurden unter der Regie des Zentralen Archivs des Mdl der DDR weitgehend gesondert archiviert),
- bestimmte Einrichtungen des Gesundheitswesens (u.a. Zentralstellen für Hygiene),
- Wasserwirtschaftsämter (kreisübergreifend),
- Kulturämter (Bodenwirtschaftsämter),
- Straßenbauämter (seit 1951 Straßenbauinspektion),
- Reichsbahn- und Postbehörden (zumeist gesondert unter der Regie der jeweiligen Fachministerien der DDR archiviert) (9).

Die in den Landeshauptarchiven gebildeten Bestände der Kreistage und der Kreisverwaltungen aus dem Zeitraum von 1945 bis 1952 berücksichtigen Stellung von Kreistag und ausführenden Kreisverwaltungen. Die Bestände sind in vielen Archiven auf Grund der Registraturzusammenhänge des Schriftgutes miteinander eng verbunden. Bei der inneren Ordnung dieser Bestände folgte man sowohl den territorialen Besonderheiten als auch den territorial übergreifenden Gemeinsamkeiten bei Grundfunktion und Grundstruktur. Bis Juli 1952 blieb – ungeachtet der einschneidenden personellen, politischen und organisatorischen Veränderungen – der Landrat Leiter der Kreisverwaltung des Landkreises. Die Kreisverwaltung führte in Anknüpfung an die 1945 vorgefundenen Organisationsformen vielfach die Bezeichnung Landratsamt. Nur in einigen Gebieten wurde bereits die seit Juli 1952 einheitlich durchgesetzte Kennzeichnung Rat des Kreises gebräuchlich. Die Kreisverwaltungen wirkten (1945/46 vom sowjetischen Kreiskommandanten eingesetzt und kontrolliert) als Exekutivorgane. Diesen Status bekräftigten die für die Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946/47 in Kraft gesetzten Kreisordnungen (10). Seit den Herbstwahlen von 1946 wählte der Kreistag als seine ausführende Verwaltungsbehörde im Landkreis den Kreisrat. Die

Kreisräte waren kollegialisch strukturiert. Für die Dauer der Wahlperiode (Kreistagswahlen fanden in der SBZ/DDR bis Juli 1952 am 20. Oktober 1946 sowie am 15. Oktober 1950 statt) setzte sich dieses Gremium aus dem Landrat als Vorsitzendem und einer Anzahl haupt- oder ehrenamtlicher Kreisräte zusammen. Die Kreistage konnten ihnen oder einem ihrer Mitglieder das Vertrauen entziehen. Daraufhin mußte der Rücktritt erfolgen. Jedes Kreisratsmitglied leitete ein oder mehrere Dezernate der Kreisverwaltungen (11). Da bei den Kreisverwaltungen (zumindest ab 1949 auch in den Strukturplänen länderübergreifend angewiesen) auch die Akten der Kreistage geführt wurden, kam es zu einem engen Verbund von Kreistags- und Kreisverwaltungsüberlieferung. Dieser Verbund entstand, als im Herbst 1945 bei den Kreisverwaltungen Kreisausschüsse für verschiedene Aufgabengebiete als Beratungsgremien des Landrats ihre Verbindung mit den ab Mai/ Juni 1946 bei den Kreisverwaltungen tätig gewordenen beratenden Kreisversammlungen aus Vertretern der Blockparteien, Massenorganisationen und Wirtschaftsvertretungen. (12).

Der nachfolgende Überblick beschränkt sich angesichts des noch recht unübersichtlichen Standes bei der Bestandsergänzung, Bestandsbildung und Bestandsabgrenzung sowie bei der Ordnung und Verzeichnung in den einzelnen Archiven auf einen ersten Nachweis der in den Landeshauptarchiven Dresden, Leipzig, Magdeburg, Potsdam, Schwerin und Weimar zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Juli 1990) verwahrten Bestände der Kreistage und der Kreisverwaltungen von 1945/46 bis 1952. Dabei werden ohne Angaben zur Überlieferung und zu den Findmitteln für die einzelnen Archive nur die Kreise genannt, deren Kreisverwaltungen überliefert sind.

(1) Die Aktenübernahmen zogen sich teilweise bis in die achtziger Jahre hinein. Sie sind in einigen Zuständigkeitsbereichen, besonders bei noch ausstehenden Bestandsabgrenzungen in einigen Landeshauptarchiven, immer noch nicht endgültig abgeschlossen.

(2) Vgl. Anordnung zur Errichtung von Stadt- und Kreisarchiven vom 26.2. 1951 (Min.Bl. Nr. 9 S. 32).

(3) Die Akten der Stadtkreise gelangten weitgehend in die zuständigen Stadtarchive, die an bewährte Traditionen anknüpfend in Abgrenzung zu den Staatsarchiven und Kreisarchiven als eigene Archive weiter bestanden.

(4) Die Mehrzahl der Bestände wurde von den Staatsarchiven in den sechziger Jahren übernommen.

(5) Die zunächst von den Staatsarchiven Greifswald, Meiningen und Rudolstadt aufgenommenen Akten aus den mecklenburg-vorpommerischen bzw. thüringischen Kreisverwaltungen der Zeit von 1945 bis 1952 wurden an die Staatsarchive Schwerin bzw. Weimar abgegeben.

(6) Vgl. Schreckenbach, Hans-Joachim: Die Bestände der Kreisverwaltungen 1945-1952 und ihre Bearbeitung im Landeshauptarchiv Potsdam. – In: AM 15(1965)3. – S. 81-90 (darin auch ein Schema für die Ordnung der Kreisverwaltungen 1945-1952, S. 88-89).

(7) Vgl. „Normalstruktur für den Aufbau der Verwaltung in den Ländern“. – In: Demokratischer Aufbau, 4, 1949, 3, S. 60.

(8) Vgl. Heß, Ulrich: Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten und des Landes Thüringen von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Jahr 1952. (Potsdam 1958). – S. 291-292.

(9) Vgl. Zentraler Bestandsnachweis der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Teil Bestände regionaler und kommunaler Verwaltungsbehörden in Staatsarchiven.

(10) Vgl. Demokratische Kreisordnung für das Land Sachsen vom 16. Januar 1947. In: Gesetze/Befehle/Verordnungen/Bekanntmachungen, veröffentlicht durch die Landesregierung Sachsen, 1947, Nr. 2, S. 22.

(11) Vgl. SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1990 (darin: Schneider, Dieter, Marc, Kommunalverwaltung und -verfassung, S. 297-319).

(12) Vgl. Verordnung der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg vom 13.6. 1946. – In: VOBl. der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg 1946, S. 158 und 210.

ÜBERSICHT

1. Provinz Mark Brandenburg (1945-1947) und Land Brandenburg (1947-1952)

Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Ld.Br.Rep. 250

Kreistag/Kreisverwaltung

Angermünde, Beeskow-Storkow, Calau / Senftenberg, Cottbus, Guben / Frankfurt/Oder, Lebus / Seelow, Luckau, Luckenwalde, Lübben, Niederbarnim, Oberbarnim, Osthavelland, Ostprignitz, Prenzlau, Ruppin, Spremberg, Teltow, Templin, Westhavelland, Westprignitz, Zauch-Belzig

2. Land Mecklenburg-Vorpommern (1945-1947) und Land Mecklenburg (1947-1952)

Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin
Kreistag/Kreisverwaltung

Anklam, Demmin, Greifswald, Grimmen, Güstrow, Hagenow, Ludwigslust, Malchin, Neubrandenburg, Neustrelitz, Parchim, Randow, Rostock, Rügen, Schönberg / Grevesmühlen, Schwerin, Stralsund, Ueckermünde / Pasewalk, Usedom, Waren, Wismar

3. Land Sachsen (1945-1952)

Sächsisches Staatsarchiv Dresden
Kreistag/Kreisverwaltung

Annaberg, Aue, Auerbach, Bautzen, Chemnitz-Land, Dippoldiswalde, Dresden-Land, Flöha, Freiberg, Glauchau, Görlitz / Görlitz-Weißwasser (Dezember 1947 in Landkreis Niesky umbenannt), Großenhain, Hoyerswerda, Kamenz, Löbau, Marienberg, Meißen, Niesky, Oelsnitz, Pirna, Plauen, Rochlitz, Stollberg, Zittau, Zwickau

Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
Kreistag/Kreisverwaltung

Borna, Döbeln, Grimma, Leipzig, Oschatz

4. Provinz Sachsen (1945-1946), Provinz Sachsen-Anhalt (1946-1947) und Land Sachsen-Anhalt (1947-1952)

Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Magdeburg
Kreistag/Kreisverwaltung

Bernburg, Bitterfeld, Blankenburg, Burg / Jerichow I, Delitzsch, Eisenleben / Mansfelder Seekreis, Genthin / Jerichow II, Haldensleben, Herzberg / Schweinitz, Kölleda / Eckartsberga, Köthen, Hebenwerda, Merseburg, Oschersleben, Osterburg, Quedlinburg, Querfurt, Saalkreis, Salzwedel, Sangerhausen, Schönebeck, Stendal, Torgau, Wanzleben, Weißenfels, Wernigerode, Wittenberg, Wolmirstedt, Zeltz, Zerbst

5. Land Thüringen (1945-1952)

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar
Kreistag/Kreisverwaltung

Arnstadt, Bad Salzungen, Eisenach, Erfurt / Weißensee, Gera, Greiz, Hildburghausen, Langensalza, Meinigen, Mühlhausen, Nordhausen, Rudolstadt, Saalfeld, Schmalkalden, Schleiz, Sondershausen, Sonneberg, Suhl, Weimar, Worbis

*

Die Protokolle des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates 1948/49

Anmerkungen zur archivalischen Quellenlage *

Andreas Horn

Das Wirkungs- und Beziehungsfeld von DWK und Volksrat ist bislang nur oberflächlich gestreift worden. Die Protokolle des zentralen Blocks beleuchten Entwicklungszusammenhänge von DWK und Volksrat und ihre Auswirkungen in neuer Weise aus dem Blickwinkel der Blockpolitik. Aus näherer Beschäftigung mit der Berichterstattung der DWK vor dem Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates erachte ich es für überlegenswert, deren protokollarische Abfassung und ergänzende Diskussionsaussagen zu veröffentlichen. Ich sehe darin einen Beitrag, weitere Quellengrundlagen zur Erforschung der 1948/49 auf deutschem Boden abgelaufenen Prozesse in ihrer Spezifik, Widersprüchlichkeit und Tragweite zugänglich zu machen.

Zum Stellenwert des Wirtschaftsausschusses des Volksrates und zur Dokumentationsqualität seiner archivalischen Überlieferung halte ich unter anderem folgendes für bemerkenswert:

1. Der Wirtschaftsausschuß war zweifellos gemeinsam mit dem Verfassungsausschuß funktionell, personell (er wurde von Walter Ulbricht geleitet) und auch ergebnisseitig der profilierteste und öffentlichkeitswirksamste Fachausschuß des Volksrates. Seine bei Gründung im Februar/März 1949 noch betont gesamtdeutsch ausgerichtete Arbeit erhielt im raschen Fortgang des Spaltungsprozesses

zunehmend Funktionen, die neben den ganz Deutschland betreffenden Wirtschaftsfragen vor allem der Beratung und Standpunktbildung zur Wirtschaftsentwicklung im Osten Deutschlands dienten.

2. Gebildet, um unter anderem mit darauf Einfluß zu nehmen, die Wirtschaftseinheit in Deutschland zu erhalten bzw. wiederherzustellen, wurde der Wirtschaftsausschuß im Rahmen der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden ab Juni 1948, vor allem aber ab September 1948 zu einem Forum des wirtschaftspolitischen Informations- und Meinungsaustausches der SED und der mit ihr kooperierenden Parteien über den Demokratischen Block hinaus. Besonderen Rang hatte dabei die Berichterstattung der DWK über ihre Entscheidungen, Lagebeurteilungen und Entwicklungsvorstellungen. Vergleiche mit den von Plenum und Sekretariat der DWK im Bundesarchiv überlieferten Sitzungsprotokollen lassen den Schluß zu, daß Berichte dieser Art und Übersicht in den Beschluß- und Beratungsgremien der DWK weder vorgelegt noch diskutiert worden sind.

3. Beachtet werden muß, daß die Konstituierung des Wirtschaftsausschusses im Frühjahr 1948 bereits auf einschneidend veränderte äußere und innere Rahmenbedingungen für Nachkriegsdeutschland traf. Insofern war der Wirtschaftsausschuß wie die Volkskongreßbewegung insgesamt schon von Anbeginn in der Wirkung eindeutig auf Ostdeutschland begrenzt und in das politische System der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands integriert. Das spielte für die innenpolitische Entwicklung, namentlich bei der Durchsetzung des Führungsanspruchs der SED sowie bei der Zusammenarbeit der Blockparteien in einer Zeit, wo im Zentralen Block zwischen dem 24. November 1947 und dem 4./5. August 1948 (am 13. Februar 1948 hatte man sich nur mit Randfragen befaßt) die Arbeit weitgehend ruhte, keine geringe Rolle.

4. Die Sitzungsprotokolle der ersten drei Zusammenkünfte bis Juni 1948 reflektieren diese Situation recht realistisch und illusionslos. Beim Namen genannt wurden vor allem die gefährlichen Auswirkungen des kalten Krieges auf die sich abzeichnende Staatsbildung in Deutschland, auf drastische Einschränkungen des Ost-West-Handels sowie auf den weiteren Ausbau der Wirtschaftsleitung in den Westzonen und in der Ostzone. Im Mittelpunkt standen die Auswirkungen der Währungsreform auf Berlin und auf die deutsche Wirtschaftseinheit. Walter Ulbricht meinte dazu auf der 3. Sitzung des Wirtschaftsausschusses: „Die Spaltung Deutschlands ist eine Tatsache, die längere Zeit andauern wird, bis es deutsche Kräfte, die die Spaltung verursacht haben, nicht mehr gibt (3).“

5. Ab September 1948 baute der Wirtschaftsausschuß seine Beratungsorganisation vor allem auch für erweiterte Informationsverbindungen zur DWK aus.

Am 15. Oktober 1948 konstituierten sich beim Wirtschaftsausschuß drei Unterausschüsse: für Industrie, für Handel und Versorgung und Landwirtschaft sowie für Finanzen. Die DWK wurde als zentrales Verwaltungsorgan der SBZ zum wichtigsten Adressaten und Informationspartner des Wirtschaftsausschusses.

6. Schließlich berichteten auch Vertreter des Parteivorstandes der SED (u.a. Willi Stoph), des Bundesvorstandes des FDGB (Alexander Stark) sowie der Kammer der Technik und stellten sich der Diskussion. Dabei zeigte sich, daß die ab Herbst 1948 erweiterten Formen des Informations- und Meinungsaustausches von allen im Ausschuß vertretenen politischen Kräften – nur wenige kamen angesichts des Verbots der Westmächte noch aus den Westzonen – auch für die Diskussion gesamtdeutscher Fragen mit genutzt worden sind. Aufschlußreich sind die zum Wirtschaftsplan 1948, zum Halbjahrplan 1948 und zum Zweijahrplan 1949/50 im Wirtschaftsausschuß von der DWK sowie von den Blockparteien und Massenorganisationen in die Debatte eingebrachten Überlegungen.

7. Die Protokolle des Wirtschaftsausschusses und der Unterausschüsse liegen im Bundesarchiv nahezu vollständig vor, und zwar in der Form von stenographischen Protokollen und Beschlußprotokollen sowie in verarbeiteter Kurzfassung als Arbeitsberichte, Sitzungsberichte, Mitteilungen an Presse und Rundfunk. In den Archiven der beteiligten bzw. im Wirtschaftsausschuß als Mitglieder vertretenen Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten sind sie da-

gegen nur fragmentarisch vorhanden. Das trifft auch für das zentrale Archiv der PDS zu.

* Diskussionsbeitrag auf der Tagung der Fachkommission Quellenkunde und Historische Hilfswissenschaften der Historikergesellschaft der DDR in Schwerin am 21.11.1989.

Anhang:

Überblick über die vom Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates geplanten und durchgeführten Sitzungen

(Abk.: TO – Tagesordnung; B – Beschluß; WA – Wirtschaftsausschuß)

1. Sitzung, 15. April 1948 (Ltg.: Ulbricht)

TO: – Konstituierung

– Aufgaben des Ausschusses (Ref.: W. Ulbricht)

B: Bildung UA für landwirtschaftliche Fragen

2. Sitzung, 5. Mai 1948 (Ltg.: Ulbricht)

TO (geplant): – Erfahrungsbericht UA zum Stand der Erntevorbereitung

– Fragen der Währungsreform (Ref.: A. Gaertner)

TO (durchgeführt): – Wirtschaftsprobleme Westdeutschlands und Folgen des Marshallplanes (Ref.: W. Ulbricht)

B: Entschließung zum Marshallplan

3. Sitzung, 24. Juni 1948 (Ltg.: Ulbricht)

TO (geplant): – Wirtschaftsplan 2. Halbjahr 1948

– Währungsreform

TO: (durchgeführt): – Gesamtdeutsche Währungsreform (Referat: Kastner)

– Wirtschaftsplan 1948 und Vorschläge zum Plan 1949/50 (Referat: B. Leuschner)

B: Entschließung zur gesamtdeutschen Währungsreform

4. Sitzung, 21. August 1948 (Ltg.: Ulbricht)

TO (geplant): – Fragen der Ernährung und des Zweijahresplanes

TO (durchgeführt): – Einführung Dr. Schwarz als stellv. Vors.

– Halbjahrplan 1948 (Referat: G. Wittkowski)

B: – Entschließung zum Halbjahrplan

– Referate der 3. und 4. als Druck an Volksausschüsse

5. Sitzung, 21. Sept. 1948 (Ltg.: Ulbricht)

TO (geplant): – Zweijahrplan 1949/50

– Künftige Arbeit des WA

TO (durchgeführt): – Zweijahrplan 1949/50 (Referat: W. Stoph)

– künftige Arbeit

– Beratung wirtschaftspolitischen Artikel der Verfassung (Referat: K. Polak)

B: – Bildung der 3 UA zur Durcharbeitung des Zweijahrplanes

– Billigung des Entwurfs des Verfassungsartikels

6. Sitzung, 15. Okt. 1948 (Ltg.: Schwarz)

TO: – Fragen der Versorgung der Bevölkerung (Referate: Ganter-Gilmans, Krüger, Freund)

– Mitteilung der UA über Konstituierung und Arbeitsplanung

– Aufgaben der Volksausschüsse (Referat: Uhlich)

B: Förderung der Organisation „Freier Markt“, der Einführung der Kleiderkarte und der Eröffnung der „Freien Läden“

7. Sitzung, 23. Nov. 1948 (Ltg.: Schwarz)

TO: – Erfahrungen der ZKK (Referat: Lange)

– Bericht UA Industrie (Referat: Raphael)

B: – Entschließung, stärker mit ZKK zusammenzuarbeiten

– Berichte UA Handel und Versorgung-Landwirtschaft, UA Finanzen, vertagt

8. Sitzung, 14. Dez. 1948 (Ltg.: Schwarz)

TO (geplant): – Berichte UA

TO (durchgeführt): – Berichte UA (Referenten: Scholz und Rohner)

– Gesamtdeutscher Handel (Referat: Orlopp)

B: Resolution zum gesamtdeutschen und Außenhandel

9. Sitzung, 22. Febr. 1949 (Ltg.: Ulbricht)

TO (durchgeführt): – Aufgaben der technischen Intelligenz (Referat: Günther)

B: – Kommuniqué und Aufruf an Parteien und Organisationen zur Unterstützung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz

genz

– nach 17. März gemeinsame Sitzung mit dem Sozialpolitischen Ausschuß (Leistungslohn)

10. Sitzung, 17. März 1949 (Ltg.: Ulbricht)

TO (geplant): – Wirtschaftsplan 1949 (Referat: Rau)

TO (durchgeführt): – Wirtschaftliche Lage in Westdeutschland (Referat: Kahn)

B: – Vertagung Referat Rau

– Memorandum zur Volksratstagung

11. Sitzung, 21. April 1949 (Ltg.: Schwarz)

TO (geplant): – Wirtschaftsplan 1949 (Referat: Rau)

TO (durchgeführt) – Wirtschaftsplan 1949 (Referat: Rau)

B: – Unterstützung des Wirtschaftsplanes

12. Sitzung, 07. Juni 1949, (Ltg.: Schwarz und Göring)

TO: – Leistungslohn und Arbeitsproduktivität (Referat: Stark)

B: – Resolution, die Erhöhung der Arbeitsnormen begrüßend, mit der Aufforderung zur Führung der innerbetrieblichen Wettbewerbe

13. Sitzung, 24. Aug. 1949 (Ltg.: Ulbricht)

TO: – Neukonstituierung des WA

– Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen allen Teilen Deutschlands (Referat: Selbmann)

B: – Erarbeitung einer Darstellung der Verhandlungen zwischen der DWK und Wirtschaftsrat Frankfurt/M. des DtVR

– Resolution zur Unterstützung der Bemühungen der DWK, mit Forderungen an alle deutschen Verwaltungen

Anschlußsitzung zur 13. Sitzung, 02. Sept. 1949

TO: – Ausarbeitung der Vorlage für Präsidium des DtVR (s. 13. Sitzung)

14. Sitzung (nicht durchgeführt)

T: 21. September 1949

TO: neuer Arbeitsplan

Geplante und durchgeführte Sitzungen des UA Industrie

1. Sitzung, 15. Okt. 1948 (Ltg.: Kahn)

TO: – Konstituierung

– Arbeitsplan

B: – Referenten der DWK für die TO-Themen der 2. Sitzung anfordern

2. Sitzung, 02. Nov. 1948 (Ltg.: Raphael)

TO (geplant): – Maschinenbau, Energie, Transport

– Kohle

– Metallurgie

TO (durchgeführt): – Maschinenbau (Referat: Wunderlich)

– Kohle (Referat: Sobottka)

– Metallurgie (Referat: Becker)

B: T und TO der 3., 4., 5. Sitzung

3. Sitzung, 16. Nov. 1948 (Ltg.: Raphael)

TO (geplant): – Probleme der Energie (Referat: Bergholz)

– Stand der Chemie (Referat: Bertsch)

TO (durchgeführt): Referate wie geplant

B: – Vorschläge zusammenfassen und an WA weiterleiten

– T und TO der 4., 5. Sitzung

4. Sitzung, 07. Dez. 1948 (Ltg.: Kahn)

TO (geplant): – Leichtindustrie (Referat: Lübge)

– Steine/Erden und Glas/Keramik (Referat: Krause)

– Transportwesen (Referat: Hofmann)

TO (durchgeführt): – Leichtindustrie, Steine/Erden und Glas/Keramik wie geplant

B: – Referat Transportwesen in 5. Sitzung vertagen

5. Sitzung, 14. Dez. 1948 (Ltg.: Kahn)

TO: – Transportwesen (Referat: Hofmann)

6. Sitzung, 18. Jan. 1949 (Ltg.: Kahn)

TO: – Planerfüllung im 2. Halbjahr 1948 (Referat: Raphael)

B: – Empfehlungen aus den Protokollen der vergangenen 6 Sitzungen für den WA zusammenstellen

7. Sitzung, 08. Febr. 1949 (Ltg. Friedemann)

TO: Erarbeitung der Empfehlungen für den WA

B: – Beratung verschieben, Verteilung der Fachgebiete an Mitglieder des WA, die sie mit den DWK-Vertretern durcharbeiten sollten (Ziel: Empfehlungslisten)

8. Sitzung, 18. Febr. 1949 (Ltg.: Friedemann)
TO: – Beratung der Empfehlungen
B: – Empfehlungsliste für den WA
9. Sitzung, 14. März 1949 (Ltg.: Friedemann)
TO: – Stand der Bewirtschaftung, der Warenbewegung und -planung (Referat: Kerber)
B: – zur nächsten Sitzung Empfehlungen ausarbeiten
10. Sitzung, 04. Mai 1949 (Ltg. Friedemann)
TO (geplant): – Auswertung der 9. Sitzung zu konkreten Beschlüssen
TO (durchgeführt): – Lage und Perspektiven im Maschinenbau und der Elektrotechnik (Referat: Wolf)
B: – Glückwunschtelegramm an Stahlwerk Riesa zur Erfüllung des 1. Quartalplanes
– Empfehlung an HV Materialversorgung
– engeren Kontakt zu den anderen UA aufnehmen (gemeinsame Sitzungen)
– engeren Kontakt zu den HV der DWK
– T und TO der 11. Sitzung
11. Sitzung (nicht durchgeführt)
T: Anfang Juni 1949
TO (geplant): – Nahrungsmittelindustrie
Geplante und durchgeführte Sitzungen des UA Handel und Versorgung – Landwirtschaft
1. Sitzung, 15. Okt. 1948 (Ltg.: Scholz)
TO: – Konstituierung
– Arbeitsplan
B: – Themen des Arbeitsplanes: „Freier Markt“, Kleiderkarte, Erfassung tierischer und pflanzlicher Produkte, Verkürzung der Warenwege, Verbesserung der Qualität der Versorgungsgüter
2. Sitzung, 21. Okt. 1948 (Ltg.: Scholz)
TO: „Freier Markt“ (Referat: Zöllner)
B: – Empfehlungen an WA über die Organisation
3. Sitzung, 03. Nov. 1948 (Ltg.: Scholz)
TO: – Erfassung der tierischen und pflanzlichen Produkte, 1949 (Referat: Anders)
B: Anregungen, Hinweise schriftlich der DWK zuleiten
4. Sitzung, 07. Dez. 1948 (Ltg.: Scholz)
TO (geplant): – Kleiderkarte (Referat: Krüger) – „Freie Läden“ (Referat: Freund)
TO (durchgeführt): – Kleiderkarte (Krüger)
B: – zum Referat nicht zweckmäßig
– Referat Freund in 5. Sitzung verlegt
– TO 6. Sitzung
– Beteiligung an Sitzung des UA Industrie (am 07. Dez. 48) zu Transportfragen
5. Sitzung, 04. Jan. 1949 (Ltg.: Kröning)
TO: „Freie Läden“ (Referat: Freund)
B: – Sitzungen regelmäßig aller 4 Wochen durchführen
– zur TO „Freie Läden“ im März 1949 nochmals Beratung durchführen
6. Sitzung, 23. März 1949 (Ltg.: Scholz)
TO (geplant): – Verbesserung der Verkehrswege gewerblicher Güter (Referat: Krüger)
TO (durchgeführt): – Verbesserung der Warenbewirtschaftung (Referat: Krüger)
B: – Empfehlungen zum Referatsthema erarbeiten
– Arbeit künftig so gestalten, daß nicht mehr nur Stellung zu Problemen bezogen wird, sondern Einfluß auf Entscheidungen möglich wird
7. Sitzung, 06. April 1949 (Ltg.: Scholz)
TO: – Erfassung pflanzlicher Produkte
B: Empfehlungen an WA
8. Sitzung, 17. Mai 1949 (Ltg.: Krüger)
TO: – Fischversorgung, Fischwirtschaft und Fischindustrie
B: – Empfehlungen der 7. Sitzung beschlossen
9. Sitzung (nicht durchgeführt)
T: 31. Mai 1949
TO (geplant): – Die Organisation der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (Referat: Streit)

Geplante und durchgeführte Sitzungen des UA Finanzen

1. Sitzung, 15. Okt. 1948 (Ltg.: Rohner)
TO: – Konstituierung
– Arbeitsplan
B: – Vorschläge zur Steuerreform und zum Lastenausgleich bis 21. Okt. an Rohner
2. Sitzung, 28. Okt. 1948 (Ltg.: Rohner)
TO (geplant): – Diskussion der Vorschläge und Erarbeitung einer Vorlage für den WA
TO (durchgeführt): – Beratung des Vorschlages Rohners zum Lastenausgleich
B: – zur Steuerreform weiterhin Vorschläge an Rohner
– bis zur 3. Sitzung Beschußentwurf zum Lastenausgleich erarbeiten
3. Sitzung, 24. Febr. 1949 (Ltg. Rohner)
TO (geplant): – (Beratungen mit anderen UA-Vors. und Richtlinien des WA abwarten)
TO (durchgeführt): – Währungsskandal in Westberlin (Referat: Huhn)
– Ausgleich in steuerlichen Härtefällen
– Sparmaßnahmen bei den Organisationen
B: – Personalabbau verschoben 4. Sitzung
– Lastenausgleich bis auf weiteres vertagt
– Entschließung zum Währungsskandal als Empfehlung zur Veröffentlichung durch DtVR
– Empfehlung an DWK, in Länderhaushalten größere Mittel für Wohnungs- und Städtebau bereitstellen
4. Sitzung, 17. März 1949 (Ltg.: Rohner)
TO (geplant): – Personalabbau
– Sparmaßnahmen in den Organisationen
TO (durchgeführt): – Einführung der Westmark in Berlin
– Sparmaßnahmen bei den Organisationen
– Personalabbau (Referat: Steiner)
– Betriebswirtschaft der volkseigenen Betriebe (Referat: Rumpf)
B: – Referat Rumpf vervielfältigen und den Mitgliedern des UA zur Verfügung stellen, in nächster Sitzung beraten
– Rumpf solle Referenten für Thema Steuerreform benennen
5. Sitzung, 12. April 1949 (Ltg.: Reitz)
TO (geplant): – Diskussion der Referate der 4. Sitzung
– Referat zu Steuerfragen
TO (durchgeführt): – Einführung der Westwährung in Berlin (Referat: Steiner)
B: – Referat Rumpf (4. Sitzung) in 6. Sitzung beraten
– Memorandum zur Einführung der Westwährung in Berlin
6. Sitzung (nicht durchgeführt)
TO (geplant): Beratung Referat Rumpf (4. Sitzung)

*

Überblick über die im Bundesarchiv verwahrten Akten des Deutschen Volksrates der SBZ und seiner Beratungsgremien (1948/49)

Zusammengestellt von Wolfgang Merker

Anfang 1990 wurde es möglich, die bislang im früheren Archiv des Nationalrates in Berlin aufbewahrten Akten des Deutschen Volksrates mit den bereits vorhandenen Unterlagen im damaligen Zentralen Staatsarchiv zu vereinigen. Dadurch gelang es, entscheidende Überlieferungslücken vor allem bei den Protokollen des Ständigen Ausschusses des Deutschen Volkskongresses, des Plenums und des Präsidiums des Deutschen Volksrates zu schließen. Nach wie vor bleiben aber einige Fehlpositionen. Die Unterlagen, die aus der Arbeit der einzelnen Arbeitsgemeinschaften resultieren, zu dem sich die Vertreter von Parteien und

Massenorganisationen innerhalb der Ausschüsse des Volksrates zusammengeschlossen hatten, befinden sich in den Archiven der einschlägigen Parteien und Organisationen. Über ihre Überlieferungssituation liegen keine Informationen vor. Gleiches trifft auch für Sitzungsmaterialien von Beratungsgremien des Volksrates zu, die in persönlichem Besitz von Mitgliedern des Volksrates verblieben oder über sie an die Archive von Parteien und Organisationen gelangt sind. So ist zum Beispiel nicht bekannt, welche Unterlagen aus der Arbeit der Volkskongresse, des Volksrates und seiner Gremien in den Nachlässen von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht im Zentralen Parteiarchiv der PDS überliefert sind.

Es ist zu beachten, daß bestimmte Sitzungsprotokolle, Beratungsvorlagen, Resolutionen und andere Aufzeichnungen des Volksrates entweder im Wortlaut, zumeist aber in bearbeiteter Fassung, oder im Auszug durch selbständige Publikationen, durch Abdruck in Serien sowie in der Presse öffentlich bekannt gemacht worden sind. Hervorzuheben sind diesbezüglich vor allem folgende amtliche Druckschriftenreihen:

- Schriftenreihe für Einheit und gerechten Frieden; in dieser 1947/48 vom Kongreß-Verlag Berlin herausgegebenen Reihe erschienen unter anderem die Protokolle des ersten und zweiten Volkskongresses;
- Informationsdienst des Deutschen Volksrates. Hrsg. vom Deutschen Volksrat, Sekretariat. Berlin, Kongreß-Verlag, 1948/49. Nr. 1-7;
- Schriftenreihe des Deutschen Volksrates. Berlin, Kongreß-Verlag, 1948/49;
- Nationale Front für Einheit und gerechten Frieden. Hrsg. vom Sekretariat des Deutschen Volksrates, Berlin, Kongreß-Verlag, 1949.

In der Schriftenreihe des Deutschen Volksrates kamen folgende im Volksrat und in seinen Beratungsgremien zu Protokoll gegebenen Referate, Berichte und Meinungsäußerungen zum Abdruck:

- Dieckmann, Johannes: Die gegenwärtigen Länderverfassungen in Deutschland, vergleichend betrachtet. Stenographische Niederschrift des Berichtes auf der 4. Sitzung des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates am 24. Mai 1948. 1948.
- Jendretzky, Hans: Die Reparationsfrage. 1948.
- Orlopp, Joseph: Ost und West im deutschen Außenhandel. Stenographische Niederschrift des Berichtes von Orlopp auf der 8. Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates am 14. Dezember 1948. 1948.
- Polak, Karl: Das Verfassungsproblem in der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands. Bericht auf der 3. Sitzung des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates am 11. Mai 1948. 1948.
- Polak, Karl: Volk und Verfassung. Beiträge zur Begründung des Entwurfs der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. 1949.
- Selbmann, Fritz: Interzonenhandel und Wirtschaftseinheit. Referat. 1949.
- Die Sowjetunion und wir. Berichte der Delegation des Deutschen Volksrates. 1949.
- Starck, Alexander: Leistungslohn und Arbeitsproduktivität. Hrsg. im Auftrag des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates. 1949.
- Steiniger, Alfons: Hat das deutsche Volk ein Recht auf Selbstbestimmung seiner Verfassung. Stenographische Niederschrift, 1948.

Die nachfolgende Übersicht beschränkt sich auf zusammenfassende Angaben zur Überlieferung der einzelnen Beratungsgremien der Volkskongreßbewegung sowie des Deutschen Volksrates im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam.

ÜBERSICHT

- **Ständiger Ausschuß des Deutschen Volkskongresses** (Protokolle der Sitzungen vom 12.12. 1947 sowie vom 15.1., 20.2. und 16.3. 1948 mit weiteren Materialien).
- **Sekretariat des Ständigen Ausschusses des Deutschen**

Volkskongresses (Protokolle der Sitzungen vom 17.12. 1947 sowie vom 9.1., 14.1., 22.1., 27.1., 4.2. und 5.3. 1948).

- **Präsidium des Ständigen Ausschusses des Deutschen Volkskongresses** (Protokolle vom 27.2., 10.3. und 15.3. 1948).
- **2. Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden vom 17./18. März 1948** (Stenographisches Protokoll).
- **3. Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden vom 29./30. Mai 1949** (Stenographisches Protokoll)
- **Deutscher Volksrat** (Protokoll und weitere Materialien der 1. Tagung vom 17.3. 1948, der 2. Tagung vom 18.5. 1948, der 3. Tagung vom 2.7. 1948, der 4. Tagung vom 3.8. 1948, der 5. Tagung vom 22. bis 24.10. 1948, der 6. Tagung vom 18./19.3. 1949, der 7. Tagung vom 30.5. 1949, der 8. Tagung vom 22.7. 1949, der 9. Tagung vom 7.10. 1949).
- **Präsidium des Deutschen Volksrates** (Protokolle und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 6.4.1948, der 2. Sitzung vom 15. 4. 1948, der 3. Sitzung vom 7. 6. 1948, der 4. Sitzung vom 19. 6. 1948, der 5. Sitzung vom 2. 7. 1948, der 6. Sitzung vom 22. 7. 1948, der 7. Sitzung vom 16. 10. 1948, der 8. Sitzung vom 24. 11. 1948, der 9. Sitzung vom 31. 1. 1949, der 10. Sitzung vom 4. 3. 1949, der 11. Sitzung vom 19. 5. 1949, der 14. Sitzung vom 22. 8. 1949 sowie der Außerordentlichen Sitzung des Präsidiums des Deutschen Volksrates mit dem Friedensausschuß des Deutschen Volksrates vom 4.8. 1949).
- **Vorsitzende des Präsidiums des Deutschen Volksrates** (Sitzungsunterlagen mit Protokollen vom 5.5., 5.6., 1.7. und 2.12. 1948).
- **Sekretariat des Deutschen Volksrates** (Protokolle und weitere Materialien der 1. bis 23. Sitzung des Sekretariats des Deutschen Volksrates im Jahres 1948 sowie der 3. bis 8., der 10., 12., 13., 15. und 16. Sitzung des Sekretariats des Deutschen Volksrates im Jahres 1949).

Ausschüsse des Deutschen Volksrates

- **Ausschuß für Agrarpolitik** (Protokolle und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 7.9. 1948, der 2. Sitzung vom 4.10. 1948, der 3. Sitzung vom 16.11. 1948, der 4. Sitzung vom 11.1. 1949, der 5. Sitzung vom 31.1. 1949, der 6. Sitzung vom 3.3. 1949, der 7. Sitzung vom 28.4. 1949).
- **Unterausschuß Aktivistenbewegung auf dem Lande beim Ausschuß für Agrarpolitik** (Materialien der 1. Sitzung vom 3.3. 1949, der 2. Sitzung vom 10.3. 1949).
- **Unterausschuß Forstwirtschaft beim Ausschuß für Agrarpolitik** (Materialien der 1. Sitzung vom 29.3. 1949, der 2. Sitzung vom 29.4. 1949, der 3. Sitzung vom 27.5. 1949, der 4. Sitzung vom 1.7. 1949, der 5. Sitzung vom 28.7. 1949).
- **Unterausschuß Jugend- und Erwachsenenbildung auf dem Lande beim Ausschuß für Agrarpolitik** (Materialien der 1. Sitzung vom 8.4. 1949, der 2. Sitzung vom 26.4. 1949).
- **Unterausschuß Technisierung der Landwirtschaft beim Ausschuß für Agrarpolitik** (Materialien der 1. Sitzung vom 31.3. 1949, der 2. Sitzung vom 22.4. 1949).
- **Unterausschuß Wirtschaftsplanung beim Ausschuß für Agrarpolitik** (Materialien der 1. Sitzung vom 19.4. 1949, der 2. Sitzung vom 16.5. 1949).
- **Unterausschuß Verfassung und Agrarpolitik beim Ausschuß für Agrarpolitik** (Materialien der 1. Sitzung vom 29.4. 1949, der 2. Sitzung vom 1.6. 1949, der 3. Sitzung vom 5.7. 1949).
- **Ausschuß für Kommunalpolitik** (Protokoll und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 27.8. 1948).
- **Kulturausschuß/Ausschuß für Kulturpolitik** (Protokolle und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 15. 4. 1948, der 3. Sitzung vom 8. 5. 1948, der 4. Sitzung vom 22. 5. 1948, der 5. Sitzung vom 12. 6. 1948, der 6. Sitzung vom 1. 7. 1948, der 7./8. Sitzung vom 2. 8. 1948, der 9. Sitzung vom 21. 8. 1948, der 10. Sitzung vom 27.11. 1948, der 13. Sitzung vom 18. 12. 1948, der 14. Sitzung vom 8. 1. 1949, der 15. Sitzung vom 5.2. 1949, der 16. Sitzung vom 19.2. 1949, der 17. Sitzung vom 17.3. 1949, der 18. Sitzung vom 9.4. 1949, der 19. Sitzung vom 7.5. 1949, der 20. Sitzung vom 25.6. 1949).
- **Unterausschuß Sport beim Ausschuß für Kulturpolitik** (Material der 1. Sitzung vom 8.1. 1949).

- *Unterausschuß für Presse und Rundfunk beim Ausschuß für Kulturpolitik* (Material der Sitzung vom 9.1. 1949).
 - *Unterausschuß für Kunst und Literatur beim Ausschuß für Kulturpolitik* (Materialien der 1. Sitzung vom 8.1. 1949, der 2. Sitzung vom 5.2. 1949, der 3. Sitzung vom 19.2. 1949, der 4. Sitzung vom 24.2. 1949, der 5. Sitzung vom 11.3. 1949).
 - *Unterausschuß für Schulwesen beim Ausschuß für Kulturpolitik* (Materialien der 1. Sitzung vom 8.1. 1949, der 2. Sitzung vom 5.2. 1949, der 3. Sitzung vom 19.2. 1949).
 - *Unterausschuß für Hochschulwesen beim Ausschuß für Kulturpolitik* (Material der konstituierenden Sitzung vom 8.1. 1949).
 - *Unterausschuß für Erwachsenenbildung beim Ausschuß für Kulturpolitik* (Material der konstituierenden Sitzung vom 8.1. 1949).
 - *Geschäftsführender Unterausschuß beim Ausschuß für Kulturpolitik* (Materialien der 1. Sitzung vom 14.1. 1949, der 2. Sitzung vom 10.2. 1949, der 3. Sitzung vom 3.3. 1949).
 - *Ausschuß für den Friedensvertrag* (Protokolle und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 15.4. 1948, der 2. Sitzung vom 10.5. 1948, der 3. Sitzung vom 25.5. 1948, der 4. Sitzung vom 8.6. 1948, der 5. Sitzung vom 22.6. 1948, der 6. Sitzung vom 13.7. 1948, der 7. Sitzung vom 9.9. 1948, der 8. Sitzung vom 30.10. 1948, der 9. Sitzung vom 16.11. 1948, der 10. Sitzung vom 29.3. 1949, der 11. Sitzung vom 30.7. 1949).
 - *Kommission des Friedensausschusses* (Material der Sitzung vom 9.11. 1948).
 - *Geschäftsführender Unterausschuß des Friedensausschusses* (Material der 1. Sitzung vom 31.3. 1949).
 - *Unterkommission für Völkerrecht des Geschäftsführenden Unterausschusses beim Friedensausschuß* (Bericht von der Sitzung vom 12.4. 1949).
 - *Unterausschuß 2 des Friedensvertragsausschusses* (Bericht von der Sitzung vom 22.6. 1948).
 - *Unterausschuß 4 des Friedensvertragsausschusses* (Material der Sitzung vom 19.10. 1949).
 - *Unterausschuß 5 des Friedensvertragsausschusses* (Protokoll und weitere Materialien der Sitzung vom 22.6. 1948, u.a. Informationsmaterial zur Frage der Reparationen).
 - *Ausschuß für Recht und Rechtspflege* (Protokolle und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 15.4. 1948, der 2. Sitzung vom 4. 6. 1948, der 3. Sitzung vom 18. 6. 1948, der 4. Sitzung vom 25. 6. 1948, der 5. Sitzung vom 3. 9. 1948, der 6. Sitzung vom 10. 9. 1948, der 7. Sitzung vom 1. 10. 1948, der 8. Sitzung vom 7. 1. 1949, der 9. Sitzung vom 18. 2. 1949, der 10. Sitzung vom 11. 3. 1949, der 11. Sitzung vom 29. 4. 1949, der 12. Sitzung vom 24. 6. 1949, der 13. Sitzung vom 12. 8. 1949, der 14. Sitzung vom 23. 8. 1949).
 - *Unterkommission für die Gleichberechtigung der Frau beim Ausschuß für Recht und Rechtspflege* (Material der Sitzung vom 31.1. 1949)
 - *Unterausschuß für eheliches Güterrecht beim Ausschuß für Recht und Rechtspflege* (Materialien der Sitzungen vom 21.6. 1949 und 14.7. 1949).
 - *Unterkommission Demontageverweigerung beim Ausschuß für Recht und Rechtspflege* (Materialien der Sitzungen vom 20.7. 1949 und 5.8. 1949).
 - *Ausschuß für Sozialpolitik* (Protokolle und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 15.4. 1948, der 2. Sitzung vom 26.5. 1948, der 3. Sitzung vom 28.6. 1948, der 4. Sitzung vom 6.9. 1948, der 5. Sitzung vom 4.10. 1948, der 6. Sitzung vom 4.11. 1948, der 7. Sitzung vom 9.12. 1948, der 8. Sitzung vom 3.2. 1949, der 9. Sitzung vom 3.3. 1949, der 10. Sitzung vom 14.4. 1949, der 11. Sitzung vom 10.6. 1949).
 - *Unterausschuß allgemeine Sozialfürsorge beim Ausschuß für Sozialpolitik* (Materialien der Sitzungen vom 25.7., 12.8., 30.8. und 27.9. 1948).
 - *Unterausschuß Jugendfürsorge beim Ausschuß für Sozialpolitik* (Materialien der 1. Sitzung vom 27.9. 1948, der 2. Sitzung vom 11.10. 1948, der 3. Sitzung vom 25.10. 1948, der 4. Sitzung vom 15.11. 1948).
 - *Unterausschuß Sozialversicherung beim Ausschuß für Sozialpolitik* (Berichte und andere Informationsmaterialien für Unterausschuß und Ausschuß von 1948).
 - *Unterausschuß für Heimkehrer beim Ausschuß für Sozialpolitik* (Materialien der 1. Sitzung vom 24.9. 1948, der 2. Sitzung vom 30.9. 1948, der 3. Sitzung vom 2.3. 1949).
 - *Unterausschuß Arbeitskräfte lenkung und Nachwuchsplanung beim Ausschuß für Sozialpolitik* (Informationsmaterialien von 1949).
 - *Unterausschuß Arbeitsschutz beim Ausschuß für Sozialpolitik* (Informationsmaterialien von 1948/49).
 - *Unterausschuß Arbeitsrecht beim Ausschuß für Sozialpolitik* (Sitzungsberichte und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 20.1. 1949, der 2. Sitzung vom 24. 2. 1949, der 3. Sitzung vom 24. 3. 1949, der 4. Sitzung vom 28.4. 1949, der 5. Sitzung vom 23.6. 1949, der 6. Sitzung vom 19.7. 1949).
 - *Verfassungsausschuß* (Protokolle und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 15. 4. 1948, der 2. Sitzung vom 5. 5. 1948, der 3. Sitzung vom 24. 6. 1948, der 4. Sitzung vom 21. 8. 1948, der 5. Sitzung vom 21. 9. 1948, der 6. Sitzung vom 15. 10. 1948, der 7. Sitzung vom 23. 11. 1948, der 8. Sitzung vom 14. 12. 1948, der 9. Sitzung vom 22. 2. 1949, der 10. Sitzung vom 27. 2. 1949, der 11. Sitzung vom 21. 4. 1949, der 12. Sitzung vom 7. 6. 1949, der 13. Sitzung vom 24. 8. 1949, bzw. vom 2. 9. 1949).
 - *Verfassungs-Unterausschuß* (Berichte und weitere Materialien der Sitzungen vom 3.9., 4.9., 10.9. und 22.9. 1948 sowie vom 24.2. und 27.2. 1949).
 - *Unterausschuß für die Stilisierung der Verfassung* (Bericht von der Sitzung vom 7.3. 1949 sowie Korrespondenzen).
 - *Wirtschaftsausschuß* (Protokolle und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 15.4. 1948, der 2. Sitzung vom 5.5. 1948, der 3. Sitzung vom 24.6. 1948, der 4. Sitzung vom 21.8. 1948, der 5. Sitzung vom 21.9. 1948, der 6. Sitzung vom 15.10. 1948, der 7. Sitzung vom 23.11. 1948, der 8. Sitzung vom 14.12. 1948, der 9. Sitzung vom 22.2. 1949, der 10. Sitzung vom 17.3. 1949, der 11. Sitzung vom 21.4. 1949, der 12. Sitzung vom 7.6. 1949, der 13. Sitzung vom 24.8. 1949, bzw. vom 2 9. 1949).
 - *Unterausschuß Industrie beim Wirtschaftsausschuß* (Protokolle und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 15.10. 1948, der 2. Sitzung vom 2.11. 1948, der 3. Sitzung vom 16.11. 1948, der 4. Sitzung vom 7.12. 1948, der 5. Sitzung vom 14.13. 1948, der 6. Sitzung vom 18.1. 1949, der 7. Sitzung vom 8.2. 1949, der 8. Sitzung vom 18.2. 1949, der 9. Sitzung vom 14.3. 1949, der 10. Sitzung vom 4.5. 1949).
 - *Unterausschuß Handel und Versorgung – Landwirtschaft beim Wirtschaftsausschuß* (Materialien der 1. Sitzung vom 15.10. 1948, der 2. Sitzung vom 21.10. 1948, der 3. Sitzung vom 3.11. 1948, der 4. Sitzung vom 7.12. 1948, der 5. Sitzung vom 4.1. 1949, der 6. Sitzung vom 23.3. 1949, der 7. Sitzung vom 6.4. 1949, der 8. Sitzung vom 17.5. 1949).
 - *Unterausschuß Finanzen beim Wirtschaftsausschuß* (Sitzungsberichte und weitere Materialien der 1. Sitzung vom 15.10. 1948, der 2. Sitzung vom 28.10. 1948, der 3. Sitzung vom 24.2. 1949, der 4. Sitzung vom 17.3. 1949, der 5. Sitzung vom 12.4. 1949).
 - *Ständiger Berliner Ausschuß für Einheit und gerechten Frieden* (Protokolle und weitere Sitzungsmaterialien von 1948/49).
- Die Sitzungsreihen der Beratungsgremien der Volkskongreßbewegung und des Deutschen Volksrates werden im Zentralen Staatsarchiv durch Akten des Sekretariats und seiner Abteilungen ergänzt. Vom Umfang und Inhalt her sind die Unterlagen beachtenswert, die aus der Tätigkeit der Abteilung II (Pressestelle) sowie der Abteilungen III, IV und V stammen, die für die einzelnen Ausschüsse des Volksrates zuständig waren.
- Folgende Dokumentenkomplexe verdienen hervorgehoben zu werden:
- Amtliche Druckschriften und weitere Informationsmaterialien, die in den Ausschüssen des Volksrates mit herangezogen worden waren.

- Presseveröffentlichungen des Deutschen Volksrates.
- Zeitungsausschnitte zur Tätigkeit des Deutschen Volksrates.
- Mitgliederverzeichnisse des Deutschen Volksrates und seiner Beratungsgremien.
- Eingaben an den Deutschen Volksrat und an sein Sekretariat.
- Studien und weitere Vorbereitungsmaterialien zur Ausarbeitung und Verfassung (u.a. Seminarvorträge, die 1948/49 von Studenten des Seminars für öffentliches Recht an der Universität Berlin bei Prof. Dr. A. Steiniger zur Thematik „Die Verfassungsentwicklung in Deutschland seit 1945“ gehalten worden sind).
- Stellungnahmen der Bevölkerung sowie von Parteien, Organisationen und Verwaltungsbehörden im Rahmen der Verfassungsdiskussion.
- Abänderungsvorschläge zur Verfassung.
- Berichte und Kommentare (vor allem der Presse) zur Verfassungsausarbeitung und -beratung.
- Entwurfss Fassungen der Verfassung in den einzelnen Ausarbeitungs- und Beratungsstadien.
- Vorbereitungen zum 1., 2. und 3. Deutschen Volkskongreß.
- Wahlergebnisse zum 3. Deutschen Volkskongreß von Mai 1949. Die im Bundesarchiv aus der Arbeit des Sekretariats des Deutschen Volksrates von 1948/49 archivierten Unterlagen weisen nach wie vor Überlieferungslücken auf.

*

Abschlußarbeiten an der Fachschule für Archivwesen "Franz Mehring" in Potsdam seit 1970 zur archivalischen Quellenlage und zur Aufbereitung von Archivgut für den Zeitraum 1945 - 1949 (Auswahl)

Dölle, Christine: Untersuchungen über die archivalische Quellenlage im Staatsarchiv Weimar zur Produktionssteigerung und Mechanisierung der Landwirtschaft in Thüringen von 1945 bis 1952. – 1976.

Drosch, Ingeborg: Archivalische Quellen zur Geschichte der Bodenreform in der Abteilung Bodenordnung des Bestandes Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (1945-1947). – 1969.

Esche, Andrea: Probleme und Erfahrungen bei der Bearbeitung eines Teilbestandes des früheren Hauptamtes (jetzt Sekretär des Rates und Organisations- und Instruktionsabteilung) der Stadt Rudolstadt aus der Zeit 1945-1958 im Hinblick auf dessen Auswertbarkeit für die Regional- und Ortsgeschichtsforschung. – 1978.

Ferchland, Helga: Intensiverschließung des Teilbestandes Zentraljugendamt des Gesamtbestandes R-2 Ministerium für Volksbildung. – 1971.

Fricke, Hans-Peter: Bestandsanalyse zum Bestand M-3 Ministerium für Post- und Fernmeldewesen 1945-1965. – 1990.

Fuge, Klaus: Der Aufbau einer neuen volksverbundenen Polizei zu Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in den Jahren 1945-1946 auf dem Territorium des heutigen Bezirkes Rostock, konkret bezogen auf die Kreise Wismar und Grevesmühlen. – 1981.

Gensel, Vera: Archivalische Quellen zur Geschichte der Bodenreform in der Abteilung Agrar- und Bauernpolitik des Bestandes Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (1948-1949). – 1969.

Gundelach, Reinhard: Überlieferungsanalyse des Schriftgutes der Abgabegemeinschaft Deutsche Justizverwaltung September 1945 – Oktober 1949 (Ministersekretariat M. Fechner) – Bestand Ministerium der Justiz. – 1975.

Heinzelmann, Bernhard: Die Durchsetzung der Verordnung der Provinzialverwaltung Sachsen über die Bodenreform vom 3. September 1945 in Städten und Gemeinden, die seit 1952 zum Kreis Naumburg gehören : e. aktenanalyt. Unters. – 1980.

Heise, Gerald: Quellen über die politische, gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Entwicklung der Stadt Köthen von 1945 bis 1949 : e. Beitr. zur Regionalgeschichte. – 1979.

Henke, Elke: Rolle und Bedeutung der SMAD-Befehle und Analysen der im ZStA überlieferten Befehle. – 1983.

Herre, Irene: Erarbeitung eines Spezialinventars zur Entwicklung der kommunalen Jugendpolitik in Dresden von 1945 bis 1952/53. – 1980.

Hupfer, Doris: Studien zum Erschließungsvorlauf auf dem Gebiet der Institutionsgeschichte und der Überlieferungslage der Leitungsdokumentation der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen 1945-1948. – 1974.

Kaußfuß, Marion: Bestandsanalyse für den Teilbestand „Beschluß- und Sitzungsmaterial der DWK.“ – 1975.

Kolditz, Gerald ; Kolditz, Romy: Neuordnung des Bestandes „Kreistag/Kreisrat Rochlitz 1945-1952“ : unter Berücks. d. Entwicklung d. Registraturbildner. – 1981.

Kröning, Carola: Bedeutung der Bestände der SAG-Betriebe in der DDR für die Betriebsgeschichtsschreibung : Unters. am Beisp. d. Bestandes VEB Waggonbau Ammendorf. – 1978.

Küllertz, Ursula: Die Aufgaben und die Organisation der Forstdienststellen und der Forstwirtschaft in Thüringen 1945-1952. – 1977.

Kusske, Dieter: Bestandsanalyse zum Teilbestand Fachbereiche des Ministeriums für Handel und Versorgung 1949-1960. – 1978.

Ludwig, Chris: Analyse der Quellenlage zum Arbeitsschutz im Bestand Q-2 Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung (1945-1958). – 1989.

Mücke, Yvonne: Aufbau und Tätigkeit der antifaschistisch-demokratischen Organe im Kreis Großenhain : dargestellt auf d. Grundl. d. Bestandes „Landkreis Großenhain“ 1945-1952. – 1978.

Müller, Michael: Funktion, Aufgaben Stellung und Arbeitsweise der Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung bei der Deutschen Wirtschaftskommission : unter Berücks. ihres institutionellen Vorgängers, d. Abt. für Wirtschaftsfragen. – 1973.

Nitsch, Marlies: Die Bewertung, Ordnung und Verzeichnung des Teilbestandes „Deutsche Zentralverwaltung des Verkehrs – Leitung“ : unter bes. Berücks. d. archiv. Überlieferung d. Zsarb. d. Dt. Zentralverwaltung d. Verkehrs mit d. SMAD. – 1982.

Oelsner, Wolfgang: Die Bewertung des C-Bestandes Sparkassenverband Sachsen-Anhalt von 1945 bis 1952. – 1973.

Reiche, Gerhard: Die Aussagekraft der im Stadtarchiv Wernigerode überlieferten archivalischen Quellen für die Entstehung der revolutionär-demokratischen Organe in der Stadt Wernigerode 1945-1946. – 1973.

Rein, Sieglinde: Bearbeitung des Bestandes „Rheinmetall-Borsig SAG Sömmerda für die Zeit von 1946 bis 1952 und Erfassung von Dokumenten zur Rolle der SMA beim wirtschaftlichen Aufbau. – 1975.

Richter, Anke: Die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung der Stadt Brandenburg in der Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung von Mai 1945 bis zur Gründung der DDR 1949. – 1987.

Richter, Christine: Der Aufbau und die Errichtung der Struktur der Stadtverwaltung Dresden von 1945 bis 1952 (Zeit d. Errichtung d. antifaschist.-demokrat. Ordnung u. d. Arbeiter- u. Bauernmacht bis zur Verwaltungsreform 1952). – 1974.

Richter, Sylvia: Erarbeitung einer Analyse des Bestandes „Kreistag/Kreisrat Flöha 1945-1952“ : method. u. inhaltl. Probleme. – 1982.

Rousavy, Regina: Die Entwicklung der thüringischen Kreisräte 1945-1952. – 1980.

Ruch, Annett: Bestandsergänzung im Staatsarchiv Dresden durch die Übernahme des Bestandes Kreistag/Kreisrat Hoyerswerda 1945-1952. – 1984.

Schauer, Carola: Neuordnung und abschließende Bearbeitung des Teilbestandes „Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt Dresden 1945 bis 1952/53 – Dezernat Volksbildung“. – 1985.

Schladitz, Viola: Die Geschichte des VEB Kraftfahrzeugwerk

Horch Zwickau und seines Bestandes für den Zeitraum 1945-1958. – 1982.

Schmidt, Sabine: Aufbau und Tätigkeit der antifaschistisch-demokratischen Organe im Kreis Pirna :dargest. auf d. Grundl. d. Bestandes Landkreis Pirna 1945-1952. – 1978.

Schneider, Andrea: Anfertigung eines Findbuches einschließlich Behördengeschichte, Bearbeitungsbericht und Bestandsanalyse für den Bestand „Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler“. – 1983.

Schneider, Dorothea: Die Aussagekraft der archivalischen Quellen über die Entstehung der antifaschistisch-demokratischen Organe : dargest. am Beisp. d. Kreisräte Meiningen u. Hildburghausen 1945-1952. – 1973.

Schwandrau, Silvia: Spezielle Übersicht zur Entwicklung der Geld- und Kreditinstitute der DDR : unter Berücks. d. Vorgängerbanken d. ehem. Landes Sachsen im Zeitraum 1945-1952. – 1985.

Silberborth, Rita: Die Entwicklung des demokratischen Zentralismus und der sozialistischen Staatsmacht 1948-1952 : dargest. am Bestand d. Kreisverwaltung Rochlitz (theoret. Unters. u. Spezialinventar). – 1976.

Spahn, Jeanette: Quellenanalyse der Aktengruppe „Informationsberichte“ in den Beständen der Kreisverwaltungen 1945-1952 und Vorbereitung einer Quellenpublikation zur Geschichte des Landes Brandenburg. – 1990.

Streeck, Katrin: Bearbeitungskonzeption zum Bestand M-3 Ministerium für Post- und Fernmeldewesen 1945-1965. – 1989.

Vaticché, Karin: Die Entwicklung des demokratischen Zentralismus und der sozialistischen Staatsmacht 1948-1952 : dargest. am Bestand Kreisverwaltung Grimma (Theoret. Unters. u. Spezialinventar). – 1976.

Weisbach, Werner: Anwendungsmöglichkeiten neuer Verzeichnismethoden bei der erweiterten Erschließung von Kreistags- und Kreisratsprotokollen :unters. am Beisp. d. schriftl. Überlieferung d. Sächs. Ministeriums d. Innern aus d. Jahr 1947. – 1972.

Zusammengestellt von Wolfgang Merker und Elke Vogel

(Anm. d. Red.: Statt der erneuten Auflistung einer Auswahl der Diplomarbeiten zum Thema verweisen wir hier auf das in Heft 2/91 der AM abgedruckte Gesamtverzeichnis der Abschlußarbeiten am Lehrstuhl Archivwissenschaft der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin.)

* *
*

Liegenschaftskarten in staatlichen Archiven

Eva Rickmers und Joachim Sparenberg

1. Vorbemerkungen

Gegenwärtig befinden sich in den staatlichen Endarchiven sowie bei den Registraturbildnern ca. 900.000 Liegenschaftskarten. Voraussetzung jeder Nutzung dieser Karten für praktische und wissenschaftliche Belange ist die Kenntnis ihres Entstehungszweckes, ihrer Bedeutung im Rahmen der Liegenschaftsdokumentation und nicht zuletzt ihrer Formmerkmale. Durch ihre äußeren Kennzeichen, (Darstellung des Karteninhalts, Arten der Eintragungen, Farbigkeit, Formate) unterscheiden sich die Liegenschaftskarten grundlegend von anderen Formen der Liegenschaftsdokumentation, stehen aber mit diesen in unmittelbarem inhaltlichen Zusammenhang.

In Zusammenarbeit von Archivaren und Fachkräften des Liegenschaftsdienstes wurden die Liegenschaftskarten unter archivwissenschaftlicher Fragestellung mit der Zielsetzung, die archivwürdi-

gen Karten auszuwählen, analysiert. Gleichzeitig wurden die Anforderungen des Liegenschaftsdienstes berücksichtigt und dabei jene Karten festgeschrieben, die unbefristet beim Registraturbildner verbleiben müssen. Im Ergebnis dessen wurden Vorschläge zur Einstufung in ein zweigspezifisches Bewertungsverzeichnis unterbreitet.

Mit diesem Beitrag sollen die Ergebnisse der Analyse der verschiedenen Kartenarten mit ihren spezifischen Merkmalen für die weitere Arbeit bei der Bestandsergänzung, Bewertung, Erschließung und Auswertung vermittelt werden. Der Darstellung liegen Untersuchungen vor allen des ehemaligen preußischen Kartenwesens zu Grunde. Karten, die im zweigspezifischen Schriftgutbewertungsverzeichnis als Kassationsgut eingestuft wurden, bleiben hier berücksichtigt.

2. Zum Entstehungszweck von Liegenschaftskarten

Bei den Registraturbildnern des Kataster-/Liegenschaftswesens entstanden und entstehen Karten, die auf Grund ihres Wertes als Quelle der Erkenntnis für ideologische, politische, wissenschaftliche, rechtliche, ökonomische und kulturell-erzieherische Zwecke als Teil eines Bestandes in die Staatlichen Endarchive gelangten und weiterhin gelangen.

Mit dem Aufbau des Grundsteuerkatasters in Preußen und den anderen deutschen Ländern im vorigen Jahrhundert wurde neben der registrativen Dokumentation ein kartographischer Teil des Katasters geschaffen. In Preußen und verschiedenen anderen Ländern wurden hierfür die Ergebnisse der Separationsaufmessungen verwendet. Im wesentlichen bildet noch heute das bis 1865 geschaffene Kartenwerk die Grundlage des kartographischen Teils der Liegenschaftsdokumentation. Nur vereinzelt haben in der Vergangenheit Neuvermessungen stattgefunden, die zur Erneuerung der Liegenschaftskarten geführt haben. Es muß daher eingeschätzt werden, daß die geodätische Grundlage des überwiegend heute noch genutzten Liegenschaftskartenwerkes im vorigen Jahrhundert entstanden ist. Die geometrische Genauigkeit entspricht daher teil- und gebietsweise nicht den Anforderungen, die in der Gegenwart an ein solches Kartenwerk zu stellen sind. Durch die Verbindung des Grundsteuerkatasters mit dem Grundbuch ergaben sich hohe Anforderungen, denen die Karten nicht immer gerecht wurden. Daher kommt es vor, daß die Katasterkarte zur Feststellung bzw. Herstellung von Flurstücksgrenzen versagt(1).

Da die im Zeitpunkt der Aufnahme bebauten Grundstücke in den Ortslagen nicht grundsteuerpflichtig waren, wurden in den ehemals preußischen Gebieten die Ortslagen nur mit ihren Umringsgrenzen aufgemessen und unter der Sammelbezeichnung „Ungetrennte Hofräume und Hausgärten“ in den Karten und Registern nachgewiesen. Dadurch müssen diese bei Notwendigkeit neu vermessen werden.

Die Katasterkarten sind Situationspläne. Sie enthalten die Grenzen der Flurstücke, Grenzen und Bezeichnungen der Nutzungs- und Kulturarten, die Gebäude und die wichtigsten topographischen Gegenstände. Außerdem sind die Grenzen und Bezeichnungen der Bodenschätzungsabschnitte bzw. der Bonitätsabschnitte und die Namen der Gewannen nachgewiesen. Die materielle Grundlage für den kartographischen Teil der Liegenschaftsdokumentation war auf Leinen gezogener Zeichenkarton.

Mit der Aufstellung des Einheitsliegenschaftskatasters und der Übernahme der Bodenschätzungsergebnisse in das Kataster in den Jahren 1936-1952 erfolgte eine Umstellung der kartographischen Basis. Durch Hochzeichnung der vorherigen Katasterkarten wurden Herausgabeoriginale (Mutterpausen) auf transparenten Zeichenträgern hergestellt. Alle notwendigen Bestandteile der kartographischen Liegenschaftsdokumentation und notwendige Kartenauszüge werden seither als Ablichtungen der Mutterpausen gefertigt.

Das Bemühen ging stets dahin, neben der verbindlichen Darstellung der Flurstücksgrenzen den Bestand an Gebäuden und topographischen Gegenständen ständig aktuell zu halten. Eine Analyse des Inhalts der Katasterkarten, die im Jahre 1968 durchgeführt wurde, zeigte jedoch, daß dieses Ziel häufig nicht erreicht wurde(2).

3. Charakterisierung archivwürdiger Liegenschaftskarten

3.1. Separationskarten

Die Separationskarten des 19. Jh. entstanden im Zuge der Regulierung der Dorfflur im Rahmen der Bauernbefreiung und der damit verbundenen Gemeinheitsteilungsordnung. Als Ergebnis der örtlichen Aufnahme (3), die im Maßsystem Rute vorgenommen wurde (4), erfolgte die Kartierung in der Brouillonkarte vornehmlich im Maßstab 1:25 000 und 1:5 000. Von der Brouillonkarte wurden nach Fertigstellung zwei Kopien hergestellt, die als 1. und 2. Separationsreinkarte bezeichnet wurden. (Während die Brouillonkarte im Archiv deponiert wurde, erhielten die Katasterverwaltungen und Separationsinteressenten/Gemeinden die Reinkarten. In den Jahren um 1950 wurden die Exemplare der Gemeinden, soweit sie noch vorhanden waren, zugunsten der Staatsarchive eingezogen.)

Für die Herstellung war kräftiges und dauerhaftes Papier zu verwenden, das auf Leinen aufzuziehen war. Jede Karte hatte am unteren Rand einen Rollstab und war am oberen Rand mit einer aus auf die Leinwand geklebten schmalen Holzleisten bestehenden Hülse versehen. Die Karten wurden im gerollten Zustand aufbewahrt. Auf einer Karte war in der Regel eine Gemarkung in Inseldarstellung kartiert. Für größere Gemarkungen erfolgte eine Unterteilung in Sektionen und die Darstellung auf mehrere Karten. Die Sektionen sollten möglichst natürliche Begrenzungen besitzen (Wege, Gräben, Straßen u.a., zumindest jedoch Plangrenzen).

Die Kartendarstellung bestand aus der Kennzeichnung der Grenzen und Bezeichnung der Pläne (später Parzellen), der Wege, der Gräben und anderer Besitzstücke sowie der Grenzmale. Die Brouillonkarte und die 1. Reinkarte enthielten vielfach neben den neu entstandenen Grenzen in abgeschwächter Darstellung die Grenzen, wie sie vor dem Separationsverfahren bestanden. Die Pläne, die Grenzmale und die Besitzstücke waren jeweils mit „1“ beginnend durchlaufend zu numerieren. Straßen, Wege, Gräben und ähnliches waren mit kleinen lateinischen Buchstaben in roter Farbe zu versehen. Die neu entstandenen Grenzen wurden mit roten Farbstreifen hervorgehoben. Die Grenzen der Bonitierungsabschnitte sind durch rote Linien ohne Farbstreifen dargestellt. Weitere Einfärbungen sollten wie folgt vorgenommen werden (5):

I. Durch Anbringung schmaler Farbstreifen:

1. Ackerschläge und Gewannen = gelb
2. Wiesenschläge = gelblich-grün
3. Hutungen = hellgrün
4. Waldungen = blaßschwarz
5. Große Gewässer = blau

II. Durch volle Färbung ganzer Flächen:

1. Kleine gesondert gelegene Wiesenstücke = gelblich-grün
2. Hofgärten = dunkelgrün
3. Feldgärten = dunkelgrün oder gelb schraffiert
4. Gebäude
 - a) Amts-, Vorwerks- und gutsherrliche Gebäude = karminrot
 - b) Schulen und geistliche Gebäude = braun-gelb
 - c) Übrige Gebäude = schwarz
5. Straßen und Wege = schwach braun
6. Kleine Gewässer und Gräben = blau

Trotz der Festlegungen für die zeichnerische Ausfertigung der Separationskarten gibt es in der Praxis Karten, bei denen farbliche Abweichungen vorhanden sind. Die Lesbarkeit ist dadurch jedoch nicht eingeschränkt.

Die ermittelten Längen der Grenzlinien von Grenzpunkt zu Grenzpunkt bzw. von Grenzmal zu Grenzmal und die mit der Bussole ermittelten Neigungen der Grenzlinien sind in die Karte eingetragen worden. Die Eintragungen erfolgten in schwarzer Tusche für die Längen in Ruten mit einer Stelle hinter dem Komma und für die Bussolenrichtungen im Winkelmaß in Grad (°) mit einer Stelle hinter dem Komma. Das Winkelmaß wurde in runde Klammern gesetzt. Durch die Eintragungen der Längen- und Richtungsangaben stellen die Separationskarten ein noch ständig benötigtes Hilfsmittel bei der Ausführung von Liegenschaftsvermessungen dar.

3.2. Gemarkungskarten

Als Grundlagenkarte der gesamten kartographischen Dokumentation wurde – aufbauend auf den Separationskarten – im 19. Jahrhundert die Gemarkungskarte geschaffen. Für eine Gemarkung wurden ein oder mehrere Blätter im Format 666 mm x 1000 mm als Inselkarten angelegt. Die auf einem Kartenblatt dargestellte Fläche wurde in der Regel durch natürliche Begrenzungen gebildet, wie Straßen, Wege, Gräben und Parzellen. Da die Formate der Separationskarten meist größer waren, ergaben sich aus einer Gemarkung bzw. Sektion mehrere Kartenblätter. Die Kartenblätter sind gemarkungsweise mit „1“ beginnend durchlaufend nummeriert. Die Kartendarstellung erfolgte auf Zeichenpapier, das auf Leinen gezogen wurde. Grundlage bildete eine Nadelstichkopie der Separationskarte. In den Gemarkungskarten sind dargestellt die Grenzen und Bezeichnungen der

- Parzellen mit ihren Grenzpunkten und Grenzmalen,
- Nutzungs- und Kulturarten,
- Bonitätsabschnitte,
- Gebäude,
- wesentlichen topographischen Gegenstände.

Die Darstellung der Grenzen und Grenzmale erfolgte in schwarzer Farbe, die Art der Grenzmale und vorhandener Grenzbebauung ist durch Signaturen gekennzeichnet. Die Territorialgrenzen und Grenzen der Gemarkungen wurden durch grüne Farbstreifen und die der Kartenblätter durch violette Farbstreifen, die Gewannengrenzen durch gelbe Farbstreifen hervorgehoben. Die Flurstücke werden in schwarzer Farbe, in der Regel links oben mit „1“ beginnend und rechts unten endend mit ganzen Zahlen, die sich mit dem Nachweis im Flurbuch in Übereinstimmung befinden, nummeriert. Veränderungen, die sich nach der Separationsmessung bis zur Inkraftsetzung des Katasters im Jahre 1865 ergeben haben und in Unterverteilungsakten nachgewiesen werden, fanden ebenfalls Aufnahme in den Gemarkungskarten. Zur Unterscheidung wurden für die Numerierung dieser Parzellen gebrochene Nummern verwendet. Der Zähler dieser Nummer besteht aus der nächsten freien Parzellenummer des Kartenblattes und dem Verweis auf die ursprüngliche Nummer der Ausgangsparzelle. Für die Nutzungs- und Kulturarten fand folgende Nomenklatur Verwendung (für die Eintragung in Karten und Rissen als Abkürzung):

Hofräume Hf
Ackerland A
Hausgärten Hg
Weingärten WG
andere Gärten G
Wiesen W
Weiden (Viehweiden) V
Holzungen H
Wasserstücke Wa
Oedland Ö
Unland U

Die übrigen Nutzungsarten werden durch Flächenkolorit hervorgehoben:

Wege, Straßen und andere öffentliche Verkehrswege: braun
Gewässer und Gräben: blau
Wohngebäude: hellrot
Öffentliche Gebäude: dunkelrot
Wirtschaftsgebäude: sepia

Die noch anfallenden Nutzungsarten werden durch unabgekürzte Bezeichnung gekennzeichnet, z.B. Friedhof, Kiesgrube u.a. Die Flächen der Kulturarten Ackerland, Garten, Wiesen, Weiden und Holzungen wurden für die steuerliche Bewertung in Bonitätsklassen eingestuft. Die Einstufung erfolgte jeweils in 8 Klassen (Klasse 1 = beste Bodenqualität). Außer den Flächenkoloriten erfolgt eine Eintragung der Nutzungsarten und Bonitäten nur dann, wenn eine Parzelle aus mehreren Kulturarten bzw. Bonitätsabschnitten besteht. In allen übrigen Fällen müssen diese Angaben dem Flurbuch entnommen werden. Die Grenzen der Bonitätsabschnitte, die nicht mit Parzellengrenzen zusammenfallen, waren wie folgt darzustellen:

- in grünen Linien, wenn ihre Lage eindeutig bestimmt ist,
- in grün-punktierten Linien, wenn sie nur überschläglich bestimmt oder eingeschätzt sind.

Die Bezeichnungen der Kulturarten und Klassen erfolgen durch die jeweilige Abkürzung unter Hinzufügung der Klassenziffer in grüner Farbe; die der Grenzen der übrigen Nutzungsartenabschnitte durch dünne schwarze Linien unter Hinzufügung der jeweiligen Abkürzung in schwarzer Farbe. Die Zugehörigkeit zu einer Parzelle wird durch einen Überhaken hervorgehoben.

Links oben erhielten die Kartenblätter Eintragungen ihrer Identität wie

- Kreis,
- Gemarkung,
- Nummer des Kartenblattes,
- Maßstab,
- Art und Datum der Entstehung und Inkraftsetzung.

Außerdem war an geeigneter Stelle ein Nordpfeil anzubringen. Bei Neuvermessungen einer Gemarkung oder einzelner Kartenblätter wurden im Ergebnis der Neuaufnahme neue Gemarkungsurkarten durch Neukartierung hergestellt. Der Inhalt bezog sich auf den Stand der Inkraftsetzung des neu entstandenen Katasters. Das bisherige Kartenwerk wurde außer Kraft gesetzt. Eine Fortführung und Laufendhaltung der Gemarkungsurkarten erfolgte generell nicht. Sie geben jeweils den Stand zum Zeitpunkt ihrer Inkraftsetzung wieder. Mit der Einführung des Einheitsliegenschaftskatasters für das Gebiet der jeweiligen Gemarkung wurden die Gemarkungsurkarten außer Kraft gesetzt und durch ein anderes Kartenwerk ersetzt. Die Gemarkungsurkarten werden an das zuständige Endarchiv abgegeben.

Die Ergänzungskarten waren als Bestandteil der Messungsschriften vor Einführung des Einheitsliegenschaftskatasters anzufertigen. Schon mit der Inkraftsetzung des Grundsteuerkatasters im Jahre 1865 war eine ständige Fortführung des Katasters zu sichern; das gilt auch für die kartographische Dokumentation.

In die kartographische Dokumentation waren im wesentlichen folgende Veränderungen und Berichtigungen aufzunehmen:

- Veränderung in der Form der Parzellen,
- Veränderung der Eigenschaftsangaben,
- Veränderung in der Bezeichnung,
- Veränderungen infolge Aufmessung von Grenzzeichen, Gebäuden und topographischen Gegenständen sowie nach der Berichtigung von Zeichen- und Aufnahmegefehlern.

Diese Veränderungen ergaben sich in der Regel aus einer Liegenschaftsvermessung. Die Anfertigung der Ergänzungskarte erfolgte auf Zeichenkarton und hatte unterschiedliche Formate. Entsprechend der Größe des von der Veränderung betroffenen Gebietes wurden Blattformate in der Größe von 1/8, 1/4, 1/2 oder einem ganzen Kartenblatt verwendet. In Einzelfällen wurde auch das Format A 4 angewandt.

Bei der Herstellung wurde durch Nadelstichkopie von der Gemarkungsurkarte und, falls erforderlich, von vorherigen Ergänzungskarten der Gebietsteil, der von der Veränderung betroffen war, mit Stand vor der Veränderung auf die neu anzulegende Ergänzungskarte übertragen. Die Eintragung erfolgte entsprechend den Festlegungen für die Gemarkungsurkarten. Der durch die Veränderung neu entstandene und in der Regel durch Vermessung festgestellte Zustand wurde einkartiert und in roter Farbe dargestellt. Die Nummerierung neu entstandener Flurstücke bzw. solcher, deren Form sich verändert hat, erfolgte durch neue Nummern in Bruchform. Wegfallendes wurde in roter Farbe gestrichen bzw. gekreuzt. Die Darstellung der Nutzungsarten, der Bonitätsabschnitte und Gebäude, die Bezeichnungen und Flächenfärbungen wurden wie in den Gemarkungsurkarten vorgenommen. Zur Verdeutlichung der Veränderungen konnten Darstellungen des veränderten Teiles in vergrößerter Form vorgenommen werden. In die Vergrößerungen war die Aufnahme der Messungszahlen und des Messungsliniennetzes möglich. Diese Eintragungen erfolgten maßstabsgerecht in blauer Farbe. Die Ergänzungskarten wurden innerhalb einer Gemarkung durchlaufend nummeriert. In den ersten Jahren nach 1865 trugen sie die Bezeichnung „Supplementkarte“. Eine mehrfache Verwendung

innerhalb einer Gemarkung war zugelassen. Der Kopf der Ergänzungskarte enthält folgende Angaben:

- Kreis,
- Gemarkung,
- Nummer der Ergänzungskarte,
- Jahrgang der Veränderung,
- Antragsnummer,
- Eintragungs- und Prüfungsvermerke.

Neben der Kartendarstellung erfolgte die Eintragung der Nummer des Kartenblattes und die Angabe des Maßstabes der Kartierung. Für Vergrößerungen erfolgte ebenfalls die Eintragung des Maßstabes. Die Kartierung war außerdem mit einem Nordpfeil zu versehen. Umfangreiche Veränderungen infolge Neumessung, Umlage und dergl. wurden nicht im Wege der Kartenfortführung übernommen. In der Regel wurden in diesem Falle neue Karten hergestellt. Mit der Einführung des Einheitsliegenschaftskatasters wurde die Herstellung der Ergänzungskarten eingestellt. Für die rechtliche Bewertung von Liegenschaftsgrenzen bilden die Gemarkungsurkarten und die Ergänzungskarten die gemeinsame Grundlage. Die Ergänzungskarten müssen daher als Bestandteil der Gemarkungsurkarten angesehen werden.

3.3. Gemarkungsreinkarten

Neben der Gemarkungsurkarte wurde als weitere Kopie die Gemarkungsreinkarte, in der Regel durch Nadelstichkopie, gefertigt. Die Gemarkungsreinkarten fanden im ständigen Dienstgebrauch Verwendung. Im Gegensatz zu den Gemarkungsurkarten erfolgte eine ständige Laufendhaltung durch Fortführung bei Bearbeitung von Anträgen bzw. von Amts wegen. Der Inhalt, die Ausgestaltung, das Material und das Format entsprechen dem der Gemarkungsurkarte. Die Karteblätter sind jedoch zur Hälfte geteilt und die Hälften sind durch einen Leerstreifen getrennt. Dadurch war es möglich, sie gemarkungsweise in einem Atlas oder mehreren Atlanten, je nach Umfang, zusammenzufassen. Die Atlanten haben einen festen Halbledereinband im Format 500 mm x 700 mm.

Die Eintragungen der Veränderungen erfolgten in roter Farbe. Wegfallendes war in roter Farbe zu streichen bzw. zu kreuzen. Grundlage für die Eintragung war die Darstellung in der Ergänzungskarte. Bei Verschleiß oder Verlust war eine Neuherstellung unter Verwendung der Gemarkungsurkarten und der Ergänzungskarten möglich. Mit der Einführung des Einheitsliegenschaftskatasters wurde die Gemarkungsreinkarte außer Kraft gesetzt und erhielt die Bezeichnung „Flurkarte“.

3.4. Mutterpausen (Herausgabeoriginale)

1934 wurden das Gesetz über die Neuordnung des Vermessungswesens sowie das Bodenschätzungsgesetz erlassen, 1936 durch Runderlaß die Übernahme der Bodenschätzungsergebnisse in das Liegenschaftskataster verfügt (6).

Mit diesen Festlegungen verbunden war die Schaffung eines einheitlichen flächendeckenden Katasters (Reichskataster), durch das die bestehenden Länderkataster ersetzt werden sollten. In der DDR wurden die 1936 begonnenen Arbeiten fortgeführt und mit der Aufstellung des Einheitsliegenschaftskatasters abgeschlossen. Gleichzeitig wurden neue Begriffe wie Flur (bisher Kartenblatt), Flurstück (bisher Parzelle), Liegenschaftskataster (bisher Grundsteuerkataster) eingeführt. Da mit Einführung des Einheitsliegenschaftskatasters die bisherige Kartenbasis außer Kraft gesetzt wurde, waren neue Karten zu schaffen. Die Grundlage der künftigen kartographischen Dokumentation bildeten die Mutterpausen (Herausgabeoriginale). Die Herstellung erfolgte durch Hochzeichnung der bisherigen Gemarkungsurkarten und der Ergänzungskarten. Als Zeichenträger wurde transparentes Material verwendet. Es ist erkennbar, daß keine geodätische Grundlage geschaffen wurde, sondern Inhalt und Darstellung in der bisherigen Form mit der gleichen Genauigkeit übernommen wurden. Die Grenzen und Bezeichnungen der Nutzungsarten entsprachen jedoch nun den Ergebnissen der Feststellungen der Bodenschätzung. Die Beschriftung der Karte erfolgte auf einem 2,5 cm breiten Streifen am unteren Rand der Karte mit folgenden Angaben:

- Nummer der Flur,
- Gemarkung,

- Kreis,
- Maßstab,
- Angaben über Herstellung und Entstehung.

Um die Reproduzierfähigkeit zu sichern, erfolgen alle Eintragungen in schwarzer Tusche. Auf Grund der Einfarbigkeit der Darstellung entfallen alle Flächenkolorite. Gebäude werden mit Schraffuren versehen. Verkehrswege und Gewässer erhalten entsprechende Eintragungen. Nutzungsartengrenzen werden durch punktierte Linien dargestellt. Die Art der Nutzung wird durch Signaturen bzw. durch entsprechende Eintragungen verdeutlicht.

Die Mutterpausen zeigen grenzrechtlich stets den aktuellen Stand. Bei Fortführungen wird Hinzukommendes in schwarzer Farbe nachgetragen und Wegfallendes ausgeschabt. Verschlissene Mutterpausen werden durch Neuherstellung – durch Hochzeichnung oder auf photographischem Wege – ersetzt. Die notwendigen Karten der Liegenschaftsdokumentation, Karten zur Lösung bestimmter Aufgaben und Kartenauszüge an Berechtigte werden im Lichtpausverfahren hergestellt(7).

3.5. Vorbereitungskarten

Zur praktischen Durchführung der Bodenschätzung waren Vorbereitungsarbeiten notwendig. So wurde ein Feldvergleich mit dem Ziel durchgeführt, Abweichungen zwischen Katasterkarte und Örtlichkeit, die hinsichtlich des Bestandes der landwirtschaftlich genutzten Fläche sowie der übrigen Nutzungsarten vorhanden sind, festzustellen und einzumessen. Die Ergebnisse des Feldvergleiches wurden in einer als *Feldplan* bezeichneten Ablichtung der Mutterpause festgehalten. Die Reinzeichnung dieser Ergebnisse erfolgte dann in Ablichtungen der Mutterpausen, die die Bezeichnung *Ergänzungsplan* erhielten. Anhand der Ergänzungspläne wurden die Mutterpausen berichtigt. Mit der Einführung des Einheitsliegenschaftskatasters und der Bodenschätzung wurde auch eine einheitliche Nutzungsartenstruktur eingeführt.

Nach dem Bodenschätzungsgesetz vom 16. Okt. 1934 waren folgende Nutzungsarten vorgesehen:

- Ackerland (A)
- Gartenland (G)
- Grünland (Gr)
 - Wiese (W)
 - Hutung (Hu)
 - Streuwiese (Str)
- Wechsellnutzung (AGr) (GrA)
- Holzung (H)
 - Nadelwald (NH)
 - Laubwald (LH)
 - Mischwald (LNH)
- Weingärten (Wg)
- Wasserfläche (Wa)
- Moor (Mo)
- Abbauland
 - Sandgrube (Sgr)
 - Lehmgrube (Lgr)
 - Tongrube (Tgr)
 - Kiesgrube (Kgr)
 - Steinbruch (Stbr)
- Unland (U)
- Hof- und Gebäudeflächen (Hf), (Gbf)
- Öffentliche Wege und Gewässer keine Abkürzungen, sondern volle Bezeichnung, z.B. Weg, Straße, Friedhof u.a.
- Sonstige Nutzungsarten

Eine weitere Aufgabe bei der Neuaufstellung des Katasters bestand darin, den Bestand an Flurstücken zahlenmäßig gering zu halten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden benachbarte Flurstücke eines Eigentümers oder – unter sozialistischen Bedingungen – eines Rechtsträgers von Volkseigentum verschmolzen oder vereinigt. Zur Vorbereitung dieser Arbeiten wurden *Verschmelzungspläne* in Form von Ablichtungen der Mutterpausen verwendet. Die genannten Pläne sind teilweise noch vorhanden. Sie sind jedoch nicht als Archivgut einzustufen. Sie wurden vielfach als Wirtschaftskarten weiterverwendet.

3.6. Flurkarten

Als Nachfolgekarten der Gemarkungsreinkarten wurden nach Einführung des Einheitsliegenschaftskatasters die Flurkarten verwendet. Der Verwendungszweck war analog dem der Gemarkungsreinkarten. Flurkarten bestehen aus Lichtpausen der Mutterpausen, in der Regel auf Kartonlichtpauspapier gefertigt. Sie erhalten den aktuellen Stand zum Zeitpunkt der Herstellung der Lichtpause und werden neben den Mutterpausen laufend fortgeführt. Änderungen erfolgen in roter Farbe. Neue Grenzen und Bezeichnungen werden nachgetragen und Wegfallendes wird gestrichen bzw. ausgekreuzt. Damit geben auch die Flurkarten den jeweils aktuellen Stand wieder. Bei Verschleiß oder Unübersichtlichkeit wird die Flurkarte durch eine neue Lichtpause ersetzt. Die außer Kraft gesetzte Flurkarte erhält dann den Charakter einer Ergänzungskarte für den Zeitraum ihrer Gültigkeit.

Nach 1949 wurde begonnen, eine Verbesserung der Liegenschaftskarten für bebauete Gebiete der Ortslagen durch die Herstellung von Stadtkartenwerken herbeizuführen. Hierbei handelt es sich um großmaßstäbige Karten, die zum größten Teil auf der Grundlage von Luftbildauswertungen hergestellt werden und für eine Mehrfachnutzung gedacht sind. Sie bilden im Maßstab 1 : 1000 die geodätische Grundlage für neue Liegenschaftskarten (8).

Die Grenzen der Flurstücke werden aus den bisherigen Flurkarten übernommen und in die neu geschaffenen Karten eingepaßt. Damit wird in der Regel für die Liegenschaftsgrenzen nur die Genauigkeit des Ausgangsmaterials erreicht. Die Genauigkeit der Darstellung der Gebäude und anderer topographischer Gegenstände bietet jedoch eine gute Grundlage bei der Feststellung von Liegenschaftsgrenzen im Rahmen der Bearbeitung von Vermessungsaufträgen. Abweichend von den bisherigen Flurkarten werden häufig an Stelle von Inselkarten Rahmenkarten gefertigt. Die Rahmen haben in der Regel das Format 500 mm x 500 mm bzw. 500 mm x 1000 mm. Sie sind bis an den Rahmen heran gezeichnet und an die Nachbarblätter angepaßt. Da durch diese Form Flurstücke in ihrer Darstellung auf zwei, drei oder vier Kartenblätter ausgedehnt sein können, werden teilweise auch Kartenränder überzeichnet.

3.7 Bodenschätzungskarten

Das Bodenschätzungsgesetz wurde 1934 im Zuge der Reichssteuerreform erlassen. Es geht nach seiner Zweckbestimmung und seinem Aufbau über den Rahmen der Vorschriften hinaus, die in den alten Grundsteuergesetzen der Länder für Bonitierungen gegeben waren. Die Bodenschätzung verlangte die genaue Kennzeichnung aller im damaligen Deutschland vorkommenden landwirtschaftlich nutzbaren Böden und die Feststellung der Ertragsfähigkeit auf Grund der natürlichen Ertragsbedingungen. Es wurden daher einheitliche Schätzungsrahmen für Ackerland und Grünland geschaffen. Für die Schätzung selbst war die vorherrschende Nutzung und die Beschaffenheit des Bodens für die Anwendung des Acker- und Grünlandschätzungsrahmens maßgebend. Gartenland über 1000 m² war ebenfalls zu schätzen, ausgenommen Kleingartenanlagen. Nach dem Ackerschätzungsrahmen wird der Boden in Klassen eingeteilt. Klassen entstehen nach den Merkmalen Bodenart, Zustandsstufe und Entstehung. Böden mit gleichen Merkmalen bilden eine Klasse. Für jede Klasse sind Wertzahlen festgelegt, in deren Rahmen der Boden zu bewerten ist (Bodenwertzahl 100 = beste Bewertung). Die Wertzahlen sind Verhältniszahlen. Die Bodenzahl bewertet den Boden unter normalen Bedingungen von Klima, Gelände, Niederschlägen und ähnlichen Voraussetzungen. Die Ackerzahlen berücksichtigen Ertragsunterschiede, die durch Abweichung vom Normalen entstehen, durch Klima und Geländegestaltung. Bei Auftreten von wesentlichen Wertunterschieden in der Bodenzahl innerhalb einer Klasse werden Klassenabschnitte gebildet, z.B. bei gleicher Klasse L 1 L₁ die Abschnitte 100 / 102 und 94 / 96. Treten bei der Festlegung der Ackerzahl innerhalb einer Klassenfläche bzw. eines Klassenabschnittes wesentliche Unterschiede auf, so sind Sonderflächen zu bilden (z.B. Nordrand eines Hochwaldes mit dadurch bedingter stärkerer Beschattung, stärkere Hangneigung).

Nach dem Grünlandschätzungsrahmen wird der Boden ebenfalls in Klassen eingeteilt. Die Merkmale sind jedoch der Bewertung des Grünlandes angepaßt. Für jede Klasse sind Wertzahlen festgelegt.

in deren Rahmen der Boden zu bewerten ist. Für Grünlandgrundzahl und Grünlandzahl gilt analog das für Bodenzahl und Ackerzahl Gesagte. Klassenabschnitte und Sonderflächen werden unter gleichen Voraussetzungen wie beim Ackerland gebildet.

3.8. Schätzungsfeldkarten

Die Schätzungsfeldkarten waren zum Gebrauch „im Felde“ bei den Schätzungsarbeiten bestimmt. Genutzt wurden dafür Ablichtungen der Mutterpausen der Liegenschaftskarten. In ihnen wurden während der Schätzungsarbeiten alle Punkte, an denen zur Bestimmung der Klassen, der Bodenzahl bzw. der Grünlandgrundzahl Bohrungen bzw. Grabungen erfolgten, durch maßstäblich eingetragene Kreuze gekennzeichnet. Dem Vermessungskundigen im Schätzungsstrupp oblag es, diese Punkte in Übereinstimmung mit der Karte im Gelände anzuzeigen. In der Regel erfolgte dies durch ein Punktraster im Abstand von 50 m. Die festgestellten Boden- bzw. Grünlandgrundzahlen wurden neben diesen mit Bleistift eingetragen. Die Grabelöcher wurden tageweise mit arabischen Ziffern in roter Farbe numeriert. Hierdurch wurde der Bezug zu den Schätzungsakten hergestellt. Entsprechend der Ergebnisse der Schätzung wurden die Grenzen der Klassenflächen, Klassenabschnitte und Sonderflächen ermittelt. Die Darstellung erfolgte wie nachstehend aufgeführt:

- Grenzen der Klassenflächen = lang gerissene grüne Linien,
- Grenzen der Klassenabschnitte = gestrichelte grüne Linien,
- Grenzen der Sonderflächen = strichpunktierte grüne Linien.

Die Eintragungen der Klassenbezeichnungen und der Wertzahlen erfolgte in brauner Farbe für die Ergebnisse der Ackerschätzung und in grüner Farbe für die Ergebnisse der Grünlanderschätzung. Die Grenzen der Tagesabschnitte wurden durch einen blauen Farbstreifen hervorgehoben und mit einer laufenden Nummer in blauer Farbe gekennzeichnet. Alle Eintragungen erfolgten mit Blei- oder Farbstiften.

Die Schätzungsfeldkarten stellten die im Felde geführte Urschrift dar und wurden nicht fortgeführt.

3.9. Schätzungsurkarten

Die Schätzungsurkarten stellen die Reinzeichnung der im Felde geführten Urschrift dar. Für die Herstellung der Schätzungsurkarten wurden ebenfalls Ablichtungen der Mutterpausen der Liegenschaftskarte verwendet. Die Übertragung erfolgt durch Hochzeichnung aus der Feldkarte. Folgende Elemente der Feldkarte wurden übernommen und mit Tusche eingetragen:

- Grenzen und Bezeichnungen der Tagesabschnitte in blauer Farbe,
- Grenzen der Klassenflächen mit lang gerissenen oder durchgehenden Grenzlinien in grüner Farbe,
- Grenzen der Klassenabschnitte mit gestrichelten Grenzlinien in grüner Farbe,
- Grenzen der Sonderflächen mit strichpunktierten Grenzlinien in grüner Farbe,
- Klassenzeichen und Wertzahlen für das
 - Ackerland in hellbrauner Farbe,
 - Grünland in grüner Farbe

je Klassenfläche, Klassenabschnitt und Sonderfläche.

Eine Fortführung der Flurstücksangaben erfolgt nicht. Eine Berichtigung der Bodenschätzungsangaben wird nur bei berechtigten Einsprüchen gegen die Schätzungsergebnisse vorgenommen. Eine Fortführung der Schätzungsergebnisse erfolgt auf Antrag bei notwendigen Nachschätzungen, wenn Begutachtungsergebnisse der Bodenschätzung für landwirtschaftliche Nutzflächen, die neu gewonnen bzw. durch Auf- oder Abtrag von Kulturboden verbessert oder verschlechtert und den Katasterorganen bzw. den Liegenschaftsdiensten zur Fortführung übergeben wurden, vorliegen. Die Schätzungsurkarten bilden die Grundlage für die Herstellung neuer Karten zum täglichen Gebrauch.

3.10. Schätzungskarten

Die Schätzungskarten dienen dem täglichen Gebrauch in den Liegenschaftsdiensten für die Auskunftserteilung. Grundlage bilden Ablichtungen der Mutterpausen der Liegenschaftskarten, die durch den Inhalt der Schätzungsurkarten ergänzt werden. Die Grenzen

und Bezeichnungen der Tagesabschnitte werden jedoch nicht übernommen.

Bei übersichtlichem Karteninhalt ist es zulässig, die Schätzungsergebnisse in die Flurkarten zu übernehmen. Damit wird eine Karte und deren Laufendhaltung eingespart. Die Laufendhaltung des liegenschaftsrechtlichen Teiles erfolgt entsprechend und gleichzeitig mit der Laufendhaltung der Flurkarten. Seit 1976 erfolgt im Flurbuch keine Fortführung der Bodenschätzungsergebnisse mehr. Auch im Integrationsregister sind sie nicht mehr enthalten. Die Fortführung der Bodenschätzungseintragungen in den Schätzungskarten erfolgt jedoch weiterhin, wenn Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung in die nichtlandwirtschaftliche Nutzung durch Nutzungsartenänderung übergehen und dadurch Schätzungsabschnitte ganz oder teilweise wegfallen. Ferner wurden eingetragene Begutachtungsergebnisse der Bodenschätzung für landwirtschaftliche Nutzflächen, die neu gewonnen bzw. durch Auf- und Abtrag von Kulturboden verbessert oder verschlechtert und dem Liegenschaftsdienst zur Fortführung übergeben wurden. Die Erneuerung wird in der gleichen Weise, wie bei den Flurkarten beschrieben, durchgeführt. In die Lichtpausen müssen dann die Schätzungsergebnisse erneut eingezeichnet bzw. eingetragen werden. Zur Erleichterung dieser Zeichenarbeiten bei der Herstellung von Schätzungskarten wurden entweder auf den Mutterpausen der Liegenschaftskarten die Eckpunkte der Grenzen der Klassenflächen, der Klassenabschnitte und Sonderflächen angerissen oder die Bodenschätzungsergebnisse auf deckungsgleichen transparenten Zeichenträgern aufgetragen und bei der Herstellung der Ablichtung für die Schätzungskarten gemeinsam mit der Mutterpause als Original verwendet, so daß dann nur noch die farbliche Ausgestaltung notwendig war.

3.11. Wirtschaftskarten

Das seit dem Jahre 1865 ursprünglich als Grundsteuerkataster entwickelte Liegenschaftskataster wurde zu einem Eigentumskataster. Das kommt besonders dadurch zum Ausdruck, daß in der DDR im Jahre 1952 eine Vereinigung des Liegenschaftskatasters und des Grundbuches erfolgte. Diese Vereinigung erfuhr im Laufe der Jahre eine immer weitere Vertiefung.

Da die Notwendigkeit entstand, neben dem Eigentumsnachweis eine Übersicht über die Nutzung insbesondere des land- und forstwirtschaftlichen Bodens zu schaffen, wurde im Jahre 1949 damit begonnen, auf dem Gebiet der DDR ein Wirtschaftskataster zu schaffen. Grundlage für das Wirtschaftskataster bildeten die Karten und Register des Liegenschaftskatasters. Ausgehend vom Verwendungszweck wurde jedoch eine neue Nutzungsartenomenklatur eingeführt. Es bestand daher keine Übereinstimmung zum Liegenschaftskataster. Nachteilig wirkte sich auch aus, daß das Liegenschaftskataster nur auf Antrag fortgeführt wurde und dadurch die Übereinstimmung der nachgewiesenen Nutzungsarten mit den tatsächlichen in der Örtlichkeit vorhandenen Nutzungsarten immer weiter zurückging.

Die Nutzungsarten und ihre Grenzen wurden daher durch einen Feldvergleich neu ermittelt (9). Jedoch konnte die Fortführung dieser Unterlagen mit der folgenden Entwicklung unserer Landwirtschaft nicht Schritt halten. Die im Ergebnis der Erhebung aufgestellten Betriebsblätter, die nur die Gesamtflächen der Landwirtschaftsbetriebe enthielten, erwiesen sich beim Beginn der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft als ungeeignet. Übergang und Austausch von Einzelflächen konnten nur ungenügend registriert werden. Da die Unterlagen der Wirtschaftsflächenenerhebung wegen ungenügender Fortführung im allgemeinen nicht mehr brauchbar waren, wurde 1957 eine Überarbeitung des Wirtschaftskatasters eingeleitet (10). Durch die Einführung neuer Vordrucke auf Karteibasis wurden die Übersichtlichkeit und die Fortführbarkeit gesichert. Die Nomenklatur der Nutzungsarten aus dem Jahre 1949 wurde im wesentlichen beibehalten. Im Jahre 1981 wurden Maßnahmen eingeleitet, die eine Integration des Liegenschafts- und Wirtschaftskatasters zum Ziele hatten. Hierfür war als erste Maßnahme die Schaffung einer einheitlichen Nutzungsartenomenklatur notwendig. Diese stützt sich im wesentlichen auf die des Wirtschaftskatasters.

3.11.1. Wirtschaftskarten (Zeitraum 1949-1957)

Grundlage der kartographischen Darstellung bilden Ablichtungen der Mutterpausen der Liegenschaftskarten. Aus ökonomischen Gründen wurden vielfach noch vorhandene Lichtpausen der Feldpläne und Verschmelzungspläne verwendet. Die im Feldvergleich festgestellten Grenzen und Bezeichnungen der Nutzungsarten wurde durch gestrichelte blaue Linien bzw. durch blaue Buchstabeneintragungen dargestellt (11).

Für die Nutzungsarten galt folgende Nomenklatur:

- A = Ackerland
- Ab = Ackerland minderer Qualität
- C = Obstanlagen
- D = Rebland
- E = Baumschulen
- F = Wiesen
- G = Viehweiden
- H = Korbweidenanlagen
- I = Forsten und Holzungen
- K = Ödland
- L = Abbauland
- M = Unland
- N = Gewässer
- O = Gebäude- und Hofflächen
- P = Private Wirtschaftswege und Gräben

3.11.2. Wirtschaftskarten (Zeitraum 1957-1986)

Mit der Verordnung über die Durchführung eines Feldvergleiches in der DDR vom 18. Juli 1957 wurde das inhaltliche Niveau des Wirtschaftskatasters angehoben. Die Feststellungen des Feldvergleiches wurden in neuen Wirtschaftskarten dokumentiert. Hierfür wurden ebenfalls Ablichtungen der Mutterpausen der Liegenschaftskarten verwendet. Die festgestellten Grenzen der Nutzungsarten wurden in blauer Farbe durch gestrichelte Linien dargestellt. Die Bezeichnungen der Nutzungsarten wurde in blauer Farbe eingetragen (12). Die Laufendhaltung der Wirtschaftskarten erfolgte hinsichtlich des liegenschaftsrechtlichen Inhalts entsprechend der Flurkarte. Veränderungen der Nutzungsarten und der Grenzen der Nutzungsabschnitte erfolgten nach örtlicher Feststellung in roter Farbe dergestalt, daß neue Grenzen und Bezeichnungen nachgetragen und Wegfallendes gestrichen bzw. gekreuzt wurde. Veränderungen der Nutzungsarten, die eine Verminderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche zur Folge hatten, waren genehmigungspflichtig.

Da durch die Landwirtschaftsbetriebe und andere Bodennutzer vielfach ungenehmigte Veränderungen der Nutzungsarten vorgenommen wurden, war die Übereinstimmung zwischen Wirtschaftskarte und Örtlichkeit nicht immer gegeben.

3.11.3. Wirtschaftskarten (Schlagkarten)

Mit dem Übergang zur vollgenossenschaftlichen Bewirtschaftung haben sich neue vereinfachte Bedingungen für die Registrierung des landwirtschaftlich genutzten Bodens ergeben. So war nicht mehr das Flurstück, sondern der Wirtschaftsschlag die Basis für den Nachweis im Wirtschaftskataster. Das setzte das Vorhandensein von Wirtschaftskarten auf Schlagbasis voraus. Zur Herstellung der Schlagkarten wurden Montagen von Verkleinerungen der Flurkarten verwendet. Der Maßstab war in der Regel 1 : 5 000 oder 1 : 10 000. Durch Hochzeichnung und unter Weglassung der nicht benötigten Flurstücksgrenzen entstanden die Schlagkarten für die landwirtschaftlichen Betriebe. Die Festlegungen der Betriebsgrenzen erfolgten auf der Grundlage des Wirtschaftskatasters, die der Schlaggrenzen nach betrieblichen Notwendigkeiten unter Mitwirkung betrieblicher Experten. Die Schläge erhielten Bezeichnungen, die in die registrative Dokumentation des Wirtschaftskatasters aufgenommen wurden. Die Eintragungen in den Schlagkarten wurden durch Angaben über Schlaggröße, Nutzungsarten mit ihren Flächen und durchschnittlichen Bodenwertzahlen ergänzt.

Schlagkarten sind jedoch nicht flächendeckend vorhanden, da die Kartenentwicklung mit den organisatorischen Veränderungen in der Landwirtschaft nicht Schritt halten konnte.

3.12. Nutzungsgrundkarten

In Verbindung mit der Integration des Liegenschafts- und Wirtschaftskatasters und auf der Grundlage der Bodennutzungsverordnung vom 26. Febr. 1981 waren eine völlige Aktualisierung des Wirtschaftskatasters und die Schaffung einer neuen Bodennutzungsdocumentation erforderlich. Gleichzeitig war eine neue Nutzungsartenomenklatur einzuführen, die weitgehend der bisherigen Wirtschaftskataster-nutzungsartenomenklatur angeglichen wurde (13).

Für den kartographischen Teil der neuen Bodennutzungsdocumentation wurde die Nutzungsgrundkarte geschaffen. Als Grundlage wurden auch hierfür Ablichtungen der Mutterpausen verwendet. Bei übersichtlichen Karten wurde zugelassen, die Flurkarte als Nutzungsgrundkarte zu verwenden. Damit können Fortführungsarbeiten vereinfacht werden. Einzutragen waren die im Feldvergleich bzw. im Vergleich mit Luftaufnahmen festgestellten Grenzen und Bezeichnungen der Nutzungs- und Kulturarten und darüber hinaus die Grenzen und Bezeichnungen der Nutzungsgrundstücke. Das Nutzungsgrundstück ist wie folgt definiert:

„Das Nutzungsgrundstück ist ein Teil der Erdoberfläche, der derselben Flur, Gemarkung und Gemeinde zugeordnet ist und dessen Nutzung ein und demselben Nutzungsberechtigten obliegt. Das Nutzungsgrundstück wird in der Nutzungsgrundkarte der betreffenden Gemarkung und im Nutzungsgrundbuch der Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Nutzungsgrundstücken im Nutzungsgrundbuchblatt des Nutzungsberechtigten nachgewiesen. Das Nutzungsgrundstück führt eine besondere Bezeichnung (Nutzungsgrundstücknummer)n. Das Nutzungsgrundstück besteht in der Regel aus mehreren Flurstücken oder Flurstücksabschnitten, die derselben Flur oder Gemarkung zugeordnet sind“.

Ein Flurstücksabschnitt ist wie folgt definiert:

„Flurstücksabschnitte entstehen, wenn das Flurstück real geteilt und jede Teilfläche einem anderen Nutzungsgrundstück zugeordnet wird, ohne daß ein Eigentums- oder Rechtsträgerwechsel erfolgt, unabhängig davon, ob die Gleichartigkeit des Nutzungsverhältnisses bestehen bleibt oder aufgehoben wird“.

Die Nutzungsgrundstücksgrenzen wurden einheitlich farblich dargestellt. Die Numerierung erfolgte in der gleichen Farbe (14). Um die Reproduzierfähigkeit zu sichern, wurde zentral festgelegt, die Grenzen und Nummern der Nutzungsgrundstücke in schwarzer Farbe darzustellen. Die Darstellung ist wie folgt vorgesehen:

- Grenzen durch lang gerissene Linien,
- Nummern der Nutzungsgrundstücke durch arabische Ziffern im Kreis.

Die Grenzen der Nutzungsarten und ihre Bezeichnungen werden in die Mutterpause übernommen.

Die Fortführung der Nutzungsgrundkarte erfolgt im Zusammenhang mit der Fortführung des Integrationsregisters durch die Übernahme aller Veränderungen und Berichtigungen. Alle Änderungen erfolgen in roter Farbe, das gilt für

- neue Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke, der Flurstücksabschnitte, der Kultur- und Nutzungsartenabschnitte und der Nutzungsgrundstücke,
- für Streichungen und Durchkreuzungen von wegfallenden Grenzen und Bezeichnungen.

Ist die Nutzungsgrundkarte als Deckblatt zur Mutterpause reproduzierfähig angelegt, ist sie in schwarzer Tusche fortzuführen. Wegfallende Grenzen und Bezeichnungen sind auszuschaben. Lichtpausen der Nutzungsgrundkarten dieser Variante sind in roter Farbe zu berichtigen und fortzuführen. Neben der Fortführung durch die Bearbeitung von Anträgen ist eine Laufendhaltung durch Vergleich mit Luftbildvergrößerungen durchzuführen. Nutzungsgrundkarten, die durch Neuanlegung ersetzt wurden, sind zu archivieren.

4. Schlußbemerkungen

Vor den staatlichen Archiven steht die Aufgabe, die größtenteils noch bei den Registraturbildnern befindlichen Karten zu übernehmen. Mit der Einführung des neuen Schriftgutbewertungsverzeichnisses besitzen die Registraturbildner ein exaktes Hilfsmittel zur Einstufung des gesamten Kartenwerkes.

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Liegenschaftskarten durch die zuständigen Endarchive sind die Fragen der Bestandsbil-

dung und -abgrenzung und der weiteren gesellschaftlichen Nutzung dieser Archivgutart in die weiteren archivwissenschaftlichen Forschungen einzubeziehen.

(1) Das Flurstück ist wie folgt definiert „Das Flurstück (frühere Bezeichnung: Parzelle) ist ein zusammenhängender Teil der Erdoberfläche, der derselben Flur (frühere Bezeichnung: Kartenblatt), Gemarkung und Gemeinde zugeordnet ist und demselben Eigentümer gehört. Handelt es sich um ein volkseigenes Flurstück, muß dafür ein und derselbe Rechtsträger eingesetzt sein. Das Flurstück ist durch Vermessung bestimmt. Es wird in der Karte der betreffenden Flur und im Flurbuch bzw. Integrationsregister unter einer besonderen Nummer nachgewiesen (Flurstücksnummer bzw. Parzellennummer)“.

(2) So wurde im Bezirk Magdeburg festgestellt, daß nur 42% aller Gebäude in den Liegenschaftskarten enthalten sind (ohne die Stadt Magdeburg). Schwerpunkt der Darstellung sind die Eigentums- und Rechtsträgergrenzen (Flurstücksgrenzen) sowie die Bezeichnungen der Nutzungs- und Kulturarten und deren Grenzen. Diese Angaben werden auf Antrag fortgeführt.

(3) Grundlage für die Durchführung der Separation in Preußen waren im wesentlichen folgende Rechtsvorschriften:

– Edikt die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betreffend vom 14. Sept. 1811. – In: Gesetzessammlung für die Königlich Preussischen Staaten (GS) 1811 Nr. 21 S. 281. –

– Edikt zur Beförderung der Landcultur vom 14. Sept. 1811. – In: GS 1811 Nr. 21 S. 300.

– Gemeinheitsteilungsordnung vom 7. @\$\$@ Juni 1821. – In: GS 1821 Nr. 7 S. 53.

– Ordnung wegen Ablösung der Dienst-, Natural- und Geldleistungen von Grundstücken, welche eigentümlich zu Erbzins oder Erbpacht besessen werden, vom 7. Juni 1821. – In: GS 1821 Nr. 7 S. 77.

– Feldmesserreglement vom 29. April 1813.

(4) 1 preußische Rute = 3,766 m.

(5) Trotz der Festlegungen für die zeichnerische Ausfertigung der Separationskarten gibt es in der Praxis Karten, bei denen farbliche Abweichungen vorhanden sind. Die Lesbarkeit ist dadurch jedoch nicht eingeschränkt.

(6) Gesetz über die Neuordnung des Vermessungswesens vom 3. Juli 1934. – In: RGBl. 1934 I Nr. 71 S. 534. – – Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens – Bodenschätzungsgesetz – vom 16. Okt. 1934. – In: RGBl. 1934 I Nr. 119 S. 1050.

(7) Grundlage für die Darstellung in den Mutterpausen waren im Laufe der Zeit folgende Zeichenvorschriften: Anlage 3 des Bodenschätzungsübernahmereglements vom 22. Febr. 1938. – Musterblatt und Zeichenvorschrift für die Deutsche Grundkarte 1 : 5.000 und die Katasterplankarte. – Anleitung für die Ausführung von Neumessungen vom 1. Jan. 1954. – Zeichenvorschrift A 50. – TGL 25 711, Blatt 2.

(8) Der Inhalt entspricht den Forderungen der TGL 26 711, Blatt 2, Typ 2.

(9) Die Arbeiten zur Aufstellung des Wirtschaftskatasters erfolgten auf der Grundlage der Anordnung über die Durchführung einer Wirtschaftsflächenenerhebung vom 9. Febr. 1949.

(10) Verordnung vom 18.7.57 über die Durchführung eines Feldvergleiches und der 1. DB zur VO vom 18.7.57. – In: GBl. 1957 I Nr. 50 S. 403 ff.

(11) Anordnung über die Durchführung einer Wirtschaftsflächenenerhebung vom 9. Febr. 1949. – In: ZVOBl. 1949 I Nr. 15 S. 199. Durchführung einer Wirtschaftsflächenenerhebung vom 4. März 1949. – In: ZVOBl. 1949 I Nr. 22 S. 179.

(12) Die Bezeichnungen der Nutzungsarten sind der Nomenklatur der Nutzungsarten zu entnehmen. – In: 1. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Durchführung eines Feldvergleichs in der DDR vom 18. Juli 1957. – In: GBl. 1957 I Nr. 50 S. 403.

(13) Siehe Durchführungsbestimmung zur Grundstücksverkehrsverordnung vom 19. Jan. 1978, Anlage. – In: GBl. 1978 I Nr. 5 S. 77.

(14) Folgender Farbschlüssel wurde z.B. im Bezirk Magdeburg verwendet:
rot = Betriebe des Pflanzenbaues wie LPG (P) und VEG (P)
blau = Betriebe der Tierproduktion wie LPG (T) und VEG (T)

grün = Staatliche Forstwirtschaftsbetriebe und andere VEB, die nicht landwirtschaftlich produzieren

schwarz = Betriebe der Religionsgemeinschaften

orange = Gärtnerische Produktionsgenossenschaften (GPG)

braun = Privater Erwerbsgartenbau sowie Flächen des Kleinbesitzes (immer Nutzungsgrundstücksnummer 90)

*

Die Verfasser vermitteln einen historischen Überblick über die Entstehung von Karten des Liegenschaftswesens. Darauf aufbauend analysieren sie vor allem anhand des preußischen Kartenwesens die einzelnen archivwürdigen Arten der Liegenschaftskarten und geben damit dem Bearbeiter ein Hilfsmittel für die Bestandsergänzung, Bewertung, Erschließung und Auswertung.

*

The authors give a historical survey of the development of real estate and property maps. Proceeding from this, they analyse, primarily with the help of cartography in Prussia, types of real estate and property maps worth being put into archives, thus giving the archivist in charge an aid in supplementing, evaluating, classifying and utilizing archive groups.

Les auteurs brossent un tableau historique de la production de cartes et de plans par les services de cadastre. A partir de là, et en s'appuyant plus particulièrement sur des cartes et des plans prussiens, ils analysent les différents types de cartes cadastrales méritant d'être mises en archives, fournissant ainsi aux archivistes un moyen auxiliaire leur permettant de compléter les stocks, de les évaluer, de les exploiter et de les déépouiller.

*

Los autores ofrecen una sinopsis histórica acerca del origen de fichas de bienes inmuebles. Sobre esta base analizan, valiéndose sobre todo del sistema prusiano, los diferentes tipos de fichas interesados un medio de ayuda para completar los datos, la valoración, el registro y la evaluación.

*

Авторы дают обзор истории появления карт земельного кадастра. Исходя из этого, они особенно на примере прусского карточного дела подвергают анализу отдельные категории достойных включения в архивы карт земельного кадастра и тем самым предлагают работникам важный ориентир в их работе по дополнению, оценке, освоению и изучению материалов.

*

*

*

Zur Problematik der vermeintlich aus dem 13. Jahrhundert stammenden Urkundenfälschungen in den böhmischen Ländern

Sáša Dušková

Die Entfaltung der Urkunde stellt in den böhmischen Ländern ein charakteristisches Merkmal des 13. Jh. dar, und zwar in allen Schichten der damals herrschenden Klasse. Außer den zahlreichen Herrscher- und Bischofsurkunden gibt es auch eine große Anzahl solcher, die von niederen geistlichen sowie weltlichen Feudalherren oder von Städten stammen. Nur wenige dieser Aussteller verfügten über eine eigene Kanzlei. So sind viele Dokumente bei den Empfängern entstanden, deren überwiegende Mehrheit bekanntlich zu den geistlichen Feudalherren zählte. Städte kommen in diesem Zusammenhang nur selten in Betracht, und weltliche Feudalherren sind eine ausgesprochene Ausnahme.

Neben echten Urkunden findet man allerdings öfters Schriftstücke vor, deren Echtheit zwar Bedenken erweckt, die jedoch nicht nachweislich als Fälschungen gewertet werden können, oder auch solche, die außer allem Zweifel falsch sind. Der Echtheitsbeweis beruht im Prinzip auf zwei Aspekten: einerseits auf einer präzise durchgearbeiteten Anwendung der graphischen und stilistischen Analyse der betreffenden Urkunde, andererseits auf der Bestimmung ihrer gesellschaftlichen Funktion in der gegebenen Zeit. Beide Gesichtspunkte kamen während der Vorarbeiten zur Edition des *Codex diplomaticus et epistolaris regni Bohemiae* unter der Leitung des verstorbenen Professors Jindřich Šebánek in Brno (insbesondere was die Urkunden aus den Jahren 1241 bis 1278 betrifft) zur Geltung (1). Im Zusammenhang damit wurde auf der dortigen philosophischen Fakultät ein perfekter diplomatischer Apparat aufgebaut, der die Photokopien aller Urkunden aus der Regierungszeit der Přemyslidendynastie bis zum Jahre 1310 enthält und somit eine eingehende Untersuchung dieses Stoffes ermöglicht.

Der vorliegende Aufsatz wird sich vorzugsweise mit der Regierungszeit Ottokars II. Přemysl befassen, welche die bislang ausführlichste Bearbeitung erfahren hat und daher einen Einblick in alle Schichten der damaligen Gesellschaft gewährt. Das vorliegende Urkundenmaterial kann ebensogut unter Berücksichtigung der Aussteller wie der Empfänger beurteilt werden. Beiden Vorgehensweisen wollen wir gebührend Rechnung tragen.

In erster Linie handelt es sich begrifflicherweise um Herrscherurkunden, also in unserem Fall um die Urkunden König Ottokars II., denen auch eine selbständige Studie gewidmet war (2). Von seinem Vater, König Wenzel I., übernahm Ottokar II. eine bereits recht gut organisierte Kanzlei; wir müssen nur stets mit der Tatsache rechnen, daß auch bei den Empfängern weiterhin Urkunden ausgefertigt wurden. In solchen Fällen ist zwar gegen ihre Echtheit nichts einzuwenden, aber ab und zu kann sie doch angezweifelt werden, weil eben das Schriftstück vom Empfänger herkommt.

Diese Problematik soll anhand einiger konkreter Beispiele von Fälschungen beleuchtet werden, die sowohl auf den Namen Ottokars, als auch die anderer Aussteller entstanden waren.

1. Echt kann eine vom 12. April 1252 datierte Urkunde Ottokars nicht sein, die den Kreuzherren mit dem roten Stern gilt (3). Das Pergament, auf dem sie geschrieben wurde, ist zwar stark beschädigt, aber trotzdem läßt sich die Schrift dem Ende des 13. bzw. dem Anfang des 14. Jh. zuweisen. Dem obigen Datum entspricht ebenfalls der hier vorkommende Titel (4) Ottokars nicht, den der Herrscher in dieser Form erst seit seiner Krönung – zu Ende Dezember 1261 – verwendete. Schließlich deutet auch der hier benutzte Siegelstempel erst auf den Zeitraum nach dem Jahre 1270 hin. Es steht daher außer allem Zweifel, daß die Urkunde in der Zeit, auf die sie sich beruft, nicht geschrieben sein kann. Ihre faktische Entstehungszeit verrät ihre Konfirmation durch eine echte Urkunde König Johanns von Luxemburg, datiert den 13. Mai 1313 (5). Die Fälschung sollte beweisen, daß Ottokar die von seinem Vater Wenzel I. dem Spital des heiligen Franciskus in Prag gemachte Schenkung des Dorfes Dačice, die er sogar erneuert hatte, restituieren. Ergänzend sei noch bemerkt, daß Wenzel hier als schon verstorben erwähnt wird, obwohl er erst im Jahre 1253 verschied. Die stilistische Beurteilung der Urkunde bringt keine näheren Erkenntnisse, das Siegel wird man von irgendeinem späteren Schriftstück hergenommen haben; ursprünglich hatte es an einem schmalen Pergamentstreifen gehangen, gegenwärtig ist es teilweise beschädigt und an Seidenfäden befestigt.

2. Wenn wir eine Urkunde desselben Ausstellers vom 2. Januar 1255, die für das Zisterzienserkloster von Tišnov (6) bestimmt ist, von denselben Gesichtspunkten aus betrachten wie den vorhergehenden Fall, müssen wir auch ihre Schrift gegen das Ende des 13. Jh. ansetzen. In ihrem Inhalt geht es um die Konfirmation einer Urkunde des damaligen Markgrafen Přemysl, datiert vom 31. Oktober 1234 (7). Im Vergleich mit dem Original der letztgenannten enthält aber das geprüfte Schriftstück einen stellenweise etwas unklar formulierten Absatz mehr, der einerseits die Immunitätsrechte, andererseits die Größe einiger Dörfer behandelt. Die Frage, ob es irgendeine echte Urkunde Ottokars gab, die im Kloster als Grundlage für die Fälschung aus dem Jahre 1255 gedient hätte, ist nicht eindeutig zu beantworten. Die Namen der in relativ stattlicher Anzahl angeführten Zeugen stimmen mit der Zeit überein, der das Falsum angehören will; allein der Titel *rex Bohemiae* etc. erscheint hier vorzeitig, weil Ottokar zu jener Zeit erst den Titel *dominus* führte. Und da er überdies gerade damals in Preußen weilte, kann nicht einmal das Datum einer echten Urkunde entnommen worden sein. Das Siegel ist verloren, nur gelbe und violette Seidenfäden sind am Pergament davon übriggeblieben.

Diese Fälschung von Tišnov scheint uns erwähnenswert, weil ihre weiteren Schicksale noch lange Zeit hindurch verfolgt werden können. Im Hinblick auf ihren Inhalt ist dabei die Immunitätsurkunde König Wenzels II. aus dem Jahre 1294 (8) von Belang. Ihr zufolge wurde das Kloster mit seinen Gütern und Hörigen der Obergewalt der landesherrlichen Beamten entzogen, wobei diese auch des Rechtes, *aliquam iurisdictionem ex officio suo* auf dem Klosterbesitz auszuüben, für verlustig erklärt wurden. Diese Urkunde Wenzels, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Grund unseres obenerwähnten Falsums ausgestellt worden sein mag, wurde noch in der Folgezeit sowohl von König Johann von Luxemburg im Jahre 1315, als auch vom Markgrafen Johann im Jahre 1263 (9) bestätigt. Die größte Verwunderung löst aber der Umstand aus, daß jene Fälschung ihre Wichtigkeit für das Kloster selbst nach der Ausstellung der Urkunde Wenzels nicht eingebüßt hat. Davon zeugt die Tatsa-

che, daß sie noch im 15. und 16. Jh. dreimal in einem Vidimus Wort für Wort inseriert wird, ebenso wie in der von Maria Theresia am 25. Juli 1750 in Wien ausgestellten Konfirmation (10). Das gesamte Urkundenmaterial – einschließlich der Fälschung – ist im Klosterarchiv von Tišnov aufbewahrt.

3. So wie in den beiden vorigen Fällen, sieht man auch eine dem Kloster Hradištev in Mähren geltende und nur mit dem Jahresdatum 1269 versehene Urkunde (11) als Fälschung an, vor allem aufgrund der graphischen Analyse, die das Schriftstück als ein Werk von der Wende des 13. zum 14. Jh. wertete. Außerdem führt man hier wiederum einen unrichtigen Titel an, nämlich *quintus rex Boemie, dux Austrie, Stirie et Karintie, marchio Moravie, dominus Carniole, merchie, Egre et Protus Naonis*, der erst in einer zweifellos echten Urkunde vom 22. November 1270 (12) zum ersten Mal vorkommt. Der eigentliche Inhalt bezieht sich auf einen Waldbesitz, um den die Söhne des Adligen Zdislav von Sternberk mit dem Abt von Hradištev stritten. Im Gegensatz zu den beiden obenerwähnten Fälschungen muß man aber diesmal tatsächlich mit der Existenz einer echten Urkunde Ottokars rechnen, denn das Falsum enthält mehrere für den Stil des damaligen Kanzlers Peter geradezu kennzeichnende Wendungen. Ungeklärt bleiben nur zwei Fragen: Wie konnte der Fälscher auch in diesem Fall vom richtigen Titel abweichen, wenn er doch die Namen der Zeugen richtig angibt; und weshalb mag er die Entstehung seiner Fälschung ausgerechnet in das Jahr 1269 vorgeschoben haben?

Die bisherigen Beispiele behandelten jene auf den Namen Ottokars II. lautenden Urkunden, die sich an geistliche Feudalherren richteten und auch in ihren Kreisen gefälscht wurden. Ein anderes, nicht minder interessantes Milieu, worin Fälschungen entstanden, stellen Städte dar. Aus diesem Bereich sollen wenigstens zwei Urkundenfälschungen erwähnt werden, die eines gemein haben: beide sind nur in Abschriften erhalten.

4. Die in Olomouc (Olmütz) den 28. Januar 1256 datierte Urkunde (13) ist für die Stadt Pšov (Prerau) bestimmt. Sie wurde auf Befürwortung des Kastellans von Pšov ausgestellt und – ähnlich wie das unter 2. besprochene Dokument – im 15. Jh. mehrmals konfirmiert; ihre Abschriften sind in zahlreichen handschriftlichen Bänden enthalten, und ihr Text wurde sogar im 16. Jh. ins Tschechische übersetzt. Die stilistische Analyse deutet auf das diplomatische Milieu zweier Zisterzienserklöster in Mähren hin – Velehrad und Žďár. Dabei weist dies Schriftstück aber unverkennbar auch einige für Ottokars Notar Arnold typische Mandatswendungen auf. Eine durchgreifende Untersuchung der Gesamtlage führt zum Schluß, der Fälscher hätte außer einem echten Mandat Ottokars zusätzlich noch eine echte Urkunde benutzt, die Boček von Bernek, Bruder des obengenannten Kastellans, für das Kloster von Žďár am 17. Dezember 1255 (14) aufsetzen ließ. Das anhand der besagten zwei Dokumente ausgefertigte Falsum entstand durch die Hinzufügung eines die Abgabefreiheit betreffenden Absatzes, der – im Vergleich mit anderen Urkunden – in der vorgeblichen Entstehungszeit völlig ausgeschlossen war. Das Dokument muß also offensichtlich gegen Ende des 13. Jh. entstanden sein.

5. Nicht weniger beachtenswert ist die falsche, der Stadt Jeviško in Mähren geltende und auf der böhmischen Burg Křivoklát vermeintlich den 6. August 1258 datierte Urkunde Ottokars (15). Sie blieb in mehreren Konfirmationen erhalten, von denen die älteste jene Karls IV. ist, gegeben in Prag den 18. Juni 1351 (16). Die Denkwürdigkeit dieser Fälschung besteht darin, daß die von ihrem Urheber benutzten Vorlagen genau bekannt sind und uns den Anhaltspunkt für die Ermittlung der gefälschten Partien – und somit auch ihres Zwecks – bieten. Als Vorlage diente eine echte, von dem bereits genannten Notar Arnold stilisierte Urkunde. Der Fälscher entnahm daraus einerseits die einleitenden Partien – also die Intitulation samt dem richtigen Titel, andererseits den Abschluß mit den Namen der Zeugen und der Datierungsformel. Außerdem benutzte er noch eine echte Urkunde König Wenzels II. vom 8. Februar 1291 (17). Beides läßt sich leicht nachweisen. Ebenso vermag man ohne Schwierigkeit die interpolierten Absätze zu eliminieren, durch die das Falsum die Stadtrechte von Jeviško gewährleisten sollte. Das Schriftstück, das von der Kanzlei vorbehaltlos als richtig aner-

kannt wurde, gehört bestimmt der Zeit zwischen den Jahren 1300 und 1351 an, in denen die Stadt ihre Pfandgeber bekämpfte.

Nach einigen Proben von Urkundenfälschungen, die auf den Namen König Ottokars lauten, wollen wir uns nun Dokumenten zuwenden, die auf die Namen geistlicher Würdenträger – hauptsächlich mehrere Bischöfe – gefälscht wurden. Als Beispiele ziehen wir Urkunden des Olmützer Bischofs Bruno heran, der als Urkundenaussteller einen viel größeren Eifer an den Tag legte als seine Mitbrüder auf dem Prager Bischofsstuhl, Mikuláš und Jan. Wenn wir bedenken, wie zahlreich Brunos Urkunden sind, muß uns die Anzahl ihrer Fälschungen relativ gering erscheinen. Dies ist wohl auf die Tatsache zurückzuführen, daß sich der Großteil dieser Bischofsurkunden auf Brunos Kolonisationsbestrebungen bezieht und in zwei Exemplaren ausgefertigt wurde; ganz abgesehen davon, daß man sie sehr bald mittels Amtsbüchern in Evidenz führte. Allerdings sind uns auch einige Fälschungen bekannt, die sich nicht mit Brunos Kolonisationseifer, sondern mit allerhand Händeln befassen, die manche Klöster um ihren Güterbesitz bzw. um Patronatsrechte miteinander hatten.

6. Eine im August 1262 im Modřice bei Brno ausgestellte Urkunde (18) betrifft den Streit um ein Dorf, in den das Brünner Herburg-Kloster mit dem unweit vom damaligen Stadtrand entfernten Zisterzienserstift von Zábřovice geraten war. Dieses im Archiv des Herburg-Klosters befindliche Dokument kann aus mehreren Gründen nicht echt sein. Zum einen ist es ganz sicher nicht in der bischöflichen Kanzlei entstanden, obwohl Bruno eine solche – und zwar eine gut organisierte – zur Verfügung stand und die Mehrzahl seiner Urkunden aufsetzte. Zum anderen ist das Schriftstück mit dem in der Korroboration auch ausdrücklich erwähnten Siegel der Stadt Brno versehen – über ein Siegel Brunos sagt man aber hier gar nichts, was ganz ausgeschlossen ist. In der Plica sind zwar noch weitere Einschnitte zu sehen, aber von einem angehängten Siegel fehlt jede Spur. Das Brünner Stadtsiegel hängt dabei in der Mitte der Plica, was schon frühzeitig als falsch erkannt wurde. Am Dorsum finden wir häßlich drei in einer Handschrift des ausgehenden 13. Jh. geschriebene Dorsualvermerke vor, die *de mutacione sigilli civium*, *muta sigillum civium* und *civium littera* lauten. Es war Professor J. Šebánek, der bereits in seiner Arbeit über die Urkunden des Olmützer Bischofs Dietrich, des Nachfolgers von Bruno (19), die Meinung vertrat, der Schreiber dieser Vermerke hätte damit darauf hinweisen wollen, daß das Stadtsiegel anders anzubringen wäre. Der Anlaß zu dieser Fälschung und ihre Entstehungszeit sind leicht zu erraten dank mehrerer Urkunden, die uns berichten, unter welchen Umständen jenes Dorf vom Herburg-Kloster gekauft und diesem später vom Stift Zábřovice streitig gemacht wurde. Am 18. Februar 1286 bekamen die Herburger von Wenzel II. eine Urkunde (20), in der ihnen alle den erwähnten Kauf betreffenden Dokumente bestätigt wurden, jedoch mit Ausnahme unseres geprüften Schriftstücks, das also damals allem Anschein nach gar nicht existierte. Diese Königsurkunde wird wohl zur Zeit des Streites zwischen den beiden Klöstern ausgestellt worden sein, als der Prokurator des Stiftes Zábřovice in einem undatierten Libell (21) das Herburg-Kloster bezichtigte, jenes Dorf *contra formam iuris* zu halten. Der formale, den Herburgern vorgehaltene Mangel wird nicht näher bezeichnet. Trotzdem ist es ihnen offensichtlich gelungen, ihre Schwierigkeiten soweit zu meistern, daß der Abt von Zábřovice schon am 21. Mai 1287 alle Ansprüche auf das streitige Dorf fallen ließ. Dies wurde noch am selben Tage durch den Olmützer Bischof Dietrich erhärtet (22). Und zu diesem Erfolg dürfte gerade unser Falsum den Herburgern verholfen haben.

7. Am 29. September 1259 hat Bischof Bruno in Modřice bei Brno (23) dem bereits erwähnten Kloster von Tišnov das Patronatsrecht zur Sankt-Peters-Kirche in Brno beurkundet. Das betreffende, nachweislich in der bischöflichen Kanzlei ausgearbeitete Dokument ist zweifellos echt. Das Klosterarchiv enthält jedoch noch eine zweite Urkunde derselben Datierung, die ebenso wie jene erste ein echtes Bischofssiegel trägt. Diese andere Urkunde stammt aber nicht aus der Kanzlei und ist in der Disposition um einen zusätzlichen Absatz erweitert. Darin wird der Ertrag der Patronatsrechte einiger weiterer Kirchen – namentlich der von Velká Bíteš – genau festgesetzt, und

eben dieses Absatzes wegen wird das Schriftstück allgemein als Falsum betrachtet. Sein Text wurde Wort für Wort für eine unter dem 29. September 1272 in Olomouc datierte Urkunde (24) desselben Bischofs Bruno übernommen – nur mit dem Unterschied, daß dieses spätere Dokument auch noch die Zustimmung des Olmützer Domkapitels enthält. Nicht einmal dieses Schriftstück ist in der bischöflichen Kanzlei entstanden, sondern wird im Kloster Tišnov zu Ende des 13. Jh. ausgefertigt worden sein, obwohl es wiederum mit zwei echten Siegeln – dem des Bischofs und dem des Domkapitels – versehen ist. Sein Text wird dann wortgetreu in einer Urkunde des Olmützer Bischofs Jan, die vom 22. September 1305 datiert ist (25), wiederholt. Die beiden letztgenannten Urkunden Brunos müssen als Fälschungen angesehen werden, lassen sie uns doch in Übereinstimmung mit vielen anderen Dokumenten ahnen, wie hartnäckig man um verschiedene Patronatsrechte – und namentlich um die daraus fließenden Zehnten – zu streiten pflegte. Im gegebenen Zusammenhang ist eine Urkunde aus dem Jahre 1294 besonders bemerkenswert (26). Danach zeigte sich der Pfarrer von Velká Bíteš bereit – im Hinblick auf die vorliegende, mit Einverständnis des Olmützer Kapitels ausgestellte Urkunde Brunos – den ganzen Streit beizulegen und dem Kloster ein Drittel der Zehnten aus der Kirche von Bíteš abzuführen. Daß es sich hier um die gefälschte Urkunde Brunos aus dem Jahre 1272 handelt, darüber besteht nicht der geringste Zweifel. Sie wurde ja zu diesem Zweck ausgefertigt und hat ihr Ziel auch nicht verfehlt. Wir können auch leicht verstehen, weshalb im Jahre 1294 nicht das falsche Dokument aus dem Jahre 1259 benutzt wurde – sein dem Kloster angehörender Fälscher hatte vergessen, daß die Vollgültigkeit einer Urkunde an die Zustimmung des Kapitels gebunden war. Und eben um diesen Mangel zu beheben, hat man ein zweites, auf Brunos Namen lautendes und mit dem Jahresdatum 1272 versehenes Falsum geschaffen, das ebenso wie jenes erstere irgendwann vor dem Jahre 1294 entstanden sein muß. Die Beurteilung der beiden Fälschungen kann allerdings die Tatsache nicht übergehen, daß beide echte Siegel tragen.

8. In der langen Reihe der Lokationsurkunden Brunos wird eine einzige für falsch gehalten, nämlich die in Kietrz den 6. Dezember 1269 datierte Urkunde (27). Sie gilt zwei Schultheißen, denen die Befugnis zur Gründung der Stadt Brušperk erteilt wird. Wenn auch die Schrift dieses Dokuments der angegebenen Entstehungszeit entspricht, wird es nicht als echt klassifiziert, da es weder seiner graphischen Gestaltung nach noch stilistisch in den Rahmen der bischöflichen Kanzlei paßt. Besonders auffallend ist die Anwendung des Pronomens *ego* in der Intitulation, dessen sich der Stillsator in seiner unübersehbaren Unkenntnis des Lateinischen bedient hat, anstelle des in allen echten Urkunden Brunos üblichen *nos*. Er dürfte sich dabei an eine Lokationsurkunde irgend eines Adligen, die uns nicht erhalten blieb, gehalten haben. Näheres ist zur Entstehung dieses Falsums nicht zu sagen. Im gegenwärtigen Erhaltungszustand ist es mit einem einzigen, rechts von der Mitte der Plica an einem schmalen Pergamentstreifen hängenden Siegel versehen. Das Siegelbild ist völlig verwischt, aber die Maße seines erhaltenen Restes stimmen mit der Größe des Siegels Bischof Brunos genau überein. Es bleibt noch hinzuzufügen, daß das Schriftstück bereits zu Beginn des 14. Jh. als echt in die entsprechenden Privilegienbücher eingetragen wurde.

Was die Feudalherren aus der niederen Geistlichkeit betrifft, ist uns aus dem untersuchten Zeitabschnitt keine einzige Urkunde bekannt, die man auf den Namen eines Mitglieds irgend eines Kirchen- oder Stiftskapitels gefälscht hätte. Zum Unterschied davon kennen wir mehrere auf die Namen verschiedener weltlicher Feudalherren ausgestellte Schriftstücke, deren Fälschung in einigen Fällen gleich auf den ersten Blick bemerkbar ist.

9. Den 7. Oktober 1259 ist eine Urkunde datiert (28), die vermeintlich Hostilka, die Witwe Marquards von Březno, an die Johanniter für Mladá Boleslav schreiben läßt. Der Inhalt ist geradezu typisch für Urkunden aus dem 13. Jh. – für die echten ebenso wie für die falschen. Die Ausstellerin schenkt hiermit nämlich – im Einvernehmen mit ihren Verwandten – dem Spital des genannten Ordens bestimmte Güter. Und gerade dieses Einverständnis der Familie war

in adligen Kreisen ein häufiger Anlaß für Fälschungen. In unserem Falle verrät allein schon die Schrift, die ganz deutlich dem 14. Jh. angehört, daß Hostilkas Urkunde nicht echt sein kann. Das schließt aber zugleich die Möglichkeit nicht aus, daß der Fälscher für seine Arbeit – insbesondere für die Einleitung – Dokumente des 13. Jh. aus dem Johanniterarchiv herangezogen haben mag. Das im Text erwähnte Siegel des Kommendators von Mladá Boleslav, Paulus, hing wahrscheinlich an einem Pergamentstreifen, ist aber nicht erhalten.

10. Dem Kloster von Oslavany, unweit von Brno, gelten drei vom 29. Juni 1260 datierte und auf den Namen des mährischen Adligen Ekhard von Miroslav lautende Urkunden (29), die unsere vorhergehenden Schlüsse überzeugend bestätigen. Alle drei betreffen die Schenkung des Patronatsrechtes im Dorf Troskotovice. Die erste und kürzeste (A 1) wurde nachweislich von einem Schreiber aus dem Kloster ausgefertigt, dem wir auch in anderen Ausstellerurkunden aus den Jahren 1244 bis 1262 begegnen. Sie fällt nur dadurch auf, daß hier das ursprüngliche Datum *Villo kalendas iunii in III kalendas iulii* abgeändert wurde, indem der Schreiber das Zahlzeichen *V* ausradierte und den Buchstaben *n* in ein *l* umänderte. Weshalb er das getan hat, ist schwer zu sagen. Die Hypothese, wonach sich das frühere Datum auf den entsprechenden, im nahen Znojmo (Znaim) zustande gekommenen Rechtsakt und das korrigierte Datum wiederum auf den Tag der Urkundenausstellung in Oslavany bezogen hätte, ist zwar akzeptabel, bringt uns aber in der Frage nach den Umständen, unter denen die Urkunden entstanden sind, nicht weiter. Das Exemplar A 1 trägt ein gemeinsames Siegel der beiden Brüder finden wir hier wieder; es rührt aber von einem anderen, offensichtlich späteren Siegelstempel her. Auch der Text weicht auffallend vom Exemplar A 1 ab, denn Ekhard von Miroslav macht die Schenkung diesmal mit der ausdrücklichen Zustimmung seiner Gemahlin. Außerdem gibt es unter den Dokumenten des Klosters Oslavany eine Urkunde vom 30. November 1267 (30), worin Ekhard's Witwe Agnes die von ihrem Gatten gemachte Schenkung bekräftigt und auf ihr Patronatsrecht über die Troskotovicer Kirche verzichtet. Es ist interessant zu sehen, daß dieses Schriftstück von derselben Hand wie A 2 geschrieben wurde, was auch für zwei weitere Ausstellerurkunden gilt, die diese Schenkung bestätigen. Man kann bestimmt mit Recht annehmen, daß die Urkunde A 2 nicht echt sein kann, da sie ja nicht gleichzeitig mit A 1, sondern erst dann entstand, als Ekhard's Frau nach dessen Tode ihren Anspruch in Troskotovice anscheinend nicht aufgeben wollte. Die große Wahrscheinlichkeit dieser Annahme kann sich auf das dritte Exemplar (B) unserer Urkunde stützen. Das Pergament ist so stark beschädigt, daß man eine Manipulation damit nicht ausschließen kann. Noch mehr fällt ins Gewicht, daß der Dorsalvermerk dem gegebenen Inhalt nicht entspricht. Er ist zwar kurz, aber klar: *super Myrslav*, was besagt, daß in diesem Schriftstück ursprünglich vom Patronatsrecht in Myslibořice die Rede war, das der oben erwähnte Bruder Ekhard, dem Kloster zugesprochen hatte. Damit erklärt sich auch die Tatsache, daß das Exemplar B mit dem gleichen Siegel wie A 2 versehen ist. Die Schrift weist zum Unterschied von A 2 jüngere Einflüsse auf, ohne jedoch in anderen Urkunden von Oslavany vorzukommen. Soweit es um den Stil geht, stimmt das Exemplar B mit A 2 überein, von zwei Abweichungen abgesehen: zu dem in A 2 festgehaltenen Einverständnis der Gattin wird nun auch die Zustimmung der Kinder hinzugefügt; außerdem wird in der Korroboration ausdrücklich festgestellt, es gehe hier um das gemeinsame Siegel der beiden Brüder, von denen Hartleb auf diese Weise der Schenkung beipflichten wolle. Dank der für die damalige Zeit beträchtlichen Anzahl erhaltener Urkunden von Oslavany erfahren wir weiter, daß Ekhard's Erbe Kadold in den 70er Jahren seinen Anspruch auf jenes Patronatsrecht geltend machte, und zwar durch Vermittlung seines Vormunds Smil von Bilkov. Daß er seinen Prozeß verloren hat, geht aus einer Urkunde Bischof Brunos vom 6. September 1275 (31)

hervor. Ihre Echtheit ist zwar auch fragwürdig, aber schon Brunos Nachfolger Dietrich nennt am 18. September 1281 (32) unter den Rechten des Klosters Oslavany auch das Patronatsrecht in Troskotovice. Diesen Sieg verdankten die Ordensbrüder den überzeugenden Belegen, welche sie zugunsten ihres Stiftes jedesmal, wenn es die Not erforderte, selber verfaßten und dadurch die adelige Partei ganz in der Hand hatten. Darauf deutet klar die dreifache, mit demselben Datum versehene Ausfertigung der Urkunde Erhard's hin. Ihr Exemplar A 1 mag vielleicht noch mit Wissen und Willen des Ausstellers entstanden sein. Für A 2 und B 2 kommt dies aber nicht in Frage – beide sind zweifelsfrei falsch.

Manche auf die Namen von Adligen ausgestellten Falsa sind aber von größerer Bedeutung als der obige Fall von Oslavany, wie das folgende Beispiel erkennen läßt.

11. Eine auf den Namen des mährischen Edelmanns Smil von Střilky lautende, im Dominikanerkloster zu Olomouc am 21. August 1261 ausgestellte Urkunde (33) hat auf die Gründung des Zisterzienserstiftes von Vizovice Bezug. Dabei zählt sie sorgfältig die ansehnliche Dotation auf, mit der das neue Ordenshaus von seinem Stifter bedacht wurde. Die fortgeschrittenen gotischen, der Buchschrift nahen Buchstabenformen dieses Dokuments verraten aber schon auf den ersten Blick, daß es sich um eine Fälschung handelt, die man auf Grund des paläographischen Vergleichs annähernd für die 60er Jahre des 14. Jh. ansetzen dürfte. Eine genauere Identifizierung ist vorläufig unmöglich, da von dem Siegel nur die Überreste der Befestigung an der Urkunde übrigblieben. Was Dorsalvermerke angeht, dürfte einer davon aus dem 14. Jh. herühren, ist jedoch so kurz gefaßt, daß seine graphische Beurteilung nicht möglich ist.

Im Gegensatz zum Vorhergehenden erlauben aber zahlreiche Anhaltspunkte die Annahme, es habe auch in diesem Falle eine echte Urkunde Smil's von Střilky gegeben. An erster Stelle sei in diesem Zusammenhang ein Brief Papst Alexanders IV. vom 30. Januar 1261 (34) erwähnt, worin das kirchliche Oberhaupt den Zisterziensern von Velehrad zur Kenntnis bringt, ihnen die Schenkung der Güter bestätigen zu wollen, die von Smil für ein neu gegründetes Kloster gestiftet worden waren. Man ist allgemein der Ansicht, mit diesen Worten sei gerade das neue Ordenshaus in Vizovice gemeint. Der Papstbrief erwähnt außerdem die Existenz einer von Smil selbst ausgestellten und besiegelten Schenkungsurkunde. Selbst wenn es sich dabei nur um einen üblichen Formulartext (35) handeln sollte, haben wir trotzdem keinen Grund vorauszusetzen, eine solche Urkunde hätte es gar nicht gegeben; nur kann diese keinesfalls in unserem anfangs genannten Dokument erblickt werden. Allein schon seine Datierung widerspricht einer derartigen Annahme, ganz abgesehen von seiner Schrift – dem klaren Beweis seiner Fälschung. Wir können uns aber die Frage stellen, ob es möglich wäre, der ursprünglichen Fassung jener echten Urkunde näherzukommen. Mit Sicherheit wird sie nicht bei ihrem Aussteller entstanden sein. Wie die meisten Edelleute der damaligen Zeit hatte ja auch Smil keine eigene Kanzlei, so daß das verschollene Dokument wohl am ehesten aus dem Milieu der Klöster Velehrad-Vizovice kommen dürfte. Die Anzahl der aus diesem Kreis erhaltenen Schriftstücke, deren Reihe in den 50er Jahren des 13. Jh. beginnt, ist ausreichend für den Versuch, den ursprünglichen Text wenigstens in groben Zügen zu rekonstruieren. Eine sorgfältig gearbeitete Analyse bringt letztlich die Erkenntnis, daß der Fälscher alle Eingangs- und Schlußformeln aus dem Original übernommen haben wird; viele in der Adresse, Arenga, Promulgation oder auch in der Korroboration gebrauchten Wendungen wiederholen sich in anderen Urkunden aus dem obengenannten Milieu. Auch die Namen der Zeugen stimmen mit dem Zeitraum, den die Fälschung vorgibt, überein. Nur die Datierungsformel wirft einige Fragen auf. Die Angabe, die Kundmachung des Rechtsaktes sei beim Gericht in Olomouc erfolgt, entspricht der Gesamtlage zur damaligen Zeit. Das Datum selbst läßt zwei Interpretationen zu: entweder wurde die päpstliche Kurie von der Ausstellung der Urkunde zu einem Zeitpunkt unterrichtet, als das Dokument erst vorbereitet wurde; oder der Fälscher hat das Datum ganz einfach geändert. Die erste Möglichkeit ist offenkundig plausibler, die andere wäre schwer zu be-

gründen. Was aber die Disposition der echten Urkunde enthalten haben mag, darüber sind wir uns nicht im klaren, und dabei wird es wohl auch weiterhin bleiben. Weiterhelfen dürfte uns einzig und allein eine den 17. Januar 1263 in Brno (36) datierte Urkunde König Ottokars II. Přemysl – aber leider ist auch sie gefälscht und ihr mutmaßliches Original heute verschollen. Der König bestätigte durch sie dem Kloster Vizovice den Besitz der von Smil von Střilky geschenkten Güter sowie alle ehemals auch dem Stift Velehrad zuerkannten Freiheiten. Dieses Dokument übernimmt größtenteils die Disposition einer Urkunde König Ottokars I. Přemysl vom 27. November 1228 (37) und die zitierte Urkunde Smils. Aus einer eingehenden stilistischen Analyse ergibt sich, daß es auch diesmal eine echte Urkunde Ottokars II. gegeben haben muß. Sie kann erst um das Jahr 1269 ausgefertigt worden sein, wurde aber vielleicht gleichzeitig mit der Urkunde Smils gefälscht. Auf diese Weise sollte das Anrecht des Klosters Vizovice auf seine für die damalige Zeit recht beachtlichen Besitztümer bekräftigt werden.

Eine Gesamtbetrachtung der auf die Namen weltlicher Feudalherren lautenden Urkundenfälschungen führt also zu demselben Schluß wie die obigen Beispiele, nämlich daß man diese Falsa in Ordenshäusern ausfertigte, um deren besitzrechtliche Ansprüche zu stützen.

12. Als letztes Beispiel falscher Urkunden soll ein vermeintlich in Brno den 4. Dezember 1252 datiertes Schriftstück (38) behandelt werden. Sein Aussteller ist die Stadt, so daß diese Urkunde einen Einzelfall im untersuchten Zeitraum darstellt. Die Brüner Bürger zeigen sich hierin bereit, gewisse Rechte und Freiheiten des Brünner Herburg-Klosters anzuerkennen. Das Dokument wurde in humanistischer Kursivschrift des ausgehenden 16. Jh. von den Jesuiten aufgesetzt, welche die Verwaltung des ganzen Klosterbesitzes der Herburger samt ihrem Urkundenarchiv an sich gebracht hatten. Es ist interessant, daß die Urkunde stilistisch im großen und ganzen der maßmäßlichen Entstehungszeit entspricht, wenn auch einige Zeitangaben damit nicht übereinstimmen. Von den drei hier genannten Siegeln konnte nur das der Stadt Brünn, das, vom Pergament getrennt, erhalten blieb, ziemlich sicher identifiziert werden. Aber gerade dieses Siegel wurde erst vom Jahre 1316 an verwendet. Trotzdem erfüllte dieses am 4. Oktober 1586 vidimierte Dokument die darein gesetzten Hoffnungen: den Jesuiten gelang es, ihre Ansprüche mit Erfolg gegen die Stadt zu verteidigen.

Eine Zusammenfassung der Schlußfolgerungen, die aus der Untersuchung der ausgewählten Urkundenfälschungen gezogen werden konnten, erlaubt uns, einige für deren Ermittlung maßgebliche Merkmale aufzuzeigen. Obwohl diese offenkundig kein Spezifikum des böhmischen Milieus darstellen, ermöglichen sie doch von Fall zu Fall eine genauere Vorstellung von der heimischen Urkundenproduktion in den böhmischen Ländern. Die Unterscheidung der falschen Urkunden von den echten basiert zweifelsohne in erster Linie auf ihrer graphischen Analyse. Diese macht überall dort keine Schwierigkeiten, wo die Schrift auf den ersten Blick nicht der Zeit entspricht, auf die sich das geprüfte Dokument beruft (vgl. Beisp. 1-3, 7, 9, 11 und 12). Schon komplizierter sind jene Fälle, bei denen der Zeitunterschied nur 30 bis (höchstens) 50 Jahre beträgt, also etwa der Dauer eines Menschenlebens gleichkommt. Wie bereits früher angedeutet, existierte unter den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen in keiner Schicht eine so straff organisierte Kanzlei, daß die Entstehung echter Empfängerurkunden völlig ausgeschlossen wäre. Nur die Kanzlei des Olmützer Bischofs Bruno dürfte da als eine gewisse, wenn auch nicht unbedingt geltende, Ausnahme in Betracht kommen.

Bei der Untersuchung von Fälschungen der verschiedensten Typen – besonders dann, wenn sie nur in Abschriften erhalten sind – mußte vornehmlich ihre Stilisierung untersucht werden, was gar nicht leicht war. Sehr oft – besonders im Falle von Herrscherurkunden – war der Stil des betreffenden königlichen Notars zu erkennen, ein andermal war der Text insgesamt übernommen worden. Das bedeutet, daß alle Falsa, mit denen wir uns hier befaßten, sowie auch die Mehrzahl der übrigen, aus echten Urkunden hervorgingen. Die Untersuchung der entlehnten Grundtexte brachte einige interessante Erkenntnisse. In erster Linie legte man den Namen der

Zeugen großen Wert bei – sie stimmen durchweg mit der vermeintlichen Entstehungszeit des Falsums überein. In den Urkunden Ottokars läßt man hingegen seinen richtigen Titel – der vor seiner Krönung mehrere Änderungen erfahren hatte – außer Acht und gebraucht meistens die Bezeichnung *rex*. Gerade dieses Anzeichen einer gewissen Fahrlässigkeit ist für uns zu einem untrüglichen Beweis der Urkundenfälschung geworden; zur damaligen Zeit setzte man sich aber offensichtlich darüber hinweg. Was die Datierungsformel betrifft, wurde sie einmal Wort für Wort übernommen, ein andermal aus heute nicht mehr faßbaren Gründen abgeändert. Auch sie könnte also nochmal das Werk eines Fälschers verraten, insbesondere dann, wenn der Ort der Urkundenausstellung mit dem Itinerar des Herrschers nicht im Einklang steht.

Eine weitere Stütze, die zur Ermittlung der Fälschungen herangezogen wird, nämlich das Siegel, bringt häufig auch keine eindeutige Lösung des Problems. Wenn wir uns auf unsere vorliegenden Beispiele beschränken, gibt es nur an dem unter 1. erwähnten Schriftstück ein Siegel Ottokars, das – zusammen mit anderen Verdachtsmomenten – die Fälschung dieser Urkunde nachweist, wurde es doch vom König erst zu einer viel späteren Zeit verwendet. Im allgemeinen ist aber das Siegel für die Prüfung der Urkunden Ottokars von erstrangiger Bedeutung, nämlich dank dem Umstand, daß der Herrscher während seiner Regierungszeit seinen Siegelstempel mehrmals änderte. Zugleich sollen aber wenigstens die drei folgenden Belege aufzeigen, daß große Vorsicht geboten ist, falls nur ein unrichtiges Siegel allein Argwohn gegen die Echtheit eines Dokuments wecken sollte:

a) eine von Ottokar in Znojmo ausgestellte und für das uns schon bekannte Herburg-Kloster in Brno bestimmte Urkunde (39) ist auf den 4. Dezember datiert. Ihre Ausfertigung kommt der Mandatsform recht nahe, der eben auch das Nichtvorhandensein des Jahresdatums entspricht. Das Schriftstück, worin die Brüner Bürger ermahnt werden, die Hörigen des Klosters keineswegs zu belasten, trägt ein höchst ungewöhnliches Siegel: es ist einseitig und sein Aversbild ist erst nach Ottokars Krönung bekannt, obwohl hier der Herrscher noch immer *dominus* tituliert wird. Man könnte diese Diskrepanz vielleicht mit den neuen Verhältnissen in der Hofkanzlei in Verbindung bringen, welche dort infolge der Krönung entstanden sind und deren Reflexion wir auch in unserer offenbar beim Empfänger ausgefertigten Urkunde erblicken dürften. Immerhin sollte die Anwendung des einseitigen Siegels nicht unbeachtet bleiben, wenn es heißt, die Echtheit dieses Dokuments zu beurteilen.

b) Im nächsten Fall geht es um eine in Prag am 25. Januar 1264 auf Verlangen Gregors, des Patriarchen von Aquileia, ausgestellte Urkunde (40), die dem steirischen Adeligen Heinrich von Schärffenberg gilt. Überraschend ist die Feststellung, daß es Konrad, der Notar Bischof Brunos war, der sie schrieb und diktierte, wobei aber das zugehörige Siegel Ottokars erst nach dem Jahre 1270 in Gebrauch kam. Der Inhalt des Schriftstücks erweckt keine Bedenken, ja man kann sogar annehmen, daß es tatsächlich dem Datum entsprechend aufgesetzt wurde: nach dem Jahre 1270, da Bruno nicht mehr Kapitän der Steiermark war, hätte doch sein Notar dieses Dokument nicht ausfertigen können. Weshalb es so spät besiegelt wurde, wissen wir nicht und stehen weiter vor der Frage, wie diese Urkunde vom Gesichtspunkt der Diplomatie aus zu werten wäre: als echt, verdächtig oder sogar als falsch?

c) Als ein bemerkenswertes Beispiel soll schließlich noch eine in Brno den 1. Mai 1277 datierte und für das Břevnov-Stift in Prag bestimmte Urkunde Ottokars II. (41) behandelt werden. Sie ist in zwei von der gleichen Hand geschriebenen Exemplaren erhalten und offensichtlich beim Empfänger entstanden, was uns diesmal – ausnahmsweise – verdächtig scheint. Damals hatte nämlich der Prototypar Heinrich den gesamten Betrieb der königlichen Kanzlei so fest in der Hand, daß alle entsprechenden Dokumente dort tatsächlich ausgefertigt wurden. Unsere Urkunde gibt den Titel des Herrschers richtig an (nur *rex Boemiae*), in den Eingangswörtern hält sich aber ihr Urheber nachweislich an ein älteres Dokument aus dem Jahre 1256 (42). Außerdem wird es aber – wie wir annehmen – auch noch eine analoge Ausstellerurkunde gegebene haben, die der Notar Heinrich in der einfachen Nos-Form stilisiert und ge-

schrieben hatte und aus der man für das Brünner Schriftstück den erwähnten Titel, die Korroboration und das Datum der per-manus-Formel entlehnte. Von besonderem Interesse ist der Umstand, daß die zwei Exemplare der letztgenannten Empfängerausfertigung mit zwei verschiedenen Siegelstempeln besiegelt wurden. Für das Exemplar A 1 nahm man einen älteren, den der König damals jedoch noch immer verwendete, hingegen rührt das Siegel von A 2 von dem neuesten Siegelstempel her, dessen Abdruck an einer unumstritten echten Königsurkunde erst am 4. September 1277 (43) zum erstenmal erscheint. Wenn auch unsere Urkunde vom 1. Mai in den Zeitraum fällt, in dem eine neuerliche Änderung des königlichen Siegelstabs ziemlich knapp bevorstand, ist es doch undenkbar, daß man in der Kanzlei zwei Siegelstempel gleichzeitig gebraucht hätte. Der Inhalt des Schriftstücks ist für die Frage der Echtheit belanglos, denn es geht da nur um einen gewissen Gütertausch, der zwischen dem König und dem Břevnov-Stift ausgehandelt wurde. Alles in allem kann man diese Urkunde nicht für echt befinden, selbst wenn sich die Zeit, in der die bei den Exemplare ausgefertigt worden sind, mit ihrem Datum mehr oder weniger decken sollte. So reihen wir sie unter die verdächtigen Schriftstücke ein, wenn wir sie nicht direkt als klares Falsum beurteilen wollten.

Nur ausnahmsweise tragen zur Identifizierung von Fälschungen Dorsualvermerke bei. Einen solchen Fall stellt z.B. die bereits erwähnte auf den Namen Ekhardts von Miroslav ausgefertigte Fälschung von Oslavany dar. Im großen und ganzen ist es recht selten, daß ein Dorsualvermerk dem Inhalt der Urkunde widerspricht. Sehen wir uns wenigstens noch einen derartigen Fall an. Am 17. Juli 1264 stellte Ottokar II. Přemysl in Pisek für das Kloster von Vyšší Brod (Hohenfurth) eine Urkunde (44) aus, auf deren Rückseite eine Hand aus dem 13. Jh. die Worte *Ottokari regis Boemiae super Redel ecclesie* vermerkte. Dem Text der Urkunde nach sollte es sich aber um die Bestätigung des vom 4. Juni 1262 datierten und hier vermeintlich inserierten Testaments Woks von Rosenberg (45) handeln. In Wirklichkeit inserierte man aber eine Urkunde desselben Wok, durch die das Kloster von Vyšší Brod am 29. Mai 1261 (46) gestiftet wird. Zum Unterschied vom Original wurden dabei einige Absätze des Inserts erweitert, wobei für den damaligen Empfänger wohl die Ergänzung *videlicet decimas plenas de Predol et de villis ad me et ecclesiam iamdictam spectantibus* (47) von größter Bedeutung gewesen sein dürfte, worauf der Dorsualvermerk eben hinweist. Man kann daher nicht einmal diese Urkunde Ottokars, die überdies von einer Hand aus dem ausgehenden 13. Jh. beim Empfänger ausgefertigt wurde, für echt befinden.

Aus allen obigen Beispielen geht klar hervor, daß zur Enthüllung einer Fälschung niemals der Inhalt des betreffenden Schriftstücks allein – also seine Disposition – beigetragen hat, obwohl gerade ihretwegen die Fälschung zustandekam. Erst nachdem die übrigen Urkundenteile unseren Verdacht geweckt hatten, ging man an die Prüfung des eigentlichen Inhalts heran. Die Frage, was wohl zu Fälschungen Anlaß gab, ist nur ganz allgemein zu beantworten. Es handelt sich insgesamt um Ansprüche stellende oder verteidigende Falsa. Den geistlichen Institutionen – namentlich den Klöstern – ging es einestheils um irgendeinen Grundbesitz, andernteils um Abgabefreiheit. In allen Fällen berichtet der Text über Streitigkeiten zwischen den Klöstern und ihren Stiftern, gleichviel ob diese Mitglieder des Herrscherhauses oder nur Edelleute waren. Bemerkenswerterweise wußten die Ordensbrüder ihre Prozesse auf Grund der vorliegenden, wenn auch gefälschten Urkunden durchweg zu gewinnen. Man darf also annehmen, daß die Klöster in solchen Dokumenten niemals Begünstigungen beanspruchten, die sie nicht schon früher genossen hatten; eher wird es sich um strittige Angelegenheiten gehandelt haben, die im Falsum nur präzisiert wurden. Jedenfalls zeugen unsere Falsa von der wachsenden Bedeutung der Urkunde im 13. Jh., wenn dies auch am deutlichsten in den Kreisen der geistlichen Feudalen zu verzeichnen ist.

Gefälschte Stadtkunden sind bei weitem nicht so zahlreich wie die erstgenannten, ganz davon abgesehen, daß die geistliche Obrigkeit auch da zum Teil ihre Hände mit im Spiele hatte (siehe oben unter 4.). Nur in ganz wenigen Ausnahmefällen (vgl. unter 5.) entstanden Fälschungen direkt in den Stadtkanzleien, die sich von der

Mitte des 13. Jh. an fester zu konstituieren begannen.

Jedermann, der sich mit dem Studium der Fälschungen befaßt, muß unbedingt zu der interessanten Erkenntnis kommen, daß Falsa ohne Einwand anerkannt und in der Kanzlei des Herrschers überprüft wurden. Das beweisen ihre späteren, in der Kanzlei Johanns von Luxemburg (Nr. 1), Karls IV. (Nr. 5) oder Wenzels IV. (Nr. 4) ausgestellten Konfirmationen.

Nur hie und da kann man den vielen, ohne jedwede Beanstandung bestätigten Urkundenfälschungen eine Ausnahme von dieser Regel gegenüberstellen. Befassen wir uns wenigstens mit einer davon: gemeint ist die am 22. März 1271 in Brno ausgestellte Urkunde Ottokars II. (48), worin der König dem schon mehrmals erwähnten Herburg-Kloster verschiedene, hier genau aufgezählte Freiheiten bestätigt. Die graphische Gestaltung entspricht im großen und ganzen der Datierung des Schriftstücks, obwohl es nachweislich nicht in der königlichen Kanzlei entstanden ist. Was den Stil betrifft, kommt der hier angewandte Titel während der ganzen Regierungszeit Ottokars nirgendwo anders vor (49). Außerdem hatte Peter, der in der Datum-per-manum-Formel den Titel des Protonotars trägt, damals bereits seit einigen Jahren das Kanzleramt inne. Demgegenüber ist die Urkunde aber mit dem richtigen Typus des königlichen Siegels versehen; nur war das in der Korroboration angekündigte Siegel des Olmützer Bischofs Bruno ganz bestimmt niemals an dem Pergament angehängt. Eine gründliche Analyse dieses Dokuments – besonders seiner Disposition – machte das reiche Urkundenmaterial aus dem Archiv des Herburg-Klosters möglich. Aus seiner Untersuchung ergab sich, daß unsere an einige ältere Stücke anknüpfende Urkunde vom Gesichtspunkt der Diplomatik aus gesehen ein Falsum ist, dessen echtes Siegel nur durch Betrug beschafft werden konnte. Gegen den eigentlichen Inhalt ist nichts einzuwenden; man führt da richtig alles an, was das Kloster vor dem Jahre 1271 tatsächlich erworben hatte, wenn dies auch nicht jedesmal ohne verschiedene zu weiteren Fälschungen führende Händel gelang.

So ist diese vermeintlich aus dem Jahre 1271 stammende Fälschung keine solche, die Ansprüche stellen würde; sie sollte nur die ordentliche Beurkundung aller früheren Besitzungen und Privilegien des Klosters bewirken. Dieses Ziel wurde auch tatsächlich durch eine Urkunde König Wenzels II. vom 25. Februar 1286 (50) erreicht, aus der zu ersehen ist, daß die Urkunde Ottokars von der Kanzlei Wenzels für gültig befunden wurde. Daran ändert nichts als die Tatsache, daß sich der damalige Protonotar, der uns bereits bekannte Heinrich, der schon zu Ottokars Zeiten in der königlichen Kanzlei tätig war und nun die Bestätigung Wenzels schrieb und stilisierte, mit einer sonst üblichen schlichten Konfirmation nicht begnügte. Zum Unterschied von anderen Fällen dieser Art nahm er diesmal in der inserierten Urkunde Ottokars zahlreiche Änderungen vor. Seine Eingriffe galten in erster Linie ihrem Stil; was den Inhalt anbelangt, beschränken sie sich lediglich auf die Präzisierung juristischer Formulierungen. Die Kanzlei führte also eine Art von Revision des zwecks Bestätigung vorgelegten Dokuments durch. Seine Sachangaben ließ man dabei unverändert und beurteilte es offenbar nicht als Falsum, denn sein Empfänger erhielt es wieder zurück.

Die Ermittlung einer Fälschung bedeutet aber noch immer nicht das letzte Wort in der untersuchten Problematik. Es genügt nicht, die Beweggründe des Fälschers zu enthüllen, man muß sein Werk in einen weiteren Rahmen einbauen. Das heißt unter anderem, sich die Frage zu stellen, wie hoch der Prozentsatz von Fälschungen ist, die aus einem bestimmten Zeitraum herrühren, und aus welchem Anlaß sie gerade damals ausgefertigt wurden, welche äußeren Momente (z.B. eine starke Regierung oder – nicht zuletzt – eine straff organisierte Ausstellerkanzlei) eine Rolle dabei spielten – alles derart komplizierte Fragen, daß sie in ihrer ganzen Breite in diesem Aufsatz nicht aufgerollt werden können. Im Hinblick darauf möchten wir also nur einige die Regierungszeit Ottokars II. Přemysl (d.i. die Zeit zwischen den Jahren 1253 und 1278) betreffenden Beobachtungen zusammenfassen.

Aus diesem Zeitabschnitt sind 883 an verschiedene Empfänger gerichtete Urkunden erhalten, deren verschiedene Aussteller sich mit

den böhmischen und mährischen Angelegenheiten befassen (51). 790 davon sind echt (das sind 89,5 Prozent), nur 30 (3,5 Prozent) werden als Falsa klassifiziert, 63 (7,0 Prozent) gelten infolge einiger geringer Ungereimtheiten als verdächtig. Man kann daher – unverbundlich, da es uns bislang an realen Vergleichsmöglichkeiten fehlt – die Ansicht vertreten, der Prozentsatz der Fälschungen sei nicht allzu hoch.

Welche Schlüsse man daraus ziehen soll, ist vorläufig schwer zu sagen. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß sich das Datum einer Fälschung einmal beinahe genau mit dem tatsächlichen Zeitpunkt ihrer Entstehung deckt, ein andermal entschied sich der Fälscher für die Vordatierung seines Werkes. Da aber der Kern der Falsa meistens die wahre Sachlage zu der Zeit, aus der das Schriftstück stammen soll, widerspiegelt, gewähren sie uns oft einen aufschlußreicherem Einblick in diese Epoche, als es echte Urkunden tun können. Die Untersuchung der Urkundenfälschungen bildet also einen bedeutsamen Bestandteil, dem auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit gebührt.

*

Verzeichnis der in den Anmerkungen verwendeten Sigel

AfD – Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde. – Münster; Köln

CDB – Codex diplomaticus et epistolaris regni Bohemiae. – T. IV, fasc. 1-2 ; I. V., fasc. 1-3 / ed. Jindřich Šebánek et Saša Duškova. – Pragae, 1962 ; 1965 ; 1974 ; 1981 ; 1982.

CDM – Codex diplomaticus et epistolaris Moraviae / ed. A. Boček ; J. Chytil ; P. v. Chlumecký ; V. Brandl ; B. Bretholz. – I ss. – Olomučil, 1836 ss.

CMM – Casopis Matice moravské. – Brno

SPFFBU – Sborník prací filosofické fakulty brněnské university. – Brno
Valašsko – Naše Valašsko. – Valaš 1(1935)

(1) CDB IV, 1-2 ; V, 1-3.

(2) Šebánek, Jindřich ; Duškova, Saša: Das Urkundenwesen König Ottokars II. von Böhmen. – In: AfD 14(1958). – S. 302 ff. (von J. Š.) u. 15(1969). – S. 251 ff. (von S. D.)

(3) CDB IV, S. 415 Nr. 242.

(4) „Boemie rex, dux Austrie et Styrie marchioque Moravie“.

(5) Reg. III, S. 58 Nr. 137.

(6) CDB V, 1, S. 79 Nr. 38. – Cf.: Zatschek, H.: Beiträge zur Diplomatik der mährischen Immunitätsurkunden. – Prag, 1931. – S. 31, 68 ff.

(7) CDB III, S. 97 Nr. 88.

(8) CDM V, S. 19 Nr. 18.

(9) CDM VI, S. 63 Nr. 90. – CDM XV, S. 72 Nr. 88.

(10) Vašku, Vladimír: Panovnícké konfirmace pro moravské kláštery v 18. stol. [Landesherrliche Konfirmationen für mährische Klöster im 18. Jh.]. – Brno, 1981. – S. 57 ff.

(11) CDB V, 2. – S. 193 Nr. 599. – Cf. Duškova (s. Anm. 2), S. 336 ff.

(12) CDB V, 2, S. 230 Nr. 625a.

(13) CDB V, 1, S. 132 Nr. 70. – Cf. Šebánek (s. Anm. 2), S. 336 ff.

(14) CDB V, 1, S. 120 Nr. 60.

(15) CDB V, 1, S. 252 Nr. 160. – Cf. Šebánek (s. Anm. 2), S. 336 ff.

(16) Mackerie, J.: Archiv města Jevíčka : průvodce po fondech archivu v Jevíčku [Das Stadtarchiv Jevíčko : Führer durch d. Urkundensammlung]. – Jevíčko, 1958. – Der Autor datiert sie irrtümlich auf den 23. Juni.

(17) Reg. II, S. 660 Nr. 1532.

(18) CDB V, 1, S. 519 Nr. 349.

(19) Šebánek, J.: Studie o kanceláři Dětřicha, biskupa olomouckého (1281-1302) [Studie über die Kanzlei des Olmützer Bischofs Dietrich]. – In: CMM L, S. 230.

(20) Reg. II, S. 589 Nr. 1386.

(21) CDM IV, S. 335 Nr. 256.

(22) Reg. II, S. 607, 608 Nr. 1412, 1413.

(23) CDB V, 1, S. 311 Nr. 197. – Cf.: Šebánek, J. ; Duškova, S.: Kritický komentář k moravskému diplomatáři [Kritischer Kommentar zum mährischen Diplomatari]. – Praha, 1952. – S. 254 ff.

(24) CDB V, 2, S. 312 Nr. 677. – Cf. Anm. 23, S. 256 ff.

(25) Reg. II, S. 887 Nr. 2055.

(26) CDM V, S. 18 Nr. 17.

(27) CDB V, 2, S. 189 Nr. 597.

(28) CDB V, 1, S. 316 Nr. 199. – Cf. Šebánek, J.: K otázce břevnovských fals : studie k českému diplomatáři [Zur Frage der Falsa von Břevnov : Studien zum böhmischen Diplomatari]. – In: SPFFBU II, 2-4, S. 261 ff.

(29) CDB V, 1, S. 351 Nr. 227. – Cf.: Duškova, S.: Listiny rudíkovské [Die Urkunden von Rudíkov]. – In: CMM LXVIII, S. 244 ff.

(30) CDB V, 2, S. 83 Nr. 528.

(31) CDB V, 2, S. 476 Nr. 791.

(32) CDM IV, S. 258 Nr. 193.

(33) CDB V, 1, S. 431 Nr. 290. – Cf.: Šebánek, J.: Vizovická listina Smila ze Stříleky z r. 1261 jako historický pramen [Die Vizovicer Urkunde Smils von Stříleky aus dem Jahre 1261 als historische Quelle]. – In: Valašsko VIII, S. 1 ff.

(34) CDB V, 1, S. 396 Nr. 263.

(35) „... prout in patentibus litteris confectis exinde ac sigillo nobilis memorati signitis plenius dicitur contineri“.

(36) CDB V, 1, S. 541 Nr. 366. – Cf.: Šebánek (s. Anm. 33), S. 1. – Ders. (s. Anm. 2), S. 349.

(37) CDB II, S. 319 Nr. 321.

(38) CDB IV, S. 432 Nr. 254. – Cf.: Šebánek, J.: Listina města Brna z r. 1252 pro klášter herburský a její pravost [Die Brüner Stadtkunde für das Herburg-Kloster aus dem Jahre 1252 und ihre Echtheit]. – In: Casopis společnosti přátel starožitností českých (československých). – Praha 38(1930). – S. 54 ff.

(39) CDB V, 1, S. 448 Nr. 301. – Cf.: Šebánek (s. Anm. 2), S. 406.

(40) CDB V, 1, S. 593 Nr. 398. – Cf.: Šebánek/Dušková (s. Anm. 2), S. 386 u. 395.

(41) CDB V, 2, S. 536 Nr. 834. – Cf.: Duškova (s. Anm. 2), S. 368 ff.

(42) CDB V, 1, S. 140 Nr. 76.

(43) CDB V, 2, S. 555 Nr. 844.

(44) CDB V, 1, S. 623 Nr. 419. – Cf. Šebánek, J.: Listiny přím'etické a jiné naše listiny na patronátní práva doby přemyslovské [Die Urkunden von Přemyslidenzeit]. – In: SPFFBU C 3(1956). – S. 79 ff. – Duškova (s. Anm. 2), S. 350, 361.

(45) CDB V, 1, S. 496 Nr. 335.

(46) CDB V, 1, S. 422 Nr. 284.

(47) CDB V, 1, S. 424 N.d.

(48) CDB V, 2, S. 238 Nr. 631. – Cf.: Duškova, S.: Studie k české diplomacie doby přemyslovské : dva zvláštní případy konfirmačních listin Václava II [Studien zur tschechischen Diplomatik der Přemyslidenzeit : zwei bes. Fälle von Bestätigungen der Urkunden Wenzels II.]. – (Rozpravy CSAV. – Praha 69(1959). – S. 83 ff. – Duškova (s. Anm. 2), S. 365.

(49) „rex Boemie, marchio moravie, dux Austrie et Karintie, dominus Stirie et Carniole“.

(50) Reg. II, S. 597 Nr. 1392.

(51) Die Urkunden wurden in CDB V, 1,2 herausgegeben.

*

Anhand mehrerer Beispiele aus der Regierungszeit Ottokars II. Přemysl analysiert die Verf. verschiedene Formen der Urkundenfälschung und demonstriert dabei die Methoden der diplomatischen Untersuchung wie den Schriftvergleich, die Analyse der Diktion und der Datierung sowie die Prüfung der Siegel.

*

Taking several examples from the reign of Ottokar II Premysl, the author analyzes various types of forge documents and demonstrates the methods of documentary investigation, such as script comparisons, style and dating analyses and seal inspection.

*

Plusieurs exemples datant du règne de Přemysl Otakar II servent à l'auteur pour analyser les différentes formes de falsification d'actes et pour montrer en même temps les méthodes de recherche diplomatique appliquées à cet effet: comparaison des écritures, analyse de la diction, datation et vérification des sceaux et des cachets.

*

Valiéndose de varios ejemplos del tiempo del gobierno de Otakar II de Přemysl la autora analiza diferentes formas de falsificación de documentos y a la vez demuestra los métodos del análisis diplomático, tales como comparación de la escritura, análisis de la dicción y el fechado, así como la revisión de los sellos.

*

На нескольких примерах из времени правления Оттокара II из рода Пржемысловичей автор анализирует различные формы фальсификации документов, с использованием таких методов дипломатического исследования, как сопоставление почерка, анализ стиля, датирования, а также исследование печатей.

*

*

*

Über Falsifikate böhmischer Gründungsurkunden bis zum Ende des 12. Jahrhunderts*

Jan Bistřický

In den Jahren 973 bis 1200 sind innerhalb des alten böhmischen Staates insgesamt 40 Kirchenanstalten entstanden (1). Von diesen besitzen nur fünf echte Gründungsurkunden (Kloster Hradisch 1078 (2), das Domkapitel zu St. Wenzel in Olmütz 1141 (3), Strahov etwa 1143 (4), Sedletz vor 1148 (5) und Bruck 1190 (6)), acht weitere haben sich mit etlichem Zeitabstand falsche Gründungsurkunden angeschafft, ausgestellt auf die Namen der jeweiligen ursprünglichen Stifter (Brevnov 993 (7), Alt-Bunzlau 1046 (8), Raigern 1048 (9), Opatowitz 1073 (10), Wissegrad 1088 (11), Kladrau 1115 (12), Plass 1146 (13), Unter-Kanitz 1173 (14)), 14 weitere Institutionen haben sich dann früher oder später Ersatz für die fehlenden Urkunden besorgt, und im Falle der übrigen 13 gibt es keine Spur von einem Dokument ähnlicher Art.

Ersatzschriftstücke für Gründungsurkunden sind von dreierlei Art. An erster Stelle gibt es das päpstliche Schutzprivilegium, das der entsprechenden Anstalt deren Existenz gewährleisten und ihre Eigentumsbasis sichern sollte. Abgesehen von dem Schutzprivilegium Johannes XV. aus dem Jahre 993 (15) für das Kloster Brevnov, das auch eine falsche Gründungsurkunde besitzt, haben ein solches Dokument drei Institutionen erhalten, und bei einer vierten dürfen wir es mit Recht voraussetzen. Ein Schutzprivilegium Eugens III. hat im Jahre 1145 das St.-Georg-Kloster in Prag erworben (16), das 973 gegründet worden war; das Kloster Seelau aus den 40er Jahren des 12. Jh. erlangte sein Schutzprivilegium von Honorius III. im Jahre 1226 (17) und Wilimau, gegründet 1121, von Nikolaus III. im Jahre 1279 (18). Ein Schutzprivilegium von Eugen III. dürfte auch das Kloster in Leitomischl besessen haben (19).

Eine ähnliche Funktion wie das Schutzprivilegium hatten auch Konfirmationen früher erworbenen Eigentums vom Herrscher oder Bischof, echte oder unechte. Zu den echten dürfen wir die Eigentumsliste des Bistums und Kapitels von Olmütz zählen, die in der Translationsurkunde des Bischofs Heinrich Zdík aus dem Jahre 1141 (20) enthalten ist, die Konfirmation des Eigentums des Johanniterordens durch Vladislav II. aus der Zeit vor dem Jahre 1169 (21), die Konfirmation der Güter des Klosters Doksan von Přemysl Ottokar I. aus dem Jahre 1226 (22), des Klosters in Mühlhausen vom Prager Bischof Andreas aus dem Jahre 1213 (23) sowie das Testament des Grafen Hroznata zugunsten des Klosters in Tepel aus dem Jahre 1197 (24), gemeinsam mit der unmittelbar danach folgenden Konfirmation von Fürst-Bischof Heinrich Břetislav (24). Falsche Konfirmationen besitzen das Kloster in Leitomischl in einer Urkunde, die angeblich im Jahre 1167 auf den Namen Vladislavs II. (25) ausgestellt worden ist, und das Kloster Chotesau gemeinsam mit Tempel in einer falschen Konfirmation von Přemysl Ottokar I., angeblich aus dem Jahre 1213 (26).

Als Drittes endlich kann man für einen Ersatz der Gründungsurkunde ein Schriftstück von nichturkundlichem Charakter halten, eine Traditionsnotiz, eine Aktenaufzeichnung oder, besser gesagt, ein Konglomerat der Aktenaufzeichnungen, das zur Urkunde zu erheben und dafür völlige Rechtskraft zu gewinnen die betreffende Institution auf irgendeine, durchaus irreguläre Weise, bestrebt war. Sehr einfach wurde dies vom Kapitel in Leitmeritz bewerkstelligt. Es besaß das bisher erhaltene Original der Traditionsaufzeichnung über seine Gründung und Bestiftung durch Fürst Spytihněv etwa aus dem Jahre 1057 (Exemplar A), das allerdings keine Rechtsgültigkeit besaß (27). Das Kapitel ließ sich deshalb einen mäßig erweiterten Text (B) dieses Schriftstückes von Přemysl Ottokar I. im Jahre 1218 (28) bestätigen. Den weitesten Wortlaut der Notiz (C) veränderte es um die Wende des 13. und 14. Jh. in eine Urkunde in der Art, daß es an das Schriftstück Spytihněvs ein Siegel anhängte, das natürlich falsch war (29).

Einen ähnlichen Fall stellt ein Dokument des St.-Johann-Klosters Ostrov auf der Moldau-Insel bei Prag dar (30). Am Anfang dieser Geschichte steht eine Eintragung über die Gründung des Klosters durch Fürst Boleslav II. († 999), die sich zum Jahr 1000 bekennt

und Boleslav III. als ihrem Urheber. Dann folgen undatierte Eintragungen über Schenkungen von den Fürsten Ulrich (1012-34), Břetislav I. (1034-55), Spytihněv II. (1055-61), Vratislav II. als Fürst (1061-85) sowie auch als König, bekräftigt durch den Bann des Bischofs Gebhard (Vratislav, König 1085-92, Bischof Gebhard † 1090). Weiter von den Fürsten Konrad (1092), Břetislav II. (1092-1100), Svatoopluk (1107-09), Vladislav II. als Fürst (1140-58), von dem Prager Bischof Otto (1140-48) und von weiteren, durchweg adligen Personen. Da aber die Eintragungen über ihre Donationen unter die fürstlichen Stiftungen eingestreut sind, kann mit Grund angenommen werden, daß alle angeführten Schenkungen, fürstliche und unfürstliche – und es gibt hier ihrer 24 –, in chronologischer Ordnung aufgezeichnet sind. Es handelt sich also um eine Abschrift aller oder zumindest der bisher gültigen Eintragungen aus dem sogenannten Traditionsbuch des Klosters Moldau-Insel in der Folge, wie sie darin angeführt worden waren. Das Traditionsbuch der Moldau-Insel unterscheidet sich in seinem Charakter keineswegs von analogen österreichischen und insbesondere bayerischen Büchern, die seit dem Jahre 1952 von Peter Acht und seinen Schülern in der Neuen Folge der Editionsreihe „Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte“ (31) herausgegeben werden.

Aus den Traditionseintragungen geht hervor, wie zur Zeit ihrer Entstehung in Böhmen die Praxis bei der Verwirklichung güterrechtlicher Veränderungen und deren Aufzeichnung aussah. Bereits die erste, in das Jahr 1000 datierte, Eintragung weist einen zum Teil chronikartigen Charakter auf. Sie berichtet, wie der bereits kranke Fürst Boleslav II. durch Vermittlung der Magnaten seines Landes, also der Mitglieder des fürstlichen Gefolges, einen geeigneten Ort für die Einrichtung eines Klosters gewählt hatte und aus Niederrhein den Mönch Landbert berufen ließ, den er auf seinem Sterbebett in Anwesenheit jener Magnaten seinem Sohn und designierten Nachfolger Boleslav III. als Abt empfahl. Dieser ließ ihn dann durch den Prager Bischof Theodag einsetzen. Der Bischof bestätigte alles durch seinen Bann, und alle Anwesenden riefen Amen. Weiter folgt eine Liste von Gütern, die dem Kloster vom verstorbenen Fürsten geschenkt worden sind – zuerst die Dörfer, dann das Gesinde. Der bischöfliche Bann bildete einen Bestandteil noch der Eintragung von der Schenkung des Königs Vratislav II. und weiter noch einer umfangreichen Schenkung des Adligen Asinus. Urheber des Bannes war Bischof Otto (1140-48). Dieses ganze Aktenpaket wurde vom Kloster auf der Moldauinsel einer falschen Konfirmationsurkunde Přemysl Ottokars II. aus dem Jahre 1205 einverleibt, die von dem Kloster selbst gegen Ende des 13. Jh. angefertigt worden war.

Einen dritten analogen Fall stellt Trebitsch dar, ein Benediktinerkloster, gegründet von den Brüner Teilfürsten Ulrich († 1113) und Lutold († 1112) im bewaldeten Gebiet westlich von Brünn im Jahre 1101. Der wesentliche Unterschied zwischen dem Schriftstück von der Moldauinsel und jenem von Trebitsch besteht darin, daß das Trebitscher, soweit bekannt ist, nie irgendeiner Konfirmation einverleibt war, die ihm Rechtskräftigkeit verliehen hätte, sondern nur als Bestandteil einer Einschlebung in das Trebitscher Exemplar von Kosmas' Chronik aus der zweiten Hälfte des 15. Jh. überliefert ist (32). Der Trebitscher Autor dieser Zugabe bemerkt an der Stelle, wo Kosmas diese Brüner Přemysliden erwähnt, daß die Brüder Ulrich und Lutold Lob verdienen, weil sie die Kirche förderten, was die Urkunde bezeugt, deren Text im folgenden angeführt wird. Ein anderer Unterschied besteht darin, daß in dem Trebitscher Schriftstück die Eintragung über die einzelnen Schenkungen zumeist nicht in der Form reproduziert werden, in der sie von den Vorlagen aufgezeichnet worden sind, sondern daß sie gewissermaßen bereits bearbeitet vorliegen. Der Verfasser gab sich Mühe, die Eintragungen über die Schenkungen aus der dritten grammatischen Person in die erste umzuformen, also in die Ich-Form, und schrieb alle Schenkungen den ursprünglichen Stiftern zu. Dieser Bearbeitung fielen die Namen der tatsächlichen Donatoren zum Opfer, die vom Verfasser natürlich weggelassen werden mußten. Völlig absurd ist nämlich die Annahme, die ursprünglichen Stifter, Ulrich und Lutold, hätten auf einmal und allein dem Kloster das riesige Eigentum von

insgesamt 51 Dörfern geschenkt. Die ursprünglichen Begabungen in den echten Stiftungsurkunden pflegen weit bescheidener zu sein (33). Diese 51 Ortschaften hat das Kloster von einer ganzen Reihe von Wohltätern und gewiß im Verlauf einer langen Zeit gewonnen.

Das Schriftstück erweist sich allerdings in dieser sozusagen unifizierenden Tendenz als inkonsequent. Nach der grundlegenden Schenkung bringt es einige Eintragungen in der ursprünglichen Form. Eine Eintragung betrifft die Donation des Fürsten Vratislav, Ulrichs Sohn († 1156); es folgen noch eine Schenkung des Stifters Ulrich, ferner eine von Lutold und zuletzt eine von Lutolds Sohn Konrad († nach 1161).

Wenn man entscheiden soll, ob das Trebitscher Schriftstück als Falsum bezeichnet werden soll oder nicht, gerät man gewissermaßen in Verlegenheit. Das Schriftstück stellt sich keineswegs als rechtsgültiges Dokument hin, und in dem erhaltenen Material gibt es keine Spur davon, daß das Kloster je versucht hätte, dieses Schriftstück auf irgendeine Weise zu beurkunden. Es fehlt hier also, juristisch gesehen, der Vorsatz - *dolus*. Andererseits ist ein Schritt in dieser Richtung doch unternommen worden. Das Schriftstück beinhaltet das Urkundenprotokoll sowie die Arenga, und urkundenartige Formulierungen sind sogar in den Kontext vorgedrungen. Dagegen fehlt vollständig das Schlußprotokoll, wie z.B. die Ankündigung des Siegels oder die Datierung. Jene Komponenten, welche urkundliche Formen aufweisen, sind allerdings mutatis mutandis Wort für Wort aus der Gründungsurkunde des Klosters Hradisch bei Olmütz übernommen (34). Der Text der Urkunde von Hradisch dürfte aus einem Benediktinerkloster ins andere ziemlich bald übertragen worden sein. In den fragmentarisch überlieferten Trebitscher Klosterannalen klingen allerdings auch Formulierungen der Annalen von Hradisch nach, und diese wurden hierher von jenen Benediktinern gebracht, die in Trebitsch Zuflucht fanden, nachdem sie zwischen 1149 und 1150 von Hradisch vertrieben worden waren. Eine andere Abschrift der Annalen von Hradisch gelangte auf gleichem Wege auch nach Opatowitz und ist nur dank der dortigen Bearbeitung überhaupt auf uns überliefert worden. Es ist deshalb höchst wahrscheinlich, daß der Text der Urkunde zur gleichen Zeit mit dem Text der Annalen nach Trebitsch gelangt war, und die Kreation des Trebitscher Schriftstückes konnte erst nachher erfolgen, also irgendwann nach 1150. In Wirklichkeit allerdings ist es noch jünger, da es in seinem Schlußabsatz die Enthhebung der Untertanen des Klosters von der Gerichtsbarkeit landesherrlicher Organe enthält, also die sogenannte Immunität. Die älteste Immunität erhielt in Böhmen und Mähren die Olmützer Kirche in den 40er Jahren des 12. Jh. (35), allerdings ist das eine große Ausnahme. Seit Ende des 12. bis Mitte des 13. Jh. wurde sie dann geläufig verliehen. Für das Jahr 1101 ist sie aber völlig auszuschließen. Ihre Einschlebung in das Trebitscher Schriftstück stellt keine Ausnahme dar, ähnliches geschah in nahezu allen gefälschten Gründungsurkunden.

Während das Schriftstück von Trebitsch quasi an der Trennungslinie zwischen Aktenaufzeichnung und Urkunde steht, sind die gefälschten Stiftungsurkunden bereits Urkunden im vollen Sinne des Wortes. Es wurde schon erwähnt, daß insgesamt acht solcher Urkunden aus dem betrachteten Zeitraum vorliegen. Nach der Art ihrer Entstehung kann man sie in zwei Kategorien einteilen. Der ersten gehören die an, deren Grundlage nachweislich echte Gründungsurkunden darstellen, die tatsächlich von den ursprünglichen Stiftern ausgestellt worden waren; der anderen dann jene, die keinen echten Kern beinhalten und nach anderen Vorlagen gebildet wurden. Für die älteste böhmische Diplomatie gilt bis heute die These, daß die Urkunde bei uns erst in der zweiten Hälfte des 11. Jh. zur Zeit Vratislavs II. (1061-92) vorkommt, und zwar hauptsächlich an dessen Hof. Danach verschwindet sie für einige Zeit und erlebt ihre Renaissance vor der Mitte des 12. Jh., namentlich durch Zutun des Olmützer Bischofs Heinrich Zdík (1126-50) (36). Die angeführte Einteilung der gefälschten Urkunden steht mit dieser These in vollem Einklang. Einen echten Kern weisen nur die gefälschten Urkunden aus der Ära Vratislavs auf, bei allen übrigen kann er nicht nachgewiesen werden.

Eine echte Grundlage haben drei Urkunden, die des Klosters Opa-

towitz von 1073 und jene des Kollegiatkapitels von Wissegrad aus dem Jahre 1088, also von Anstalten, die von Vratislav II. selbst gegründet worden sind. Zu ihnen gesellt sich als dritte noch die Urkunde des Kapitels in Alt-Bunzlau, angeblich aus dem Jahre 1046, ausgestellt zwar auf den Namen Břetislavs I., angefertigt allerdings auf Grund einer echten Vratislavschen Urkunde. Zu diesem Schluß gelangte V. Hrubý (37) mit Hilfe eines Stilvergleiches dieser drei Urkunden untereinander und mit der echten Urkunde Vratislavs für das Kloster Hradisch aus dem Jahre 1078 (38). Die enge Stilverwandtschaft dieser vier Stücke führt zu dem berechtigten Schluß, daß die Urkunde von Hradisch und die Grundlagen unserer drei Fälschungen nicht nur in demselben diplomatischen Milieu entstanden, sondern daß sie sogar Werke einer und derselben Person waren. Und diese Person konnte kein anderer gewesen sein als der Notar Vratislav II.

Die Urkunden von Alt-Bunzlau, Wissegrad und Opatowitz sind allerdings Falsa; die beiden letzteren sogar in Scheinoriginalen überliefert, die in ihrer Schrift nicht dem 11. Jh. entsprechen. Die Opatowitzer Urkunde dürfte frühestens um die Mitte des 12. Jh. niedergeschrieben worden sein, das Exemplar A der Wissegrader rührt aus annähernd gleicher Zeit her, deren Exemplar B 1 und B 2 aus dem Ende des 12. und C erst aus dem 13. Jh. Interessant ist auch der Umstand, daß auf die Opatowitzer Urkunde und die Wissegrader Exemplare B 1 und B 2 Siegel aufgedrückt sind, die einander sehr ähnlich sehen. Es handelt sich zwar um Falsa, doch mußte ihnen als Vorbild Vratislavs echtes Siegel gedient haben. Im Falle der Alt-bunzlauer Urkunde kann man konstatieren, daß sie nicht etwa auf irgendeiner Břetislavschen Urkunde fußt, sondern auf einer Vratislavschen. Zu Břetislavs Zeiten wurden Urkunden in Böhmen noch nicht benutzt. Die Unechtheit dieses nur in Abschrift erhaltenen Schriftstücks wird u.a. auch von dem Immunitätsabsatz belegt, dessen Bestehen zur Zeit ihrer angeblichen Entstehung sowie auch in der Zeit Vratislavs völlig ausgeschlossen ist.

Die Feststellung, daß diese Urkunden eine echte Grundlage haben, lädt den Forscher geradezu ein, deren Rekonstruktion zu versuchen. Der bereits erwähnte V. Hrubý hat es auch getan, allerdings kann sein Versuch nicht als völlig gelungen bezeichnet werden. In dem Bestreben, die ursprüngliche Beschriftung der entsprechenden Institutionen von späteren Zugaben zu unterscheiden, richtete sich Hrubý u.a. auch nach dem Grundsatz, daß ursprünglich nur ganze Dörfer geschenkt wurden und nicht etwa deren Teile. Damit kann man nicht einverstanden sein (39).

Zu den Urkunden mit echtem Kern wird in der Regel auch die Gründungsurkunde des Klosters Plass gezählt, angeblich von Vladislav II. im Jahre 1146 ausgestellt (40). Die gegen ihre Echtheit erhobenen Einwände sind von überzeugender Beweiskraft. Ihre Schrift gehört nicht in das Jahr 1146, sondern erst an die Wende vom 12. zum 13. Jh. In der Intitulation bezeichnet sich der Aussteller als König, obwohl er im Jahre 1146 noch Fürst war. Dem Jahre 1146 entspricht aber die Erwähnung der Gattin Vladislavs, Gertrud, die jedoch im Moment seiner königlichen Krönung im Jahre 1158 bereits acht Jahre tot war. Ein zuverlässiger Beweis, daß im Text des Falsums eine echte Vladislavsche Urkunde verborgen wäre, wurde allerdings nicht erbracht. Hrubý konnte weder auf stilistische Übereinstimmung mit Vladislavs Urkunde für die Olmützer Kirche hinweisen, welche die erste Urkunde dieses Herrschers überhaupt gewesen sein dürfte und aus dessen Fürstenzeit stammt (41), noch auf Übereinstimmung mit irgendeiner von den Urkunden aus dessen Königszeit (42). Aus diesem Grunde suchte er weiter und entdeckte einen Zusammenhang mit der Gründungsurkunde des Klosters Sedletz, die er – übrigens auch zu Unrecht – mit den Aktivitäten des Olmützer Bischofs Heinrich Zdík im Bereich der Herstellung von Urkunden in Zusammenhang brachte (43). Dieser Zusammenhang ergibt sich allerdings aus der gemeinsamen Verwendung des üblichen Formulars der päpstlichen Schutzprivilegien. Das war Hrubý bekannt; er glaubte aber, in seiner Zeit hätte Heinrich Zdík allein das Monopol auf die Kenntnis von derlei Schriftstücken besitzen können. Im Falle der Urkunde von Sedletz offenbart sich diese Kenntnis jedoch nicht nur in der Stilisierung, sondern auch in der Schrift. Brückenartige Ligaturen „st“ und „ct“ beweisen den Um-

stand, daß ihr Notar das päpstliche Privilegium nicht nur gehört, sondern auch mit eigenen Augen gesehen hat. Insofern diese Urkunde von einem Mitglied dieses ältesten Zisterzienserklosters in Böhmen geschrieben und formuliert worden ist, dürfte ihr Autor der ursprünglichen Klosterkolonie angehört haben, die hierher aus Waldsassen gekommen war – und dort kannte man die päpstlichen Privilegien mit Gewißheit sehr gut. Eine ähnliche Situation konnte sich auch im Falle des zweiten Zisterzienserklosters, in Plass, ergeben haben, dessen Kolonie aus Langheim gekommen war. Die echte Vorlage des Privilegiums von Plass konnte nicht eruiert werden. Keine Gründungsurkunde besaßen ursprünglich das älteste Männerkloster in Böhmen Brevnov bei Prag, das im Jahre 993 vom Prager Bischof Adalbert gegründet worden war, seine quasi Expositur in Mähren, d.i. Raigern bei Brünn aus dem Jahre 1048, weiter das Benediktinerkloster in Kladrau in Westböhmen, gegründet von Vladislav I. 1115, sowie das Prämonstratenserinnenkloster in Unter Kanitz in Südmähren, gegründet 1183.

Das Scheinoriginal der Brevnov Urkunde, das sich zum Jahr 993 bekennt und zu Boleslav II. als Aussteller, wurde erst irgendwann vor 1255 geschrieben (44). Ihr Text fußt auf alten Aufzeichnungen von Schenkungen, ähnlich wie im Falle der Moldauinsel, von Trebitsch und weiteren. Dieser Stoff ist allerdings schon vor der Niederschreibung der Fälschung oder früher auf gewisse Weise bearbeitet worden. Die betreffenden Güter sind weder chronologisch noch nach den Donatoren geordnet, auch werden sie nicht in einer Folge ohne nähere Bezeichnung aufgezählt, sondern sie wurden von vornherein mehr oder minder nach geographischen Aspekten geordnet, den Verwaltungsbezirken der landesherrlichen Burgen entsprechend, in deren Umkreis sie sich befanden. Diese Form ist typisch für die ursprünglichen Urbare, die man den Traditionsbüchern beizufügen pflegte (45). Bei uns ist eine analog geordnete Güterliste in der Translationsurkunde des Bischofs Heinrich Zdík aus dem Jahre 1141 enthalten (46). Ansonsten ist in der Urkunde von Brevnov alles konsequent unter dem Namen Boleslav II. angeführt und in die Ich-Form umgestaltet.

Der Schreiber der Urkunde von Raigern, die angeblich im Jahre 1048 von Břetislav I. ausgestellt worden war, ahmte ganz offensichtlich die Schrift des mährischen Markgrafen Přemysl für sein Kloster aus dem Jahre 1234 nach (47). Besonders markant geht das aus dem abschließenden Wort der letzten Zeile, *portionem*, hervor, dessen einzelne Buchstaben so weit auseinandergehalten werden, daß durch dieses Wort der ganze Rest der Zeile ausgefüllt wird. Der Schreiber der Urkunde Přemysls hat darin päpstliche Briefe nachgeahmt, der Raigerner Fälscher dann diese Urkunde des Markgrafen Přemysl. Das Siegel auf der Raigerner Urkunde ist gefälscht; für seine Herstellung in Raigern oder in Brevnov fand man das Muster im Typus des böhmischen Fürstensiegels aus der 2. Hälfte des 13. Jh., wo der Fürst auf dem Thron sitzend dargestellt ist, sich mit den Armen auf Schild und Lanze stützend. Ebenfalls konnte es die sogenannte St.-Wenzel-Seite des Herrschersiegels gewesen sein, wobei der Stecher bei der Imitation den Heiligenschein weggelassen hat. Die Urkunde selbst dürfte erst um die Mitte des 13. Jh. geschrieben worden sein.

Das Kloster in Kladrau besitzt drei Exemplare seiner Gründungsurkunde. Der knappste Text A stammt aus dem Anfang, die erweiterten Texte B 1 und B 2 aus der Mitte des 13. Jh. (48). An das Exemplar A ist ein falsches Siegel Vladislavs I., angeblich von 1115, angehängt, auf dem der Herrscher in Reitergestalt dargestellt ist. Reitersiegel tauchen bei uns erst dicht vor Ende des 12. Jh. auf (49); dieses Stück dürfte eine Nachahmung des Siegels Vladislavs III. sein, der im Jahre 1197 regierte und nachher Mährens Markgraf geworden ist (1198-1222).

Der Text A ist in Ich-Form formuliert, derart, als stammte alles von dem ursprünglichen Stifter Vladislav I. Dieser Umstand wäre an sich nichts Verdächtiges, wenn der Gaben nicht zuviel wären (auch wenn es sich um einen fürstlichen Donator handelt), und wenn am Schluß nicht ein Immunitätsabsatz beigefügt wäre, der für das Jahr 1115 gar nicht in Frage kommt. Die Bearbeitung ist – im Gegensatz zu jener von Brevnov – nicht geographisch, so daß man annehmen kann, die ursprünglich chronologische Ordnung sei nicht allzusehr

verletzt worden. Die Struktur des umfangreicheren Textes B 1 und B 2 ist allerdings komplizierter. – In den Text A wurden einige Traditionen in ursprünglichem Wortlaut eingeschoben, z.B. *Willalmus addidit patrimonium suum*. Allem wird jedoch die Krone aufgesetzt von einem Absatz, der mit den Worten beginnt: *Hec sunt autem, que fideles dei pro animabus suis me vivente eidem ecclesie dederunt*; danach folgt *Uto comes dedit duas villas* und weitere Aufzeichnungen über Schenkungen von einzelnen Personen. Der Fälscher hat also an dieser Stelle versucht, das unpersönlich formulierte *vivente duce Vladislao* in Ich-Form auszudrücken, was ihm eben nicht gelungen ist. Vladislav I. dürfte kaum gewußt haben, was alles zu seinen Lebzeiten dem Kloster Kladrau von Privatpersonen geschenkt worden war. Die Bearbeitung des Stoffes ist im Kladrauer Falsum, im Gegensatz zum Brevnov, nicht so vollkommen.

Die letzte gefälschte Gründungsurkunde des 12. Jh. wurde angeblich von dem bedeutenden mährischen Adligen Wilhelm von Pulín, genannt auch von Kanitz, im Jahre 1173 ausgestellt. Das Scheinoriginal entstammt dem Ende des 13. oder dem Anfang des 14. Jh. (50). Völlig unwahrscheinlich an der Urkunde ist bereits ihr Datum. Wilhelm hat im Jahre 1176 an dem Einfall Soběslavs II. und des Znaimer Teilfürsten Konrad Otto in Österreich teilgenommen, wo er sich durch Plünderung von Klöstern und Kirchen besonders hervorgetan hat. Deshalb wurde ihm – wie das Heldenlied von Wilhelm von Kanitz berichtet – vom Papst als Buße die Pflicht auferlegt, ein Kloster zu gründen. Nach der Chronik Gerlachs von Mühlhausen, hat der Abt von Seelau, Gottschalk, im Jahre 1181 aus Launowitz in Böhmen Prämonstratenser-Nonnen nach Unter Kanitz gebracht, so daß es sich um einen Irrtum im Datum von zehn Jahren handeln dürfte (51).

Der Herausgeber dieses Schriftstückes im CDB, G. Friedrich, hat die Annahme ausgesprochen, daß eine echte Gründungsurkunde bestanden haben könnte, und stützte sich dabei auf die Behauptung, die im Schriftstück angeführten Zeugen paßten in das 12. Jh. Tatsächlich ist aber im 12. Jh. nur Gottschalk, der Abt von Seelau, belegt, dessen Anteil an der Gründung noch im 14. Jh. im Kloster in guter Erinnerung war. Die übrigen Zeugen, durchweg südmährische Adelige, sind erst im 13. Jh. urkundlich belegt (52). Die Zeugen wurden hier gewiß aus einem älteren Dokument abgeschrieben – mit größter Wahrscheinlichkeit handelte es sich jedoch nicht um die vermeintliche Gründungsurkunde aus dem Jahre 1173 oder 1183. Ein anderer Grund zur Annahme, es hätte eine echte Gründungsurkunde gegeben, liegt nicht vor.

Als ursprüngliche Bestiftung, die höchstwahrscheinlich nur mündlich erteilt wurde, dürfte wohl die in der Fälschung genannte Schenkung von drei Dörfern angenommen werden. Keineswegs aber gehörten dazu die Patronatsrechte von sechs Kirchen, mit der Kirche in Nikolsburg an der Spitze. Der Terminus Patronatsrecht gelangte bei bzw. erst nach dem kirchenpolitischen Streit von 1216-22 zur Geltung. Nikolsburg gehörte im 12. Jh. dem Herrscher; 1249 gelangte es von ihm in den Besitz der Liechtensteiner (53). In den 70er und 80er Jahren des 13. Jh. wurde um diese Kirchen gestritten und zwar zwischen dem Kloster in Unter Kanitz und den Bischöfen von Olmütz. Über die Nikolsburger Pfarre in den Händen des Klosters gibt es ein erstes Dokument erst aus dem Jahre 1276 (54). Das Kloster mußte in den Jahren 1308-11 um die Pfarre hart mit Heinrich von Liechtenstein ringen, der dann den Streit nur dank dem Falsum seiner Gründungsurkunde gewinnen konnte (55). Vom sachlichen Standpunkt her dürfte also die Neige des 13. oder der Beginn des 14. Jh. der Zeitpunkt ihrer Entstehung gewesen sein.

★

* Überarbeitete Fassung eines Vortrages auf dem Kolloquium „Neue Forschungen zu mittelalterlichen Urkunden und anderen Quellen“ der Leipziger Forschungsgruppe und der Fachkommission Quellenkunde/Historische Hilfswissenschaften der Historiker-Gesellschaft am 12. und 13. Oktober 1989 in Leipzig.

(1) Darunter zwei Bistümer, in Prag (973) und in Olmütz (1063) sowie deren zwei Domkapitel (in Olmütz bestanden eigentlich zwei solche, das erste zu St. Petrus bis 1141, das zweite seit 1141 zu St. Wenzel), 5 Kollegiatkapitel: Alt Bunzlau (Stará Boleslav) 1046, Leitmeritz (Litoměřice) 1057, Wissegrad bei Prag (Vyšehrad) ca 1070, Schatzberg (Sadská) 1117/18, Melník (Melník)

- 1121; 29 Klöster, davon gehörten 16 dem Benediktinerorden: Prag-St.Georg 973, Brevnov bei Prag (Břevnov) 993, St. Johannes auf einer Moldau-Insel bei Prag (Ostrov) 998/99, Sazava (Sázava) 1032/33, Raigern bei Brunn (Rajhrad) 1048, Opatowitz bei Pardubitz (Opatovice nad Labem) 1073, Hradisch bei Olmütz (Hradisko) 1078, Leitomischl (Litomyšl) vor 1100, Trebitsch (Třebíč) 1101, Kladrubau (Kladruhy) 1115, Postelberg (Postoloprty) 1121, Willmau (Vilémov) 1121, Seelau (Želiv) ca. 1144, Das Heilige Feld (Svaté Pole) 1149, Teplitz (Teplice) 1163, Podlasitz (Podlažice) 1163; 8 dem Prämonstratenserorden: Strahov bei Prag 1141/42, Doksan (Doksany) 1144/45, Launowitz (Lohhovice) ca. 1150, Unter Kanitz (Dolní Kounice) 1190, Tepel (Teplá) 1193, Choteschau (Chatešov) 1197/1200, deren Zahl stieg nach der Umwandlung der ehemaligen Benediktinerklöster Leitomischl vor 1145, Seelau 1148/49 und Hradisch 1149/50 auf 11; 5 den Zisterziensern: Sedletz bei Kuttenberg (Sedlec) ca. 1143, Nepomuk (Pomuk) ca. 1145, Plass (Plasy) 1146, Münchengrätz (Mnichovo Hradiště) 1184/89, Osseg (Osek) 1199/1200; 2 Häuser der Ordensritter: der Johanniter vor 1169 und Kreuzherren des Heiligen Grabes vor 1188, beide in Prag.
- (2) Codex diplomaticus et epistolaris regni Bohemiae (weiter nur CDB) I, S. 82, Nr. 79.
- (3) CDB I, S. 124, Nr. 116.
- (4) CDB I, S. 157, Nr. 156.
- (5) CDB I, S. 155, Nr. 155.
- (6) CDB I, S. 299, Nr. 326.
- (7) CDB I, S. 347, Nr. 375.
- (8) CDB I, S. 358, Nr. 382.
- (9) CDB I, S. 356, Nr. 381.
- (10) CDB I, S. 358, Nr. 386.
- (11) CDB I, S. 371, Nr. 387.
- (12) CDB I, S. 393, Nr. 390.
- (13) CDB I, S. 408, Nr. 396.
- (14) CDB I, S. 415, Nr. 400.
- (15) CDB I, S. 43, Nr. 38.
- (16) CDB I, S. 144, Nr. 142.
- (17) CDB II, S. 274, Nr. 281.
- (18) Regesta diplomatica necnon epistolaria Bohemiae et Moraviae (RBM) II, S. 502, Nr. 1172.
- (19) Siehe: Hruby, V.: Tři studie k české diplomatice [Drei Studien zur böhmischen Diplomatik]. – Brno, 1934. – S. 111.
- (20) CDB I, S. 115, Nr. 115.
- (21) CDB I, S. 214, Nr. 245.
- (22) CDB II, S. 280, Nr. 286.
- (23) CDB II, S. 115, Nr. 126.
- (24) CDB I, S. 357 und S. 325, Nr. 258.
- (25) CDB I, S. 411, Nr. 399.
- (26) CDB II, S. 401, Nr. 368.
- (27) CDB I, S. 53, Nr. 55.
- (28) CDB II, S. 157, Nr. 169.
- (29) CDB I, S. 362, Nr. 383. – Über die Leitmeritzer Schriftstücke zuletzt: Kristen, Zd.: Pamětní záznam o založení a obvěnní kapituly litoměřické [Traditionsnotiz über die Gründung und Bestiftung des Kapitels in Leitmeritz]. – In: Acta Universitatis Palackianae Olomucensis: Historica. – II. – 1961. – S. 69-97.
- (30) In vollem Umfang wurde es in seiner falschen Konfirmation aus dem Jahre 1205 im CDB II, S. 379, Nr. 359, abgedruckt. Seine einzelnen Aufzeichnungen finden sich auch im CDB I unter den Nummern 40, 46, 52, 56, 83, 91, 97, 98, 102, 154 und 179. – Über das Schriftstück auch Hruby (s. Anm. 19), S. 138-142.
- (31) Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte. – N. F. – München 9(1952) – 35(1986).
- (32) Das Schriftstück hat B. Bretholz, der Herausgeber von Kosmas in MGH SS, nova series II (Berlin, 1923), im Archiv der Stadt Brunn entdeckt. Herausgegeben wurde es erst von A. L. Krejčík in dem Artikel „O zakládacím listině kláštera Třebického“ [Über die Gründungsurkunde des Klosters Trebitsch]. – In: Casopis matice moravské 35(1911). – S. 192-199. – Darüber auch Hruby (s. Anm. 19), S. 149-151.
- (33) Z.B. bekam das Kloster Hradisch von seinen Gründern, den Olmützer Teilfürsten Otto und Euphémie, 5 Dörfer; Vratislav II. legte noch eins dazu. – CDB I, S. 82, Nr. 79 und S. 85, Nr. 80.
- (34) CDB I, S. 82, Nr. 79.
- (35) Zuerst von Konrad III. (CDB I, S. 140, Nr. 138) und dann von Vladislav II. (CDB I, S. 161, Nr. 157).
- (36) Šebánek, J.: Dušková, S.: Česká listina v době přemyslovské [Die Böhmisches Urkunde in der Přemyslidenzeit]. – In: Československá diplomatika. – 1. – Praha, 1965. – S. 86-111.
- (37) Hruby (s. Anm. 19), S. 9-14.
- (38) CDB I, S. 85, Nr. 80.
- (39) Hruby (s. Anm. 19), S. 73-80, 131-138, 151-158. – Einem kritischen Standpunkt hat bereits der Herausgeber des Werkes aus dem Nachlaß Hrubýs – J. Šebánek – (in der Einleitung, S. XIX-XX) eingenommen.
- (40) CDB I, S. 408, Nr. 396. Diese Auffassung hat bereits G. Friedrich, der Herausgeber, in der Vorbemerkung ausgesprochen. – Hrubý (s. Anm. 19), S. 141-148, versucht eine Rekonstruktion.
- (41) CDB I, S. 161, Nr. 157. – Hrubý (s. Anm. 19), S. 144-148.
- (42) Z.B.: CDB I, S. 192, Nr. 204; S. 194, Nr. 208; S. 197, Nr. 210; S. 204, Nr. 227; S. 214, Nr. 245; S. 216, Nr. 246.
- (43) Hruby (s. Anm. 19), S. 25.
- (44) CDB I, S. 347, Nr. 375.
- (45) Z.B.: Die Traditionen und das älteste Urbar des Klosters St. Ulrich und

- Afra in Augsburg / bearb. von Robert Müntefering. – München, 1986. – (Quellen und Erörterungen : N. F. ; Bd. 35) – oder: Die Traditionen, Urkunden und Urbare des Klosters St. Paul in Regensburg / bearb. von Johann Geier. – München, 1986. – (Quellen und Erörterungen : N. F. ; Bd. 34).
- (46) CDB I, S. 116, Nr. 115. Dazu Hrubý (s. Anm. 19), S. 79-80.
- (47) CDB I, S. 356, Nr. 381. Darüber: Friedrich, G.: O dvoju nejstarších listinách kláštera rajhradského [Über die zwei ältesten Urkunden des Klosters Raigern]. – Sonderabdr. aus: Sborník historických prací k jubileu J. Golla. – Praha, 1906. – Hrubý (s. Anm. 19), S. 79-80. Die Urkunde ist im CDB III, S. 104, Nr. 90 abgedruckt.
- (48) CDB I, S. 393, Nr. 390. – Darüber: Novotný, V.: Začátky kláštera kladrubského a jeho nejstarší listiny [Anfänge des Klosters Kladrubau und seine ältesten Urkunden]. – Praha, 1932. – (Rozpravy české akademie věd a umění ; I, 79). – Hrubý (s. Anm. 19), S. 85-105.
- (49) Carek, J.: O pečetech českých knížat a králů z rodu Přemyslova [Die Siegel der böhmischen Fürsten und Könige aus dem Hause der Přemysliden]. – Praha, 1934.
- (50) CDB I, S. 415, Nr. 400.
- (51) Siehe: Novotný, V.: České dějiny [Geschichte Böhmens]. – I/2. – Praha, 1913. – S. 1035-1036. – Ders.: České dějiny. – I/3. – Praha, 1928. – S. 96-97.
- (52) Z.B. Leo von Kiobuk 1210-1225, Ratibor von Deblin 1222-1245 und Gerhard von Zbraslav 1222-1240.
- (53) CDB IV, S. 258, Nr. 157.
- (54) Bistický, J.: Spor o mikulovský patronát počátkem 14. věku [Streit über das Patronatsrecht der Pfarrkirche in Nikolsburg am Anfang des 14. Jh.]. – Jižní Morava, 1966. – S. 40.
- (55) Ebenda, S. 42.

*

Der Beitrag gibt einen Überblick über gefälschte böhmische Gründungsurkunden bis zum Ende des 12. Jhs. Daraus abgeleitet werden die Umstände, Möglichkeiten und Zeile aufgezeigt, die zur Herstellung von Fälschungen führten bzw. zur Verfügung standen. Sie reichten vom einfachen Ersatz für verlorene Urkunden bis zur planmäßigen Fälschung für ökonomische oder machtpolitisch-dynastische Zwecke.

*

The article presents a survey of forged foundation charters from Bohemia up to the late 12th century, explaining the conditions, opportunities and objectives making falsification possible. Methods ranged from the simple replacement of lost charters to the planned falsification for purposes of economical or political power of entire dynasties.

*

L'article présente un état sommaire des actes constitutifs falsifiés en Bohême jusqu'à la fin du XII^e siècle. A partir de là, l'auteur fait ressortir les circonstances, les possibilités et les objectifs qui ont donné lieu à des falsifications ou qui pouvaient être utilisés à ces fins. La gamme est large: du simple besoin d'obtenir un acte en remplacement d'un acte perdu aux falsifications systématiques satisfaisant des buts économiques ou servant des intérêts dynastiques et de politique de pouvoir.

*

El artículo brinda una sinopsis acerca de escrituras de fundación bohemias falsificadas hasta finales del siglo XII. En él se plantean las circunstancias, las posibilidades y los objetivos que llevaron o se prestaron para la elaboración de tales documentos falsificados. Entre ellos figuran simples substituciones de escrituras perdidas y falsificaciones planificadas para alcanzar objetivos económicos o dinásticos del poder político.

*

В работе дается обзор фальсифицированных богемских учредительных грамот, оформленных в период до конца XII века. Автор раскрывает обстоятельства, возможности и цели, с которыми было связано появление фальсификатов. Рассматривается вся палитра возможных вариантов, начиная от необходимости замены утерянного документа и вплоть до целенаправленной фальсификации с целью осуществления экономических или политико-родовых интересов.

* *

*

Berichte

Grenzüberschreitende Unternehmenstätigkeit und ihre historische Überlieferung in den Wirtschaftsarchiven

Arbeitstagung der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare

Vom 1.-4. Mai 1991 fand die Arbeitstagung der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare in Innsbruck statt. Die Verbindung dieses Tagungsortes mit dem Thema „Grenzüberschreitende Unternehmenstätigkeit und ihre historische Überlieferung in den Wirtschaftsarchiven“ drängte sich geradezu auf und fand im Verlauf der Tagung mehrfach Erwähnung.

Der erste Vortrag lenkte den Blick auf Osteuropa. Stefan Kamek/Graz berichtete über seine Erfahrungen als Benutzer von Archiven der Sowjetunion und Sloweniens. Dabei vermittelte er auch Hintergrundinformationen über Strukturen und Arbeitsweise des Archivwesens beider Länder, insbes. auch über die Quellenlage zur Unternehmensgeschichte, die bei den Tagungsteilnehmern auf reges Interesse stießen. Die Diskussion zu diesem Thema zeigte, daß unter den Archivaren der alten Bundesländer nur geringe Kenntnisse über die osteuropäischen Archive vorhanden sind. Häufig wurde ein Mangel an zugänglichen Informationen beklagt. Zu verweisen ist hier auf die Zeitschrift ARCHIVMITTEILUNGEN, die mit Beiträgen, Berichten und Literaturrezensionen umfangreiche und aktuelle Informationen aus diesem Bereich vermittelt.

Horst A. Wessel/Düsseldorf berichtete in einem mit zahlreichen Dias illustrierten Vortrag über die Gründungsgeschichte und Entwicklung der Mannesmann-Werke, wobei er – dem Generalthema entsprechend – besonders auf die Auslandsaktivitäten, z.B. Gründung von Werken im Ausland, einging. Eindrucksvoll demonstrierte er die Suche nach Quellen über diese Prozesse, die ihn z.T. in Archive ferner Länder, aber auch anderer Firmen bzw. in staatliche oder kommunale Archive geführt hat. Die folgenden sechs Beiträge waren als Fallbeispiele zum Tagungsthema ausgewiesen.

Helmut Lackner/Linz gab einen Überblick über die Situation der Werksarchive in Österreich. Wirtschaftsgeschichtliche Archive im weitesten Sinne werden in Österreich seit 1970 erfaßt. Drei Kategorien werden unterschieden:

- Archivgut, das aus staatlicher Wirtschaftstätigkeit, z.B. bei den Montanbehörden, Salinen, im Forstwesen und bei der Eisenbahn entstanden ist, wird in den staatlichen Archiven verwahrt.
- Eine spezielle Gruppe sind halböffentliche Unternehmen, z.B. Herrschaftsverwaltungen, die auch öffentliche Verwaltungsaufgaben wahrgenommen haben. Hier sind Kammer-, Stifts- und Herrschaftsarchive als Aufbewahrungsorte wirtschaftsgeschichtlicher Quellen zu nennen.
- Die dritte Gruppe sind die Archive privater Unternehmen, die in Österreich insgesamt in keinem guten Zustand zu sein scheinen. Nur wenige Unternehmen unterhalten überhaupt ein eigenes Archiv, häufig nur eine Registratur. Selbst in großen, international tätigen Unternehmen ist die Sicherung des Archivgutes nicht gewährleistet. Als krasses Beispiel wurde die bedeutende österreichische Industriestadt Linz genannt, in der kein einziges der ansässigen Unternehmen ein öffentlich zugängliches, geregeltes Archiv besitzt.

Mit einem methodisch interessanten Beitrag berichtete Juliane Mikoletzky/Wien über die Erforschung der Geschichte der „k.k. privilegierten Ringl- und Kettenfabrik Franz Xaver Schatzahl“, die Anfang des 19. Jh. zu rascher, aber nur kurzer Blüte aufstieg und danach unterging, ohne eine eigene Überlieferung zu hinterlassen. Deshalb kann die Geschichte dieses Unternehmens nur anhand von Ersatzüberlieferungen in staatlichen und privaten Archiven untersucht werden. Die Referentin demonstrierte die Suche nach solchen Quellen, deren quellenkritische Auswertung und die damit verbundenen Möglichkeiten des Erkenntnisgewinns. Armin Pech/Innsbruck hat die Geschichte des Unternehmens Schwartzkopf untersucht, wobei er auf erhebliche Schwierigkeiten stieß. Die Unternehmer hatten kein Interesse an der Erforschung der Geschichte ihres Betriebes, es gibt kein Unternehmensarchiv, und was an Dokumenten erhalten ist, liegt ungeordnet und verschmutzt im Keller.

Mag. Tiefenthaler stellte den von ihm geleiteten Verein Vorarlberger Industriegeschichte in Feldkirch vor, der auch Archivgut von aufgelösten Unternehmen sammelt und so vor dem Untergang bewahrt. Angestrebt wird die Bildung eines regionalen Wirtschaftsarchivs für Vorarlberg.

Willi Bischofberger/Basel konnte für die CIBA-GEIGY-AG über eine sehr gute historische Überlieferungslage berichten, die durch Dokumente aus der modernen Firmenlenkung in der ganzen Welt laufend ergänzt wird. Auf dieser Basis war auch die Untersuchung des Tagungsthemas für CIBA-GEIGY gut möglich.

Schließlich sprach Peter Unhold/Basel über den Schweizerischen Bankenverein, die zweitgrößte Schweizer Bank, die über 50% ihrer Aktivitäten im Auslandsgeschäft tätig. Ihre vielschichtige Struktur, zahlreiche Niederlassungen, Tochtergesellschaften usw. schaffen eine komplizierte Archivsituation.

Der zweite Konferenztag wurde gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Unternehmensgeschichte in Innsbruck-Wattens bei der Fa. Swarovski ausgerichtet und stand unter dem Thema „Geschichte und Unternehmenskultur“. Gemeint war Unternehmenskultur in Familienbetrieben, und die

ersten beiden Vorträge kamen aus dem gastgebenden Hause Swarovski. Gerhard Swarovski, Mitglied der Unternehmerfamilie, sprach zum Thema „Was sind Familienunternehmen?“. Anhand der Entwicklung und Situation der Fa. Swarovski arbeitete er die folgenden Kriterien für ein Familienunternehmen heraus:

- Das Kapital wird durch die Familie aufgebracht,
 - die Betriebsgröße bewegt sich im kleinen bis mittleren Bereich,
 - das Unternehmen wird durch die Familie geleitet,
 - der Kreis der Beteiligten bleibt klein und die Firma geht nicht an die Börse.
- Neben der Vereinigung von Eigentum und Unternehmensführung stellte der Referent die Unternehmenskultur als zentrale Kategorie heraus. In diesem Zusammenhang sagte er, daß das Unternehmensarchiv eine „Fundgrube für die Untersuchung der Erfolgsfaktoren des Unternehmens ist. Wer die Vergangenheit nicht kennt, den kann es die Zukunft kosten.“

Bernd Klughardt/Wattens referierte aus der Sicht des Assistenten des Unternehmensvorstandes Daniel Swarovski über „Geschichte und heutigen Standort der Fa. Swarovski“, die in vier Jahren ihr 100. Jubiläum begeht.

Der Höhepunkt des Tages war zweifelsohne der Vortrag von Franz Mathis/Innsbruck „Historisches Relikt oder künftiger Entwicklungsträger? Zur Rolle der Familienunternehmen in der Großindustrie Österreichs.“ Er untersuchte die Stellung, Entwicklung und Funktion der Familienunternehmen in den einzelnen Entwicklungsetappen der österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Auch heute werden etwa die Hälfte aller österreichischen Großunternehmen von Unternehmerfamilien geleitet, so daß die Antwort auf die mit dem Vortrag gestellte Frage eindeutig ausfiel. Frauke Engel/Hannover sprach über „Die Bedeutung von Archiv und Museum für die Unternehmenskultur“ anhand des Archivs und Museums der H. Bahlsen KG. Unternehmerische Motivation aus der Tradition heraus erfordert, daß Archiv und Museum eine Plattform der internen und externen Kommunikation sind, wo sich Tradition und Gegenwart vereinen.

Das Tagungsthema wurde abgeschlossen durch den Vortrag von Konrad Rumbold/Wien „Going public – schnelles Geld oder langfristige Unternehmensstrategie?“, mit dem er die Motive von Familienunternehmen analysierte, an die Börse zu gehen.

Dieter Hebig (Potsdam)

*

Sammlungsgut und Öffentlichkeitsarbeit

*Aufbaulehrgang der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare
3. bis 8. März 1991 in Balve/Eisborn*

Nachdem Herr POHLENZ (Bayer AG) den Lehrgang eröffnet und die Vorstellungsrunde eingeleitet hatte, zeigte sich, daß Teilnehmer aus den östlichen und westlichen Bundesländern gleichermaßen zahlreich vertreten waren.

Der Montag begann mit einer Einführung in den Gegenstand des Lehrganges durch Frau Dr. KROKER (Bergbau-Archiv). Wie sich herausstellte, besteht zwischen Ost und West keine unterschiedliche Auffassung über die Definition von Sammlungsgut. Von Dr. WEISE (Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv) wurde daran anschließend dargelegt, wie Druckschriften, Geschäftsberichte und Zeitungsausschnitte gesammelt, erschlossen und gelagert werden. Er wies darauf hin, daß es von den Archivaren sehr viel Engagements und Stehvermögens bedarf, um diese wertvollen Quellen auch in das Archiv zu bekommen. Die Schriftgutübernahme, wie sie in den östlichen Firmen angewandt wird, ist da nachahmenswert. Von Herrn GRIEB (Bundesarchiv) erfuhren dann die Teilnehmer viel Wissenswertes über die Archivierung von Filmen. Da diese eine spezielle Lagerung erfordern und die Wirtschaftsarchive in der Regel dies nicht ermöglichen können, unterbreitete er das Angebot, daß die Firmen ihre Filme dem Bundesfilmarchiv in Koblenz zur sachgerechten Archivierung übergeben können. Den Tag rundeten dann Dr. WERNER (Archivberatungsstelle Rheinland) mit der Erschließung und Lagerung von Plakaten und Flugblättern und Frau ENGEL (H. Bahlsen Keksfabrik KG) mit ihrem Thema „Anzeigen und Verpackungen“ ab.

Der Dienstag hatte dann die Präsentation von Archiv- und Sammlungsgut in Ausstellungen zum Inhalt. Erfahrungsberichte von Frau ENGEL, Herrn POGARELL (Bayer-Archiv) und Dr. WEINFORTH (Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv) gaben ein umfassendes und anschauliches Bild, wie man sein Archiv- und Sammlungsgut der Öffentlichkeit nahebringt. Neben der Themeneingrenzung und der sorgfältigen Auswahl der Exponate gilt es, ein großes Augenmerk auf die substantielle Sicherung der Exponate zu legen. Die Ausstellungsstücke verkörpern ja nicht nur einen kulturhistorischen Wert, sondern auch einen materiellen, welcher ständig steigt. Von der Entnahme bis zur Einlagerung in das Magazin sollte man daher Wert auf umfassende Sicherung und Versicherung legen. Höhepunkt des Tages war die Besichtigung des Dortmunder Hoesch-Museums und einer damit verbundenen Führung und Diskussion mit Dr. ELLERBROCK.

Am Mittwoch gab Herr ROHLINGER den Teilnehmern die Möglichkeit, aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen im Umgang mit den Medien, besonders mit der Presse, zu schöpfen. Er machte darauf aufmerksam, daß der Interviewte und der Interviewer gleichberechtigte Partner sind. Jeder will etwas von dem Anderen und jeder braucht dazu den Anderen. Besonders für die Teilnehmer aus den östlichen Bundesländern waren seine Hinweise, Ratschläge und Verhaltensregeln wichtig. Denn sie sind im Umgang mit den Medien noch sehr unerfahren. Bei den danach aufgenommenen Videostatements konnte dann jeder selbst erste Erfahrungen in der Umsetzung der Ratschläge des Herrn Rohlinger sammeln. In der anschaulichen Auswertung und Diskussion zeigte sich, wer die Chance ergriffen hat und die Elemente Betroffenheit, Roter Faden, Standpunkt und Botschaft erfolgreich miteinander verknüpfte. Der Donnerstag gehörte dann ganz dem Kameramann ZOE-BELEIN (Bayer-AG). Er vermittelte wichtige Hinweise und Ratschläge, wie man sich vor einer Kamera verhält und nahm anschließend Videostatements in Form eines Interviews auf. Die Auswertung zeigte, daß die Erfahrungen vom Vortrag erste Früchte trugen.

Am Freitag vermittelte Dr. SCHÖNE (Henkel-Archiv) mit seiner Vorstellung der umfangreichen Publikationen des Archivs viele Anregungen zur eigenen Arbeit. Ähnliches machte dann auch Herr METTERNICH (Hoechst AG) in bezug auf Werkzeiten.

In der Abschlusss Diskussion bekundeten alle Teilnehmer, daß sie umfangreiche neue Erfahrungen und Anregungen für die eigene Tätigkeit mitnahmen. Über die Öffentlichkeitsarbeit als Teil der Auswertung haben die Firmenarchive die beste Möglichkeit, ihre Daseinsberechtigung gegenüber der Unternehmensleitung nachzuweisen. Wenn die Schätze des Archivs umfassend für die Werbung und Öffentlichkeitsarbeit der Firma genutzt werden, ist das in der Regel die entsprechendste und effektivste Form der Werbung. Besonders für die Interessenten aus den östlichen Bundesländern kann dieser Lehrgang empfohlen werden. Sie bekommen hier wertvolle Hinweise und Anregungen über die praktische, nutzensorientierte Archivarbeit unter den neuen Existenzbedingungen. Für den nächsten Lehrgang im Frühjahr 1992 sind die Teilnahmemeldungen an:

Herrn Pohlenz

Bayer Archiv

Geb. Q 26, Zi. 305-308

W-5090 Leverkusen

zu richten. Für die Übernachtung, Lehrgangsgebühren und Fahrtkosten ist mit einem Betrag von etwa 1.600,- DM zu rechnen.

Jürgen Jache (Leipzig)

Literaturbesprechungen

Izvestiâ na dyrzavnite arhivi. – Sofia 59(1990)-60(1990).

In einem Grundsatzbeitrag beschäftigt sich St. PETKOVA (59, S. 5-47) mit der Einbeziehung maschinenlesbarer Datenträger in den Staatlichen Archivfonds Bulgariens. Die Autorin gehört zu den Pionieren bei der Einführung der EDV und der Informatik in das bulgarische Archivwesen. Sie vermittelt in dem vorliegenden Artikel zugleich die Erfahrungen der bei der bulgarischen Archivverwaltung seit fast zwei Jahrzehnten tätigen Forschungsgruppe, die über viele Jahre eng mit Fachkollegen anderer Länder zusammenarbeitete. Sie leitet ihren Artikel mit einem kurzen Rückblick auf die Beschäftigung der Archive mit maschinenlesbaren Dokumenten seit Mitte der 60er Jahre ein. Erstmals beschäftigte sich 1964 ein internationaler Archivkongreß, der von Brüssel, mit diesem Problem. Ausgehend von diesem Kongreß wurde 1969 von der bulgarischen Archivverwaltung eine Analyse über die Situation beim Einsatz der EDV im Lande erarbeitet, die mit einem langfristigen Programm verbunden war. Mit der Einführung des Einheitlichen Nationalen Systems der Sozialen Information verstärkte sich seit Beginn der 70er Jahre der Einsatz der EDV bedeutend. Zwischen 1974 und 1979 fand die EDV Eingang auch in die bulgarischen Archive, vor allem bei der Erarbeitung und Nutzung des wissenschaftlichen Auskunftsapparates. Die beiden Richtungen – die Mitwirkung der Archive an der Einführung in die Archive und der Einsatz der EDV in den Archiven – bestimmen bis zur Gegenwart die Forschungen und die praktische Tätigkeit der Archive im Umgang mit den modernen Datenträgern. Ein wichtiger Teil ihrer Untersuchungen ist der Terminologie maschinenlesbarer Dokumente gewidmet, die in Lexika und normativen Dokumenten verwandt wird. Für die weitere Arbeit mit diesen Formen moderner Dokumentation werden drei Gruppen von Aufgaben gesehen – zum ersten auf theoretischem Gebiet hinsichtlich der Anfertigung solcher Dokumente (u.a. auch deren Rechtskraft), ihrer Auswertung und Bewertung sowie der Organisation von Archiven für maschinenlesbare Datenträger, der Möglichkeiten des Übergangs des Auskunftsapparates von der Registratur ins Endarchiv u.a. Zum zweiten werden Aufgaben gesehen bei der Erarbeitung von normativ-methodischen Dokumenten und Weisungen, die u.a. den Zugang zum Staatlichen Archivfonds und ihre zentralisierte Aufbewahrung regeln, ihre Klassifikation,

die Sicherung und Auswertung aller der Dokumente, die beim Einsatz der EDV entstehen, Standards für ein einheitliches System maschinenlesbarer Dokumente und methodische Richtlinien zur Bestandsergänzung des Staatlichen Archivfonds durch diese Dokumente. Als praktische Aufgaben werden schließlich die Einrichtung von Archiven für die EDV-Dokumentation bei den Behörden und die Projektierung und Einrichtung eines Endarchivs im Lande für solcher Art Dokumente genannt.

Thematische Quelleninformationen

K. ŠAROVA (60, S. 5-59) untersucht in einem Beitrag die außenpolitischen Aktionen des Bulgarischen Revolutionären Zentralkomitees zwischen 1870 und 1872 zur Verteidigung der Unabhängigkeit der bulgarischen revolutionären Bewegung. Das Zentralkomitee verstand sich als eine gesamtstaatliche politische Institution, die die gesamte Macht einer provisorischen Regierung in den Händen hatte, d.h. auch in außenpolitischer Hinsicht. Daraus ergaben sich die Bemühungen des Zentralkomitees um die Aufnahme und Pflege von Beziehungen zu anderen Völkern und Staaten. Mit dieser Position geriet das Zentralkomitee in Widerspruch zum konservativen Flügel der Befreiungsbewegung, der die außenpolitischen Aktivitäten vor allem der russischen und rumänischen Regierung zubilligen wollte.

Ergebnisse seiner Forschungen im Staatlichen Historischen Archiv in Budapest über das Echo der bulgarischen Befreiungsbewegung um 1878 in den Berichten der ungarischen Gesandten legt P. KAMENOV (60, S. 375-387) vor. Im Vordergrund steht die Behandlung der wirtschaftlichen Probleme und der Grenzziehung des entstehenden bulgarischen Staates.

Eine Analyse der im Bestand Ministerrat im Staatsarchiv Budapest aufbewahrten Dokumente zur politischen Haltung Ungarns zu Bulgarien zwischen 1885 und 1897 gibt der gleiche Autor (59, S. 493-503).

Den bulgarisch-italienischen Beziehungen zwischen 1903 und 1912 geht M. PAVLOVA (60, S. 367-374) anhand von Quellen des bulgarischen Zentralen Historischen Staatsarchivs, des Historischen Archivs bei der Volksbibliothek „Kiril und Metodij“ und des Wissenschaftlichen Archivs der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften nach. Dieser Zeitpunkt war von besonderer Bedeutung, da der Balkan zu einer Drehscheibe in der Außenpolitik der europäischen Großmächte wurde.

Die Geschichte der Union der türkischen Jugend und der Kultur- und Bildungsgesellschaft der Gymnasiasten „Turan“ untersucht anhand vor allem von Quellen des Archivs des bulgarischen Außenministeriums D. DANAILOV (60, S. 357-366). Angesichts der komplizierten Nationalitätenpolitik in Bulgarien gegenüber der türkischen Minderheit erscheint die Aufarbeitung ihrer Geschichte, besonders in der jüngeren Zeit seit der bürgerlichen Revolution 1922 in der Türkei, ein besonders verdienstvolles Anliegen.

Die Quellen zu einem der bedeutendsten und beliebtesten Gedenktage des bulgarischen Volkes, dem Tag für Kiril und Metodij, geht G. SIMEONOVA (59, S. 505-520) nach. Sie macht anhand der Quellen, die in Archiven des Staates, der Kirche und kultureller Einrichtungen aufbewahrt werden, sichtbar, daß die Begehung von Gedenktagen Bestandteil der Auseinandersetzung und Bewältigung der Vergangenheit eines Volkes sind.

Dokumentenveröffentlichungen

Quellen aus dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien über die Firma „Baron von Fries & Co“ und ihre Rolle im österreichisch-osmanischen Handel im 18. Jh. veröffentlicht S. PANOVA (59, S. 467-483).

I. ILCHEV (59, S. 459-465) publiziert vier Berichte des französischen Militärrattachés in Bukarest über den Zug der bulgarischen Befreiungstruppe unter Stefan Karadža und Hadži Dimitir 1868 von der Donau ins Balkengebirge. Die Dokumente wurden kürzlich im französischen Militärsarchiv aufgefunden. Teile der Korrespondenz Nikola T. Obretenovs mit Historikern und Literaten veröffentlichten erstmals D. MINCEV und V. DÜLGEROVA (59, S. 141-232). Obretenov war einer der Führer der nationalen Befreiungsbewegung in Bulgarien zwischen 1871 und 1879 und Mitstreiter und Zeuge vieler wichtiger historischer Ereignisse in diesem Zeitraum. Vorgelegt wird ein Teil des Schriftwechsels mit bedeutenden Intellektuellen Bulgariens der Zeit zwischen 1910 und 1939, der sowohl die historischen Ereignisse von 1871-1878 als auch die Entwicklung der bulgarischen Historiographie in den 20er und 30er Jahren zu dieser Problematik reflektiert. Die 78 publizierten Briefe werden im bulgarischen Zentralen Historischen Staatsarchiv und im Historischen Museum, Memorial-Museum „Baba Tonka“ in Ruse aufbewahrt.

Interessante Ergänzungen zur Biographie der beiden bulgarischen Revolutionäre Hristo Petkov Botev und Emiriâ Petrov bietet in einer kleinen Dokumentenveröffentlichung aus dem Staatsarchiv Stara Sagora N. ALEKSANDROV (59, S. 437-458).

I. PASKOV (59, S. 393-435) veröffentlicht ein Exposé, das der bulgarische Exarch Josef I. an die Heilige Synode der bulgarischen Kirche richtete und das im Nachlaß Dimitir Mitev im bulgarischen Zentralen Historischen Staatsarchiv aufbewahrt wird. Es behandelt die Entwicklung des kirchlichen Bildungswesens in Mazedonien und Adrianopol zwischen 1897 und 1900, das der kulturellen Vereinigung aller noch im europäischen Teil der Türkei lebenden Bulgaren dienen sollte.

R. SIMEONOVA (60, S. 307-355) publiziert Korrespondenzen im Zusammen-

hang mit dem „Mazedonischen Kalender“, die im Historischen Archiv der Volksbibliothek „Kiril und Metodij“ aufbewahrt werden. Der Kalender spielte eine bedeutende Rolle in der kulturellen Bildungsarbeit in Mazedonien um 1889/1890. Über die Mitarbeit an diesem Kalender waren viele progressive bulgarische Intellektuelle in die Aufklärungsbewegung einbezogen.

Die Beziehungen zwischen der Inneren Mazedonisch-Odrinischen Revolutionären Organisation und dem Obersten Mazedonisch-Odrinischen Komitee bis 1902 beleuchten Dokumente, die C.V. BILÄRSKI (59, S. 233-291) veröffentlicht. Aus ihnen wird u.a. deutlich, daß beide Organisationen zwar unterschiedliche Auffassungen zur Organisation des Befreiungskampfes, nicht aber zu nationalen oder ideologischen Problemen hatten. Die Dokumente werden im bulgarischen Zentralen Historischen Staatsarchiv aufbewahrt.

66 bisher nicht publizierte und wenig bekannte Dokumente eines der bedeutendsten bulgarischen Revolutionäre vom Beginn des 20. Jh., Todor Aleksandrov (1881-1924), edieren K. GERGINOV und C. BILÄRSKI (60, S. 201-286). Wiedergegeben werden Dokumente aus dem bulgarischen Zentralen Historischen Staatsarchiv, die vor allem Aleksandrov's Tätigkeit als Lehrer, Revolutionär und Mitglied des Zentralkomitees der Inneren Mazedonisch-Odrinischen Organisation von 1910 bis 1924 betreffen.

Briefe Todor G. Vlajkovs an Stefan St. Gidikov, die im Nachlaß Stefan St. Gidikovs im Staatsarchiv Sliven aufbewahrt werden, veröffentlicht A. ALEKSANDROV (60, S. 287-306). Sie ermöglichen eine tiefgründigere Erforschung der Geschichte der bulgarischen Radikalen Partei zwischen 1902 und 1905.

L. ČAKALOVA (59, S. 91-140) ediert 98 Dokumente über die staatliche Tätigkeit Dr. Krystu Rakovskis und anderer bulgarischer Revolutionäre in der Zeit zwischen 1918 und 1927 in der Ukraine. Krystu Rakovski war in der Ukraine Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, Mitglied des Verteidigungsrates und übte andere verantwortungsvolle Funktionen aus. Die Dokumente werden in den Beständen des Zentralen Staatsarchiv der Oktoberrevolution der Ukraine in Kiew aufbewahrt.

Dokumente zur Rückgabe der Süddobrußtscha an Bulgarien nach dem Vertrag mit Rumänien vom 7. September 1940 in Craiova legt P. TODOROV (59, S. 49-89) vor. Die Rückgabe war erfolgt im Zusammenhang mit der Abgrenzung der Interessensphären zwischen Deutschland und der Sowjetunion in Südosteuropa auf Grundlage des Nichtangriffsvertrages von 1939. Der Autor setzt sich mit Auffassungen von Historikern auseinander, die diesen Hintergrund nicht darstellen. In den Dokumenten, die in Beständen des bulgarischen Zentralen Historischen Staatsarchivs und des Zentralen Parteiarchivs aufbewahrt werden, sind sowohl der Vertrag von 1940 und seine Vorbereitung als auch der unmittelbare Vorgang der Rückgliederung enthalten.

Auszüge aus dem Schriftwechsel und den Tagebuchaufzeichnungen des Gesandten des Deutschen Reiches in Bulgarien, Adolf-Heinz Beckerle, der unter anderem für die Deportation und Vernichtung bulgarischer Juden verantwortlich war, veröffentlicht V. TOŠKOVA (60, S. 61-199). Sie stützt sich auf Bestandsergänzungsfilme, die von der bulgarischen Archivhauptverwaltung aus dem Nationalarchiv Washington erworben wurden und eine offensichtlich umfangreiche Materialsammlung zur deutschen Okkupation in Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, die im Wissenschaftlichen Archiv der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften aufbewahrt wird.

Erinnerungen

Im Historischen Museum der Stadt Gabrovo werden Erinnerungen Dimitry Denčev Vidinlievs, eines Kaufmanns, aufbewahrt, die M.-T. SKODREVA (59, S. 293-392) ediert. Die Erinnerungen vermitteln ein anschauliches Bild sowohl des Aufstands von Gabrovo 1876 als auch der schnellen ökonomischen und kulturellen Entwicklung Gabrovos zur kapitalistischen Industriestadt.

Bestandsanalysen

Den Nachlaß des bulgarischen Historikers, Philosophen und Kunsthistorikers Andrej Dimitrov Protič, der die Jahre 1893 bis 1959 umfaßt, stellt C. VELIKKOVA (59, S. 485-492) vor. Aufbewahrt wird der Nachlaß im Wissenschaftlichen Archiv der bulgarischen Akademie der Wissenschaften.

Beide Bände enthalten als letzten Abschnitt einen Rezensionsteil, in dem vor allem Dokumentenveröffentlichungen besprochen werden. Dem Band 60 beigefügt sind ein Inhaltsverzeichnis und ein Namensregister für die Bände 51-60.

Gerlinde Grah (Potsdam)

★

Bräuer, Helmut:

Gesellen im sächsischen Zunfthandwerk des 15. und 16. Jahrhunderts / Helmut Bräuer. – Weimar : Hermann Böhlau Nachfolger, 1989. – 244 S. (Regionalgeschichtliche Forschungen)

Der Vf. untersucht die Lage der Handwerksgelesen in einigen Städten Sachsens. Neben dem besonders eingehend behandelten Zwickau sind Chemnitz und Leipzig weitere Schwerpunkte. Relativ umfangreich ist das Material auch zu Annaberg, Dresden, Freiberg und Meißen. Außerdem wird, wenngleich in

geringerem Umfang, eine Reihe kleinerer sächsischer Städte in die Untersuchung einbezogen. Zu Vergleichszwecken greift der Vf. an einigen Stellen auch über Sachsen hinaus.

Im ersten Teil geht der Vf. auf die ökonomische, soziale und politisch-rechtliche Stellung der Handwerksgelesen ein. Die verschiedenen Aspekte der gesellschaftlichen Situation und des Alltagslebens der Gelesen werden hier umfassend behandelt. Die zu diesen Fragen meist zunächst nicht sehr aussagekräftigen Quellen werden zu diesem Zweck vielfach zu anschaulichem statistischen Material aufbereitet. Der Vf. sieht im Ergebnis seiner Untersuchungen die Handwerksgelesen als einen „relativ eigenständigen Teil der plebejischen Schichten“ (S. 105) an.

Den zweiten Schwerpunkt der Arbeit bilden die Organisationen der Handwerksgelesen. Deren soziale, politische und religiöse Funktionen werden eingehend erläutert. Breiten Raum nimmt auch die Analyse der Haltung der Handwerksmeister sowie der städtischen und staatlichen Obrigkeit zu diesen Organisationen ein. Die Schaffung von Gelesenorganisationen würdigt der Vf. als bemerkenswerte historische Leistung.

Der dritte Teil der Arbeit ist der gesellschaftlichen Bewegung der Handwerksgelesen gewidmet. Zunächst werden hier die verschiedenen Formen des Protestverhaltens der Gelesen behandelt, wobei insbesondere der Gelesenstreik hervorgehoben wird. Danach wird die Rolle der Gelesen in den sozialen, politischen und religiösen Kämpfen des 15. und 16. Jh. untersucht. Einen besonders breiten Raum nimmt dabei naturgemäß der Abschnitt „Handwerksgelesen und frühbürgerliche Revolution“ (S. 156-174) ein.

Abgeschlossen wird die Arbeit durch eine Zusammenfassung der Ergebnisse. Hier unternimmt der Vf. den Versuch, die Resultate seiner Untersuchungen vom Standpunkt des Marxismus aus theoretisch einzuordnen.

Hervorzuheben ist das sehr ausführliche Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 194-230), das den Einstieg in das Thema für weiterführende Forschungen sehr erleichtert. Ein geographisches Register, ein Personenregister und ein Sachregister ermöglichen die Benutzung der Arbeit auch als Nachschlagewerk zu Einzelfragen der sächsischen Handwerksgelesen.

Der Vf. hat mit seiner Arbeit erstmals eine zusammenfassende Darstellung zur Rolle der Handwerksgelesen in Sachsen vorgelegt. Insbesondere für die sächsische Landesgeschichte und die vergleichende Handwerksgelesen-Geschichte hat er damit einen wesentlichen Beitrag geleistet. Hervorzuheben ist die umfassende Auswertung ungedruckter archivalischer Quellen. Der Vf. benutzte insgesamt 17 Archive (Staatsarchive Dresden, Leipzig und Weimar, Okresní archiv Chomutov, Kreisarchive Glauchau und Rochlitz, Stadtarchive Chemnitz, Dresden, Freiberg, Leipzig, Leisnig, Meißen, Mittweida, Penig, Plauen, Schneeberg und Zwickau).

Ekhardt Leisering (Dresden)

★

Lehmstedt, Mark:

Struktur und Arbeitsweise eines Verlages der deutschen Aufklärung

: d. Weidmannsche Buchhandlung in Leipzig unter d. Leitung von Philipp Erasmus Reich zwischen 1745 und 1787. – Leipzig, Univ., Phil. Diss. A., 1990. – 159 S.

Diese ungedruckte, aber in einigen Bibliotheken öffentlich greifbare Arbeit hier hervorzuheben, hat seinen Grund in der ungewöhnlichen Quellenbasis. Noch vor Beginn der Untersuchungen hätte man dem Germanisten eigentlich abraten müssen, das anspruchsvolle Thema anzugehen, denn das Archivgut der berühmten Weidmannschen Buchhandlung existierte nicht mehr. Der letzte Teil ist am Ende des Krieges in einem mecklenburgischen See untergegangen. Umgekehrt war von vornherein klar, daß die Überlieferung, wie sie einst bei staatlichen oder kommunalen Instanzen über den Verlag entstanden ist, spärlich sein würde. Das ist keine Besonderheit, im Gegenteil. Soweit Archivgut Leipziger Verlage erhalten ist, setzt es kaum vor 1800 ein. Der Vf. hat es fertiggebracht, was im Kern fehlte, an der Peripherie zu ermitteln. Er ist dazu beispielsweise den bekannten wie mutmaßlichen Korrespondenzpartnern Reichs nachgegangen und hat auf diese Weise um die 2000 Briefe und mehrere tausend Blatt Akten festgestellt und damit den Bestand – wenn auch nur „auf dem Papier“ – in gewisser Weise rekonstruieren können. Nicht weniger kompliziert mutet es an, ungefähr drei Viertel der gesamten Buchproduktion mit 676 Titeln in 1696 Bänden – einschließlich der Nachauflagen – in Bibliotheken nachweisen zu können. Die Angaben erstrecken sich im einzelnen auf Format, Umfang, Illustration usw. Legt man den Bratherschen Registrurgutbegriff zugrunde, so ist das Bestandteil dieser Rekonstruktion des Verlagsarchivgutes. Das zeigt in exemplarischer Weise, wie Quellengrundlage und methodische Fertigkeiten einander wechselseitig bedingen können. Ein entscheidender Teil der Arbeit lag damit in ihrem Vorfeld. Leider hat der Vf. – noch an die alte Seitenvorgabe für Dissertationen gebunden – das einleitend nur erwähnen, nicht näher darlegen können. Es ist zu hoffen, daß es sich bei der geplanten Buchpublikation oder in einer gesonderten Arbeit nachholen läßt.

Der Verlag und sein Leiter haben in der Literatur der Aufklärung einen besonderen Rang. Wenn Paul Raabe in einer Studie über Buchhändler im 18. Jh. (1977) den Verleger als die „Schlüsselfigur“ bezeichnet, so findet das in der vorliegenden Untersuchung seine volle Bestätigung. Der Vf. hat sich auf drei Schwerpunkte konzentriert und sie in kompakterer Diktion abgehandelt: das Verlagsprogramm 1745-1787, „Kapital und Kalkulation“ sowie die Lektoren an Reichs Seite. Und er kommt – das ist charakteristisch für die gesamte Arbeit – zu einer Reihe eindeutiger Ergebnisse, die bisherige, oft recht summarische Aussagen der buchhandelsgeschichtlichen Literatur weit hinter sich lassen.

Beim ersten Schwerpunkt sind die Feststellungen zum Verlagsprofil zu nennen: die Rolle der Übersetzungen aus dem Französischen und Englischen, die „Übersetzungsmanufaktur“, die Stellung des Romans, damit die Frage nach dem Adressaten, hier eingebunden der Rang der Illustration. Der Vf. vermag im Detail die Aussage abzuleiten: „Das Weidmannsche Verlagsprogramm war ein Programm der deutschen und westeuropäischen Hochaufklärung“ (S. 32). Der ökonomischen Seite wendet sich der Vf. in „Kapital und Kalkulation“ zu. Was hier allein an Berechnungen geboten wird, würde jedem Wirtschaftshistoriker dieser Zeit bestens zu Gesicht stehen (S. 52 ff.). Der Vf. ist in das Zentrum der Erfolgsursachen Reichs vorgezogen und leitet sie von Herstellungskosten, Preis, Absatz, Gewinn ab: Reich war durch und durch Kaufmann, der neue Absatzfelder und Lesebedürfnisse erkannte, sich neuer Faktoren wie dem gut illustrierten Buch zuwandte, und der verstand, sich namhafter Partner als Zwischenmeister zu bedienen, auf deren sachkundiges Urteil er sich verlassen konnte. Autor/Markt/Publikum waren bei ihm optimal kombiniert. Es sei noch ausdrücklich auf den Exkurs mit den Einzelkalkulationen hingewiesen (S. 67 ff.)

Im dritten Schwerpunkt geht der Vf. dem intellektuellen Mechanismus des Verlages nach und zeigt, daß der Erfolg der „Bücherfabrik“ nicht denkbar ist ohne die Kombination des Unternehmens mit einer Gruppe ihm befreundeter Männer, keine geringeren als beispielsweise Gellert, Weiße, Zollikofer, Oeser, ja Lessing. Sie bildeten einen Kreis um Reich, waren die Berater des Verlegers, und der Vf. vermag auf Grund der Briefe den inneren Arbeitsprozeß des Verlages anschaulich zu machen, die dichte Kommunikation, in der Reich stand und die ihm viel wichtiger war, als ein angebotenes Manuskript auch noch selber zu lesen. Es gab so eine ständige Marktanalyse. Der Vf. vermag an zahlreichen Beispielen die Werkgeschichte darzustellen (S. 114 ff.). Das waren eben keine angestellten Lektoren, sondern Berater, die mitten in den geistigen Prozessen standen und eine „Negociation“ für Reich wahrgenommen haben, wobei sie ihm auch als Autoren des Verlages verbunden gewesen sind. Was hier wiederum beeindruckt, ist die Fülle der Einzelbelege. Insgesamt sind Material und Ergebnisse viel größer als sie im Manuskript Aufnahme finden konnten. Von ihnen gehen Anregungen auf andere Gebiete aus, so etwa für die sächsische Geschichte zwischen Staatsreform und der Französischen Revolution. Vor allem sind es Ergebnisse zur Geschichte der Aufklärung. Hier begegnen sie sich mit dem geistvollen Beitrag von Günter Mühlhordt zur „Gelehrtenrepublik Leipzig“ in den Wolfenbütteler Studien (1990). Bleibt am Schluß darauf hinzuweisen, daß der Vf. 1988/89 Autor einer Ausstellung über Reich gewesen ist, die aus Anlaß des 200. Todesjahres in Leipzig und in Frankfurt/Main gezeigt wurde und zu der ein Katalogband erschienen ist, der bei aller Bildhaftigkeit auch Skripturen enthält.

Manfred Unger (Leipzig)

★

Archivum coronae regni Bohemiae = Archiv České koruny : editio diplomatica phototypica, 1158 - 1526. – Pragae

Das Archiv der Böhmisches Krone gehört zu den ältesten und wertvollsten Beständen in der Tschechoslowakei. Es ist das Archiv des alten böhmischen Staates, des böhmischen Herrschers und der böhmischen Stände.

Der Grundstock des Kronarchivs enthält vor allem Urkunden die Rechtsstellung des böhmischen Herrschers und die Stellung des Königreiches Böhmen und der Länder der böhmischen Krone im damaligen Europa, insbesondere in der Beziehung zum Römischen Reich, betreffend. Es sind dies vor allem den böhmischen Herrschern von den römischen Königen und Kaisern ausgefolgte Privilegien und deren Bestätigungen und Erweiterungen, ferner mit den ungarischen, polnischen, französischen und englischen Königen abgeschlossene Bündnis-, Freundschafts- und Friedensverträge. Eine wichtige Gruppe bilden die päpstlichen Bullen, die die Expansionspolitik des böhmischen Königs Přemysl Otakar II. und die machtpolitischen Ambitionen Karls IV. förderten.

Die hier präsentierte Edition bringt auch Lichtdruckkopien von mehr als 40 Urkunden österreichischer Herzöge, beinahe 200 Urkunden von Reichskurfürsten, bayerischen Herzögen, Urkunden von Meißener Markgrafen und thüringischen Landgrafen; mit Dutzenden von Urkunden sind Reichsstädte, luxemburgische, österreichische und schlesische Städte, Erzbischöfe von Regensburg und Meissen und zahlreiche bedeutsame Klöster vertreten. Eine selbstständige Gruppe bilden die Lehensreverse. Abgesehen von jenen Urkunden,

deren Empfänger der böhmische Herrscher oder der böhmische Staat waren, wurden in das Archiv der Böhmisches Krone auch Urkunden vermögensrechtlichen Charakters aufgenommen, die der Herrscher bei der Erwerbung von Besitzungen erhalten hatte, sowie Schriftgut im Zusammenhang mit der Ausübung der Herrscherrechte.

Wegen seines außergewöhnlichen Wertes wurde das Archiv der Böhmisches Krone im Jahre 1988 zum nationalen Kulturdenkmal erklärt.

Die Faksimileedition des Kronarchivs soll in sieben Teilen (=17 Bände) die Reproduktionen aller Urkunden aus den Jahren 1158 – 1526 (beinahe 2000 Stück) enthalten. Die Aufteilung der Edition in sieben Teile ist durchweg durch historische Meilensteine bedingt. Die Originale sind im Lichtdruck im Maßstab 1:1 auf selbständigen Blättern im Format 440 x 620 mm reproduziert. Auf der Vorderseite der Lichtdrucktafel ist das gesamte Aussehen des Averses der Urkunde samt dem Siegel dargestellt, auf der Rückseite ihr gesamter Revers, ggf. einige Details wie Anmerkungen unter der Plica, Bilder der Siegel, die sich bei der Reproduktion der Vorderseite überdecken usw. Jeder Band der Faksimilereihe wird von einem Textband begleitet, der die Regesten der Urkunden, die Editionsanmerkungen (Schreibstoff, Zustand und Abmessungen der Schriftstücke, Beschreibungen der Siegel, Übersicht über die Editionen und die Literatur) enthält; überdies gibt es ein einführendes Bändchen sowie eine kurze Geschichte des Bestandes. Der Kommentar ist in lateinischer Sprache abgefaßt, die Regesten der einzelnen Schriftstücke sind in tschechischer Sprache sowie in der Sprache des Originals angeführt. Die Edition entspricht in der Reproduktionsqualität und auch im kritischen Apparat voll auf sowohl den Anforderungen eines diplomatischen Detailstudiums als auch Ausstellungserfordernissen.

Umfang der Edition: 7 Teile mit insgesamt 17 Tafel- und 9 Textbänden.

Der Herausgeber ist die Tschechische Archivverwaltung, die Auflage beträgt 250 Exemplare.

Erschienen bzw. im Druck:

Teil I. Januar 1158 – Juli 1310 (62 Urkunden). – 80 S. Text, 52 Taf.

Teil II. Juni 1311 – Mai 1346 (215 Urkunden). – 88 S. Text, 169 Taf, in 2 Bd.

Teil III. September 1347 – März 1355 (191 Urkunden). – 1 Textbd., 2 Tafelbd.

Teil IV. April 1355 – November 1378 (715 Urkunden). – 3 Textbd., 6 Tafelbd.

Geplant:

Teil V. November 1378 – Februar 1419 (255 Urkunden). – 1 Textbd., 2 Tafelbd.

Teil VI. Mai 1419 – Februar 1468 (252 Urkunden). – 1 Textbd., 2 Tafelbd.

Teil VII. April 1471 - Dezember 1526 (237 Urkunden). – 1 Textbd., 2 Tafelbd.

Bestellungen können an folgende Anschrift gerichtet werden:

Artia, Abt. 35, 111

27 Praha

Smečky 30

ČSFR

★ ★
★

Bibliographie

Amtliche Druckschriften deutscher militärischer Okkupationsorgane während des ersten und zweiten Weltkrieges im Bestand des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam

Zusammengestellt von Kurt Metschies

Die Zusammenstellung erfaßt alle in der archivischen Fachbibliothek und in den Beständen des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam, nach dem Stand vom 1. Juli 1989 ermittelten Titel. Ein Standortnachweis (Signatur) wird im Falle der Benutzung zur Verfügung gestellt. Unberücksichtigt blieb vorerst die in Form von Mikrofilmen vorhandene Überlieferung dieser Quellengruppe.

Die Titelangabe erfolgt unverkürzt. Bei mehrsprachigen Veröffentlichungen wird nur der deutschsprachige Titel genannt. Hinweise auf Mehrsprachigkeit erfolgt in Klammern am Schluß der Titelangabe. Inhalt und Umfang von Anlagen werden nicht angegeben. In der Abfolge werden zunächst die Verordnungs-, Amts- bzw. Verkündungsblätter und im Anschluß die Dokumente der Berichtsdokumentation angeführt.

Einem späteren Beitrag vorbehalten ist die detaillierte Erfassung amtlicher Druckschriften deutscher militärischer okkupativer Organe im Bundesarchiv – Militärarchiv, Freiburg (Breisgau) (1), Bundesarchiv, Koblenz (2) und Bundesarchiv – Militärisches Zwischenarchiv, Potsdam (3).

Die vorliegende Bibliographie der amtlichen Druckschriften versteht sich als Ergänzung des in AM 5/89 (S. 170-173) abgedruckten Beitrages. Das gilt auch für den Anmerkungsteil.

Erster Weltkrieg (4)

Generalgouverneur in Belgien (1914-1918)

(1) Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens / hrsg. von d. Polit. Abt. bei d. Generalgouverneur in Belgien. – Brüssel. – (Dt., Fläm., Franz.)

Nr. 1-429 (5.9.1914-28.12.1917)
 (2) Gesetz- und Verordnungsblatt für Flandern / hrsg. von d. Verwaltungschef für Flandern. – Brüssel. – (Dt., Fläm.)
 Nr. 1-100 (3.1.-6.11.1918)
 (3) Gesetz- und Verordnungsblatt für Wallonien / hrsg. von d. Verwaltungschef für Wallonien in Namur. – Namur. – (Dt., Franz.)
 Nr. 1-87 (3.1.-31.10.1918)
 (4) Verordnungsblatt der Militär-Generaldirektion der Eisenbahn in Brüssel. – Brüssel
 Jg. 1917, Bd. 1 u. 2.
 (5) Amtsblatt der Kaiserlich Deutschen Post- und Telegraphenverwaltung in Belgien. – Brüssel
 Nr. 1-62 (Dez. 1914-Dez. 1915)
 (6) Handausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes für die okkupierten Gebiete Belgiens (1. Sept. 1914 bis 31. Dez. 1915 mit Verweisungen u. Abdr. d. angezogenen Gesetze u. Verordn. nebst e. Anh.) / hrsg. von d. Polit. Abt. bei d. Generalgouverneur in Belgien. Bearb. von O. Spengler. – Bd. 1. – Brüssel, 1916. – 400 S.
 (7) Mitteilungen der Volkswirtschaftlichen Abteilung in Belgien / für d. Schriftl. verantw.: Dr. Behrens, Abt. für Handel u. Gewerbe beim Generalgouverneur in Belgien. – Brüssel
 Nr. 1-31 (6.1.-11.8.1916)
 (Nachfolger der periodisch erscheinenden Mitteilungen ist die Monatsschrift „Belfried“, Insel-Verlag, Leipzig.)
 (8) Auszug aus der Tagespresse Belgiens / hrsg. von d. Pressezentrale Brüssel. – Brüssel. – Nur für d. Dienstgebrauch.
 Nr. 331-832 (16.3.1917-8.11.1918)
 (9) Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouverneur in Belgien. – Brüssel. – Mit Anl.
 27.9.1914-Mai 1915
 (10) Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs in Belgien. – Brüssel [bzw.] Berlin. – Mit Anl.
 Mai 1915-Jan. 1916
 (11) Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouverneur in Belgien für das Halbjahr... – Berlin
 Febr.-Juli 1916 ; Aug. 1916-Jan. 1917
 (12) Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs für Flandern für das Halbjahr... – Berlin. – Mit Anl.
 Aug. 1917-Jan. 1918 ; Febr.-Juli 1918
 (13) Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs für Wallonien für das Halbjahr... – Berlin. – Mit Anl.
 Aug. 1917-Jan. 1918 ; Febr.-Juli 1918
 (14) Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs für Flandern und Wallonien über die Tätigkeit der Zivilverwaltung in Belgien (mit Ausnahme d. Abt. für Handel u. Gewerbe u. d. Finanzabt.) für das Halbjahr... – Berlin
 Febr.-Juli 1917
 (15) Verwaltungsbericht für den Geschäftsbereich der den Verwaltungschefs für Flandern und Wallonien gemeinschaftlich unterstellten Abt. VIIb (Landwirtschaft und Ernährungswesen). – Berlin, 1918
 (16) Tätigkeitsbericht der Bankabteilung beim Generalgouverneur in Belgien. – Brüssel [bzw.] Berlin (5)
 10.2.-16.5.1915
 Nr. 2-7 (10. Mai 1915-August 1917)
 [o. Nr.] Die letzte Tätigkeit und der Abbau der Bankabteilung in Belgien. – Berlin, 1919. – Ms.-Dr.
 (17) Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien. Abgeschl. am 31. Dez. 1917. – Brüssel, 1917. – 204 S. – Nur für d. Dienstgebrauch.
 (18) Die finanzielle und wirtschaftliche Ausnutzung der besetzten Gebiete in Belgien durch das Deutsche Reich / Der Kaiserliche Generalkommissar für die Banken in Belgien. – 1917. – 81 S. & Anl. – Nachtr., umfassend d. Zeit vom 1.10.1917 bis 31.3.1918. – 1918. – 34 S. & Anl. – Ms.-Dr., streng geheim.
 (19) Bericht(e) der Abteilung für Handel und Gewerbe bei dem Generalgouverneur in Belgien. – Berlin. – Mit Anl.
 1. Hj. 1917-1. Hj. 1918
 (20) Verwaltungsbericht der Finanzabteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien. – Berlin
 1. Hj. 1917-1. Hj. 1918
 (21) Denkschriften [der] Archivabteilung (Sektion 6) der Politischen Abteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien. – Brüssel. – Nur für d. Dienstgebrauch.
 Nr. 1(1917)-19(1918)
 (22) Berichte der Sektion VII der Politischen Abteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien in Brüssel. – Brüssel
 Nr. 7, 8 u. 10(1917)
 (23) Die Hauptindustrien Belgiens / auf Befehl d. Generalgouverneurs in Belgien im Auftr. d. Abt. für Handel u. Gewerbe bei d. Generalgouverneur in Bel-

gien hrsg. von d. Landesstelle Belgien für Rohstoffherhebung – Ausschuß der Landesstelle, Polit. Abt., Generalgouvernement, Sekt. VIIb (Abt. für Handel u. Gewerbe). – München
 T. 1. Bergbau und Hüttenwesen. – 1918. – 291 s.
 T. 4. Die Textilindustrie. – 1918. – 217 S.
Deutsche Verwaltung in den 1914-1918 besetzten französischen Gebieten
 (24) Verordnungen und Erlasse über die Verwaltung und Ausnutzung der westlichen Armeegebiets (Verwawest) / hrsg. vom Generalquartiermeister. – Nachtr. Juni bis Nov. 1918. – Berlin, 1919. – 106 S.
 (25) Inspektions-Verordnungsblatt (I.V.B.) / hrsg. von d. Etappen-Inspektion 18. E.H.O.
 Nr. 4-128 (8.1.-30.10.1918)
 (26) Verordnungsblatt der Armee-Abteilung Gaede, Armeehauptquartier Freiburg bzw. Homburg (ab Nr. 19 vom 22.11.1916) Verordnungsblatt der Armee-Abteilung B. – Nur für d. Dienstgebrauch.
 Nr. 1-42 (18.1.1915-30.10.1918)
 (27) Verordnungsblatt für das Etappengebiet der IV. Armee / hrsg. von d. Etappeninspektion. – Gent. – (Dt., Franz., Fläm.)
 Nr. 1-141 (2.8.1915-15.10.1918)
Verwaltung des Gouvernements für das besetzte Gebiet von Longwy und Brier (1914-1916/18)
 (28) Verordnungsblatt für das besetzte Gebiet von Longwy und Brier. – Metz. – (Dt., Franz.)
 Nr. 1-6 (11.3.-24.9.1915). – Forts. u.d.T.:
 Verordnungsblatt der Zivilverwaltung beim Gouvernement Metz für das besetzte Gebiet von Longwy und Brier. – Metz
 Nr. 8-30 (13.12.1915-14.12.1916). – Forts. u.d.T.:
 Verordnungsblatt der Verwaltung des Gouvernements Metz für das besetzte Gebiet von Longwy und Brier. – Metz
 Nr. 31-43 (2.1917-7.9.1918)
 (29) Bericht über die Verwaltung des besetzten Gebietes von Longwy und Brier / Der Chef der Deutschen Zivilverwaltung für das Gebiet von Longwy und Brier. – Metz, 1916. 1-7 (Febr. 1915-Nov. 1916)
 (30) Verwaltungsbericht des Chefs der Verwaltung des Gouvernements Metz für das besetzte Gebiet von Longwy und Brier für die Zeit Mitte Febr. 1915 – Mitte März 1915. – Metz, 1915.
 (31) Verwaltungsbericht des Chefs der Verwaltung des Gouvernements Metz für das besetzte Gebiet von Longwy und Brier für die Zeit vom 1. Okt. 1916 bis 31. Jan. 1918. – Metz, 1918. – 35 S. & 5 Anl.
Kaiserliche Deutsche Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel (1915)
 (32) Verordnungsblatt der Kaiserlich Deutschen Verwaltung in Polen. – Posen. – (Dt., Poln.)
 Nr. 1-9 (1.4.1915-18.6.1915). – Forts. u.d.T.:
 Verordnungsblatt der Kaiserlich Deutschen Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel. – Posen. – [Forts. s. Pos. 34.]
 Nr. 10-21 (25.6.-1.9.1915)
 (33) Verwaltungsbericht der Zivilverwaltung beim Oberbefehlshaber Ost [ab Nr. 3:] der Zivilverwaltung für Russisch-Polen. – Posen
 1-3 (Febr.-März 1915). – Forts. u.d.T.:
 Vierteljahresbericht der Zivilverwaltung für Russisch-Polen
 1 (5.1.-25.4.1915). – Forts. u.d.T.:
 Vierteljahresbericht der Kaiserlich Deutschen Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel. – Posen
 2 (26.4.-20.7.1915); dazu:
 1. Ergänzungsbericht... für die Zeit vom 25. April bis 20. Mai 1915; 2. Ergänzungsbericht... für die Zeit vom 21. Mai bis 20. Juni 1915
Generalgouvernement Warschau (1915-1918)
 (34) Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau. – Warschau. – (Dt., Poln.) – [Forts. von Pos. 32.]
 Nr. 1-27 (11.9.1915-30.10.1918)
 (35) Öffentlicher Anzeiger des Verordnungsblattes für das Generalgouvernement Warschau. – Warschau. (Dt., Poln.)
 Nr. 1-127 (11.9.1915-15.10.1918)
 (36) Amtsblatt der Kaiserlich Deutschen Post- und Telegraphenverwaltung im Generalgouvernement Warschau / hrsg. von d. Post- u. Telegraphenverwaltung. – Warschau
 Nr. 1-21 (25.1.-30.12.1916)
 Nr. 1-32 (6.1.-31.12. 1917)
 Nr. 1-21 (17.1.-8.11.1918)
 (37) Amtsblatt der Kaiserlich Deutschen Behörden in Warschau. – Warschau. – (Dt., Poln.)
 Nr. 1-210 (20.4.1916-17.8.1918) [=173]
 (38) Amtliche Beilage zum Amtsblatt der Kaiserlich Deutschen Behörden in Warschau. – Warschau. – (Dt., Poln.)
 Nr. 5-25 (4.4.-19.12.1917)
 (39) Vierteljahresbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement Warschau. – Warschau. – Mit Anl.
 1.(3.)-6.(8.) (Juli 1915-Dez. 1916)

(40) Halbjahresbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement Warschau. – Warschau. – Mit Anl.
Okt. 1916-Sept. 1918

(41) Bericht des Generalgouverneurs über die Verwaltung des Generalgouvernements Warschau. – Warschau. – Mit Anl. 1-9 (Aug. 1915-Sept. 1918)

(42) Zwei Jahre deutscher Arbeit im Generalgouvernement Warschau. – Berlin, 1917. – 56 S.

(43) Verwaltungsbericht des Kaiserlich Deutschen Kreischefs für die Kreise Sokolow und Wengrow
März 1916-März 1917

(44) Tagesbericht aus der polnischen und jüdischen Presse / hrsg. von d. Presseabt. d. Verwaltungschefs beim Generalgouvernement Warschau. – Warschau. – Nur für d. Dienstgebrauch.
Nr. 1-297 (22.1.-29.12.1917)
Nr. 1-257 (2.1.-11.10.1918)
Anl. 1-2. Warschauer Tafeln zur Gegenwartsgeschichte des Königreiches Polen. – 1917.

(45) Handbuch von Polen (Kongreß-Polen) : Beitr. zu e. allg. Landeskunde / hrsg. unter Red. von Erich Wunderlich auf Grund d. Studienergebnisse d. Mitgl. d. Landeskundl. Komm. – 2., verm. Aufl. – Berlin, 1918. – 511 S. – (Veröffentlichungen der Landeskundlichen Kommission beim Kaiserlichen Deutschen Generalgouvernement Warschau)
Sonstige, den Okkupationsorganen in Polen nahestehende, Veröffentlichungen:

(46) Übersicht über den wesentlichen Inhalt der polnischen Presse / zsgest. im Kgl. Polizeipräsidium in Posen. – Posen. – Nur für d. Dienstgebrauch.
Nr. 8-13 (Mai-Okt. 1916). – Forts. u.d.T.:
Polnischer Pressebericht / zsgest. im Kgl. Polizeipräsidium Posen. – Posen. – Nur für d. Dienstgebrauch.
Nr. 262-296 (15.11.-29.12.1917)
Nr. 1-252 (2.1.-5.11.1918)

(47) Das Parteiwesen und die Presse des Polentums in Preußen, Kongreßpolen, Galizien. – Warschau. – Geheim.
Teil A u. B. Bearb. durch Major Schütte nach Angaben von Prof. Dr. Hoetsch u.a. Abgeschlossen 1.7.1916. – 1916. – 44 S. & Nachtr. vom 25. Okt. 1916 (22 S.)
Teil C. Galizien / bearb. im Auftr. d. Generalgouvernements Warschau. Hrsg. vom Kaiserl. Deutschen Generalgouvernement Warschau. Abgeschlossen am 1.5.1917. – 1917. – 57 S.
Verwaltungsgebiet Oberbefehlshaber Ost (1915-1918)

(48) Befehls- und Verordnungsblatt des Oberbefehlshabers Ost. – Hauptquartier
Nr. 1-62 (1.12.1915-29.12.1916)

(49) Amtsblatt für den Verwaltungsbezirk der Etappe der 9. Armee. – Bialystok
Jg. 1(1916)Nr. 2-16 (25.12.1915-28.2.1916). – Forts. u.d.T.:
Amtsblatt für den Verwaltungsbezirk der Etappeninspektion 9. – Bialystok. – (Dt., Poln.)

(5) Verordnungsblatt für das Kaiserliche Gouvernement und die Deutsche Verwaltung Wilna / hrsg. vom Kaiserl. Gouvernement Wilna. – Wilna. – (Dt., Poln., Litauisch)
Nr. 1-16 (27.11.1915-11.7.1916). Mit Nr. 16 Erscheinen eingestellt.

(51) Verordnungsblatt der Deutschen Verwaltung für Kurland. – Mitau. – (Beil. d. Mitauischen Zeitung.)
Nr. 6-10 (15.1.-10.2.1916) [°°8]

(52) Verordnungsblatt für Liv- und Estland / hrsg. vom AOK 8. – Dorpat
Nr. 32 (12.8.1918). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt für die baltischen Lande / hrsg. von d. Militärverwaltung d. balt. Lande, Abt. d. Innern. – Riga
Nr. 33-39 (20.9.-6.11.1918). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt für die baltischen Lande / hrsg. von d. Zivilverwaltung d. balt. Lande, Abt. d. Innern. – Riga
Nr. 40-42 (23.11.-3.12.1918)

(53) Verwaltungsbericht der Militärverwaltung Kurland
8. (April 1918). – 98 S.

(54) Die Deutsche Verwaltung in Litauen 1915 bis 1918 / Der Verwaltungschef Litauen, Abwicklungsbehörde Berlin. – Berlin, 1921. – 225 S. : 1 Kt. – Nur für d. Dienstgebrauch.
Militärverwaltung Rumänien, Bukarest (1917-1918)

(55) Verordnungsblatt der Militärverwaltung in Rumänien. – Bukarest. – Nur für d. Dienstgebrauch. – (Dt., bis Nr. 7 auch in Rumän.)
Nr. 1-81 (29.12.1916-14.6.1918). Danach Erscheinen eingest. – Beil.: Verordnungsblatt des Oberkommandos der Heeresgruppe von Mackensen. – Nachforschungen und Fahndungen. – Heerestagesbefehle. – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Oberkommandos des Besetzungsheeres in Rumänien. – Bukarest. – Nur für d. Dienstgebrauch.
Nr. 1-26 (22.6.-1.11.1918). – Beil.: Verordnungsblatt des Oberkommandos der Heeresgruppe von Mackensen. – Nachforschungen und Fahndungen. –

Heerestagesbefehle.

(56) Bericht der Militärverwaltung in Rumänien : Halbjahresbericht d. Oberquartiermeisterstabes vom 1. Juli bis 31.12.1917. – 78 S.
Militärverwaltung in Serbien (1916-1918)

(57) Sammlung der in dem Verordnungsblatt der K.u.K. Militärverwaltung in Serbien im Jahre 1916 und 1917 erschienenen Verordnungen / zsgest. u. eingel. von Michael Jungerth. – Belgrad, 1918. – 251 S.
Zweiter Weltkrieg (6)
Reichsprotector in Böhmen und Mähren (1939-1945)

(58) Verordnungsblatt für Böhmen und Mähren. – Berlin
Nr. 1-5 (15.3.-14.4.1939). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren / hrsg. vom Reichsprotector in Böhmen u. Mähren. – Berlin [bzw.] Prag. – (Dt., anfangs auch in Tschech.)
Nr. 6-44 (7.7.-30.12.1939)
Nr. 1-55 (11.1.-28.12.1940)
Nr. 1-65 (2.1.-29.12.1941)
Nr. 1-49 (10.1.-31.12.1942)
Nr. 1-30 (21.1.-27.12.1943)
Nr. 1-23 (25.1.-10.12.1944)
Nr. 1 (4.1.1945)
(59) Amtsblatt des Protectorats Böhmen und Mähren. – (Dt., Tschech.)
Jg. 11(1940)Nr. 67 (21.3.1940)

(60) Das neue Recht in Böhmen und Mähren / hrsg. von Helmut Krieser. – Bd. 1-3. – Prag, 1943.
Reichsstatthalter Danzig-Westpreußen

(61) Verordnungsblatt für die Zivilverwaltung in den dem Gauleiter Forster als Chef der Zivilverwaltung unterstellten besetzten Gebieten / Hrsg.: Geschäftsstelle für d. Verordnungsbl. für d. Zivilverwaltung. – Danzig
Nr. 1-5 (7.9.1939-13.9.1939). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen / Hrsg.: Geschäftsstelle für d. Verordnungsbl. u. d. Amtsbl. d. Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen. – Danzig
Nr. 1-20 (18.9.-25.10.1939). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Reichsstatthalters Reichsgau Danzig / Hrsg.: Geschäftsstelle für d. Verordnungsbl. u. d. Amtsbl. d. Reichsstatthalters in Danzig. – Danzig
Nr. 1-4 (1.11.-10.11.1939). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Reichsstatthalters Reichsgau Danzig-Westpreußen. – Danzig
Nr. 5-20 (14.11.-30.12.1939)
Nr. 1-88 (10.1.-31.12.1940)
Nr. 1-82 (9.1.-27. 12.1941)
Nr. 1-86 (3.1.-30.12.1942)
Nr. 1-63 (7.1.-30.12.1943)
Nr. 1-45 (6.1.-5.10.1944). – (Dt., Poln.)

(62) Amtsblatt des Reichsstatthalters Reichsgau Danzig / Hrsg.: Geschäftsstelle für d. Verordnungsbl. u. d. Amtsbl. d. Reichsstatthalters Reichsgau Danzig. – Danzig
Nr. 1-2 (4.1.-8.11.1939). – Forts. u.d.T.:
Amtsblatt des Reichsstatthalters Reichsgau Danzig-Westpreußen
Nr. 3-14 (15.11.-30.12.1939)
Nr. 1-63 (10.1.-24.12.1940)
Nr. 1-60 (8.1.-31.12. 1941). – Forts. u.d.T.:
Amtsblatt des Reichsstatthalters in Danzig-Westpreußen (zugleich öffentlicher Anzeiger) : Ausg. A / Hrsg.: Reichsstatthalter in Danzig-Westpreußen. – Danzig
Nr. 1-52 (7.1.-30.12.1942)
Nr. 1-53 (6.1.-29.12.1943)
Nr. 1-40 (5.1.-4.10.1944)
Reichsstatthalter im Reichsgau Wartheland

(63) Verordnungsblatt des Chefs der Zivilverwaltung beim Militärbefehlshaber zu Posen. – Posen
Nr. 1-6 (3.10.-14.11.1939). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Reichsstatthalters im Reichsgau Wartheland. – Posen
Nr. 7-10 (23.11.-19.12.1939)
Nr. 1-43 (8.1.-16.12.1940) & Anl.
Nr. 1-43 (7.1.-19.12.1941) & Anl. – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Reichsstatthalters im Warthegau. – Posen
Nr. 1-41 (21.1.-17.12.1942)
Nr. 1-14 (8.1.-25.5.1943). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Reichsstatthalters im Reichsgau Wartheland
Nr. 15-32 (4.6.-29.12.1943)
Nr. 1-19 (26.1.-20.12.1944)
Generalgouvernement Polen (1939-1945)

(64) Verordnungsblatt für die besetzten Gebiete in Polen / hrsg. vom OKH in Berlin. – Berlin. – (Dt., Poln.)
Nr. 1-12 (11.9.-23.10.1939)

- (65) *Verordnungsblatt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete* / hrsg. vom Verlagsamt im Amt d. Generalgouverneurs, z.Zt. Lodsch, Warschau, Krakau [bzw.] von dem Amt für Gesetzgebung in der Regierung des Generalgouvernements Krakau. (Dt., Poln.; ab 1944 in Dt.; 1942-44 teilw. Ukrain.)
 Nr. 1-14 (26.10.-23.12.1939)
 T. I Nr. 1-74 (15.1.-31.12.1940)
 T. II Nr. 1-80 (19.1.-31.12.1940)
 Nr. 1-123 (14.1.-31.12.1941)
 Nr. 1-113 (3.1.-31.12.1942)
 Nr. 1-102 (6.1.-31.12.1943)
 Nr. 1-50 (25.1.-30.12.1944)
- (66) *Amtlicher Anzeiger für das Generalgouvernement* / verantwortl. für d. amtli. Bekanntmachungen: Regierung d. Generalgouvernements (Amt für Gesetzgebung)
 Nr. 51-104 (3.7.-29.12.1942)
- (67) *Volkspolitischer Informationsdienst der Regierung des Generalgouvernements, Innere Verwaltung Bevölkerungswesen und Fürsorge* / Hrsg.: Dr. Fritz Arlt. – Krakau. – Nur für d. Dienstgebrauch.
 H. 1. Die ukrainische Volksgruppe im Generalgouvernement. – 1940. – 96 S. : Kt.
 H. 3 Übersicht über die Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement. – 1940. – 65 S.
- (68) *Schriftenreihe des Instituts für deutsche Ostarbeit Krakau, Sektion Geschichte.* – Krakau
 Bd. 1. Die preußische Polenpolitik von 1772-1914 / Manfred Lambert. – 2., verb. Aufl. – 1942. – 242 S.
- (69) *Die Burg* : Vierteljahresschrift d. Inst. für dt. Ostarbeit Krakau
 Jg. 2(1941) H. 1
Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete (1940-1945)
 (70) *Verordnungsblatt für die besetzten norwegischen Gebiete* / hrsg. vom Reichskommissar für d. besetzten norweg. Gebiete. – Oslo. – (Dt., Norweg.)
 Nr. 1-9 (6.5.-5.12.1940)
 Nr. 1-15 (6.3.-29.11.1941)
 Nr. 1-10 (16.1.-7.12.1942)
 Nr. 1-10 (23.1.-23.12.1943)
Chef der Zivilverwaltung für den Bezirk Bialystok (1941-1944)
 (71) *Amtsblatt des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Zivilverwaltung für den Bezirk Bialystok.* – Bialystok
 Jg. 1(1941) Folge 12-17 (9.19.-22.12.1941)
 Jg. 2(1942) Folge 1-14 (20.1.-6.10.1942). – Forts. u.d.T.:
Amtsblatt des Oberpräsidenten, Zivilverwaltung für den Bezirk Bialystok. – Bialystok
 Jg. 2(1942) Folge 15-19 (23.10.-30.12.1942)
- (72) *Verordnungsblatt des Chefs der Zivilverwaltung für den Bezirk Bialystok.* – Bialystok
 Nr. 1-20 (10.2.-31.12.1943)
 Nr. 1-6 (14.1.-8.5.1944)
Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete (1940-1945)
 (73) *Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete.* – Den Haag. – (Dt., Holländ.)
 Stück 1-41 (5.6.-14.12.1940)
 Stück 1-51 (7.1.-20.12.1941)
 Stück 1-34 (3.1.-23.12.1942)
 Stück 1-29 (9.1.-1.12.1942)
 Stück 1-14 (29.1.-11.8.1944)
- (74) *Westland* : Blätter für Landschaft, Geschichte u. Kultur an Rhein, Mosel, Maas u. Schelde / hrsg. vom Reichskommissar für d. besetzten niederl. Gebiete, Reichsminister Dr. Seyss-Inquart. – Amsterdam ; Berlin ; Prag ; Wien Folge 3(1943/44)
Der Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich (1940-1944)
 (75) *Verkündigungsblatt des Oberfeldkommandanten für die Departements Nord und Pas-de-Calais* / hrsg. vom Oberfeldkommandanten (Kriegsverwaltungschef). – Ersch. nach Bedarf. – (Dt., Franz., Fläm.)
 Ausg. 5-52 (8.10.1940-3.2.1942)
- (76) *Heeresgruppen-Verordnungsblatt für die besetzten Gebiete* / hrsg. von d. Heeresgruppe O.V. – Ersch. nach Bedarf.
 Ausg. 1 (10.5.1940). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Militärbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich für die besetzten Gebiete Belgiens, Luxemburgs und Nordfrankreichs / hrsg. vom Militärbefehlshaber (Militärverwaltungschef) Brüssel. – Ersch. nach Bedarf.
 Ausg. 2-10 (17.6.-13.8.1940). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Militärbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich für die besetzten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs / hrsg. vom Militärbefehlshaber (Militärverwaltungschef) Brüssel. – (Dt., Fläm., Franz.)
 Ausg. 11-130 (17.8.1940-18.7.1944) [°°28]
- (77) *Tätigkeitsbericht der Militärverwaltung für den Monat...* / *Der Militärbefehlshaber in Belgien u. Nordfrankreich – Der Chef der Militärverwaltung.* – Ms.-Druck.
 Nr. 29.(Mai 1944). – 75 S. – 32. von 103 Ausf.
 Nr. 30.(Juni 1944). – Getr. Pag.
Militärbefehlshaber in Frankreich, Paris (1940-1944)
 (78) *Verordnungsblatt für die besetzten französischen Gebiete* / hrsg. vom Oberbefehlshaber d. Heeres – Chef d. Militärverwaltung in Frankreich. – Paris. – (Dr., Franz.)
 Nr. 13-50 (29.10.1940-23.12.1941)
 (79) *Verordnungsblatt des Kommandanten des Heeresgebiets Südfrankreich für den Küstenbezirk Mittelmeer (VOBKM).* – (Dt., Franz.)
 Nr. 1-5 (15.2.-5.7.1944)
Chef der Zivilverwaltung im Elsaß (1940-1944)
 (80) *Verordnungsblatt des Chefs der Zivilverwaltung im Elsaß.* – Straßburg
 Nr. 1-25 (24.8.-23.12.1940)
 Nr. 1-45 (14.1.-23.12.1941)
 Nr. 1-35 (12.1.-16.12.1942)
 Nr. 1-23 (21.1.-28.12.1943)
 Nr. 1-15 (25.1.-7.11.1944)
 (81) *Verzeichnis der Gemeinden und Kreise im Elsaß mit Angabe der Einwohnerzahlen* / bearb. vom Chef d. Zivilverwaltung im Elsaß, Verwaltungs- u. Polizeiabt. in Straßburg. – Straßburg, 1940. – 36 S.
Chef der Zivilverteidigung in Lothringen (1940-1944)
 (82) *Verordnungsblatt für Lothringen* / hrsg. vom Chef d. Zivilverwaltung in Lothringen. – Saarbrücken
 Nr. 1-25 (24.8.-28.12.1940)
 Nr. 1-75 (11.1.-29.12.1941)
 Nr. 1-47 (15.1.-30.12.1942)
 Nr. 1-16 (16.1.-28.12.1943)
 Nr. 1-4 (24.1.-25.3.1944)
 (83) *Gemeindeverzeichnis für die Westmark* : nach d. Gebietsstand vom 1.4.1941 / hrsg. im Auftr. d. Reichsstatthalters in d. Westmark u. Chefs d. Zivilverwaltung in Lothringen vom Statist. Amt. – Saarbrücken, 1941. – 159 S. & Kt.-Beil.
Chef der Zivilverwaltung in Luxemburg (1940-1944)
 (84) *Verordnungsblatt für Luxemburg* / hrsg. vom Chef d. Zivilverwaltung in Luxemburg. – Luxemburg. – Ersch. nach Bedarf.
 Nr. 1-77 (1.9.-31.12.1940)
 Nr. 1-87 (2.1.-31.12.1941)
 Nr. 1-74 (10.1.-31.12.1942)
 Nr. 1-57 (15.1.-27.12.1943)
 Nr. 1-30 (5.1.-24.8.1944)
Chef der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains (1941-1945) (7)
 (85) *Verordnungs- und Amtsblatt des Chefs der Zivilverwaltung in der Untersteiermark.* – Marburg [bzw.] Graz. – 8dt., 1941 auch in Slow.)
 Stück [bzw.] Nr. 1-107 (15.4.1941-31.12.1942)
 Nr. 1-37 (9.1.-30.12.1943)
 Nr. 1-90 (14.1.-23.12.1944)
 Nr. 1 (20.1.1945)
 (86) *Verordnungs- und Amtsblatt des Chefs der Zivilverwaltung für die besetzten Gebiete Kärntens und Krains.* – Klagenfurt. – Ms.-Druck.
 Stück 1-4 (24.4.-21.5.1941). – Forts. u.d.T.:
Verordnungs- und Amtsblatt des Chefs der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains. Nicht gültig für d. Bereich d. polit. Kommissars in Unterdrauburg. – Veldes
 Stück 5-35 (24.5.-10.12.1941). – Forts. u.d.T.
Verordnungs- und Amtsblatt des Chefs der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains. – Ausg. B. – Klagenfurt. – (Dt., bis 1942 auch in Slowen.)
 Stück 1-27 (14.1.-23.12.1942)
 Stück 1-13 (23.1.-22.12.1943)
 Stück 1-9 (15.2.-15.11.1944)
 Stück 1-2 (26.1.-5.3.1945)
 (87) *Verordnungs- und Amtsblatt des Chefs der Zivilverwaltung für die besetzten Gebiete Kärntens und Krains.* Nur gültig für d. Bereich d. polit. Kommissars in Unterdrauburg. – Klagenfurt
 Stück 2-26 (2.5.-31.12.1941). – (Stück 1 entspr. Pos. 86 Stück 1 vom 24.4.1941)
Militärbefehlshaber in Serbien, Belgrad (1941-1944)
 (88) *Verordnungsblatt für das besetzte jugoslawische Gebiet* / hrsg. vom Oberbefehlshaber d. Armee. – Im Felde Nr. 1-3 (1941). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Militärbefehlshabers in Serbien. – Belgrad
 Nr. 1-17 (16.5.-18.8.1941). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt des Befehlshabers Serbien. – Belgrad
 Nr. 18-57 (29.8.1941-21.8.1943). – Forts. u.d.T.:
Verordnungsblatt für das besetzte Serbische Gebiet / hrsg. vom Militärbefehlshaber Südost. – Belgrad. – (Dt., Serb.)

Nr. 58-68 (31.8.1943-17.8.1944) [°67]
 (89) Bekanntmachungen und Veröffentlichungen der deutschen Behörden in Serbien / hrsg. von d. Militärbefehlshaber in Serbien [ab Nr. 4 vom Befehlshaber in Serbien; ab Nr. 13 vom Militärbefehlshaber Südost]
 Nr. 1-13 (5.7.1941-30.10.1943)
Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (1941-1944)
 (90) Verordnungsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete / hrsg. vom Reichsminister für d. besetzten Ostgebiete. – Berlin
 Nr. 1-17 (1.1.-29.12.1942)
 Nr. 1-15 (18.1.19.19.1943)
 Nr. 1-6 (12.2.-20.11.1944)
 (91) Amtsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete / hrsg. vom Reichsministerium für d. besetzten Ostgebiete. – Berlin. – Streng vertraulich.
 Nr. 1-14 (19.7.-31.12.1943)
 Nr. 1-19 (25.1.-30.12.1944). – (Als Nachdr. für einzelne Verwaltungszweige sind vorh.:
 Sammelnr. 1 u. 3 (Dez. 1943)
 Sammelnr. 5 u. 8 (Jan. u. Mai 1944)
 Schlußnr. (Juli 1944)
 (92) Mitteilungsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete. – Berlin. – Nur für d. Dienstgebrauch.
 Nr. 1-27 (11.10.1941-29.5.1942)
 (93) *Das Recht der besetzten Ostgebiete / hrsg. vom Reichsminister für d. besetzten Ostgebiete.* – München; Berlin, 1943.
 (94) *Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten (Grüne Mappe) / Wirtschafts-Führungsstab Ost.* – Teil II. – 3. Aufl. – Berlin, 1942. – Erg.-Mat. zu T. I. – Geheim.
 (95) Mitteilungsblatt des Reichskommissars für das Ostland. – Riga
 Jg. 1(1941)1 (30. Sept.)
 Jg. 2(1942)-4(1944)12 (bis 10. Juni)
 (96) Strukturbericht über das Ostland / Reichskommissar für d. Ostland, Abt. II, Raum. – Riga
 T. 1. Ostland in Zahlen. – 1942. – 166 S.
 T. 2. Ostland-Atlas. – 1942. – 44 Bl. Kt.; 77 x 66 cm
 (97) *Statistische Berichte für das Ostland / hrsg. vom Reichskommissar für d. Ostland.* – Riga. – Nur für d. Dienstgebrauch.
 Jg. 3(1943)1-4 (Jan. – April)
 (98) Ostland : Monatschrift d. Reichskommissars für d. Ostland. – Riga
 Jg. 1(1942/43)Nr. 2 u. 12 (Aug. 1942 bzw. Juni 1943)
 Jg. 2(1944)Nr. 8 (Febr.)
 (99) Amtlicher Anzeiger des Reichskommissars für das Ostland. – Riga
 Nr. 1-8 (25.8.-24.12.1943)
 Nr. 1-14 (18.1.-31.8.1944). – (Übers. in estn., lett., litauischer u. weißruthen. Sprache ersch. z.T. in d. Amtsbll. d. Generalkommissare)
 (100) Verkündungsblatt des Reichskommissars für das Ostland / hrsg. vom Reichskommissar für d. Ostland. – Riga
 Jg. 1(1941)1-21(30.8.-31.12.1941). – Forts. u.d.T.:
 Verordnungsblatt des Reichskommissars für das Ostland
 2(1942)-44(1944)16 (10.1.1942-31.8.1944). – (Übers. wie in Pos. 99)
 (101) Amtsblatt des Generalkommissars in Reval. – Reval. – (Dt., Estn.)
 Jg. 1(1942)-3(1944)10 (2.2.1942-4.5.1944)
 (102) Amtsblatt des Generalkommissars in Riga. – Riga. – (Dt., Lett.)
 Jg. 1(1941)-4(1944)50 (8.6.1942-31.8.1944)
 (103) Amtsblatt des Generalkommissars in Kauen. – Kauen. – (Dt., Litauisch)
 Jg. 1(1941)-4(1944)14 (1.9.1941-30.4.1944)
 (104) Amtsblatt des Generalkommissars für Weißruthenien / Hrsg.: Der Generalkommissar in Minsk. – Minsk
 Jg. 1(1941)1-4 (30.9.-30.11.)
 Jg. 2(1942)1-7 (30.1.-20.6.). – Forts. u.d.T.:
 Amtsblatt des Generalkommissars in Minsk. – Minsk
 Jg. 2(1942)8-4(1944)4 (21.7.1942-25.3.1944)
 (105) Amtliche Mitteilungen des Reichskommissars für die Ukraine. – Rowno. – Nur für d. Dienstgebr.
 Nr. 14-19 (6.3.-14.4.1942). – Forts. u.d.T.:
 Verordnungsblatt des Reichskommissars für die Ukraine / hrsg. vom Reichskommissar für d. Ukraine, Abt. Verwaltung. – Luzk/Wolhynien [bzw.] Rowno
 Nr. 1-29 (20.4.-31.12.1942)
 Nr. 1-23 (30.1.-20.12.1943)
 (106) Zentralblatt des Reichskommissars für die Ukraine : Ausg. A. – Luzk/Wolhynien. – Nur für d. inneren Dienstgebr. Jg. 1(1942)1-35 (1.5.-31.12.1942)
 (107) Amtsblatt des Generalkommissars Dnepropetrowsk. – Dnepropetrowsk
 Jg. 1(1942/43)Nr. 1 (9.12.1942), 4 (25.2.1943), 5 (10.8.1943)
 (108) Amtsblatt des Generalkommissariats Kiew : amtli. Verkündungsbl. – Kiew. – (Dt., Ukrain., Russ.)
 Jg. 1(1942)2-7 (19.5.-25.9.)

Jg. 2(1943)1-6 (22.2.-31.8.)
 (109) Amtliche Mitteilungen des Generalkommissars für die Krim. – Melitopol. – Ms.-Druck.
 Jg. 1(1943)1-2 (24.2.-29.5)
 (110) Amtsblatt des Generalkommissars in Nikolajew. – Nikolajew
 Jg. 1(1943)1-2 (24.2.-29.5)
 (111) Amtsblatt des Generalkommissars in Shitomir. Shitomir. – (Dt., z.T. in Ukrain., Russ.)
 Jg. 1(1941/42)1-7 (20.12.1941-28.12.1942)
 Jg. 2(1943)1-8 (16. 3.-5.7. 1943)
 (112) Amtsblatt des Generalkommissars für Wolhynien und Podolien in Luzk / hrsg. vom Generalkommissar für Wolhynien u. Podolien, Abt. Innere Verwaltung. – Luzk. – (Dt., Ukrain.)
 Jg. 2(1943)1-19 (1.1.-1.11.)
 (113) Mitteilungsblatt der Haupttreuhandstelle Ost. – Berlin. – Ersch. nach Bedarf.
 Nr. 1-5 (8.4.-27.8.1940)
 Nr. 1-8 (31.-5.12.1941)
 Nr. 1-5 (10.4.-12.2.1942)
 Nr. 1-2 (15.4.-5.11.1943)
 Nr. 1 (1.10.1944)

*

(1) Vgl. Gebhardt, Walther: Spezialbestände in deutschen Bibliotheken: Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West)/im Auftr. d. Dt. Forschungsgemeinschaft bearb. von Walther Gebhardt. – 1. Aufl. – Berlin; New York, 1977. – S. 174-175.

(2) A.a.O., S. 275-276.

(3) Kästner, Albrecht: Militärische amtliche Druckschriften im Militärarchiv der DDR. – In: AM 38(1988)1. – S. 29-31.

(4) Vgl. hierzu auch den Bestand 92 Sachthematische Sammlung. In der Sachgruppe Erster Weltkrieg befindet sich eine umfangreiche Überlieferung von im Auftrage militärischer Behörden im Reichsgebiet und den okkupierten Gebieten herausgegebenen Presseerzeugnissen, Armeezeitungen, Flugblättern und Maueranschlägen. Diese Überlieferung wird ergänzt durch Zeitungen ausländischer Kriegsgefangener in Deutschland 1914-1918 sowie deutscher Kriegs- und Zivilgefangener 1914-1918 sowie durch amtliche und nicht-amtliche Berichte von einzelnen Kriegsschauplätzen.

(5) Vgl. hierzu bes. Bestand 90 Lu Carl von Lumm (Generalkommissar für die Banken, 1914-1919). Zum Inhalt des Nachlasses vgl. neben H. Schreyer (AM 35(1985)3. – S. 88-92) auch: Quellen zur Wirtschaftsgeschichte in der Epoche des Imperialismus im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. – In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. – Berlin (1961)1. – S. 239-283 (bes. S. 282 f.).

(6) Vgl. hierzu neben der Sachgruppe Zweiter Weltkrieg im o.a. Bestand auch den Bestand 94 Sammlung Zweiter Weltkrieg. Zum Inhalt vgl. Anm. 27. – Außerdem wird an dieser Stelle noch auf die im Bestand 100 Kartensammlung vorhandenen Karten verwiesen, die von militärischen Dienststellen herausgegeben worden sind.

(7) Die Fachbibliothek des Bundesarchivs, Abteilung Potsdam verfügt über geschlossene Sammlungen von Gesetz-, Verordnungs-, Verkündungs- und Amtsblättern der im Zusammenhang mit der Annexion Österreichs geschaffenen neuen administrativen Einheiten aus dem Zeitraum 1938-1945 (sog. Reichsgaue Kärnten, Niederdonau, Oberdonau, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg, Wien sowie Land Österreich – hier März 1938 bis März 1940).

* *

*

Zum Problem der Zuständigkeit für das Archivgut der volkseigenen Wirtschaft der DDR

Leserzuschrift zum Beitrag von R. Kluge (AM 5/90, S. 162 ff.)

Im Beitrag „Der Staatliche Archivfonds der DDR – Entwicklung und Probleme“ von Herrn Reinhard Kluge wird folgende Aussage getroffen: „Die Archivbestände volkseigener Betriebe sollten für die Zeit ihrer Existenz in dieser Rechtsform grundsätzlich in der Hand der staatlichen Archive bleiben, soweit sie der Wertkategorie 1 angehörten“. Entscheidend ist meiner Ansicht nach (hier gibt es keine Meinungsverschiedenheiten mit Herrn Kluge), daß vorhandenes Archivgut der volkseigenen Wirtschaft über die Umbruchphase hinweg gesichert wird. In der Art und Weise jedoch besteht eine andere Meinung, die ich hier zur Diskussion stellen möchte.

Warum wird z.B. noch eine ungerechtfertigte Einteilung der Betriebe in Wertkategorien vorgenommen? Kennzeichnend für alle sind doch folgende Merkmale: eigenes Profil in der Produktion, Eigenständigkeit, Bedeutung im Territorium, Anspruch auf Traditionspflege, Tätigkeit oft mehrerer Generationen aus einer Familie und ähnliches. Da jedoch die neugebildeten Firmen nur eine andere Rechtsform darstellen, aber an die Tätigkeit ihrer volkseigenen Vorgänger anknüpfen, gehört das Archivgut in die Firmenarchive. Nur wenn eine potentielle Gefahr für das Archivgut besteht, sei es, daß der Betrieb ohne Rechtsnachfolger aufgelöst wird oder von seiten der Firma kein Interesse an einem Firmenarchiv besteht, ist eine Übernahme in eine andere

Rechtsträgerschaft anzustreben. Die günstigste Form wäre hier eine Zuständigkeit der zu bildenden Industrie- und Handelskammern, wie es in den alten Bundesländern der Fall ist. Ungerechtigkeiten, die sich durch eine generelle Einteilung in Wertkategorien ergeben, ließen sich so vermeiden. Den Firmen bliebe auch ihr „Langzeitgedächtnis“ erhalten. Eine Entfernung des Archivgutes aus den Firmen wird in der Regel die Beseitigung des Archivs und Arbeitslosigkeit des betroffenen Archivars zur Folge haben.

Es ist doch merkwürdig, daß Kreise, die sich jahrzehntelang kaum für die Verwaltungsarchive der Betriebe eingesetzt haben, auf einmal reges Interesse an deren Archivgut zeigen. Wollen sie damit nicht eigentlich ihren eigenen Arbeitsplatz auf Kosten der Verwaltungsarchivare sichern? Auf diese wohlfeile Art und Weise können sie sich auch gleich noch die Arbeitsergebnisse dieser aneignen und als eigene präsentieren. Daß dieser Gedanke nicht aus der Luft gegriffen ist, ergibt sich daraus, daß von ihnen keine alternativen Vorschläge gemacht werden.

Wie soll sich bei der vorgeschlagenen Verfahrensweise ein Firmenarchivar den neuen Anforderungen erfolgreich stellen, wenn er von seinem Archivgut getrennt wird? Meiner Ansicht nach kann das anstehende Problem wie folgt gelöst werden:

- Nach territorialen Prinzipien sind Wirtschaftsarchive bei den entstehenden Industrie- und Handelskammern zu bilden. Diese sind für die Erfassung, Übernahme und Lagerung von Archivgut solcher Firmen zuständig, die kein Firmenarchiv besitzen bzw. aufgelöst werden.
- Die Planstellen in diesen Wirtschaftsarchiven sind mit qualifizierten Verwaltungsarchivaren aus der Wirtschaft zu besetzen. Sie könnten so ihre speziellen Erfahrungen in ihren neuen Wirkungskreis einbringen, und irgendwelchen „Seilschaften“ würde der Zugang zu „ruhigen“ Posten verwehrt.
- Archivgut der Wirtschaft, welches sich noch in den Staatsarchiven befindet, ist dem zuständigen Wirtschaftsarchiv zu übergeben. Sollte für diesen oder jenen Bestand noch eine Firma als Rechtsnachfolger bestehen und ist diese bestrebt, das Firmenarchiv auf- und auszubauen, dann sind diese Bestände der interessierten Firma zuzuführen. Die Staatsarchive würden so Magazinkapazität ohne großen finanziellen Einsatz gewinnen, und das Archivgut der Wirtschaft wäre im großen und ganzen konzentriert untergebracht und zugänglich.

Diese Vorschläge stellen meiner Meinung nach eine durchaus zu beachtende Alternative dar. Das wichtigste Anliegen, Sicherung des Archivgutes der Wirtschaft für die aktuellen Aufgaben, aber auch für nachfolgende Generationen, wäre gewahrt. Eine zu einem späteren Zeitpunkt beginnende Analyse der heutigen Umbruchphase einschließlich der Entwicklung der DDR bedarf einer alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Quellengrundlage. Wer hier die Interessen der Firmen nicht genügend berücksichtigt, sollte sich dann auch nicht wundern, wenn die Quellen aus der Wirtschaft recht mager sind.

Ich fordere daher auf, über den Vorschlag in aller Öffentlichkeit zu diskutieren, um so die günstigste Variante zur Sicherung des Archivgutes der Wirtschaft zu finden und umzusetzen.

Jürgen Jache (Leipzig)

Informationen

Das Kulturelle Erbe geowissenschaftlicher und montanwissenschaftlicher Bibliotheken – Vergangenheit, Gegenwart und Strategie für das neue Jahrtausend

Die geowissenschaftlichen und montanwissenschaftlichen Bibliotheken Europas (und anderer Kontinente) verfügen bezüglich „alter“ Bücher, Handschriften, Risse, Karten und Nachlässe, gelegentlich auch Münzen, Medaillen, Zinnfiguren, Schnitzereien u.v.a., über ein reiches Kulturelles Erbe. Die hohe Bedeutung dieser Bestände kennen Bibliothekare, Historiker, Restauratoren, Antiquare, Akademien, wissenschaftliche Gesellschaften und Vereine, der Denkmalschutz und viele andere...

Im September 1993 wird zu oben genannter Thematik in Freiberg (Sachsen) ein mehrtägiges internationales Symposium stattfinden. Veranstalter dieser Tagung sind die Abteilung Wissenschaftlicher Altbestand der Bibliothek der Bergakademie Freiberg und die Universitätsbibliothek der Montanuniversität Leoben. Ein erstes Zirkular wird Mitte 1992 verschickt.

Im Interesse der effektiven Vorbereitung des Symposiums bitten wir alle, uns schon jetzt ihre diesbezüglichen Wünsche, Hinweise und Vortragsangebote etc. mitzuteilen.

Für Ihre Rückäußerungen danken wir Ihnen im voraus verbindlich.

Dr. Peter Schmidt
Bibliothek der Bergakademie Freiberg
Schließfach 47
O-9200 Freiberg (Sachsen)
Tel.: 51 32 35

Dr. Lieselotte Jontes
Universitätsbibliothek der
Montanuniversität Leoben
Franz-Josef-Straße 18
A-8700 Leoben
Tel.: (03842) 42 555/275

300 Jahre schwedische Landesvermessung

XIX. Greifswalder Geographisches Symposium, 5. bis 7. Oktober 1992 in Greifswald

Zu einer Zeit, da Vorpommern zur schwedischen Krone gehörte, fand in den Jahren 1692-1698 die erste Vermessung zur Grundsteuerhebung statt.

Die in den Registern festgehaltenen Ergebnisse der Hufenillustration enthalten Angaben zu den Äckern, Wiesen, Wäldern, zu Wirtschaftsmethoden auf dem Lande, zur Fischerei, zu den Erträgen in der Landwirtschaft und vieles mehr. Die kartographische Umsetzung erfolgte in den sogenannten Matrikelkarten, die in dem ungewöhnlich großen Maßstab von ca. 1 : 8 300 gezeichnet wurden. Register und Karten bilden damit eine inhaltsreiche und aussagekräftige Quelle für verschiedene Wissenschaftsgebiete zur Erforschung der frühen Verhältnisse in Schwedisch-Vorpommern.

Veranstalter: Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Geographisches Institut. Arbeitsgruppe Kartographie: Vorpommersches Landesarchiv Greifswald.

Anmeldungen werden erbeten an: H. Sattler

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Geographisches Institut

Ludwig-Jahrn-Str. 16

O-2200 Greifswald

Im Goethe- und Schiller-Archiv Weimar ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle des/der

Leiters/in der archivarischen Arbeiten

(Vergütungsgruppe Ib BAT - O)
zu besetzen.

Das Goethe- und Schiller-Archiv verwahrt über hundert Nachlässe (persönliche Archivbestände) von Dichtern, Schriftstellern, Künstlern und Gelehrten aus der Zeit der klassischen deutschen Literatur bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts.

Das Aufgabengebiet umfaßt die Bereiche Erwerbung, Erschließung und Benutzung; insbesondere sind die langfristig angelegten Arbeiten für die zur Veröffentlichung bestimmten Inventare zu leiten und durchzuführen. Vorausgesetzt wird ein Studium der Neueren Deutschen Literatur und/oder Geschichte sowie der Nachweis wissenschaftlicher Befähigung durch abgeschlossene Promotion. Der/die Bewerber/in sollte die Laufbahnberechtigung für den höheren Archivdienst oder eine vergleichbare archivarische Qualifikation besitzen und über längere Berufserfahrung verfügen. Vorhandene Spezialisierung für die (Literatur-)Geschichte des 18./19. Jahrhunderts wäre günstig. Gesucht wird eine Persönlichkeit mit Erfahrungen in der Organisation und Leitung wissenschaftlicher Arbeiten, die ein engagiertes Team von Mitarbeitern/innen unterschiedlicher Laufbahnen mit Beharrlichkeit und Zielbewußtsein für die gemeinsamen Aufgaben motivieren kann.

Bewerbungen werden erbeten an den Generaldirektor der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur Weimar,
Herrn Prof. Dr. Lothar Ehrlich, Burgplatz 4, O-5300 Weimar.

Selbständige Handelsvertretung für

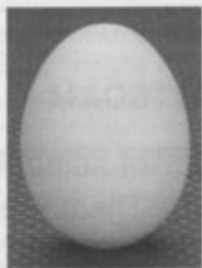
ARCHIV-EINRICHTUNGEN gesucht.

Wer hat gute Kontakte zu Archiven und Büromaterial-Einkauf und möchte sich verändern? Wir führen qualitativ hochwertige Produkte, die in den neuen Bundesländern bereits im Einsatz sind. Wir suchen kontaktfreudige Vertreter bei guter Provision, Gebietsschutz und Garantie der Nachaufträge für Archiv-Kartonagen, Archiv-Boxen, Fotohüllen, Zeichnungsmappen, Regale und Mikrofilm-Service. Ihre Bewerbung richten Sie bitte an:

HANS SCHRÖDER, ARCHIV-EINRICHTUNGEN,

MIKROFILM-SERVICE,

Spöcker Str. 4, W-7528 Karlsdorf-Neuthard, Tel.: 07251-4894.



ALTE SCHINKEN SIND SO EMPFINDLICH WIE ROHE EIER

Wer sich in Archiven und Bibliotheken mit den gedruckten Zeugnissen vergangener Epochen beschäftigt, weiß, wie bissig der Zahn der Zeit sein kann.

Gegen diesen ungezügeltten Appetit gibt es jetzt ein zuverlässiges Patent-Rezept: Regalanlagen von ARBITEC.

Mit "Konservierungs-Mitteln", die alte Schinken so behutsam schützen wie rohe Eier.

Zum Beispiel mit speziellen Lochblech-Wänden zur besseren Luftzirkulation. Oder mit staubdicht schließenden Regalzeilen.

Und mit einem bis ins kleinste Detail auf die Bedürfnisse von Archiven und Bibliotheken abgestimmten Zubehörprogramm.

ARBITEC - Lösungen für Spezialisten

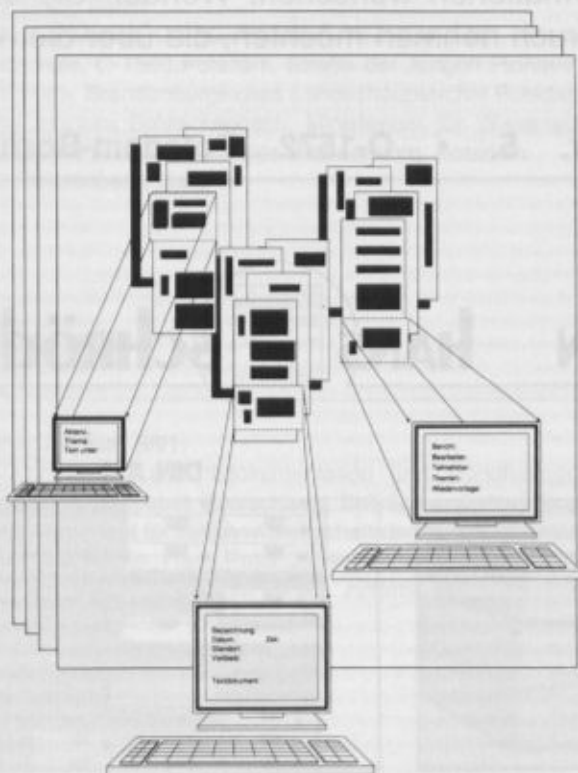


ARBITEC

Gesellschaft für Archiv- und Bibliothekstechnik mbH

Forum Straße 12
4040 Neuss
Telefon 0 21 01/38 09-0

SC-XDOC[®] - Dokumentenretrieval und Archivierung unter UNIX[™]



- beliebig viele Dokumentenbestände
- freie Definition der Dokumentenstruktur
- beliebig viele Benutzersichten auf einen Dokumentenbestand
- freie und feldbezogene Suchfunktion
- Weiterverarbeitung von Treffermengen
- Thesaurusunterstützung
- integrierter Listengenerator
- Integration in andere Anwendungen (z.B. Bürokommunikation, optisches Archiv)
- Programmierschnittstelle

Weitere Unterlagen zu SC-XDOC erhalten Sie von :

SOFTCON GmbH

Grünwalder Weg 28 g
W-8024 Oberhaching

Podelwitzerstr. 13
O-7022 Leipzig

Tel.: 089/61308-0
Fax : 089/61308-80

Tel.: 0037/41/58731

[™] Unix ist ein eingetragenes Warenzeichen von AT&T

Neueröffnung!

Neueröffnung!

ARCHIVSERVICE POTSDAM

Am 1. Juli 1991 hat der ARCHIVSERVICE POTSDAM seine Tätigkeit aufgenommen. Der ARCHIVSERVICE POTSDAM bietet spezifische Dienstleistungen für

- * Archive und Archivare,
- * Registraturen und Büros,
- * Archivbenutzer, Historiker aller Fachgebiete,
- * Genealogen, Chronisten und
- * alle historisch Interessierten.

Zu den Angeboten des ARCHIVSERVICE POTSDAM gehören u.a. folgende Leistungen:

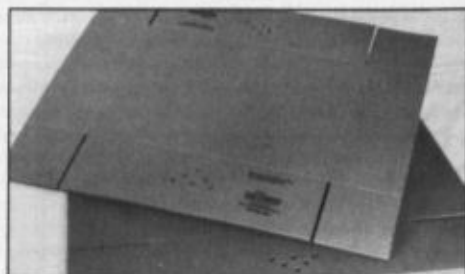
- * Beschaffung von Ausrüstungen, z.B. Regale, Regalanlagen und Aufbewahrungsmittel für spezielle Archiv- und Registraturgutarten, Verfilmungs- und Lesetechnik, Kopiertechnik, Computertechnik ...,
- * Handel mit archivspezifischen Materialien, z.B. Archivgutbehälter, Kartone und Papiere sowie Aufbewahrungsmittel für Filme, Fotos, Dias aus säurefreien, säurearmen, alterungsbeständigen oder anderen geeigneten Materialien und Registraturhilfsmitteln,
- * Vermittlung von spezialisierten Dienstleistungen, z.B. Restaurierung und Verfilmung,
- * Herstellung und Vertrieb von Publikationen und Drucksachen aller Art einschl. Archivvordrucke,
- * Herstellung von Findbüchern (Redigieren, Schreiben, Anfertigung von Registern, Vervielfältigen, Drucken),
- * Beratung auf dem Gebiet der archivischen EDV-Anwendung,
- * Herstellung und Vertrieb von Materialien der Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Poster, Diaserien, Siegelreproduktionen usw.),
- * Beschaffung und Vertrieb von Archivfachliteratur.

Bitte schreiben Sie uns, wenn Sie nähere Informationen wünschen. Wenden Sie sich auch dann an uns, wenn Sie Leistungen in Anspruch nehmen möchten, die über die hier genannten Angebote hinausgehen.

ARCHIVSERVICE POTSDAM • Heckenstr. 5. • O-1572 Potsdam-Bornim

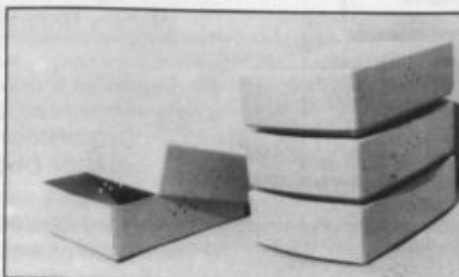
die GUTE ARCHIV-BOX VON HANS SCHRÖDER

Folio



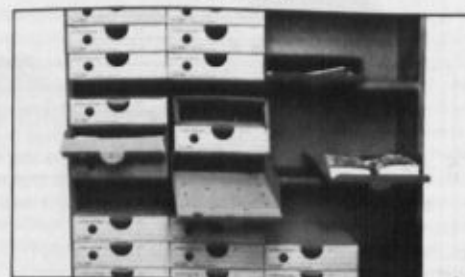
Folio Stülpedeckel - Zuschnitte ungeheftet, zum selbstheften

Folio



Folio Stülpedeckelkarton fertig geheftet

DIN A 4



DIN A4 Schubbox mit Klappe 31,5 x 26 x 7 cm, 700 g/qm

Contents

Sources on the history of the Soviet occupied zone of Germany from 1945 to 1949 stored in the Central State Archives and in the state archives of the GDR: A first survey. Compiled and edited by Wolfgang Merker.

Rickmers, E. and Sparenberg, J.: Real estate maps in state archives.

Dusková, S.: On the problem of supposed 13th century falsifications of documents in the Bohemian provinces.

Bistricky, J.: Forged pre-12th century foundation charters from Bohemia.

Metschies, K.: Official publications issued by German military occupation authorities during World Wars I and II, now kept in the Potsdam Central State Archives

Sommaire

Sources relatives à l'histoire de la zone d'occupation soviétique en Allemagne entre 1945 et 1949, conservées aux archives centrales d'Etat et aux archives d'Etat de la R.D.A. – Un premier état sommaire dressé par Wolfgang Merker

Rickmers, E. et Sparenberg, J.: Cartes et plans cadastraux dans les archives d'Etat

Dusková, S.: A propos des actes falsifiés en Bohême présumés être établis au XIII^e siècle

Bistricky, J.: Faux actes constitutifs en Bohême jusqu'à la fin du XII^e siècle

Metschies, K.: Les imprimés officiels émanant d'organes d'occupation militaire allemande pendant la première et la seconde guerres mondiales et conservés dans les archives centrales d'Etat à Potsdam

Indice

Fuentes acerca de la historia de la zona de ocupación soviética en Alemania de 1935 a 1939 en el Archivo Estatal Central y en los archivos estatales de la RDA. Compiladas y elaboradas por Wolfgang Merker

Rickmers, E. y Sparenberg, J.: Fichas de bienes inmuebles en archivos estatales

Dusková, S.: Acerca de la problemática de las supuestas falsificaciones de documentos del siglo XIII en los Estados bohemios

Bistricky, J.: Acerca de escrituras constitucionales bohemios falsificadas hasta finales del siglo XII

Metschies, K.: Publicaciones oficiales de organismos de ocupación militares alemanes durante la primera y segunda Guerra Mundial en las existencias del Archivo Estatal Central de Potsdam

Содержание

Первый общий список источников по истории советской зоны оккупации в Германии в 1945–1949 гг., хранившихся в Центральном государственном архиве и в государственных архивах ГДР. Составлен и обработан Вольфгангом Меркером.

Рикмерс Э. и Шпаренберг Й.: Кадастровые карты в государственных архивах

Душкова С.: О проблематике датированных предположительно XIII веком фальсификатов документов в богемских землях.

Быстрицкий Й.: О фальсификатах богемских учредительных грамот, датированных до конца XII века.

Метчис, К.: Издания немецких военных оккупационных органов во время первой и второй мировых войн в фондах центрального государственного архива в Потсдаме.

Autoren der Abhandlungen und der Bibliographie:

Dr. Jan Bistřický, CS-770 00 Olomouc, nám. Dolní 25

Dr. Saša Dušková, CS-614 00 Brno, Maškova 9

Sigrid Fritzlar, Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin

Wolfgang Hassel, Sachsen-Anhaltisches Landeshauptarchiv Magdeburg

Andreas Horn, Berlin

Dr. Wolfgang Merker, O-1560 Potsdam, Reiherweg 12

Kurt Metschies, O-1560 Potsdam, Straße der Jungen Pioniere

Eva Rickmers, Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam

Dr. Hans-Joachim Schreckenbach, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam

Joachim Sparenberg, Halle

Hinweise für unsere Autoren:

Die Beiträge werden auf Disketten (5,25" oder 3,5") bei Verwendung gebräuchlicher Textverarbeitungssysteme (z.B. Word) erbeten. Druckhinweise bitte handschriftlich auf einem beigegebenen Ausdruck vermerken. Maschinenschriftliche Manuskripte können in zwei Exemplaren (zweizeilig, 30 Zeilen zu je 60 Anschlägen, Format A 4, einseitig beschrieben) eingereicht werden. Wissenschaftlichen Beiträgen ist ein Autorreferat im Umfang von 15-20 Zeilen beizugeben. Angaben für das Autorenverzeichnis (Name, Vorname, Titel und akademischer Grad, Dienststelle und Tätigkeit bzw. Anschrift) bitte korrekt und vollständig nennen. Die Autoren tragen die Verantwortung für diese Angaben selbst. Bei der Erarbeitung der Beiträge bitte die „Hinweise zur Manuskriptgestaltung“ (AM 39/1989/2.-S. 62/63) beachten, die auch bei der Redaktion als besonderes Merkblatt angefordert werden können.

Vorschau auf Heft 5/91:

Rundfunkarchive, Rundfunkdokumentation und Rundfunkrecherche in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge aus einer Ringvorlesung am Lehrstuhl für Archivwissenschaft der Humboldt-Universität von Ulrich Booms, Hans Peter Jäger, Marianne Englert, Stefan Wicht, Rainer Hubert und Edgar Lersch, zusammengestellt und eingeleitet von Botho Brachmann

Schwabe, K.: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1947/49 – Anmerkungen zur Aufarbeitung der Geschichte einer Region

Zöllner, W.: Zur neueren Papsturkundenforschung

Saal, W.: Die Geschichte einer Leipziger Gastwirtsfamilie

ARCHIV MITTEILUNGEN

Zeitschrift für Archivwesen,
archivalische Quellenkunde und
historische Hilfswissenschaften

Die Zeitschrift ARCHIVMITTEILUNGEN ist eine allgemeine wissenschaftlich Archivfachzeitschrift, die alle Bereiche der Archivarbeit sowie benachbarte Gebiete behandelt und den Archivaren aller Archivtypen und Archive offensteht.

Die Zeitschrift informiert über neue Forschungsergebnisse der Archivwissenschaft, über Arbeitsergebnisse und Probleme der archivpraktischen Tätigkeit, v.a. auf den Gebieten der Erfassung, Sicherung, Bewertung, Erschließung und Auswertung des Archivgutes. Sie behandelt Fragen des Archivrechts, der Schriftgutverwaltung, der Aus- und Weiterbildung von Archivaren, der Anwendung der modernen Technik in den Archiven (Archivtechnik) einschließlich der EDV-Anwendung (archivspezifische Software) und der Restaurierung/Konservierung von Archivgut sowie Probleme der Archivgeschichte (Geschichte des Archivwesens und einzelner Archive), der Institutionengeschichte und der historischen Hilfswissenschaften. Breiten Raum nimmt die Vorstellung und Analyse archivalischer Quellen ein. Die ARCHIVMITTEILUNGEN berichten über die Arbeit der Archive Deutschlands und des Auslandes sowie über internationale und nationale wissenschaftliche Veranstaltungen des Archivwesens. Die in- und ausländische Fachliteratur wird umfassend rezensiert. Die Zeitschrift beinhaltet außerdem Informationen und gibt eine Vorschau auf wissenschaftliche Veranstaltungen, Lehrgänge, Ausstellungen usw. In der Serie „Schätze aus deutschen Archiven“ werden farbige Reproduktionen herausragender Dokumente aus der jahrhundertalten Überlieferung in den deutschen Archiven veröffentlicht.

Die Zeitschrift ARCHIVMITTEILUNGEN wird im Eigenverlag der Redaktion herausgegeben. Sie erscheint sechsmal jährlich im Umfang von je 50 Seiten (Jahrgangsumfang incl. Jahresinhaltsverzeichnis: 308 Seiten zuzüglich 12 unnummerierte Kunstdruckseiten mit der farbigen Serie „Schätze aus deutschen Archiven“).

Bestellungen sind beim AM-Leserservice (PF 208, O-1563 Potsdam) und bei sämtlichen Postämtern (nur in den neuen Bundesländern, Art.-Nr. 224) und beim örtlichen Buchhandel möglich. Interessenten im Ausland wenden sich an den internationalen Buch- und Zeitschriftenhandel des jeweiligen Landes oder direkt an den AM-Leserservice (PF 208, O-1563 Potsdam, Bundesrepublik Deutschland).

Anzeigen können bei der Redaktion aufgegeben werden. Die aktuelle Anzeigenpreisliste kann dort abgefordert werden.

Rezensionsexemplare: Die Rezension der in- und ausländischen Fachliteratur gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Zeitschrift. Neuerscheinungen bzw. Rezensionangebote können an die Redaktion geschickt werden.

Schriftentausch: Die Redaktion betreibt einen umfangreichen Schriftentausch, um die internationale Fachliteratur, insbesondere die ausländischen Archivzeitschriften zu erhalten und den Lesern der ARCHIVMITTEILUNGEN durch regelmäßige Rezension bekannt zu machen. Redaktionen von Archivzeitschriften bzw. Herausgeber von archivischen Publikationen und Schriftenreihen, die sich am Schriftentausch mit der Redaktion ARCHIVMITTEILUNGEN beteiligen möchten, wenden sich bitte an die Redaktion.

Gesamtinhaltsverzeichnis der Jahrgänge 1(1951)-40(1990) mit Autoren- und Sachregister. Voraussichtl. 96 S. Subskriptionspreis bei Bestellung bis zum 30.6.1991: 10,-DM, ansonsten 20,-DM. Druck und Auslieferung sind erst nach Eingang einer ausreichenden Anzahl von Bestellungen möglich.

Einzelhefte der Jahrgänge 1(1951)-40(1990) können zum Preis von 1,-DM (H.4-6/90: 4,-DM) bestellt werden. Vollständige Sätze sind nicht lieferbar, vollständige Jahrgänge nur in Ausnahmefällen.

Information: Die geplante Herausgabe von thematischen *Beiheften* wird vorerst nicht realisiert, weil der erhöhte Heftumfang die Aufnahme der für die Beihefte vorgesehenen Beiträge in die laufenden Heft der Zeitschrift ermöglicht. Ggfs. werden einzelne Hefte mit Beiheften versehen. Die Herstellung der *Mikroficheausgabe* hat sich aus technischen Gründen verzögert. Außerdem müssen die Preise neu kalkuliert werden. Sobald Lieferfähigkeit besteht, erfolgt eine neue Mitteilung. Bereits eingegangene Bestellungen sind vorgemerkt; vor der Auslieferung werden die Besteller über die Preise informiert und um Bestätigung der Bestellung gebeten.

Jahresabonnement 54,- DM (incl. Jahresinhaltsverzeichnis und -autorenregister). Bei Bezug durch den Postzeitungsvertrieb in den neuen Bundesländern für 1991: 42,- DM. Einzelverkaufspreis: 9,50 DM

Alle Lieferungen erfolgen unter Berechnung der Versandkosten (Verpackung und Porto)